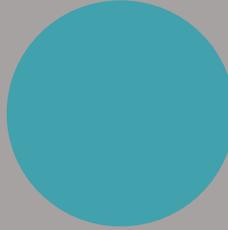
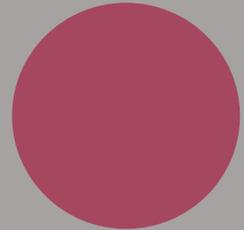
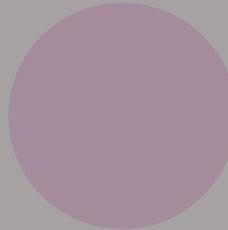
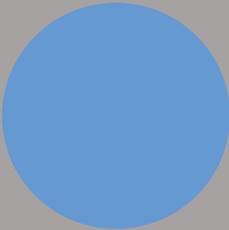
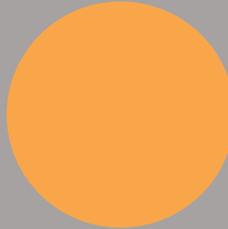


# WEGEMARKEN DES SOZIALEN FORTSCHRITTS

Soziale und emanzipatorische Errungenschaften –  
unterschiedliche Quellen, eigene Wege und spezielle Verlaufsformen  
in Beispielen aus europäischen Ländern: Eine Lesebuch



European Federation  
of Building  
and Woodworkers



Brüssel, 2019

EFBH  
Europäische Föderation der Bau-und Holzarbeiter  
Rue Royale 45  
1000 Brüssel  
Belgien  
Tel. +32 2 227 10 40  
info@efbww.eu  
www.efbww.eu

ISBN 978-0-903109-58-1 (print)  
ISBN 978-0-903109-59-8 (e-version)



Projekt durchgeführt mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission.

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der Verfasser; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.

Alle Rechte vorbehalten.

Kein Teil dieser Veröffentlichung darf ohne die Genehmigung des Herausgebers in irgendeiner Form oder mit irgendwelchen Mitteln, ob elektronisch, mechanisch, durch Fotokopieren, Aufzeichnen oder auf andere Weise, reproduziert, in einem Abrufsystem gespeichert oder übertragen werden. Während die Informationen in der Publikation als richtig gelten, übernehmen weder der Herausgeber noch die Verfasser jegliche Haftung für aus dem Inhalt der vorliegenden Publikation entstehende Verluste, Schäden oder Haftungen aller Art seitens der Nutzer oder anderer Personen.

DESIGN: Beryl Natalie Janssen

DRUCK: Drukkerij Schaubroeck

# WEGEMARKEN DES SOZIALEN FORTSCHRITTS

**Diese Broschüre wurde im Rahmen eines EFBH-Projekts erstellt.**

**Inhalt und Produktion dieser Broschüre sind das Ergebnis der gemeinsamen Arbeit der Projektlenkungsgruppe und der Kolleginnen und Kollegen in zahlreichen EFBH-Mitgliedsorganisationen, die das Korrektorat übernommen haben, und der zahlreichen Autorinnen und Autoren der Zeitleisten und der in dieser Broschüre veröffentlichten Artikel, die nachstehend namentlich aufgeführt sind:**

Boyko Atanasov (Sofia/Bulgarien), Pia Bang Jensen (Kopenhagen/Dänemark), Hans Baumann (Gockhausen/Schweiz), Iwein Beirens (Dendermonde/Belgien), Edith Bergmann (Hannover/Deutschland), Thomas Birg (Hattingen/Deutschland), Toon Boeckx (Antwerpen/Belgien), Annick Canaert (Brüssel/Belgien), Linda Clarke (London/England), Eva Detscher (Karlsruhe/ Deutschland), Martin Fochler (München/ Deutschland), Rolf Gehring (Brüssel/Belgien), Paola Giaculli (Berlin/Deutschland), Ulli Jäckel (Hamburg/Deutschland), Thorsten Jannoff (Gelsenkirchen/Deutschland), Jakub Kus (Warschau/Polen), Alfred Küstler (Stuttgart/Deutschland), Mercedes Landolfi (Rom/Italien), Bill Lawrence (Newcastle-upon-Tyne/England), Karl-Helmut Lechner (Norderstedt/Deutschland), Juhani Lohikoski (Helsinki/Finnland), Pierre-Gaël Loréal (Paris/Frankreich), Jesmond Marshall (Sliema/Malta), Gyula Pallagi (Budapest/Ungarn), Matthias Paykowski (Karlsruhe/Deutschland), Hanne Reiner (Berlin/Deutschland), Ida Ricci (Rom/Italien), María Ángeles Romero Cambra (Madrid/Spanien), Claus Seitz (San Sebastian/Spanien), Jan Voets (Sint-Genesius-Rode/Belgien), Laurent Vogel (Brüssel/Belgien).

## **Projektkoordinierung**

EFBH – Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter

## **Redaktionsgruppe**

Boyko Atanasov, Rolf Gehring, Mercedes Landolfi, Juhani Lohikoski, Ida Ricci, María Ángeles Romero Cambra

# DIE VIELEN WEGE DES SOZIALEN FORTSCHRITTS

Als Gewerkschaften haben wir es in Europa mit einer Vielzahl von unterschiedlichen Ausprägungen der industriellen Arbeitsbeziehungen, der Tarifvertragssysteme, der Formen und der Praxis der Arbeitnehmerbeteiligung, der Berufsbildungssysteme und vielen anderen Momenten des praktischen Arbeitslebens und des Lebens insgesamt zu tun. Die Erfahrungen mit dieser Vielfalt teilen wir mit vielen anderen Menschen und auch mit anderen Organisationen und Institutionen.

Diese vielgestaltigen Unterschiede haben stark mit den regionalen und historischen Bedingungen zu tun, unter denen die jeweiligen Einrichtungen, Institutionen und die geübten Praktiken entstanden sind und damit, aus welcher früheren Grundlage sie hervorgegangen sind. Und ihre jeweilige Ausgestaltung hat wiederum Einfluss auf ihre weitere Entwicklung im Zeitverlauf. Das heißt aber auch, dass die jeweiligen Funktionsweisen von Einrichtungen, die vielleicht den gleichen Namen haben, dennoch nicht einfach zu vergleichen sind. Für das gesamte soziale Leben ist hierfür der positive gemeinte Begriff der *kulturellen Vielfalt* gefunden worden. Darin steckt die Idee, den jeweils anderen und seine kulturellen Praktiken als Bereicherung auch für das eigene Leben zu sehen, während unsere eigenen Gepflogenheiten durchaus auch für das Leben anderer eine Vorbildfunktion haben können. Praktische Probleme tauchen aber sofort auf, wenn es ans Handeln, an die gemeinsame Gestaltung der Zukunft geht. Wie funktioniert denn nun eine Einrichtung gleichen Namens in dem anderen Land? Verstehen wir den jeweils anderen wirklich? Was bedeuten die Begrifflichkeiten, Forderungen, Überlegungen und Bedenken unserer Gesprächspartner? Wie würde sich eine Maßnahme auf die einzelnen Systeme auswirken, die wir bezüglich der Arbeitsbeziehungen, der Arbeitnehmervertretung oder der sozialen Sicherungssysteme formulieren?

Bezüglich der Geschichtlichkeit unserer sozialen Einrichtungen hatte der französische Soziologe Pierre Bourdieu in einem Aufsatz geschrieben: „Die gesellschaftliche Welt ist akkumulierte Geschichte“. Mit diesen knappen Worten ist schön zusammengefasst, welche starke Wirkung die frühere Geschichte auf unser Heute hat. In seinen Ausführungen legt er aber auch genau dar, dass diese Geschichtlichkeit sich gewissermaßen auch mental in uns manifestiert, in der Art und Weise wie wir die Welt sehen und interpretieren. Was für den einen Menschen völlig normal ist, kann für den nächsten, der aus einem anderen Land kommt, gänzlich unverständlich sein.

Was Betriebsräte bewirken können und sollten, wie sie gewählt werden und welche Praktiken sie entwickeln, sind beispielhafte Fragen, mit denen wir uns – als Gewerkschaften – immer wieder auseinandersetzen müssen.

Man denke nur an die unterschiedlichen Formen sozialer Proteste, die sich in einem bestimmten Land entwickelt haben und die nicht immer auf andere Länder übertragbar sind.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass die mehr allgemeinen Ziele unserer Arbeit wie etwa ein soziales und friedliches Europa oder demokratische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger nicht relativ schnell und leicht zu formulieren sind, aber: Die Startpunkte sind unterschiedlich und daher sind die Wege in Richtung der Ziele auch nicht überall gleich.

Das zeigt, wie wichtig es für den Erfolg unserer Arbeit auf der europäischen Ebene und für die Verständigung zwischen den

Gewerkschaften oder zwischen den Kolleginnen und Kollegen in europäischen Betriebsräten ist, den anderen wahrzunehmen und zu versuchen, ihn und seine spezifischen Bedingungen besser zu verstehen. Auf dieser Basis ist viel besser herauszuarbeiten, was potenzielle gemeinsame Ziele sein können und wie sie zu erreichen sind.

Historisch lässt sich nachweisen, dass trotz aller nationalen, kulturellen und gesellschaftlichen Unterschiede allgemeine emanzipatorische Idee und praktische Maßnahmen immer den Weg über Grenzen gefunden haben.

- Die allgemeine „conditio humana“ und das Zusammenleben der Menschen hat historisch den Weg zur Idee der universellen Menschenrechte geebnet. Diese Idee begründete den Maßstab für die eigenverantwortliche Gestaltung unseres eigenen Lebens.
- Heute führen Arbeit, technische Entwicklung, Erwerbstätigkeit und die globale Arbeitsteilung zu allgemeinen Bedingungen, die als Referenzpunkte für Normen dienen, die die Gesellschaft und das Arbeitsleben gestalten, für die Arbeit, für den Schutz gegen Lebensrisiken usw.
- Die emanzipatorischen Frauenbewegungen der letzten Zeit zielen auf die Arbeit und die Familie und damit auf die Gesellschaft insgesamt ab. Damit ist als Standard gesetzt, dass die Emanzipation niemanden ausschließen darf.

Auf diese Weise wurden die Fundamente für eine Vorstellung von Emanzipation gelegt, die nicht nur einfach davon ausgeht, dass Solidarität auf der Grundlage von Leistung und Gegenleistung beruht, sondern den Weg für ‚Verständnis‘ und Pluralität ebnet.

**D**iese Überlegungen waren gewissermaßen der Ausgangspunkt und der Hintergrund für unser EFBH-Projekt *Wegemarken der Emanzipation*, das wir Ende 2017 begonnen und jetzt im Juli 2019 abgeschlossen haben und dessen Ergebnis in Form dieser Broschüre vorliegt. Das von uns gewählte Konzept, einen Beitrag für ein besseres Verständnis der Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern zu leisten, besteht erstens in einer Sammlung von *Zeitleisten* mit Beispielen für besondere soziale Konflikte, die einen Einblick in die Entwicklung der beteiligten Länder geben, und von *Kalenderblättern* mit Beispielen konkreter sozialer Auseinandersetzungen und der erreichten Fortschritte. Diese *Kalenderblätter* bestehen aus einem Hauptartikel und begleitenden kurzen Texten, die spezielle Aspekte, Personen oder die Verarbeitung der Ereignisse in der Kultur behandeln.

Die Arbeit an den *Zeitleisten* und den *Kalenderblättern* wurde überwiegend von Menschen geleistet, die keine Historiker sind und aus unterschiedlichen politischen und konfessionellen Richtungen kommen. Die Beurteilung historischer Ereignisse variiert also, d. h. die Beiträge in der vorliegenden Broschüre sind subjektiv. Dies gilt auch für die Auswahl von Themen und Ereignissen für die *Zeitleisten*.

Wir betrachten dies alles nicht als Nachteil. Im Gegenteil, dies war gewollt, denn die EFBH ist eine Organisation, die eine Vielzahl verschiedener politischer, religiöser und sonstiger Weltanschauungen unter ihrem Dach beherbergt. Der offene Austausch und fruchtbare kontroverse Debatten sind eine Stärke unserer Organisation. Auffassungen und Orientierungen können so geschärft und am besten weiterentwickelt werden. Unsere verbindende Grundauffassung ist die Emanzipation der Menschen in ihren Arbeitsvollzügen und in der Gesellschaft.

**D**ie Broschüre ist auch als Einladung gedacht. Die Artikel und die *Zeitleisten* sollen schon informieren und für sich genommen ein Gewinn sein, wenn man sie liest. Sie sollen aber auch anregen, sich mit dem Gelesenen und mit den Aspekten, die dort angesprochen werden, weiter zu beschäftigen.

Die Lenkungsgruppe des Projektes will die Arbeit nach Projektende auf freiwilliger Basis, man könnte sagen als Interessengemeinschaft, fortsetzen. Mit der vorliegenden Broschüre als Basismaterial wollen wir z. B. Europäische Betriebsräte anregen, sich mit den historischen Entwicklungen in den im EBR vertretenen Ländern zu befassen. Wir hoffen allerdings auch, dass die Materialien in anderen Zusammenhängen aufgegriffen werden, zum Beispiel von anderen Gewerkschaften, von der Politik, der akademischen Welt, von Arbeitnehmern und Studierenden.

Auch dank der finanziellen Unterstützung durch die Europäische Kommission können wir die Broschüre in acht Sprachen vorle-

gen. Dies wird ihre Verbreitung erleichtern. Die Lenkungsgruppe hat vor, die Materialien auch auf der Webpage der EFBH zu dokumentieren und dort in Form eines offenen Forums *Zeitleisten* und *Kalenderblätter* für weitere Länder zu sammeln. Die Mitarbeit von Interessierten ist hierbei sehr erwünscht.

**W**ir hoffen, daß die hier vorgelegte Broschüre mit Interesse und auch mit Genuss gelesen werden kann und dass sie ein Beitrag zum besseren gegenseitigen Verständnis in unserer gemeinsamen europäischen Gewerkschaftsarbeit ist und dadurch auch ein kleiner Baustein für die Arbeit an einem sozialen, gerechten und einem friedlichen Europa wird.

Die Lenkungsgruppe – 12. Juli 2019

2019



# INHALT

## **BELGIEN**

- 6 ZEITLEISTE
- 10 1894: Fundamente für ein System sozialer Sicherheit werden gelegt

## **BULGARIEN**

- 13 ZEITLEISTE
- 15 1883: Die Geburt der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in Bulgarien

## **DÄNEMARK**

- 18 ZEITLEISTE
- 20 1899: Der „September-Vergleich“ – Das Recht auf kollektive Vereinbarungen wird erstritten
- 23 1958: Die Reform der dänischen Volksschule – auf dem Weg zu einem einheitlichen Schulsystem

## **FINNLAND**

- 26 ZEITLEISTE
- 29 1905: Die „Rote Proklamation“ beschleunigte die Einführung des allgemeinen Wahlrechts
- 32 1973: Das Recht auf Kinderbetreuung förderte die Gleichberechtigung auf den Arbeitsmärkten

## **FRANKREICH**

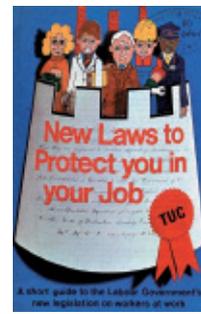
- 35 ZEITLEISTE
- 39 1881: Freiheit der Presse – das Gesetz von 1881 gilt heute noch
- 42 1981: Abschaffung der Todesstrafe

## **DEUTSCHLAND**

- 45 ZEITLEISTE
- 48 1848: Versammlungsfreiheit? Wichtig!

## **UNGARN**

- 52 ZEITLEISTE
- 55 1921: Die ungarischen Gewerkschaften zwischen den Weltkriegen



## ITALIEN

58 ZEITLEISTE

61 1961: Geburtsstunde der Prävention am Arbeitsplatz

64 1973: Die „Hundertfünfzig Stunden“ – eine einzigartige italienische Besonderheit

## MALTA

66 ZEITLEISTE

69 1943: Die Geburt der *General Workers' Union*

## POLEN

72 ZEITLEISTE

76 1919: 100 Jahre Polnische Arbeitsinspektion

## SPANIEN

78 ZEITLEISTE

81 1919: Durchsetzung des 8-Stunden-Tages in Spanien

## SCHWEIZ

84 ZEITLEISTE

87 1848: Die schweizerische Bundesverfassung von 1848

## GROSSBRITANNIEN

91 ZEITLEISTE

94 1842: Erste öffentliche Waschküchen und Bäder

97 1964: Erste Wahlen zum *Greater London Council*

## EUROPA

100 1994: Das Institut des Europäischen Betriebsrats wird gesetzlich verankert

103 2000: EU-Antidiskriminierungsrichtlinien – Rechtsbeistand im Kampf gegen Diskriminierung

106 Bildnachweis

# BELGIEN



Der Streik (1886) von Robert Koehler

## GRÜNDUNG BELGIENS

Belgien entstand 1830 nach einer Trennung vom Vereinigten Königreich der Niederlande. Der neue Staat war neutral, eine Monarchie und eine parlamentarische Demokratie.

## EINRICHTUNG DER ERSTEN GEMEINSAMEN KRANKENKASSE LA SOLIDARITÉ (DIE SOLIDARITÄT)

Der erste sozialistische Verband der Rechtshilfe wurde 1869 in Fayt-lez-Manager unter dem Namen *La Solidarité* gegründet. Die ersten regionalen sozialistischen Krankenkassen (Föderationen) wurden in Gent (1886) und in La Hestre (1891) gegründet. Im Jahr 1894 wurden diese Krankenkassen erstmals auch gesetzlich geregelt. Bis heute verfügt Belgien über ein starkes System von Krankenversicherungsverbänden.

## GRÜNDUNG DES ANTISOCIALISTISCHE KATOENWERKERSBOND (ANTISOCIALISTISCHE BAUMWOLLARBEITERGEWERKSCHAFT)

Die belgische Gewerkschaftsbewegung betrat mit der Gründung der Antisozialistischen Baumwollarbeitergewerkschaft den Weg der konfessionellen Aufspaltung. Dies war die katholische Antwort auf die Klassenkampfstrategie der damaligen Gewerkschaftsbewegung.

Der allgemeine Christliche Gewerkschaftsbund (ACV-SC) ging später aus der Antisozialistischen Baumwollarbeitergewerkschaft hervor, heute die größte Gewerkschaft Belgiens.

1830

1857

1869

1885

1886

## GRÜNDUNG DER BROEDERLIJKE MAATSCHAPPIJ DER WEVERS (BRUDERSCHAFTSVERBAND DER WEBER)

Die erste belgische Gewerkschaft wurde am 4. März 1857 in Gent gegründet. Die *Broederlijke Maatschappij der Wevers* war zunächst moderat und offen für alle Weltanschauungen und Überzeugungen. Einen Monat später wurde die *Maatschappij der Noodlijvende Broeders* (Verband der Not leidenden Brüder) gegründet, die die Spinner vertrat.

## GRÜNDUNG DER BELGISCHE WERKLIEDENPARTIJ (BELGISCHE ARBEITERPARTEI)

Die Gründung der ersten sozialistischen Partei nach einem Treffen von Brüsseler Arbeitern. In erster Linie arbeiteten sie für die politische Repräsentation der Arbeiterklasse mit dem Ziel des allgemeinen einheitlichen Stimmrechts.

1898 wurde die *Syndicale Commissie* (Gewerkschaftsausschuss) innerhalb der BWP gegründet. 1937 wurde diese *Syndicale Commissie*, ein Dachverband sozialistischer Gewerkschaften, von der BWP unabhängig und hieß fortan *Belgisch Vakverbond* (BVV, Belgischer Gewerkschaftsverband). 1945 wurde der *Algemeen Belgisch Vakverbond* (Allgemeiner Belgischer Gewerkschaftsbund, ABVV-FGTB) als eine breite, sektorübergreifende, einheitliche Gewerkschaft gegründet.

Rerum Novarum: Die päpstliche Enzyklika zur sozialen Frage.



### COMMISSION D'ENQUÊTE DU TRAVAIL (UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS ARBEIT)

Beschwerden der Arbeiterklasse erhielten nach der Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses erstmals öffentliche Anerkennung.

### EINRICHTUNG EINES FONDS ZUR UNTERSTÜTZUNG DER OPFER VON ARBEITSUNFÄLLEN

Die Arbeitsunfallversicherung ist einer der ältesten Zweige der sozialen Sicherheit in Belgien. Seit der Gründung der *Steun- en Voorzorgkas* (Unterstützungs- und Vorsorgefonds) im Jahr 1890 haben die Arbeitnehmer Anspruch auf Entschädigung im Falle eines Unfalls. Im Jahr 1903 wurde das erste Gesetz über Arbeitsunfälle erlassen.

### OBLIGATORISCHE SONNTAGSRUHE

Nach mehreren gescheiterten Gesetzesvorschlägen wurde 1905 ein Gesetz über die obligatorische Sonntagsruhe erlassen. Möglich wurde dies durch die Tatsache, dass dieser Vorschlag sowohl von der Arbeiterbewegung als auch von der katholischen, konservativen Seite unterstützt wurde.

### POULLET-GESETZ

Obligatorische Schulbildung für Kinder zwischen 6 und 12 Jahren. Diese Pflichtschulzeit sollte in den Folgejahren auf 14 Jahre verlängert werden. Bildung wurde kostenlos.

### EINHEITLICHES ALLGEMEINES STIMMRECHT FÜR MÄNNER

Seit 1893 gab es das allgemeine Mehrfachstimmrecht für Männer. Das Gesetz von 1919 senkte das Wahlalter von 25 auf 21 Jahre und gab jedem Mann eine Stimme. Entsprechend wurde die Verfassung 1921 geändert.

### AUFHEBUNG DES STREIKVERBOTS (GESETZ VOM 24.05.1921)

Artikel 310 (Verbot von Streikposten, 1866 eingeführt) wurde unter dem Druck der Arbeiterbewegung aus dem Strafgesetzbuch gestrichen. Das neue Gesetz besagt, dass die Vereinigungsfreiheit in allen Bereichen gewährleistet ist. Damit wurde das Streikverbot de facto aufgehoben. Das Streikrecht war jedoch vom Gesetzgeber noch nicht ausdrücklich anerkannt worden.

### FRAUENWAHLRECHT BEI KOMMUNALWAHLEN

Von nun an durften Frauen bei den Kommunalwahlen wählen. Eine weitere politische Emanzipation wurde von Liberalen und Sozialisten vereitelt, die befürchteten, dass mehr Frauen für die Katholische Partei stimmen würden.

1886

### GROSSE STREIKS VON 1886

Traditionell als Scheidejahre betrachtet. Massive Streiks arteten in Unruhen im Süden des Landes aus. Nach diesem Aufstand stieg die Mitgliederzahl der Belgische Arbeiterpartei, sie wurde durchsetzungsfähig. Dies sollte in der Folgezeit die Grundlage für die Einführung der ersten Sozialgesetzgebung sein.

1886

1889

### GESETZ ZUR REGELUNG DER FRAUEN- UND KINDERARBEIT

Einführung von Arbeitseinschränkungen für Kinder und Mädchen bis zum Alter von 21 Jahren.

1890

1900

### ALTERSVERSORGUNGSGESETZ

Am 10. Mai 1900 wurde das erste Gesetz über die Altersversorgung unterzeichnet. Seither zielen die staatlichen Maßnahmen darauf, die Renten zu gestalten.

1905

1906

### ERSTER TARIFVERTRAG

Im *Mijnreglement* (Bergbauvorschriften) erhielten die Arbeitnehmer die Erlaubnis, einen Arbeiterausschuss einzurichten. Dies ist die erste gesetzliche Regelung zur Mitbestimmung der Arbeitnehmer.

1914

1919



1921: Gewerkschaftlicher Einsatz für den 8-Stunden Tag.

1921

1921

### ACHT-STUNDEN-TAG UND ACHTUNDVIERZIG- STUNDEN-WOCHE

Die gesetzliche Einführung des Acht-Stunden-Tages und der Achtundvierzig-Stunden-Woche erfolgte nach einem Generalstreik und aus Angst vor einer Revolution.

1921

**KINDERGELDGESETZ**

Allgemeine Einführung des Leistungsanspruchs bis zum Alter von 14/18 Jahren. Die ersten Formen des Kindergeldes wurden 1915 gezahlt. Ab 1922 wurden Kindergeldfonds eingerichtet. Im Jahr 1925 gab es bereits 12 Fonds, an die 773 Unternehmen mit insgesamt mehr als 130.000 Arbeitnehmern angeschlossen waren. Dies führte zur allgemeinen Einführung des Kindergeldes auf gesetzlicher Basis.

**DER STREIK VON 1936**

Die Streikwelle begann im Hafen von Antwerpen und erstreckte sich schnell auf ganz Belgien. Der Schlichtungsprozess führte zu einer Zusammenarbeit zwischen Staat, Arbeitnehmern und Arbeitgebern, die schließlich zur Einführung von bezahltem Urlaub für alle Sektoren und Mindestlöhnen führen würde.



Streik, 1936

**STIMMRECHT FÜR FRAUEN**

Von nun an konnten auch Frauen wählen und bei den Parlamentswahlen kandidieren. Die politische Beteiligung von Frauen in den folgenden Jahren brachte viele andere feministische Themen auf die Tagesordnung, wie z.B. „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und die Entscheidungsfreiheit der Frau bei Abtreibung.

**GESUNDHEIT UND SICHERHEIT**

Gesetz über die Gesundheit und die Sicherheit der Arbeitnehmer und die Hygiene bei der Arbeit und an den Arbeitsplätzen. Bildung von Ausschüssen für Arbeitssicherheit, Betriebshygiene und Verbesserung der Arbeitsplätze.

**EINFÜHRUNG DER FÜNF-TAGE-WOCHE**

Nach einem Generalstreik wurde das Prinzip der Fünftagewoche eingeführt. Es dauerte jedoch noch weitere zehn Jahre, bis diese in der Praxis umgesetzt war.

1924-

1925

**EINFÜHRUNG DER OBLIGATORISCHEN ALTERSVERSORGUNG**

Im Jahr 1924 wurde ein obligatorisches Rentensystem für Arbeiter eingeführt. Ein Jahr später folgte eine ähnliche Regelung für die Angestellten. Beide Systeme wurden der Allgemeinen Spar- und Rentenkasse (ASRK) übertragen.

1930

1935

**GRÜNDUNG DES NATIONALEN AMTES FÜR ARBEITSVERMITTLUNG UND ARBEITSLOSIGKEIT**

Am 27. Juli 1935 wurde im Belgischen Staatsblatt ein Königlicher Erlass zur Gründung des Nationalen Amtes für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosigkeit veröffentlicht. Dies wurde im Laufe der Jahre zum LFA (Landesamt für Arbeitsbeschaffung) weiterentwickelt, einer wichtigen Institution im belgischen Sozialversicherungssystem.

1936

1938

**ALLGEMEINER ANSPRUCH AUF BEZAHLTEN URLAUB**

Bereits 1936 einigte sich die belgische Regierung nach wilden Streiks auf sechs bezahlte Urlaubstage pro Jahr für die Hafendarbeiter. 1938 wurde dieses Recht auf bezahlten Urlaub auf alle belgischen Arbeitnehmer ausgedehnt. Der Anspruch auf bezahlten Urlaub wird in den Folgejahren unter anderem auf 3 Wochen im Jahr (1963) und 4 Wochen im Jahr (1971) verlängert. Auch das doppelte Urlaubsgeld wurde stufenweise eingeführt.

1939

**GRÜNDUNG DER LIBERALEN GEWERKSCHAFT**

Neben einer sozialistischen und katholischen Gewerkschaft bekam die liberale Bewegung nun auch eine eigene Gewerkschaft, die Allgemeine Zentrale der Liberalen Gewerkschaften Belgiens (AZLGB).

1944

**ERSTER SOZIALPAKT**

Jeder Arbeitnehmer hatte nun bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität und Alter Anspruch auf ein Ersatzeinkommen. Die Einkommenshöhen wurden von nun an in Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern festgelegt. Rente, Familienbeihilfe, Jahresurlaub, Kranken- und Invalidengeld sowie Arbeitslosengeld wurden in einem einzigen System zusammengefasst.

1948

1948

**EINFÜHRUNG DES UNTERNEHMENS-ORGANISATIONSGESETZES**

Einführung eines Betriebsrats auf Betriebsebene.

1952



Für mehr Beteiligungsrechte am Arbeitsplatz.

## GESETZ ÜBER DIE ORGANISATION VON TARIFVERHANDLUNGEN UND ARBEITGEBER-ARBEITNEHMER-KONZERTIERUNG

Formaler Beginn der Dreierkonsultation zwischen Regierung, Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Dieses Gesetz führte zur Einrichtung von paritätischen Ausschüssen und zur Organisation von Tarifverhandlungen.

## EINFÜHRUNG EINES TARIFLICHEN GEWERKSCHAFTSVERTRETERS

Der Tarifvertrag Nr. 5 von 1971 bedeutete die Anerkennung der Gewerkschaften im Betrieb durch die Arbeitgeber. Der Gewerkschaftsvertreter vertritt nur Arbeitnehmer, die Mitglieder einer Gewerkschaft sind. Die Gewerkschaftsvertretung legen ihre Politik selbstständig fest und können Forderungen an den Arbeitgeber stellen.

## GARANTIERTES MINDESTEINKOMMEN

Das mit dem Gesetz über das Existenzminimum von 1974 eingeführte Sozialschutzmodell sieht eine finanzielle Unterstützung für Bürger vor, die nicht in der Lage sind, ihre eigenen Grundbedürfnisse durch Arbeit zu decken.

## PFLICHTSCHULBILDUNG BIS ZUM 18. LEBENSJAHR

Junge Menschen sind verpflichtet, die Ausbildung bis zum Alter von 18 Jahren zu verfolgen.

## GENDERGESETZ

Gesetz zur Bekämpfung der Diskriminierung zwischen Männern und Frauen.

## ANTIDISKRIMINIERUNGSGESETZ

Gesetz zur Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund von Rasse, Religion, usw.



Antidiskriminierung eröffnet Möglichkeiten ...

1958

## REVISION DES EHERECHTS

Bis dahin basierte das Eherecht noch auf dem Napoleonischen Gesetzbuch, das auf der ehelichen Macht des Mannes und der Rechtsunfähigkeit der verheirateten Frau beruhte.

1968



1958 – Frauen kämpfen für Gleichberechtigung in Arbeit, Gesellschaft und Familie.

1971

1973

## ENDE DES GESETZES ZUM VERBOT DER EMPFÄNGNISVERHÜTUNG

Ende der Gesetzgebung, die die Bereitstellung von Informationen über und die Verbreitung von Verhütungsmitteln verbot.

1974-

1975

1981

## ANTIRASSISMUSGESETZ

Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Bestrafung bestimmter Handlungen, die durch Rassismus oder Fremdenfeindlichkeit motiviert sind.

1983

1996

## WOHLBEFINDEN BEI DER ARBEIT

Das Gesetz ist die Grundlage für eine grundlegende Reform der Rechtsvorschriften über die Sicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz.

1999

2003

## EHE FÜR GLEICHGESCHLECHTLICHE PAARE

Die belgische Ehe wird geschlechtsneutral.

2003

2007

## GENDER-MAINSTREAMING-GESETZ

Gesetz, das verabschiedet wurde, um Gender Mainstreaming in allen belgischen föderalen politischen Strukturen verbindlich vorzuschreiben, um die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern.

# FUNDAMENTE FÜR EIN SYSTEM SOZIALER SICHERHEIT WERDEN GELEGT

Im Jahr, in welchem sich in Belgien zum ersten Mal alle Männer über 25 Jahren an den Parlamentswahlen beteiligten durften, wurde am 23. Juni 1894 das Gesetz über die Einrichtung von *Mutualiteiten* (Krankenkassen) als Ergebnis lang anhaltender Auseinandersetzungen verabschiedet. Das erste Mal wurde den von Arbeitern geschaffenen Institutionen eine gesetzlich abgesicherte Rechtspersönlichkeit verliehen und ihnen damit ermöglicht, diese Organisationen ohne Einmischung von außen weiter zu verwalten.

Das Gesetz veränderte die politische Landschaft und ermöglichte in der Folge soziale Fortschritte. Die Verwaltungsräte wurden von den Mitgliedern gewählt, und wenn die Krankenkassen bestimmte Bedingungen erfüllten, erhielten sie auch staatliche Zuschüsse. Als Folge erhöhte sich die Zahl der Mitglieder dauerhaft. Die Krankenkassen, in Kooperation mit den Gewerkschaften und den ihnen nahestehenden politischen Parteien, erlangten ein stärkeres politisches Gewicht in den gesellschaftlichen Debatten bezüglich der Ausgestaltung der Sozialsysteme und auch die Möglichkeit, Gesetzesvorschläge zu unterbreiten oder zu beeinflussen. Sie wurden Teil der sogenannten „Versäulung“ des belgischen Systems der sozialen Sicherheit, in dem die

sozialistische, christliche bzw. liberale Säule jeweils ihre eigene Krankenkasse, Gewerkschaft, politische Partei und soziokulturelle Bewegung hat(te).

## DIE VORGESCHICHTE - 1830: GRÜNDUNG DES STAATES BELGIEN

Technisch fortschrittlicher Berg- und Maschinenbau (Wallonien) und ein durch das Zunftwesen geprägtes traditionelles Handwerk (Flandern) liegen dem 1830 gegründeten Staat Belgien zu Grunde. Die Zünfte, lokal nach Berufsgruppen organisiert, beeinflussten stark die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in Europa. Der positive Effekt auf die Qualität der Produkte auf Grund der strengen Kontrolle der Zünfte ist unbestritten. Sie sorgten auch für eine anspruchsvolle und umfangliche

1894

Berufsausbildung. Besitztümer der Zünfte und auf jeden Fall deren Erlöse dienten als Fonds, aus dem die Mitglieder der jeweiligen Zunft und ihre Familienangehörigen im Falle eines Arbeitsunfalls, einer Krankheit oder eines Todes unterstützt werden konnten. Mit den Zünften verschwanden auch diese sozialen Sicherungen.

Für die sich in immer mehr Sektoren der wirtschaftlichen Tätigkeit durchsetzende neue Industrie waren Zünfte konservative Institutionen und Bremsklötze für die wirtschaftliche Entwicklung. In Zunftstrukturen hätten innovative Ideen kaum eine Chance gehabt, hätten sich die Modernisierung der Produktionsmethoden verzögert. In Teilen Westeuropas (unter anderem in Wallonien) führte die Abschaffung des Zunftwesens in der Zeit der französischen Vorherrschaft zu Beginn des 19. Jahrhunderts zu einer



Constantin Meunier (1831), Bergmann mit Axt

## BELGISCHE KÜNSTLER DER INDUSTRIALISIERUNG

Die sozialen Umwälzungen und Verwerfungen der Industrialisierung, vor allem aber ihre sozialen Effekte wurden früh von Malern und Bildhauern im heutigen Belgien aufgenommen, wälzten auch ihre Sicht und Aufmerksamkeit um. In Belgien ist namentlich CONSTANTIN MEUNIER ein Vertreter dieser Entwicklung. Als Maler begann er die Umbrüche in der Welt der Arbeit zu verarbeiten, schwenkte dann stärker auf die Arbeit mit Skulpturen um, die ihm als besseres Stilmittel für einen Realismus des Sozialen erschien. Seine Skulpturen verströmen neben dem Realismus aber auch

einen Idealisierung der Arbeit/Arbeitenden aus. Nicht umsonst gilt er als Wegbereiter des sozialistischen Realismus in der Kunst. Anders beispielsweise der Maler ANTO CARTE. Seine *Pietà* (dieses und andere Werke zu betrachten bei [www.artnet.com](http://www.artnet.com)) erinnert an das Leiden Christi, die symbolische Dimension ist eine andere Form der Glorifizierung der Arbeitenden. Die christliche Überformung des Sozialen und der Zwischenmenschlichkeit, die weite Teile der Arbeiterbewegung, nicht nur der direkt christlich organisierten, und ihren Solidaritätsbegriff prägt, findet sich hier wieder.

ROLF GEHRING

raschen Industrialisierung und wirtschaftlichen Entwicklung. Schließlich wurden die Zünfte im neuen Königreich der Niederlande 1818 endgültig abgeschafft. Handwerker und Arbeiter waren somit auf sich selbst gestellt, Gewerkschaften galten als getarnete Zünfte und waren noch bis Anfang des 20. Jahrhunderts verboten.

Dies ebnete der ersten industriellen Revolution den Weg und war einer der Hauptgründe für die Entstehung der sozialen Frage im 19. Jahrhundert. Die Revolutionierung der Industrie bedeutete auch eine neue Produktionsorganisation. Die Arbeit wird als Lohnarbeit ausgeführt und die Arbeiter verloren ihre Unabhängigkeit und ihren Einfluss auf die Arbeitsorganisation. Die Arbeit in den Fabriken erforderte in weiten Teilen wenig Wissen und Fähigkeiten, so dass die Arbeiter austauschbar wurden. Männer wurden unbehelligt von Vorschriften zunehmend durch Frauen und Kinder ersetzt. Die Arbeit war wesentlich elendig, schmutzig und ungesund, die Lebenserwartung ging zurück. Die Arbeiter lebten in überfüllten Elendsvierteln, ohne sanitäre Einrichtungen, unterernährt und mit zunehmendem Alkoholmissbrauch.

#### VOM VERBOT ZUR GESETZLICHEN ANERKENNUNG – VON VORSORGEFONDS ZUR GESETZLICHEN EINRICHTUNG DER KRANKENKASSEN

Die belgischen Industriezentren waren Gent, Verviers, Lüttich, Mons und Charleroi. Um ihre Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern, traten die Arbeiter Vorsorgefonds bei und sie organisierten sich in sozialistisch, anarchistisch oder konfessionell ausgerichteten Gewerkschaften und politischen Parteien. So wurden verschiedene Hilfs- und Wohlfahrtsfonds vor Ort und nach Sektoren eingerichtet, die in der Regel durch Beiträge der Mitglieder und in einigen Sektoren auch durch die Arbeitgeber (Bergbau und Seeschifffahrt) finanziert wurden. Ein Gesetz vom 3.4.1851 erkannte diese Vorsorgefonds rechtlich an.

In den 1880er Jahren wurden dann erste Schritte zur Gründung von Gewerkschaften wie des „brüderlichen Verbandes der Weber“ und des „Verbandes der bedürftigen

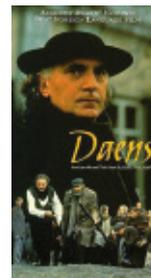
Brüder“ unternommen. Artikel 310 des Strafgesetzbuches machte gewerkschaftliches Handeln unmöglich. Das damals geltende Zensuswahlrecht schloss die Arbeiter aus dem parlamentarischen Feld der Politik aus. In der Zeit schwerer Auseinandersetzungen in den 1870er Jahren und der Angst vor der Verbreitung des Sozialismus und des Marxismus, setzte sich Priester Daens für die sozialen Interessen der Arbeiter ein, wobei er sich auf die Enzyklika *Rerum Novarum* stützte. Er gründete unter anderem die „Christliche Volkspartei“ und war an der Ausarbeitung des Gesetzes über die Regelung der Kinder- und Frauenarbeit (1889), der Durchsetzung des mehrfachen allgemeinen Wahlrechts (1893), des ersten Gesetzes über die Krankenkassen (1894), des Gesetzes über den Lohnschutz (1896), des Gesetzes über Arbeitsunfälle (1903) sowie des Gesetzes über die Sonntagsruhe (1905) beteiligt.

#### STABILISIERUNG DES SOZIALVERSICHERUNGSSYSTEMS NACH 1944

Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges wurde am 28.12.1944 ein weiteres Gesetz verabschiedet, das die Grundlage für das gegenwärtige Sozialversicherungssystem bildet und das 1894 errichtete System der Selbstverwaltung bestätigte. Zwischen 1944 und 1948 fanden acht nationale Arbeitskonferenzen statt, in denen die Strukturen des belgischen Wohlfahrtsstaates konkretisiert wurden. Dies führte zur Gründung verschiedener Beratungsgremien, darunter des Nationalen Arbeitsrates und des Zentralen Wirtschaftsrates. Diese Gremien, die Gewerkschaften und Arbeitgeber zusammenbringen, spielten eine wichtige Rolle bei der weiteren Ausgestaltung der Systeme der sozialen Sicherheit.

Nach wie vor sind die *Mutualiteiten* selbstverwaltet und werden durch Arbeitgeberbeiträge, Beschäftigtenbeiträge und staatliche Anteile finanziert. Politische Vorhaben der Regierung müssen mit ihnen erörtert werden. Der Umkreis der Versicherten ist mittlerweile auch auf Selbständige ausgedehnt worden.

JAN VOETS



#### FILM: DAENS – PRIESTER DER ENTRECHTETEN

Der Film beschreibt die Geschichte des belgischen „Arbeiter-Priesters“ Adolf Daens, der sich am Ende des 19. Jahrhunderts gegen die soziale Not und die Zustände in den Fabriken stellt. Im Jahr 1890 arbeitet die Bevölkerung von Aalst in Trümmern in den Textilfabriken für die Profite der reichen Fabrikdirektoren. Männer werden entlassen, weil Frauen billiger arbeiten. Kinder arbeiten Tag und Nacht und werden so müde, dass sie einschlafen und unter den Maschinen zerquetscht werden. Das ist die Situation, die Adolf Daens nach einem Konflikt mit Bischof Stillemans bei seiner Rückkehr in seine Heimatstadt Aalst erlebt. Der Fabrikdirektor Borremans entlässt die Hälfte seiner Arbeiter, was von dem Vorsitzenden der Katholischen Partei, unterstützt wird.

Daens lehnt die Missbräuche ab. Zuerst von der Kanzel, später auch in der Volksvertretung, in der er nach einem erbitterten Kampf gewählt wird. Daens beschwert sich in einem Artikel in *Het Land Van Aelst* über die Missbräuche in den Fabriken. Da Daens die Seite der Armen wählt, gerät er in Konflikt mit den reichen Fabrikdirektoren und der katholischen Kirche. Die Kirche sieht mit Bestürzung, wie Daens zum Symbol des gnadenlosen Freiheitskampfes wird, den die Arbeiter führen. Als der Papst ihm schließlich politische Zurückhaltung auferlegt, zieht er die Soutane aus.

Der Film ist ein handwerklich perfekt inszeniertes Sozialdrama, das trotz eines eindeutigen Engagements für die Unterdrückten alle Charaktere differenziert zeichnet.

ROLF GEHRING



Der *Grand-Hornu* Komplex: eines der frühesten Beispiele für von Unternehmen eingerichtete Arbeitersiedlungen. Sie brachten bessere Lebensbedingungen, bedeuteten häufig aber auch starke Eingriffe in die sozialen Verhaltensweisen, Gewohnheiten und Orientierungen der Arbeiter und ihrer Familien.



Zeigenössische Postkarte mit einer Darstellung der Industrieanlagen in *Le Grand-Hornu*.



*Le Grand-Hornu* ist heute Museum und Weltkulturerbe.

## DER INDUSTRIEKOMPLEX *LE GRAND-HORNU*

Nicht nur elende Arbeitsbedingungen in der Frühphase der Industrialisierung zeichneten das Leben der Menschen, auch die allgemeinen Lebensumstände und die Wohnbedingungen waren für Millionen miserabel. Wohl das erste philanthropische Konzept eines Industriellen, in dem Leben und Arbeiten menschlich ausgestaltet werden sollten, fand in Hornu, in der heutigen Wallonie nahe der französischen Grenze nahe Mons statt. Henri De Gorge, ein Farmerssohn aus Nordfrankreich, nutzte innovativ die entstehenden technischen Möglichkeiten seiner Zeit und entwickelte die Technik im Kohlebergbau weiter. Er übernahm 1810 die Zeche von Hornu. In der Folge wurden neue erzeiche Flöze entdeckt, allein, die benötigte Arbeitskraft war in der dünn besiedelten Region schwer zu mobilisieren. Es entstand das Konzept einer sozial orientierten Stadt, in der Wohnen und Arbeit eng beieinander liegen und sozialen Fortschritt bringen.

Der Komplex wurde zwischen 1820 und 1830 nach Plänen Bruno Renards erbaut.

*Le Grand-Hornu* ist ein Muster funktionaler urbaner Planung. Im Zentrum steht ein ovaler

Komplex der Industrieanlage. Ihn umgeben die Arbeiterquartiere (425 Wohnhäuser in einer Gartenstadt), Büros, Läden, Heuschuppen, Stallgebäude, Werkstätten, eine Zuckerfabrik und Speicher gehörten zu dem Ensemble, früh wurde eine Schule eingerichtet.

Die Architektur der aus Backstein erbauten Anlage ist durch neoklassizistische Elemente geprägt. Die Arbeiterwohnungen hatten einen Wohnraum von 23 Quadratmetern und eine Küche von 9 Quadratmetern. Die Häuser waren mit Abflüssen ausgestattet, eine Dampfmaschine lieferte Warmwasser. Jedem Haus war ein kleiner Garten zugeordnet und jedes vierte Haus konnte eine Kneipe einrichten.

Nachdem in den 1950er Jahren die Zechen der Borinage stillgelegt waren, verfiel der Komplex. Heute ist *Grand-Hornu* im Besitz der Provinz Hainaut. *Grand-Hornu* wurde 2012 Weltkulturerbe der Unesco und beherbergt ein Museum.

ROLF GEHRING

Quelle : Yves Robert – *The Grand-Hornu Industrial complex*; Edition Scala, Paris 2002

## BEFREIUNG BULGARIENS

Die Befreiung vom Osmanischen Reich war das Ergebnis des Russisch-Türkischen Kriegs 1877–1878 und führte zur Gründung eines unabhängigen bulgarischen Staates. Es wurde eine konstituierende Volksvertretung einberufen, die am 16. April 1879 die erste bulgarische Verfassung verabschiedete. Sie wurde die „Verfassung von Tarnowo“ genannt, als Vorlage diente die belgische Verfassung. In der Folge kam es zu einer schrittweisen Industrialisierung des Landes, und somit folgten die ersten Maßnahmen zur gewerkschaftlichen Organisation der Arbeitskräfte in den Jahren zwischen 1879 und 1891.

Zu den ersten gewerkschaftlich organisierten Berufsgruppen zählten die Druckereiarbeiter\*innen und die Lehrer\*innen



1. Mai Feier in Shumen

## ERSTER KOLLEKTIVER TARIFVERTRAG

Im Jahre 1905 wurde der erste kollektive Tarifvertrag für die Beschäftigten in der typographischen Industrie unterzeichnet, daran beteiligt waren die Vertreter\*innen beider Gewerkschaftszentralen und eines Arbeitgeberverbandes. Erwähnenswert ist hier das relativ

hohe Niveau der vereinbarten Standards für Arbeitszeiten, Überstunden und Nachtarbeit, Ruhezeiten und Urlaub sowie Zahlungen von Zuschlägen.

## BULGARIEN WIRD IAO-MITGLIED

1919 wird Bulgarien Mitglied im Völkerbund und beteiligt sich an der Arbeit der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO).

1878



Delegierte des ersten (konstituierenden) Kongresses der Vereinigten Arbeitergewerkschaft, Plovdiv, 21.–22. Juli 1904

1904

## GRÜNDUNG DES ALLGEMEINEN ARBEITERGEWERKSCHAFTSBUNDES

Am 7. Juli 1904 wurde der Allgemeine Arbeiter-Gewerkschaftsbund (ORSS) gegründet, im selben Jahr ebenfalls der Freie Allgemeine Arbeiter-Gewerkschaftsbund (SORSS) Diese Spaltung folgte der Spaltung der Sozialdemokratischen Partei in zwei rivalisierende Fraktionen, die „Engsozialisten“ und die „Breitsozialisten.“ Seit der Gründung der Gewerkschaften bis Anfang der 1930er Jahre gab es zahlreiche Streiks, in erster Linie in den Branchen Typographie, Eisenbahn, Tabak und Textilien. An dem größten Streik 1929 in der Tabakindustrie beteiligten sich 27.000 Arbeitnehmer\*innen.

1905



Junge Tabakarbeiterinnen in der Fabrik Zakaro, Plovdiv, 1906

1919

1938

## KOMMUNALWAHLEN

Bei den Kommunalwahlen durften die Kandidaten\*innen bei fortbestehendem Parteienverbot nicht als Repräsentanten von Parteien auftreten, sondern lediglich die beiden Blöcke Regierung und Opposition vertreten. Zum ersten Mal durften auch Frauen ihre Stimme abgeben, allerdings nur diejenigen, die verheiratet, verwitwet oder geschieden waren.

### INDIVIDUALISIERUNG UND VERTRETUNG

In den 1980er Jahren gab es Versuche einer Reform der Gewerkschaftsbewegung, in erster Linie durch Entscheidungen „von oben“: Versuche, den einzelnen Arbeitnehmer\*innen und nicht nur dem „Kollektiv“ mehr Aufmerksamkeit zukommen zu lassen; Beteiligung der Gewerkschaften an der Kampagne für die „Selbstverwaltung der Arbeitnehmer\*innen von 1986 bis 1988 (die zu Beginn des Jahres 1989 wieder in der Versenkung verschwand).

### ENTSTEHUNG EINER UNABHÄNGIGEN ARBEITERBEWEGUNG

Im Februar 1989 wurde die Berufsgewerkschaft *Podkrepa* gegründet, der spätere Gewerkschaftsbund *Podkrepa*, die bis Anfang 1990 als Dissidentengewerkschaft auftrat und deren Führungspersonal wiederholt verhaftet wurde.

### WIEDERBELEBUNG DER GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

1990 wurde die Konföderation unabhängiger Gewerkschaften in Bulgarien (KNSB) gegründet, der sich auch Mitglieder der alten Gewerkschaften anschlossen. Seit 1990 beteiligen sich die Gewerkschaften aktiv an der Arbeit innerhalb der IAO-Strukturen. Mit der Gründung des Nationalen Rates für die Tripartite Zusammenarbeit (NCTC) gab es auch wieder eine authentische Arbeitgeberorganisation. Von 1990 bis heute folgte eine Reihe von Streiks – in den Sektoren (Bergleute, Eisenbahner\*innen, Lehrer\*innen usw.) und in Unternehmen, hauptsächlich in der Industrie, in der Verkehrswirtschaft, in einigen Haushaltsorganisationen usw., sowie Protestaktionen und Demonstrationen einschließlich einer Reihe von nationalen Kundgebungen und Umzügen. Der längste Streik war der Streik der Lehrer\*innen im Jahre 2007, der 45 Tage dauerte.

### NEUBELEBUNG VON TARIFVERHANDLUNGEN UND SOZIALDIALOG

Neben der permanenten Einsetzung eines tripartiten Kooperationsystems wurden ebenfalls Kollektivverhandlungen auf diversen Ebenen sowie eine tripartite Zusammenarbeit nach Branchen und Sektoren sowie eine regionale Kooperation wiederaufgenommen.

### GRÜNDUNG DES SOZIALRATES

Der bulgarische Wirtschafts- und Sozialrat wurde mit Beteiligung der Arbeitgeberorganisationen, der Gewerkschaften und diverser Interessengruppen gegründet.

1944-

1989

1980er

1989

1989

1990

1990-

1991

1992

1993

1995

2003

2007

### PERIODE DER UNTERDRÜCKUNG MIT AMBIVALENTEN ERGEBNISSEN

In diesen Jahren entstanden unter den Bedingungen eines totalitären (kommunistischen) Regimes neue staatlich kontrollierte Gewerkschaften, die vollständig der BKP und dem Staat unterstanden. Ihnen wurde lediglich die Aufgabe eines „Transmissionsriemens“ zwischen der Partei und den arbeitenden Massen zugestanden. Arbeit wurde zur Pflicht, und auch Zwangsarbeit wurde in dieser Zeit eingeführt. Auf der anderen Seite wurden annehmbare arbeits- und sozialpolitische Standards eingeführt, darunter auch die Geschlechtergleichstellung. Es gab kollektive Tarifverträge in den Unternehmen, die jedoch eher formalen Charakter hatten, und Streiks waren praktisch verboten. Den Gewerkschaften wurde eine Reihe sozialer Funktionen innerhalb der Unternehmen, Sektoren und Regionen zuerkannt. Auf nationaler und regionaler Ebenen wurden ihnen staatliche Aufgaben übertragen, darunter die Kontrolle des Arbeitsschutzes, Arbeitsrecht, Verwaltung der Sozialversicherung und der sozialen Einrichtungen. In diesen Jahren gab es immer wieder Versuche, Streiks durchzuführen.

### FREIE DEMONSTRATIONEN

Am 10. November 1989 erzwangen die Mitglieder des Zentralkomitees der BKP den Rücktritt ihres Vorsitzenden, der später ebenfalls seiner Funktion als Präsident des Staatsrates enthoben wurde. Es folgten die ersten freien Kundgebungen und Demonstrationen, eine freie Presse und andere Medien entstanden, und die Gründung der Union Demokratischer Kräfte, einer Dachorganisation oppositioneller Gruppen.

### NEUE VERFASSUNG STÄRKT DEN PLURALISMUS

Auf der 7. Großen Nationalversammlung wurde eine neue Verfassung verabschiedet. Sie ist Grundlage und Voraussetzung für die Chance auf einen weiteren demokratischen Wandel. Der Passus, der bis zu diesem Zeitpunkt den Führungsanspruch der Kommunistischen Partei garantiert hatte, wurde gestrichen.

### STÄRKUNG DER MENSCHENRECHTE

1992 hat Bulgarien die Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte ratifiziert und wurde Mitglied des Europarates. Der Gewerkschaftsbund *Podkrepa* wurde Mitglied des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG).

### BULGARISCHE ARBEITNEHMER\*INNEN SCHLIEßEN SICH DER INTERNATIONALEN ARBEITERBEWEGUNG AN

1995 wurden KNSB und der Gewerkschaftsbund *Podkrepa* Mitglieder des Europäischen Gewerkschaftsbundes. Die KNSB wurde Mitglied des IBFG.

### BULGARIEN WIRD MITGLIED DER EUROPÄISCHEN UNION

Seit dem Beitritt Bulgariens zur Europäischen Union sind bulgarische Gewerkschaftsvertreter\*innen in den Strukturen des europäischen Sozialdialogs (intersektoral und sektoral) und im Europäischen Wirtschafts- und Sozialrat präsent.

# DIE GEBURT DER ARBEITER- UND GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG IN BULGARIEN

Bulgarien konnte sich 1878 von der Fremdherrschaft des Osmanischen Reichs befreien. Das Land war arm und in erster Linie ein Agrarstaat mit kaum vorhandener Industrie. Somit gab es auch keine Arbeiterklasse. Aus diesem Grund konnten sich die bulgarische Gewerkschaftsbewegung und ihr organisatorischer Aufbau erst am Ende des 19. und dem Beginn des 20. Jahrhunderts entwickeln, ohne dass sie im Land auf historische Vorbilder zurückgreifen konnte.

Vorbild für den Aufbau der Gewerkschaften in Bulgarien waren die deutschen Berufsgewerkschaften – diese Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmer eines bestimmten Berufs, während un- und angelernte Arbeiter nicht als Gewerkschaftsmitglieder akzeptiert wurden. So gründeten sowohl die Begrifflichkeiten als auch die organisatorischen Prinzipien auf „importierten“ Erfahrungen aus dem Ausland, die dort von bulgarischen Arbeitsmigranten gemacht wurden.

Anfang 1883 wurden unter dem Einfluss tschechischer und deutscher Drucker, die in Bulgarien arbeiteten, in Sofia und Plowdiw die ersten Buchdruckervereine gegründet. Am 2. März 1883 wurde auf Initiative des tschechischen Druckers Jaroslav Sholba der Bulgarische Typographenverein ins

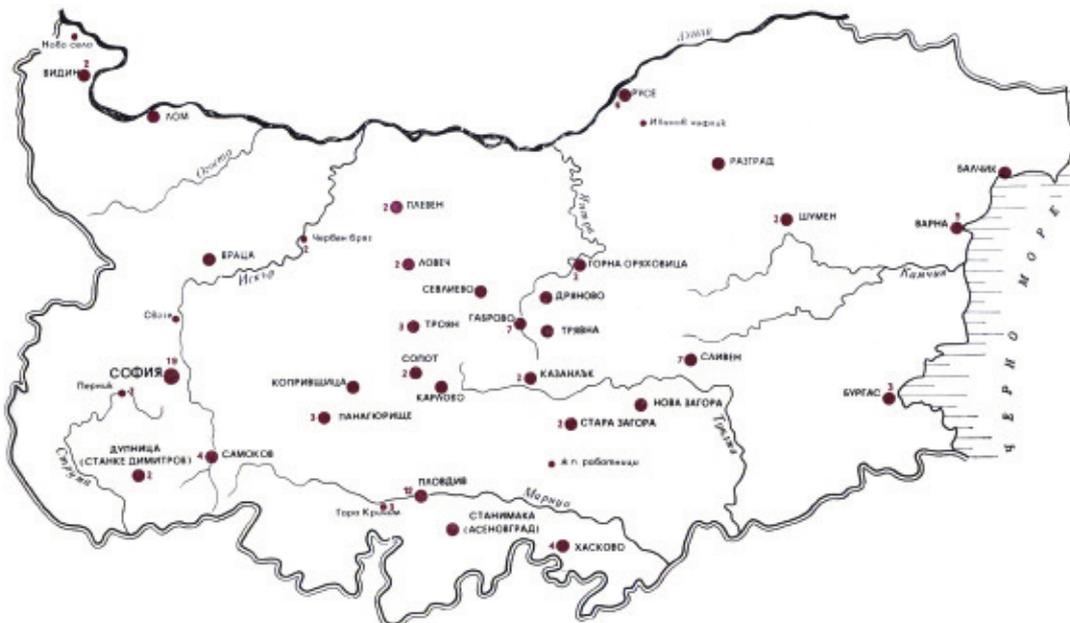
Leben gerufen, der auf Erfahrungen der Arbeiterbewegung im Österreich-Ungarn und Deutschland zurückgreifen konnte. Am Anfang waren die Gewerkschaften als Organisationen strukturiert, in denen sich Angehörige dieser Profession gegenseitig unterstützten. Die Mitglieder gehörten unterschiedlichen Kategorien an: Gründungsmitglieder, ordentliche Mitglieder, unterstützende Mitglieder und Ehrenmitglieder. Sie hatten unterschiedliche Rechte und Arbeitserfahrungen und zahlten auch unterschiedliche Mitgliedsbeiträge. Am 1. März 1883 wurde in Plowdiw der Buchdruckerverein *Edinstvo* (Einheit) gegründet.

In den 1880er Jahren gab es erste Versuche, eine nationale Lehrerorganisation ins Leben zu rufen.

1883

Die Gewerkschaftsbewegung in Bulgarien begann und entwickelte sich später als in anderen europäischen Ländern. Aus diesem Grund orientierte sie sich vielfach an den Erfahrungen und Traditionen ausländischer Gewerkschaften. Auf dieser Grundlage entstanden in der Folge nationale gewerkschaftliche Identitäten und Besonderheiten. In Bulgarien entwickelten Gewerkschaften in jeder denkbaren Form: freie Gewerkschaften, an politische Parteien gebundene Gewerkschaften, Anarchosyndikalismus, christliche Gewerkschaften und staatliche Gewerkschaften.

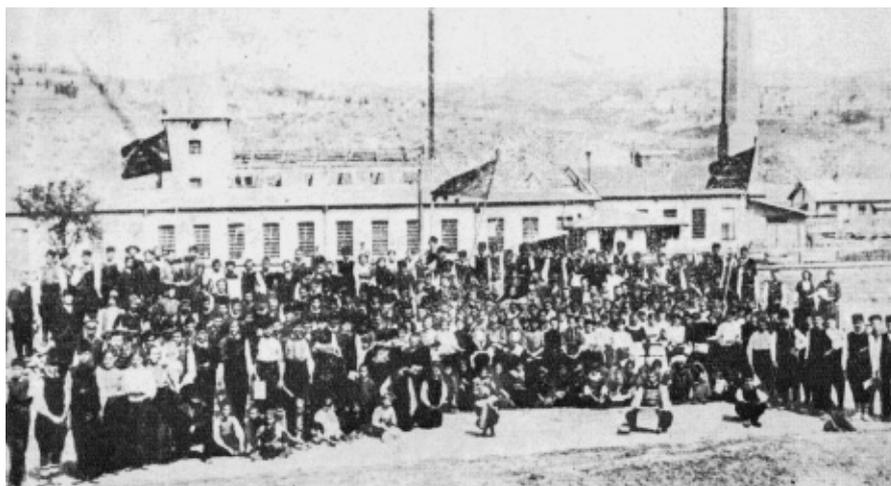
In ihrer Entwicklung war die bulgarische Gewerkschaftsbewegung in vielerlei Hinsicht ein Abbild der vielfältigen Trends der weltweiten Arbeiterbewegungen sowie der unterschiedlichen sozialen, politischen und



Streiks in Bulgarien (1901 – 1903)



Flagge der Tabakarbeitergruppe in Dupnitsa, 1885



Vom 26. Juli bis 6. Dezember 1909 führten die Arbeiter der Streichholzschachtelfabrik in Kostenets einen heldenhaften Kampf gegen das ausländische Monopolkapital, das vom bürgerlichen Staat umfänglich unterstützt wurde. Sie kämpften um die Verteidigung ihres Rechts auf gewerkschaftliche Organisation und gegen extreme Formen der Ausbeutung. Als die Regierung beschloss, Streichholzschachteln aus Frankreich zu kaufen und mit dem Schiff nach Bulgarien zu bringen, traten die Hafendarbeiter in Marseille aus Solidarität mit den bulgarischen Arbeitern in einen Streik und weigerten sich, die Streichholzschachteln zu verladen.



Eine Briefmarke, die von der bulgarischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei herausgegeben wurde, um Geld für die Unterstützung der streikenden Arbeiter in der Zuckerfabrik zu sammeln.

ideologischen Kämpfe innerhalb des Landes. Sie war immer unter dem starken Einfluss diverser politischer Strömungen oder politischer Kräfte, deren Ziel die Unterwerfung oder Zerstörung der Gewerkschaften war.

Eine der wichtigen Eigenschaften der bulgarischen Gewerkschaftsbewegung in der Zeit vor der Machtergreifung der Kommunistischen Partei 1944 war ihre *politisch begründete Teilung*. Von Anfang an bestanden enge ideologische Bindungen an die sozialdemokratische Idee, aber nach der Spaltung der Sozialdemokratie in Bulgarien 1903 bildeten sich zwei unterschiedliche Gewerkschaftszentren. Sie gerieten unter den ideologischen und organisatorischen Einfluss der Bulgarischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (BRSDP) – „Enge Sozialisten“ als bolschewistischer Flügel – und der Bulgarischen Sozialdemokrati-

schen Arbeiterpartei (BRSDP) – „Breite Sozialisten“ als reformistischer Flügel der bulgarischen Sozialdemokratie. Im Juli 1904 wurde die Allgemeine Arbeitergewerkschaft (ORSS) gegründet. Sie orientierte sich in erster Linie an den „Engen Sozialisten“ (dem bolschewistischen Flügel) und konnte das Proletariat in den Fabriken für sich gewinnen, während die im August 1904 gegründete Freie Allgemeine Arbeitergewerkschaft (SORSS) zu den „Breiten Sozialisten“ (Reformisten) tendierte und sich für das so genannte „Handwerkerproletariat“ stark machte. Die Auseinandersetzungen zwischen den opportunistischen Reformern und dem marxistisch-revolutionären Flügel der Arbeiterbewegung haben viel Kraft gekostet, ohne überzeugendes Ergebnis. Die Existenz zweier Gewerkschaftszentren war das unvermeidliche Ergebnis der Entwicklung der sozialistischen Bewegung in dem Land.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren die beiden sozialdemokratischen Parteien in Bulgarien die aktivsten politischen Organisationen, die um politischen Einfluss und für eine Änderung des gesellschaftspolitischen und ökonomischen Systems kämpften. Jede hatte einen unterschiedlichen Fahrplan, und beide benutzten die mit ihnen verbundenen Gewerkschaften dazu, die Massen für sich zu gewinnen und ihre strategischen Ziele zu erreichen und durchzusetzen. In dieser Zeit waren die bürgerlichen Parteien in Bulgarien mit einigen wenigen Ausnahmen nicht dazu bereit, Gewerkschaften zu gründen und zu organisieren.

BOYKO ATANASOV



Arbeiterinnen – Delegierte auf dem 10. Kongress der Vereinigten Arbeitergewerkschaft, Mai 1914

## WIEDERGEURT DER GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG IN BULGARIEN 1989–1990

Der *Wind of Change* in Osteuropa erfasste auch Bulgarien und die bulgarischen Gewerkschaften. Unzufriedenheit aufgrund des sozialen und wirtschaftlichen Versagens des Systems, die aufgezwungene Änderung muslimischer Namen und die daraus folgende internationale Isolierung sowie der starke Einfluss der Ideen der *Perestroika* führten zum Aufstieg von Dissidentengruppen und -organisationen in Bulgarien.

Eine davon war *Podkrepa*, gegründet von den Anhängern Dr. Konstantin Trentschews am 8. Februar 1989. Im Gegensatz zu anderen Dissidentengruppen definierte sie sich nicht als politische Organisation, sondern eher als Gewerkschaft. So wurde sie *de jure* die einzige legale Oppositionsgruppe, da es nach dem geltenden Arbeitsgesetz nicht formal verboten war, eine Gewerkschaft neben der offiziellen Einheitsgewerkschaft zu gründen. Für politische Organisationen galt diese Regelung nicht. Allerdings kümmerte sich *de facto* niemand um die Legitimität der Organisation. In den ersten Jahren ihres Bestehens war *Podkrepa* somit eine parapolitische Organisation, die als Gewerkschaft auftrat. Nach dem 10. November 1989 wurde *Podkrepa* eines der Gründungsmitglieder der Union Demokratischer Kräfte,



2007 – Von den Gewerkschaften CITUB und CL *Podkrepa* organisierterer Lehrerstreik.

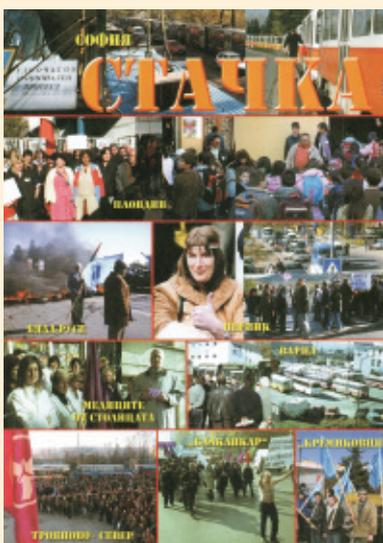
aber da sich die Organisation an die Spitze der spontanen Arbeiterproteste setzte, wurde sie allmählich im Kern zu einer Gewerkschaftsorganisation, die die Rechte der Lohnarbeiter verteidigte.

Gleichzeitig wurden die offiziellen bulgarischen Gewerkschaften von einer Werte- und Motivationskrise heimgesucht. Am 18. November 1989 erklärte sie ihre Unabhängigkeit von der Kommunistischen Partei Bulgariens, und im Dezember erklärte die gesamte Gewerkschaftsführung ihren Rücktritt. Es folgte die Wahl einer neuen Führung der Unabhängigen Gewerkschaften Bulgariens mit Prof. Krastyo Petkow an der Spitze. Das wichtigste Vorhaben war die Durchführung eines außerordentlichen Kongresses, aber die Gewerkschaft musste sich ebenfalls mit Dutzenden von Streiks, den nationalen Rundtischgesprächen, den ersten Verhandlungen mit der Regierung und unterschiedlichen politischen Kräften sowie dem Austausch inkompetenter Führungskräfte an der Basis befassen. All diese Entwicklungen verhinderten nicht nur das Auseinanderbrechen der bulgarischen Gewerkschaften, sondern bereiteten auch den Boden für die Durchführung des außerordentlichen Kongresses vom 18. Februar, der gleichzeitig der konstituierende Kongress für die Konföderation der unabhängigen Gewerkschaften Bulgariens war. Damit wurde ein neues Kapitel der bulgarischen Gewerkschaftsbewegung aufgeschlagen.

Die Entwicklung des bulgarischen Systems der industriellen Arbeitsbeziehungen und die Arbeit der wichtigsten Sozialpartner wurde im hohen Maße durch die Auswirkungen des Übergangs zu Marktwirtschaft und Demokratie sowie durch die neue Mitgliedschaft in der EU bestimmt. In der Tat entwickelte sich der soziale Dialog in Bulgarien auf einem „unbeschriebenen Blatt“, da es keinerlei Traditionen, frühere Erfahrungen oder irgendeinen Rechtsrahmen gab. Trotzdem gehören zu den unbestreitbaren Erfolgen der entstehenden Demokratie im Land der Übergang von einer zentralisierten, allein vom Staat bestimmten Wirtschaft, zu industriellen Arbeitsbeziehungen auf den Grundsätzen des modernen Sozialdialogs und der sozialen Zusammenarbeit sowie der Aufbau der für den sozialen Dialog erforderlichen Institutionen auf unterschiedlichen Ebenen innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums.

Aufgrund der besonderen Situation im Land zu Beginn des Wandels infolge der Liberalisierung der Wirtschaft und gekennzeichnet durch zahlreiche Streiks in den Unternehmen ging es in erster Linie darum, dreigliedrige Verhandlungen zu führen und einen Rechtsrahmen für industrielle Arbeitsbeziehungen auszuarbeiten.

BOYKO ATANASOV



2004 – Nationaler Warnstreik der Gewerkschaften CITUB und CL *Podkrepa*.



Das Ölbild „Der Agitator“ von Erik Henningsen zeigt eine der grossen Solidaritätsversammlungen Ende 1899.

## „SEPTEMBER-VERGLEICH“

Die neu gegründeten wichtigen Organisationen (LO), der Dachverband der Arbeitgeberorganisationen (DA) und der Dänische Ingenieursverband einigen sich nach einer drei Monate andauernden Aussperrung auf einen Kompromiss (*Septemberforliget*).

Die Arbeitgeber setzen damit ihren Anspruch durch, die Arbeit zu leiten und zu verteilen. Im Gegenzug erkennen sie die Gewerkschaften und deren Recht an, kollektiv die Interessen ihrer Mitglieder (Arbeitnehmer\*innen) zu vertreten. Dieser Kompromiss ist entscheidend für die zukünftige Regelung von Löhnen und Arbeitsbedingungen im dänischen Arbeitsmarkt.



Cartoon zu den Verhandlungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern während der Aussperrung 1899.

## VERFASSUNGSÄNDERUNG

Frauen und Beamte\*innen sind wahlberechtigt und können somit direkt Einfluss auf zukünftige politische Entscheidungen nehmen.

## DIE OSTERKRISE

Es kommt zu einer parlamentarischen Krise, als König Christian X. sich gegen die Mehrheit des Parlaments stellt und das Kabinett Zahle II entlässt mit der Hoffnung, auf diese Weise Parlamentsneuwahlen durchsetzen zu können und so eine Mehrheit für den Anschluss Flensburgs an Dänemark zu bekommen.

1870<sub>er</sub>

## BEGINN DER GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG IN DÄNEMARK

Gründung eines Gewerkschaftsbundes (*De samvirkende Fagforbund*), heute genannt LO, der unabhängige lokale Gewerkschaften zu einer landesweiten Gewerkschaft zusammenschließt.



M. C. Lyngsie war der Gründer der Gewerkschaft der ungelerten Arbeiter (SID – *Specialarbejderforbundet*), heute 3F, die größte Gewerkschaft in Dänemark.

1891

## ERSTES RENTENGESETZ IN DÄNEMARK

Diese Altersversorgung wird durch Steuern und ohne Pflichtbeiträge finanziert.

1898

## UNFALLVERSICHERUNGSGESETZ

Verabschiedung eines Gesetzes über die Unfallversicherung. Darüber hinaus wird der Grundsatz der finanziellen Verantwortung und Haftung der Arbeitgeber für Arbeitsunfälle begründet.

1899

1907

## GESETZ ÜBER EINE ARBEITSLOSENVERSICHERUNG UNTER AUFSICHT DES STAATES

Mit diesem Gesetz wird die staatliche Subventionierung der freiwilligen Arbeitslosenversicherung unter Verwaltung der Gewerkschaften geregelt, um arbeitslose Mitglieder finanziell und bei Arbeitskonflikten zu unterstützen.

1915



Das Bild stammt von der 2. Internationalen Arbeiterkonferenz in Dänemark, an der 100 Sozialisten der internationalen Gemeinschaft teilnehmen, 1910

1920

Karl Kristian Steinke (1880 – 1963): Sozialdemokrat, der nicht zuletzt durch seine engagierte Arbeit an den Sozialreformen von 1933 bekannt war und geschätzt wurde.



### VOLKSRENTE

Dieses Gesetz sorgt dafür, dass alle Bürger\*innen ab 67 Jahren Anspruch auf eine Rente haben. Dieser gesetzliche Anspruch auf eine staatlich finanzierte Altersversorgung gilt für alle Bürger\*innen unabhängig von ihrem Status und ihrem Einkommen.

### GESETZ ZUR SICHERSTELLUNG DES ELTERNGELDES FÜR ALLE BERUFSTÄTIGEN FRAUEN WÄHREND DES MUTTERSCHAFTSURLAUBS

Mit diesem neuen Gesetz wird die Zahlung von Krankengeld für alle Lohnabhängigen in Dänemark geregelt. Zum ersten Mal gibt es damit ein Gesetz, das auch Elterngeld für alle erwerbstätigen Frauen vorsieht.

### REFORM DES ARBEITSLONGELDES

Die Regierung sichert das geringe Risiko längerer Arbeitslosigkeit ab und übernimmt die damit verbundenen Kosten. Das Arbeitslosengeld wird in Höhe von maximal 90 Prozent des vorherigen Einkommens ausbezahlt.

### DÄNISCHES AUSBILDUNGSFÖRDERUNG (SU)

Aufgrund von Bedenken wegen zu erwartender Engpässe im Arbeitsmarkt bietet der Staat eine Ausbildungsförderung (SU = *Statens Uddannelsesstøtte*) an, die soziale Härten ausgleicht und begabten Studierenden eine Ausbildung mit minimalen Unterbrechungen ermöglicht.

### DIE GEMEINSAME ERKLÄRUNG

Die Gemeinsame Erklärung ist eine dreigliedrige Vereinbarung zwischen der damaligen Regierung und den zentralen Arbeitsmarktorganisationen (DA, LO, FTF und AC). Diese Gemeinsame Erklärung ist das weitreichendste Beispiel einer Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern und dem politischen System und markiert die Einführung der betrieblichen Altersversorgung durch Kollektivverhandlungen im öffentlichen Sektor (1989) und in der Privatwirtschaft (1991). Die Betriebsrente ist heute ein zentraler Bestandteil des dänischen Wohlfahrtsstaates.

1933

### DIE SOZIALREFORM

Die Sozialreform legt grundlegende Rechte und feste Sätze für Sozialleistungen des Staates fest, ohne dass die Bürger\*innen bestimmte Ansprüche verlieren. Die Reform bringt Verbesserungen der Kranken- und Arbeitslosenversicherung und verbesserte Bedingungen für die Bezieher\*innen von Invalidenrente und staatlicher Rente. Die Reform gilt heute als wichtiger Schritt der Entstehung des dänischen Sozialstaates.

1956

1958

### BILDUNGSREFORM

Die Reform sorgt für einen siebenjährigen Grundschulbesuch, wobei die Schüler\*innen die Möglichkeit haben, weitere ein bis zwei Jahre eine weiterführende Schule zu besuchen.

1960



Carlsberg-Arbeiter demonstrieren für bessere Arbeitsbedingungen und eine bessere Bezahlung, 1960

1967-

1969

1970

### KOMMUNALREFORM

Die *Kommunalreformen* ist die größte bisher durchgeführte Reform in Dänemark. Aufgrund umfassender Veränderungen der beruflichen Verteilung und somit auch des Arbeitsmarktes in Dänemark erfahren einige Städte einen massiven Einwohnerzuwachs, während andere stagnieren oder Einwohner\*innen verlieren. Als Lösung wurde die Anzahl der Gemeinden und Amtsbezirke drastisch reduziert.

1970

1976

### SOZIALLEISTUNGSGESETZ

Durch dieses Gesetz wird das Sozialsystem vereinfacht – die Bürger\*innen mussten ihre Sozialleistungen nicht mehr bei unterschiedlichen Behörden beantragen, sondern können sich jetzt an ihre Kommunalverwaltung als zentrale Anlaufstelle wenden. Das Gesetz bedeutet gleichzeitig eine Umstellung von einem auf Rechtsansprüche basierten System auf ein System, das die Ansprüche nach tatsächlichem individuellen Bedürfnissen regelt.

1987

1998

### AKTIVIERUNGSGESETZ FORDERT GEGENLEISTUNG FÜR SOZIALLEISTUNGEN

In den 90er Jahren wird das Prinzip eingeführt, dass die Bezieher\*innen staatlicher Leistungen dafür eine Gegenleistung erbringen müssen. Das Gesetz aus dem Jahre 1998 verlangt von allen Bürger\*innen ungeachtet ihrer Situation und ihrer geistigen und körperlichen Gesundheit die Teilnahme an verschiedenen Aktivierungsprogrammen als Voraussetzung für den Bezug von Sozialleistungen. Dieser Grundsatz gilt bis zum heutigen Tage.

# DER „SEPTEMBER-VERGLEICH“ – DAS RECHT AUF KOLLEKTIVE VEREINBARUNGEN WIRD ERSTRITTEN

Der „September-Vergleich“ wurde zwischen *De samvirkende Fagforbund (DsF, Berufsverband der Arbeitnehmer)* und *Dansk Arbejdgiver- og Mesterforening (DA, Dänischer Arbeitgeber- und Meister-Verband)* nach dreimonatiger Aussperrung am 5. September 1899 geschlossen.

Der Vergleich bildete den Abschluss des umfassendsten Arbeitskampfes, den Dänemark je erlebt hat, und er fand in einer turbulenten Phase für die junge dänische Gewerkschaftsbewegung statt. Im Jahr zuvor war der DsF mit dem Ziel gegründet worden, eine Streikkasse zu führen und Streikbewegungen durch die Zuteilung finanzieller Unterstützung seitens der Gemeinschaft zu ermöglichen. Die Zeit war von Unruhen auf dem Arbeitsmarkt mit vielen kleineren Streiks geprägt, und die sozialistischen Ideen des Zusammenschlusses, der Solidarität und einer Umwälzung der Gesellschaftsordnung begannen sich in der dänischen Arbeiterklasse nachhaltig zu verankern. Die Arbeitgeber kämpften gegen die Gewerkschaften und zwischen Arbeitgebern und Dänischem Arbeitgeber- und Meisterverband krachte es wegen einer aggressiven Einschreibungskampagne gegenüber den Arbeitgebern.

## APRIL 1899: DER AUFTAKT ZUM GROSSEN KONFLIKT

Die große Aussperrung begann mit einer Reihe kleinerer Streiks der Schreiner in sieben Städten in Jütland, als 400 Gesellen am 1. April 1899 eine bescheidene Lohnforderung aufstellten. Nach mehreren ergebnislosen Verhandlungen sperrte der Dänische Arbeitgeber- und Meister-Verband sämtliche Schreiner Gesellen am 2. Mai aus.

Bedingung der Arbeitgeber für eine neue Verhandlung waren die sogenannten „Acht Punkte“, die nicht nur die Beziehung zu den Schreibern betrafen. Sie waren auch der erste Vorschlag der Arbeitgeber, wie sie sich die Grundlagen für eine Rahmenvereinbarung vorstellten: Der Arbeitnehmerverband DsF sollte Hauptverantwortlicher dafür sein, dass getroffene Vereinbarungen respektiert und eingehalten werden. Vereinbarungen, die zwischen den Dachorganisationen getroffen wurden, sollten nicht abhängig von Abstimmungen innerhalb örtlicher Gliederungen

sein. Zudem forderten die Arbeitgeber das Recht, die Arbeit in den Unternehmen anzuleiten und zu verteilen. Alle bisherigen Vereinbarungen sollten zukünftig mit einer vorhergehenden dreimonatigen Kündigungsfrist gemeinsam zum 1. Januar auslaufen.

Diese Forderungen wurden von der Gewerkschaft DsF mit der Bemerkung rundweg abgelehnt, dass hier ein „Krieg um des Krieges willen“ geführt werde, die Arbeitgeber reagierten mit Ausweitung der Aussperrung in einer großen Zahl weiterer Branchen. 40 000 Arbeitnehmer waren davon betroffen, über die Hälfte aller organisierten Beschäftigten. Und das ganze dauerte 100 Tage, von Mai bis eben September 1899, an.

## DER VERGLEICH IM DETAIL

Der dann geschlossene Vergleich war eine maßgebliche Voraussetzung für die allgemeine Entwicklung des Arbeitsmarkts in Dänemark, da er einige der arbeitsrechtlichen Grundlagen festlegte, die seitdem gelten.

1899



Ausflug der ausgesperrten Arbeiter nach Ulvedalene, nördlich von Kopenhagen, 1899



Maurer kehren nach dem Konflikt, der fast fünf Monate gedauert hat, an die Arbeit zurück.

Mit den Aussperrungen hatten die Arbeitgeber folgende Ziele verfolgt:

- Sicherung ihres Rechts, die Arbeit anzuleiten und zu verteilen
- Unterbindung der erfolgreichen Strategie der Gewerkschaft, Verbesserungen durch dezentrale Verhandlungen zu erreichen und das freie Streikrecht bei den einzelnen Unternehmen lokal wahrzunehmen (durch punktuelle, gezielte Streiks)
- Einrichtung eines zentralisierten Absprachesystems mit Friedenspflicht und institutionalisierter Konfliktlösung, um zu verhindern, dass Unternehmen (weiterhin) gegeneinander ausgespielt werden können.

Der Dänische Arbeitgeberverband (DA) erreichte seine Hauptziele: Die Lohnempfänger erkannten das Weisungsrecht der Arbeitgeber an, und sie akzeptierten folgende Bedingungen für Arbeitskämpfe:

- die Friedenspflicht muss aufgekündigt werden,
- Anerkennung durch die beschlussfassenden Versammlungen in den betreffenden Organisationen und
- vorherige Ankündigung.



„Der Dänische Arbeitgeber- und Meister-Verband und der Berufsverband der Arbeitnehmer erkennen hiermit übereinstimmend das Recht der jeweils anderen Partei an, Arbeitskämpfe anzuordnen oder zu genehmigen; jedoch ist keine Aussperrung und kein Streik von einer der Seiten anzukündigen oder zu billigen, solange dies nicht von einer durch die jeweilige Organisation nach ihren Statuten einberufene und berechtigte Versammlung mit mindestens drei Viertel der abgegebenen Stimmen beschlossen wird.“

Zitat aus dem „September-Vergleich“ (S. 1, l. 4-8)

## SØREN KIERKEGAARD: ENTWEDER – ODER!

IN DEN TEXTEN des dänischen Schriftstellers Søren Aabye Kierkegaard (1813 bis 1855) stoßen die Banalität des Alltäglichen und das unendlich Erhabene, die eigene Armseligkeit und die absolute Forderung von Himmel und Hölle hart aufeinander. Alles „Dazwischen“ ist für ihn als Philosophen nicht bedenkenwert. So schreibt Kierkegaard keine philosophischen Bücher im herkömmlichen Sinne. Es geht bei ihm um die einsame Seele vor ihrem Gott. Er wird damit zum Wegbereiter des modernen christlichen Individualismus. Nicht: Was soll „man...“, sondern: Was soll „ich...“ tun, ist seine Frage. Kierkegaard prägt den Begriff der „existentiellen“ Probleme. Auf ihn wird sich später ab den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts die Dialektische Theologie, z.B. Karl Barth (1886 bis 1968), aber auch der atheistische Existentialismus à la Jean-Paul Sartre beziehen. Beider Denken wird geistige Grundlage des Widerstandes gegen Faschismus und Okkupation.

Kierkegaard wollte mit einem strengen, an die Erfüllung der Worte Jesu gebundenen Christentum ernst machen. Mit Witz und bitterer Ironie bekämpfte er das dänische nationale Staatskirchentum seiner Zeit als „protestantische Mittelmäßigkeit“ und Verfall: Leiden und Sterben Jesu Christi haben Kirche und Pfaffen zum Vorwand einer einkömmlichen Pastorenexistenz heruntergewirtschaftet.

Dunkel und schwermütig lutherisch geht es bei Kierkegaard zu. So klagt er in seinem bekanntesten Werk *Entweder – Oder* von 1843: „Was wird kommen? Was wird die Zukunft bringen? Ich weiß es nicht, ich ahne nichts. Wenn eine Spinne von einem festen Punkt in ihre Konsequenzen hinabstürzt, so sieht sie stets einen leeren Raum vor sich, in dem sie nirgends Fuß fassen kann, wie sehr sie auch zappelt. So geht es mir; vor mir stets ein leerer Raum; was mich vorwärtstreibt, ist eine Konsequenz, die hinter mir liegt. Dieses Leben ist verkehrt und grauenhaft, nicht auszuhalten.“ „Wenn ich morgens aufstehe, gehe ich gleich wieder ins Bett“. „Komm,



Vilhelm Marstrand (1818–1873): Søren Kierkegaard

letzter Schlaf! Komm Tod, du versprichst nichts, du hältst alles.“ Auch seine weiteren Schriften haben verstörend bestürzende Titel wie: *Furcht und Zittern* (1843); *Der Begriff der Angst* (1844); *Die Krankheit zum Tode* (1849).

Kierkegaard lehnt die Hegelsche Dialektik des „Dreitaktes“ (Thesis, Antithesis, Synthesis) ab. Seine Dialektik ist der „Zweitakt“, der Antilogos, die nur das eine kennt: Das „Ja“ und das „Nein“; das „Entweder“ und das „Oder“, es gibt keine Synthese. Hegels System ist für Kierkegaard „abstrakt“. Denn in Hegels Synthesis erfolgt die Aufhebung der Widersprüche immer nur in der Abstraktion. In des Lebens Wirklichkeit, in der Existenz, bleiben sie dagegen in unverminderter Schärfe bestehen. – Kierkegaard zu lesen fasziniert.

KARL-HELMUT LECHNER

Führungskräfte bekamen volle Freiheit, nicht Mitglieder der gleichen Organisationen sein zu müssen wie die Arbeiter.

Im Gegenzug erkannten die Arbeitgeber die Gewerkschaften und deren Recht an, die Interessen ihrer Mitglieder kollektiv wahrzunehmen. Es war eine im „September-Vergleich“ integrierte Voraussetzung, dass die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch kollektive Vereinbarungen (Tarifverträge) erfolgen sollte – dies ist seitdem als „das Dänische Modell“ bekannt. Das Ergreifen kollektiver Kampfmaßnahmen wie Streik und Aussperrung wurden geregelt.

Außerdem wurde mit dem Vergleich festgelegt, dass Streitfragen möglichst durch Verhandlung und Schlichtung entschieden werden sollten, bei Nicht-Einigung sollte die Angelegenheit einem Gericht vorgelegt werden können. Damit wurde die Entwicklung des heute für Dänemark geltenden

branchenrechtlichen Systems eingeleitet, bei dem es Branchen-Schiedsgericht und Branchen-Arbeitsrecht gibt. Dies war von beiden Parteien gewünscht worden. Außerdem wurde das zentrale Verhandlungssystem etabliert.

### KONSEQUENZEN NOCH IMMER GRUNDLEGENDE FÜR DEN DÄNISCHEN ARBEITSMARKT

Es kann von einer Institutionalisierung des Klassenkampfes gesprochen werden, die Gewerkschaft bekam ihren Platz in den bestehenden gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmen. Der Vergleich führte, so wird behauptet, zu geordneten Verhältnissen am Arbeitsmarkt. Er war ausschlaggebend für die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf dem Gesamtarbeitsmarkt. Der „September-Vergleich“

schien zuerst eine direkte Erfüllung der Arbeitgeberziele zu sein, förderte tatsächlich aber die Bildung von Gewerkschaften. Das neu geschaffene und regulierte Verhandlungssystem wurde zum effektiven Mittel der Gewerkschaften zum Erreichen von Verbesserungen bei den Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie zur Sicherung ihres politischen Einflusses.

Der „September-Vergleich“ wurde bekannt als das Grundgesetz der Arbeitsbeziehungen und fungierte als solches für über ein halbes Jahrhundert bis zur ersten Revision im Jahre 1960. Aber sowohl die revidierte Rahmenvereinbarung als auch die nachfolgenden Änderungen haben die grundlegenden Prinzipien beibehalten.

PIA BANG JENSEN

## H.C. ANDERSENS MÄRCHEN: SCHULE DES MITGEFÜHLS

**WENN** wie zum Beginn des 19ten Jahrhunderts in so vielen Ländern Europas politische und soziale Zwänge Kritik zum Existenzrisiko machen, bietet die von H.C. Andersen in Dänemark so kunstvoll ausgebaute Form des Märchens einen Ausweg: Der Beobachter tritt in den Hintergrund, die Handlung wird in eine ausgedachte Welt verschoben. Alles kann gesagt werden, aber niemand muss sich unmittelbar betroffen fühlen.

Klassische Märchen konfrontieren Kinder mit Konventionen, das kritisch gemeinte Kunstmärchen nutzt die Form, um die Einrichtung der Welt in Frage zu stellen: Jedermanns Herzlosigkeit – Warum musste das Mädchen mit den Schwefelhölzchen erfrieren? Macht und



**Konvention blenden** – Nur der unverstellte Blick des Kindes sieht, dass der Kaiser in seinen neuen Kleidern nackt ist. Unerfüllte Liebe sinnlos? – Was wird aus der kleinen Meerjungfrau? Im kunstvoll ausgebauten Märchen kann Alles zur Sprache gebracht werden.

Wenn Kinder Märchen hören, kommen Fragen auf. Andersens Märchen fordern bis in den intimen Raum der Familie Auseinandersetzung mit den Problemen der hereinbrechenden Moderne. Sie nähren eine Normendiskussion, die Mitgefühl kultiviert und somit solidarischen politischen Bewegungen den Boden bereitet.

MARTIN FOCHLER

Das kleine Mädchen mit den Schwefelhölzern, Illustration von Hans Tegner (1852–1932)

# DIE REFORM DER DÄNISCHEN VOLKSSCHULE – AUF DEM WEG ZU EINEM EINHEITLICHEN SCHULSYSTEM

1958



Unterrichtssituation in einer Schule auf dem Lande in Thyborøn, Nordjütland, Juni 1951

Vor der Reform der dänischen Volksschule im Jahre 1958 hatte die Debatte um die allgemeine Schulpflicht hohe Wellen geschlagen. Ergebnis war die Abschaffung der „Mittelschule“ und eine Aufteilung der Kinder nach der 6. Klasse in einen allgemeinen und einen akademischen Zweig, abhängig vom Leistungsniveau des einzelnen Schülers. 1960 erstellte dann ein Curriculum-Komitee einen verbindlichen Lehrleitfaden, den „Blauen Report“: Zweck der Volksschule sollte darin bestehen, „harmonische und glückliche Menschen“ hervorzubringen.

## DAS POLITISCHE SCHLACHTFELD

Das Grundschulgesetz von 1958 ersetzte das Gesetz von 1937. In der pädagogischen politischen Debatte, die dem Gesetz vorausging, ging es um das Thema eines nicht gegliederten Schulsystems. Dabei spielten drei Standpunkte eine Rolle: Die Lehrerorganisationen und die Konservative Partei repräsentierten einen konservativen elitären Blick, sie wollten die differenzierte Schullaufbahn erhalten. Ihre Gegner, die Befürworter der Einheitsschule, folgten dem Ansatz einer Volkshochschule, wie ihn N. F. S. Grundtvig formuliert und umgesetzt hat (siehe Begleitprojekte). Anhänger dieser politischen Richtung war der Sozial-Liberale Jørgen Jørgensen (1888-1974), die Sozial-Liberale Partei an sich und die Mehrheit der Liberalen Partei. Teile der Sozialdemokratischen Partei unterstützten die Einheitsschule, wobei sich diese Partei für einen Kompromiss stark machte. Julius Bomholt (1896-1969), eine zentrale Persön-

lichkeit in der Sozialdemokratischen Partei, war eher auf eine soziale Gleichheit zwischen Stadt und Land aus, was sowohl im Rahmen des bestehenden gegliederten Schulsystems, als auch durch dessen Abschaffung erreicht werden konnte.

## AUF DEM WEG ZU EINER EINHEITSSCHULE

Ergebnis der politischen Auseinandersetzung war eine Vereinbarung zwischen den Sozial-Liberalen, den Sozialdemokraten und der Liberalen Partei. Das Grundschulgesetz von 1958 führte somit sowohl zur Abschaffung der Mittelschule wie auch dazu, dass sich die Schulen in der Stadt und auf dem Land angleichen. Die allgemeine Schule bestand nun aus einer 7- oder 8-jährigen Hauptschule. Im Anschluss daran konnte ein achttes oder neuntes Schuljahr oder eine dreijährige sogenannte „Realschule“ angehängt werden. Diese Aufteilung in die oben erwähnten Zweige, einen allgemeinen und einen akademischen war das Ergebnis des Kompromisses zwischen den verschiedenen Parteien. Beide Wege führten zur Zugangsberechtigung zum dreijährigen Gymnasium, unterschieden nach sprachlichem oder mathematisch-naturwissenschaftlichem Zug. Nach Abschluss des ersten Jahres konnte man dann zwischen verschiedenen Spezialisierungen wählen.

„Der Zweck der Volksschule ist es, die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Kinder zu fördern und zu entwickeln, ihren Charakter zu stärken und ihnen nützliches Wissen zu vermitteln.“

Präambel des Gesetzes zur Volksschule

## VOLKSHOCHSCHULEN IN DÄNEMARK – ZWANGLOSES MONATELANGES LERNEN

Die dänischen Volkshochschulen haben mit den deutschen nur den Namen gemeinsam: Für Monate kommen hier junge Leute zusammen. Auf dem Land. Zum zwanglosen Lernen und ganz ohne Abschlusszeugnis. Zweckfreier Zeitvertreib und dann nicht mal ein ordentlicher Beleg: Was in Deutschland einer mittleren Katastrophe gleicht, ist in Dänemark ganz bewusst Teil der Identitätssuche.

Wo in Deutschland an zehn Abendterminen ein bisschen Spanisch oder Fotografieren gelernt wird, sind die Dänen radikal: Der Mensch braucht Bildung und dafür darf er sich gerne viel Zeit nehmen. Wer in Dänemark eine Auszeit will, im Studium oder nach dem Abitur, der kriegt sie an einer der Volkshochschulen. Staatlich bezuschusst leben jedes Jahr rund 3500 junge Erwachsenen auf dem Land und lernen, worauf sie eben Lust haben. Die Fächer sind meist künstlerisch und kreativ. Während junge Menschen in Deutschland sich oft sehr beeilen, um von der Schule an die Uni zu kommen, sind die Dänen da deutlich entspannter:

„Nach dem Abitur bin ich viel gereist. Mehrere Gap Years zu nehmen, ist in Dänemark durchaus normal. Hier an der Volkshochschule machte ich mein drittes Gap Year – und es war der letzte Versuch, herauszufinden, was ich eigentlich machen will.“

Zitat aus einem Beitrag im Deutschlandfunk vom 1.8.2015

EVA DETSCHER

## DIE PRÄAMBEL DES GESETZES ZUR VOLKSSCHULE

Die Präambel stammte aus dem Grundschulgesetz von 1937 und blieb unverändert. Sie lautete: „Der Zweck der Volksschule ist es, die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Kinder zu fördern und zu entwickeln, ihren Charakter zu stärken und ihnen nützliches Wissen zu vermitteln.“ Diese Präambel war bis zum Erziehungsgesetz von 1975 in Kraft. Neue Curricula, „der Blaue Report“ für die Volksschule und „Der Rote Report“ für die Gymnasien, sowie der flächendeckende Neubau von Schulen waren Konsequenzen aus der Reform von 1958.

## „DER BLAUE REPORT“ UND DAS AUFKOMMEN DER REFORMERISCHEN ERZIEHUNGSTHEORIE

„Der Blaue Report“ wurde 1960–61 veröffentlicht und enthielt verschiedene Bestimmungen, Ratschläge, Anweisungen und Lehrleitfäden für die Schule. Der Report distanzierte sich in gewissem Sinne von der Präambel der Volksschule, indem er deren dort formulierten Zweck der Volksschule betonte. Jene Formulierung sollte eine Warnung davor sein, sich von den tradierten Gedanken und der Praxis der dänischen Schulpädagogik zu verabschieden. Ein spezielles neues Thema, die „Orientierung“ wurde etabliert. Es sollte über das gesellschaftliches Umfeld informieren und Kenntnisse über Berufe, Handwerk und Arbeitsleben sowie über das Familienleben vermitteln. Dadurch waren Kinder mit ihren Bedürfnissen und ihren Voraussetzungen mehr in den Mittelpunkt der pädagogischen Konzepte gerückt. Soziale Kompetenzen, mit anderen leben und Rücksicht auf andere nehmen zu können wurden dadurch zu einem neuen Ausgangspunkt pädagogischer Überlegungen. Es wurde auch betont, dass Schule Kindern die Möglichkeit eröffnen sollte, sich am gesellschaftlichen Leben und der Arbeitswelt zu beteiligen. Dies führte direkt zur Infragestellung von Tests und Leistungsbeurteilung. Die Folge waren neue Arbeits- und Lehrmethoden, neue Schulbücher, audiovisuelle Lehrfor-

men oder auch die Einführung von Gruppenarbeit sowie interdisziplinäre Prozesse als fortschrittliche Arbeitsmethoden.

## DIE ZEIT NACH DER REFORM: DIE EINHEITSSCHULE WIRD GESTÄRKT UND DEMOKRATISCHE KOMPETENZEN BETONT

In den sechziger Jahren wurde es üblich, Schulklassen auch nach der 5. Klasse ungeteilt zu lassen. Die Schüler setzten im Allgemeinen ihre Schulbildung nach Abschluss der Pflichtschulbildung fort. Auf der Basis dieser stabilen Normalität wurden 1972 und 1975 neue Reformen auf den Weg gebracht: eine Ausdehnung der Pflichtschulzeit sowie eine Überarbeitung der Lehrinhalte: Die Volksschule bestand nun aus einer neunjährigen Grundschule, einem freiwilligen 10. Schuljahr und einer freiwilligen Kindergartenklasse. Die Schülerinnen und Schüler konnten nach der 8. oder 9. oder der 10. Klasse die Abschlussprüfung ablegen. Mit der Reform von 1975 wurde auch die Präambel geändert: demokratische Kompetenz, Förderung des Lernwillens, Zusammenarbeit zwischen Schule und Zuhause u.a. wurden aufgenommen, aber ohne konfessionelle Bindung an die Nationalkirche. Das Gesetz ermöglichte die Aufteilung der Schüler in einen allgemeinen (sprich: einfacheren) und einem fortgeschrittenen Zweig in Mathematik, Physik und Fremdsprachen. Diese verschiedenen Zweige wurden 1993 mit einer weiteren Reform abgeschafft. Man kann also davon sprechen, dass die Volksschule zu einer einheitlichen Schule wurde, die auf der Differenzierung der Bildung und Erziehung aufbaut, mit dem Ziel, sie an die individuellen Fähigkeiten des einzelnen Schülers anzupassen.

PIA BANG JENSEN



## ROMANLITERATUR AUS DER ZEIT DER REFORM

Klaus Rifbjerg (geb. 1931, gest. 2015):  
Sein erster Roman erschien 1958, *Den kroniske uskyld* (auf Deutsch zunächst unter dem Titel „Der schnelle Tag ist hin“, dann „Unschuld“). „Er wirkte wie eine Bombe. Eine Mutter, die den Verlobten der eigenen Tochter verführt, worauf die Toch-

ter Selbstmord begeht – das war ein bisschen viel für die dänischen Leser. Man stritt über die flapsige Sprache, über Moral und Unmoral, Dramatik und Melodramatik. Unübersehbar stand die amerikanische Literatur Pate, allen voran Salingers *Fänger im Roggen*.“ (NZZ 27.4.2015)  
Ein psychologischer Entwicklungsroman – man erhält einen Eindruck von den engen Lebensverhältnissen von Jugendlichen in Dänemark in den 1950er Jahren.

PIA BANG JENSEN, EVA DETSCHER

NICOLAI SEVERIN FREDERIK GRUNDTVIG hat eine durchaus bunt-scheckige Rezeptionsgeschichte.\* Auch die Nazis haben sich, das sei gleich vorweg gesagt, zuerst positiv auf ihn bezogen, später aber, auch weil er „Deutschenhasser“ war, von ihm distanziert.

Grundtvig, 1783 in Udby /Dänemark geboren, wird je nach Bedarf als Schriftsteller, Dichter, Pädagoge, Politiker und einiges mehr eingeordnet. Man kann wohl sagen, dass er die gedanklichen Bewegungen seiner Zeit, den Rationalismus und die Aufklärung aufgenommen, und in seinem Leben durchaus starke Wandlungen in Anschauungen und eigener Praxis durchgemacht hat, nicht zuletzt bedingt durch eine Reihe von Studienreisen nach England.

Seine politischen und pädagogischen Anschauungen haben stark auf die dänische Entwicklung und ihre tief verwurzelten Bestände von Praktiken und Sichtweisen gewirkt. Noch in der Rolle des Pfarrers fasst er seine gewandelten Auffassungen in dem Grundsatz zusammen: *Menneske først og kristen så* [Zuerst Mensch und dann Christ].

In der Folge setzt er sich für Schul- und Religionsfreiheit ein, unterstützt die sich formierende Frauenbewegung. Eigentliches Anliegen ist ihm aber die Liberalisierung des sozialen Lebens, man würde heute sagen, er verfocht einen emanzipatorischen Ansatz. Nach dem



NICOLAI SEVERIN  
FREDERIK GRUNDTVIG,  
1783 – 1845

verlorenen Deutsch-Dänischen Krieg tun sich in den folgenden politischen Auseinandersetzungen hierfür Räume auf.

Dänemark ist in dieser Zeit ein Agrarland, 97% der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig. Ihr Zugang zu Bildung ist schwierig, wird staatlich nicht gefördert. Grundtvigs pädagogisches Konzept geht von der Praxis der Menschen aus, anhand derer selbständiges Denken gefördert werden soll, Noten sind nicht vorgesehen. Die Didaktik ist auf Dialog angelegt, nicht auf Vortrag. Selbständigkeit und Geschichtsbewusstsein sollen Selbstvertrauen und Bewusstsein stärken, eine breite Allgemeinbildung die Teilhabe am politischen Leben fördern, die Internatsform soziales Verhalten ausbilden. 1844 wird in Rødding die erste Heimvolkshochschule eröffnet. Sie breiten sich über Dänemark aus und haben bis heute Bestand.

Als Folge der ersten Heimvolkshochschulen kann eine Verbesserung der Anbau- und Züchtungsmethoden beobachtet werden, Genossenschaften werden gebildet, die Ausfuhr auf den englischen Markt nehmen stark zu. Die Produktivität steigt deutlich über die der deutschen Landwirtschaft. Wohl auch einer der Gründe für die ersten Blicke des südlichen Nachbarn auf die dänischen Heimvolkshochschulen, die dann vor allem in Norden Deutschlands auch gegründet werden und übrigens ebenfalls bis heute in einer bunten Vielfalt präsent sind.

ROLF GEHRING

\* Norbert Vogel: Grundtvigs Schulgedanken aus deutscher Sicht – <http://ojs.statsbiblioteket.dk/index.php/grs/article/viewFile/16026/13868>

## WIRTSCHAFTSFREIHEITSGESETZ

Das Institut der Gilden wurde abgeschafft und die wirtschaftliche Freiheit per Gesetz ausgeweitet. 1879 wurden Ergänzungen zu diesem Gesetz beschlossen. Die Arbeitnehmer bekamen das Recht, selbständig zu arbeiten und von einem Bezirk in einen anderen zu ziehen. Damit einher ging die jetzt erforderliche Verantwortlichkeit, für sich selbst zu sorgen.

## GESETZ ZUR UNFALLVERSICHERUNG

Dem Arbeitgeber wurde die rechtliche Verantwortung für Arbeitsunfälle übertragen. Das Gesetz sah eine Unfallversicherung für Industrie- und Bauarbeiter mit Ausnahme bestimmter Fälle vor. Das Gesetz gewährte dem Arbeitnehmer eine Entschädigung für dauernde Arbeitsunfähigkeit aufgrund eines Arbeitsunfalls. Im Todesfall hatten die Witwe und die Kinder Anspruch auf eine kleine Zuwendung. Der Hauptmangel des Gesetzes war, dass es keine Kompensationen für vorübergehende Verletzungen vorsah, sondern nur für dauerhafte.



Die ersten weiblichen Parlamentsabgeordneten, 1907

## WAHLRECHT

Die Niederlage des Russischen Reiches im Krieg gegen Japan löste 1905 eine Revolution in Russland aus, und Zar Nikolaus II. stimmte dem Oktober-Manifest zu, das versprach, ein legislatives Parlament einzurichten, das mit großer Mehrheit gewählt werden sollte. Ein großer Streik brach in Finnland aus, in dessen Verlauf die Arbeiterbewegung ihre Forderungen nach einem allgemeinen Wahlrecht durchsetzte. Das November-Manifest des Zaren, das für Finnland erlassen wurde, enthielt ein Mandat für den Senat, eine verfassungsmäßige Ordnung auf der Grundlage des allgemeinen und gleichen Wahlrechts vorzubereiten. Es war ein Zugeständnis der Bewegung der Konstitutionellen und der russischen Behörden an die Arbeiterbewegung und an die Massen. Eine außergewöhnlich überwältigende Situation machte es möglich, Reformen durchzusetzen, was zuvor unmöglich erschien, und auf der anderen Seite hielten konservative Parteien es für notwendig, sich den radikalen Forderungen anzuschließen.

Finnland war das dritte Land in der Welt und das erste in Europa, das den Frauen im Jahr 1906 das Wahlrecht als Teil des allgemeinen und gleichen Wahlrechts gegeben hat. Gleichzeitig durften Frauen auch zur Wahl kandidieren, 1907 wurden die ersten Parlamentarierinnen ins Parlament gewählt.

1868

1889

## VERORDNUNG ZUM SCHUTZ VON ARBEITNEHMERN IN INDUSTRIEBERUFEN

Die schnell fortschreitende Industrialisierung leitete eine Debatte über den Status der Arbeitnehmer ein. In den frühen 1880er Jahren führte die *Suomen Maapäivät* (die gesetzgebende Versammlung des Großfürstentums Finnland von 1809 bis 1906 und der Empfänger der Befugnisse des schwedischen Riksdag der Stände) eine Studie über die Arbeitsbedingungen in industriellen Berufen durch. Die Ergebnisse führten zu der Verordnung von 1889 über den Schutz von Arbeitnehmern in industriellen Berufen: das Mindestarbeitsalter betrug jetzt 12 Jahre, die tägliche Arbeitszeit für Kinder wurde auf 6,5 Stunden und auf 12 Stunden für Jugendliche begrenzt, Nachtarbeit für Kinder und Jugendliche sowie Bergbauarbeiten für Kinder und Frauen wurden verboten. Der Staat stellte die ersten professionellen Arbeitsinspektoren ein, um die Einhaltung zu überwachen.

1895

## GENERALSTREIK

Die Arbeiterklasse, mit ihren Gewerkschaften, wurde bei den Protesten gegen das Regime des russischen Zaren in Finnland zu einer eigenständigen Kraft. Während sich die Oberschicht für die Unabhängigkeit stark machte, wollte die Arbeiterklasse ihren Status anerkannt haben und das Wahlrecht durchsetzen. Diese Machtdemonstration der Arbeiterklasse löste eine Ära von Aktivitäten verschiedener Organisationen aus. Gewerkschaftliche Aktivitäten von Vertrauensleuten, die im späten 19. Jahrhundert begonnen hatte, stabilisierten sich in den Jahren 1906-1907.

1906



Streikkomitee in Tampere, 1906

1907

## ARBEITSMARKTORGANISATIONEN

Die ersten Schritte auf dem Gebiet in Richtung eines Tarifvertragsystems wurden mit der Gründung des Finnischen Gewerkschaftsbundes und der Finnischen Arbeitgeberunion unternommen. Der erste Tarifvertrag datiert von 1890 und wurde zwischen der finnischen Druckergewerkschaft und dem Arbeitgeberverband der Drucker für Schriftsetzer und Drucker ausgehandelt.

## GESETZ ZUM ACHT-STUNDEN-ARBEITSTAG

Im November wurde im Parlament ein neues Arbeitszeitgesetz verabschiedet. Demnach betrug die Arbeitszeit nicht mehr als 8 Stunden pro Tag und 47 Stunden pro Woche. Hintergrund waren große Demonstrationen und ein Generalstreik, der Finnland im November lahmlegte, sowie die Angst auf Seiten der Bürgerlichen, dass es in Finnland eine ähnliche Revolution geben würde wie in Russland, als die Bolschewiki, angeführt von Wladimir Lenin, im November die Macht übernahmen. Der Acht-Stunden Arbeitstag war seit dem späten 19. Jahrhundert eines der Hauptziele der Arbeiterbewegung.



Manifestation für den 8-Stunden Tag, Helsinki, 1917

## KINDERGELDGESETZ

In den finnischen Rechtsvorschriften wurde das Kindergeld 1948 nach dem nordischen Modell eingeführt. Es war eine erste und umfassende Form der Einkommenssicherung. Vor diesem Kindergeldgesetz wurden bereits in den 1920er Jahren Leistungen für Kinder an Regierungsangestellte gezahlt.

## ERSTE VERTRÄGE ZUR EINKOMMENSPLITIK

Es begann eine Periode einkommenspolitischer Vereinbarungen. Sie unterstrich die Schlüsselrolle der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände als gesellschaftliche Reformer. Die ersten Vereinbarungen wurden 1968, 1970, 1972 und 1974 unterzeichnet. Die Vereinbarungen betrafen diverse Aspekte des Arbeitslebens (Erneuerung des Arbeitsvertragsgesetzes: Versammlungsfreiheit, Ausweitung des Streikrechts, Rechte des Vertrauensmannes, Organisation, Diskriminierung und gleiches Entgelt) sowie Wohnen, Kindergeld, Mutterschaftsurlaub und andere Bereiche der Sozialpolitik.



Poster 1967 –  
Trage deinen Helm

## GESETZ ÜBER DIE ÜBERWACHUNG DER SICHERHEIT UND GESUNDHEIT AM ARBEITSPLATZ

Die Rolle des Arbeitsschutzes am Arbeitsplatz wurde durch das Gesetz zur Überwachung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz gestärkt. Die Arbeitsschutzverwaltung wurde eingerichtet und Arbeitsschutzbeauftragte haben ihre Arbeit aufgenommen.

1917

1922

## ARBEITSVERTRAGSGESETZ

Das Arbeitsvertragsgesetz erwähnte erstmals jährliche Feiertage. Zu dieser Zeit waren es 4-7 Tage, die Bewilligung durch den Arbeitgeber war freiwillig. Ende der dreißiger Jahre wurden im Rahmen des jährlichen Urlaubsgesetzes fünf bis zwölf Tage festgelegt.

1943

1944

## SCHULPFLICHT UND GESETZ ÜBER GEBURTSKLINIKEN UND KINDERGESUNDHEITZENTREN

Das gesetzliche Schulmahl (1943) und das Gesetz über Mutter-schafts- und Kindergesundheitszentren (1944) waren wichtige Schritte in Richtung Gleichberechtigung und stärkten den Status von Frauen in der Gesellschaft.



Poster zum 40-jährigen Bestehen des Frauenwahlrechts.

1948

1965

## 40-STUNDEN ARBEITSWOCHE IM JAHR 1965

Gewerkschaften und Arbeitgeber einigten sich auf eine 40-Stunden-Woche. Weniger als zehn Jahre vorher (1958) betrug die wöchentliche Standardarbeitszeit 45 Stunden.

1968

1969

## DAS ÜBEREINKOMMEN ÜBER VERTRAUENSLEUTE

Mit der Festlegung der beruflichen Zugehörigkeit in den späten 1960er Jahren sollte die Stellung der Vertrauensleute gestärkt werden. In der Vergangenheit war es durch eine Protokollunterschrift zwischen den Arbeitsmarktorganisationen 1955 verbessert worden. 1969 wurde zwischen den Gewerkschaftsverbänden eine aktive Politik zu Vertrauensleuten beschlossen. Um die Wende der sechziger und siebziger Jahre wurde eine große Anzahl von zentralen Sozialpartnervereinbarungen über Information, Bildung, den Einsatz externer Arbeitskräfte und Rationalisierungsmaßnahmen geschlossen. Das Dilemma zwischen gesetzlichen und gewerkschaftlichen Vertrauensmännern wurde mit Inkrafttreten des Arbeitsschutzaufsichtsgesetzes im Jahr 1974 gelöst und ein Vertrauensmann nach dem bisherigen Berufsprüfungsgesetz wurde Arbeitsschutzbeauftragter.

1973

**KINDERTAGESSTÄTTENGESETZ**

Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Verstädterung verpflichtete das Gesetz über Kindertagesstätten die Gemeinden, die Verfügbarkeit von Kindertagesstätten zu gewährleisten. Binnen weniger Jahre hat sich die Zahl der Kindertagesstätten mehr als verdoppelt.

1990 trat das individuelle Recht auf Tagespflege in einer kommunalen Einrichtung für Kinder unter 3 Jahre in Kraft.

**STUDIENURLAUBSGESETZ**

Ziel des Gesetzes war es, die Bildungs- und Lernmöglichkeiten der arbeitenden Bevölkerung durch Nutzung der Vereinbarung über Studienurlaub zu verbessern.

**ARBEITSSCHUTZRECHT VERBESSERT UND GLEICHBERECHTIGUNG GESTÄRKT**

Die Arbeitsschutzgesetzgebung wurde dahingehend geändert, dass die Arbeitsschutzbehörde das Recht hat, gefährliche Arbeiten auszusetzen. Das Arbeitsvertragsgesetz verbot Diskriminierung bei der Einstellung, das Gleichstellungsgesetz trat in Kraft.

**INTERNATIONALISIERUNG**

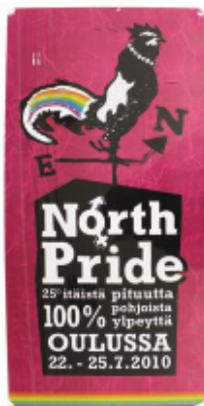
Das Kooperationsgesetz wurde geändert: Die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene wurde verstärkt. Die Arbeitsbedingungen von ausländischen Arbeitnehmern wurden verbessert, und in atypischen Beschäftigungsverhältnissen wurde auf die Altersvorsorge geachtet.

**BÜRGERINITIATIVGESETZ**

Die Bürgerinitiative ist ein verfassungsmäßiges Recht, das im März 2012 in Kraft trat, wobei finnische Staatsbürger mit Wahlrecht dem Parlament einen Gesetzentwurf oder einen Vorschlag für eine Rechtssetzung vorlegen können, wenn mindestens 50.000 Bürger oder etwa 1,2% der Wähler im Land die Initiative unterstützen.

**GESCHLECHTSNEUTRALES EHEGESETZ**

Im Dezember 2014 billigte das finnische Parlament die Änderung des Ehegesetzes, damit gleichgeschlechtliche Paare in Zukunft heiraten können. Die "Bürgerinitiative für gleiche Eheschließungen", mit der die Gesetzesinitiative geändert werden sollte, brachte die Angelegenheit ins Parlament. Es war von mehr als 166.000 Menschen unterzeichnet worden.



1973

1978

**KOOPERATIONSGESETZ**

Um die Funktionstüchtigkeit und die Arbeitsbedingungen in Unternehmen zu verbessern und die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie zwischen den Mitarbeitern zu verbessern, bekamen Arbeitnehmer und Vertreter der Arbeitnehmer aufgrund des Kooperationsgesetzes mehr Einfluss auf Angelegenheiten, die ihre Arbeit und den Arbeitsplatz betreffen. Ursprünglich waren Arbeitsstätten mit mehr als 30 Mitarbeitern betroffen.

Später wurde der Geltungsbereich auch auf Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten ausgedehnt. Das Gesetz über den Ombudsmann für Kooperation und das über das Ombudsmann-Büro für Kooperation traten 2010 in Kraft.

1979

1987



Streik der Hotel- und Restaurantbeschäftigten, 1991

1995

1996

**GESETZ ÜBER DIE VERPFLICHTUNGEN DES AUFTRAGNEHMERS UND DIE HAFTUNG BEI ARBEITSVERTRÄGEN**

Das Gesetz über die Berichtspflicht und die Haftung des Auftragnehmers bei der Nutzung einer externen Arbeitskraft verpflichtet den Auftragnehmer zu bestätigen, dass seine Vertragspartner ihren gesetzlichen Verpflichtungen als Auftragnehmer und Arbeitgeber nachkommen. Das Gesetz zielt auf die Bekämpfung von Schwarzarbeit ab und soll einen fairen Wettbewerb zwischen Unternehmen und die Einhaltung der Arbeitsbedingungen fördern. Die regionale Staatsverwaltung Südfinnlands überwacht die Einhaltung der Gesetze in Finnland. Das Gesetz wurde im Jahr 2015 neu aufgelegt.

2006

2012

2012

**STEUERNUMMER AUF BAUSTELLEN**

Die Steuernummer wurde im Bausektor eingeführt, um Funktionen der Steuergesetzgebung, des Arbeitsschutzes und des Arbeitsrechts zu kombinieren und um Schwarzarbeit zu verhindern.

2015

# DIE „ROTE PROKLAMATION“ BESCHLEUNIGTE DIE EINFÜHRUNG DES ALLGEMEINEN WAHLRECHTS

**Der Generalstreik von Oktober bis November 1905 war ein umfassender, revolutionärer Streik im russischen Zarenreich und in dem zu dessen Hoheitsbereich gehörenden finnischen Großfürstentum. In Finnland war dies sowohl ein allgemeiner Volksaufstand der Finnen gegen das russische Zarenreich als auch die erste wirkliche Demonstration der gesellschaftlichen Macht der Arbeiterklasse. Der Generalstreik beendete die erste Phase der Russifizierung und führte zur Umwandlung der Ständegesellschaft in Richtung einer parlamentarischen Zivilgesellschaft.**

Das finnische Bildungsbürgertum hatte versucht, der Russifizierung des Zaren mit Petitionen entgegenzutreten, aber diese waren ergebnislos geblieben. Erst als die Arbeiterorganisationen dem Streik beitraten, entstand der nötige Druck. Die Arbeiterklasse begnügte sich nicht mit nationalen Forderungen, sondern forderte eine Verbesserung ihrer Stellung.

Die in der „Roten Proklamation“ von Tampere hervorgehobenen Forderungen der Arbeiterbewegung wurden während des Generalstreiks am 1. November 1905 vom Balkon des Rathauses verlesen. 40 000 Arbeiter waren gekommen, um diese anzuhören. Mit Hurra-Rufen wurde sie vom Volk angenommen.

Die Proklamation enthielt vier Punkte. Zuerst sollte die Regierung des autonomen Großfürstentums Finnland zurücktreten. Zweitens wurde das allgemeine und gleiche Wahlrecht gefordert. Der dritte

1905

Punkt forderte das Ende der russischen Unterdrückung und der vierte die Ausweitung der Vereins-, Versammlungs- und Redefreiheit.

Zwei Tage später wurde die Proklamation in Helsinki angenommen und in einer konstituierenden Versammlung eine Übergangsregierung gewählt, an der Vertreter der Arbeiter beteiligt waren. Am Tag darauf unterzeichnete der Zar ein Manifest der Übergangsregierung, in dem eine Ständerversammlung einberufen und der neue Senat mit der Erneuerung des Parlaments beauftragt wurde.

Zar Nikolai II bestätigte das neue Wahlgesetz und die neue Regierungsordnung des Großfürstentums am 20. Juli 1906. Damit war in Finnland ein modernes Einkammerparlament geschaffen worden.

Die ersten Parlamentswahlen auf der Grundlage eines allgemeinen und gleichen Wahlrechts in der Geschichte des Landes

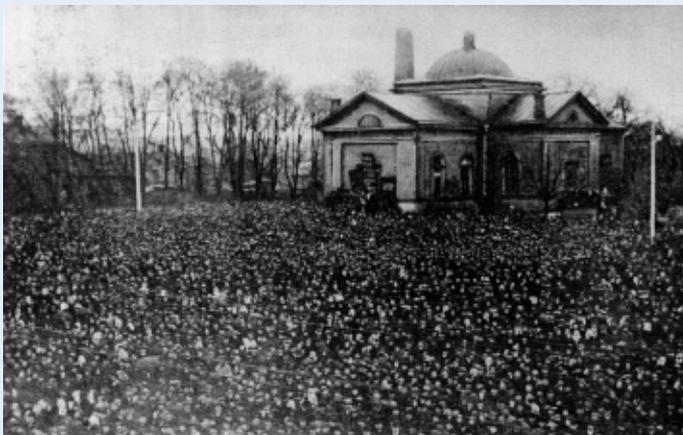
fanden vom 15. bis 16. März 1907 statt. Im Vergleich zum Ständesystem erhöhte sich im neuen System die Zahl der Stimmberechtigten von vormals 126 000 finnischen Männern auf 1.273 000 finnische Männer und Frauen über 24 Jahre. Die Frauen in Finnland erhielten als erste in Europa das aktive und passive Wahlrecht. In den ersten Wahlen wurden 19 Frauen in das Parlament gewählt.

## „NUR GEMEINSAM KÖNNEN WIR UNSERE RECHTE DURCHSETZEN“

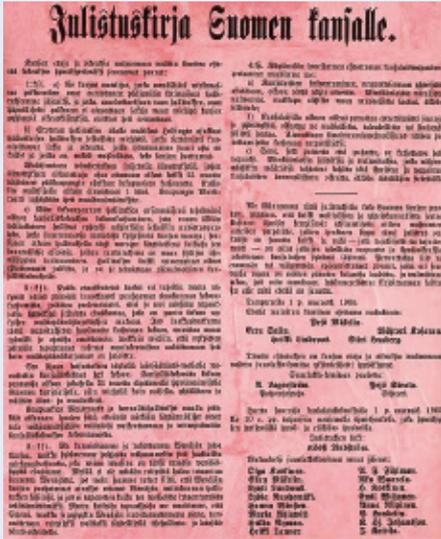
Die Arbeiterklasse erlebte das gesellschaftliche Erwachen im Konflikt mit den freiheitlichen Grenzen des frühen industriellen Kapitalismus in Finnland. Im Vergleich zu anderen Staaten in Westeuropa erfolgte die Industrialisierung in Finnland spät und in bescheidenem Umfang, aber vergleichsweise rasch. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verzehnfachte sich die Zahl der Industriearbeiter und wuchs jährlich um 5 Prozent.

## DER ERFOLG DES INDUSTRIELLEN BÜRGERTUMS

Verantwortlich für die Zunahme der Industrialisierung waren die vom Senat verabschiedeten Wirtschaftsreformen zur Liberalisierung der unternehmerischen Tätigkeit. Die Reformen waren der Erfolg eines langen, zähen Ringens des städtischen Bürgertums mit der adeligen Bourgeoisie, die an den traditionellen Werten des Landes festhielt und statt der Schornsteine der städtischen Fabriken die Reinheit der ländlichen Gebiete verehrte.



Generalstreik 1905



Die sogenannte „Rote Proklamation“ von Tampere (1905), verfasst von Yrjö Mäkelin, einem gemäßigten finnischen Sozialdemokraten.

**FREIHEIT UND LEBENSUNTERHALT**

Die Hoffnung auf ein besseres Auskommen und größere Freiheit trieb die Landbevölkerung zur Arbeit in die Fabriken. Zum Ende des 19. Jahrhunderts wuchsen die Fabriktstädte aufgrund einer Vervierfachung der Zahl der Arbeiter rapide an.

Für die arbeitende Bevölkerung in den Städten bedeutete das kapitalistische Wirtschaftssystem einen Wechsel der Basis für die Bestreitung ihres Lebensunterhalts, den Übergang zum eigenen Tauschhandel. Trotz Knappheit bot die Lohnarbeit für viele die Möglichkeit, ihr Auskommen zu verbessern. Das Volkseinkommen und die durchschnittlichen Reallöhne der arbeitenden Bevölkerung haben sich zwischen den Hungerjahren und dem Ersten Weltkrieg schätzungsweise verdoppelt.

Vergleichsweise am stärksten konnten junge Frauen ihren Lebensstandard erhöhen, die sich von der Magd zur Fabrikarbeiterin wandelten. Die Arbeiter schätzten die Industrialisierung, da diese gegenüber der alten Ständegesellschaft im ländlichen Raum Freiheit und Fortschritt zu bieten schien. Dagegen erlebten die Landarbeiter außerhalb der Städte wiederum keine vergleichbare Veränderung. Nur die Hunderttausende, die in die Industriezentren Finnlands, Russlands und Amerikas zogen.

**DIE POLITISIERUNG DER ARBEITERKLASSE**

Wie entstand aus der arbeitenden Bevölkerung eine politische Klasse? Die Entstehung der Arbeiterklasse scheint einem sehr klassischen Schema zu folgen, wonach die kapitalistische Industrialisierung Lohnarbeiter hervorbringt, die zur Wahrung ihrer Stellung den Machthabern Widerstand leisten und so eine sich dem sozialistischen Ziel bewusste Klasse herausbildet. Dies war jedoch nach Pertti Haapala, Professor für Geschichte, in Finnland nicht der Fall.

Das Bildungsbürgertum hatte über die Aufstände der Arbeiter in Europa gelesen und strebte danach, die arbeitende Bevölkerung in einer gemeinsamen Anstrengung zu domestizieren. Die Grundidee waren Erziehungsprogramme zum Wesen des

Das aufsteigende industrielle Bürgertum suchte neue Wirtschaftskraft bei erfolgreichen und häufig ausländischen Handwerksmeistern und Mechanikern, die in ihren Köpfen Spitzentechnologie von einem Land zum nächsten schmuggelten. Der Begründer der Finlayson-Fabrik in Tampere, James Finlayson, war einer von tausenden Briten, die das technische Können der „Weltwerkstatt“ Großbritannien auf den europäischen Kontinent überführten. Ähnliche Beispiele für aus dem übrigen Europa eingewanderte Fabrikgründer gab es viele.

**DIE WANDLUNG DER LANDBEVÖLKERUNG ZUR ARBEITERKLASSE**

Der zweite bedeutende Faktor war die erhöhte Mobilität der abhängigen Klasse. In der Vergangenheit war das einfache Volk vor allem im ländlichen Raum langfristig an seinen Wohnsitz gebunden und per Gesetz dazu gezwungen, um rechtlichen Schutz bei Grundbesitzern, Arbeitgebern oder Pfarrrgemeinden zu ersuchen. Dies bedeutete häufig, für einen Jahreslohn zu arbeiten und sich dem Befehl des Landbesitzers unterzuordnen. Auf diese Weise sollte die Landbevölkerung als billige Arbeitskraft gebunden werden. In den Städten herrschte ein freierer Umgang.

In den Hungerjahren 1867 und 1868 starben 150 000 finnische Staatsbürger. Obwohl auch Seuchen eine unbestreitbare Rolle spielten, war Hunger die Hauptursache. Aufgrund schlechter Ernten über mehrere Jahre waren die Getreidevorräte aufgebraucht. Der Konflikt gipfelte dahingehend, dass die Hofbesitzer Nahrung hatten und die Landarbeiter nicht. Brot wurde zu einem Zeichen für Macht. Der Hunger trieb viele dazu, Arbeit zu suchen und um Essen zu betteln.

Die Hungerjahre veranlassten den Senat, die Gesetzgebung zu ändern. Die Gewährung der unternehmerischen Freiheit sollte beschleunigt und die Grenzen für die Mobilität der Arbeitskräfte abgeschafft werden. Nach dem Gesetz von 1872 waren nur Minderjährige, Alte und Kranke unterstützungsberechtigt. Das Leitprinzip lautete nun, dass jeder das Recht habe, sich selbst mit seiner eigenen Arbeit zu ernähren, woraus auch die Verpflichtung erwuchs, dies zu tun.

Ein Arbeitsverhältnis war nach den Änderungen der Rechtsvorschriften nun ein individueller Vertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, den beide mit einer zweiwöchigen Kündigungsfrist aufheben konnten. Auch wenn dem Gesetz weiterhin ein patriarchalischer Charakter anhaftete, wurde durch die Änderung rechtlicher der „freie Lohnarbeiter“ geboren.



Textilarbeiter der Finlayson Textilfabrik, 1896

Finnisch-tum mit dem Ziel, den gesellschaftlichen Frieden aufrechtzuerhalten, die eigene Macht durch einen Bund mit dem Volk zu stärken, aber auch das wahrhaft starke Ideal einer demokratischen Gesellschaft.

Das Ideal der Zusammenarbeit begann zu bröckeln, als in den Arbeitervereinen die Arbeitermitglieder mit den Bildungsbürgern über das Wahlrecht in Streit gerieten. Den Arbeitern war eine Kostprobe der Freiheit gewährt worden, aber sie verfügten über kein staatliches Wahlrecht. Auch auf kommunaler Ebene bestand nur teilweise

ein Wahlrecht und dieses häufig einkommensabhängig. Die Botschaft von Gleichberechtigung und Gerechtigkeit war angekommen, aber als Ideal und Wirklichkeit aufeinandertrafen, sah die arbeitende Bevölkerung als einzigen Weg zur Verbesserung ihrer Situation die unabhängige Organisation. Die arbeitende Bevölkerung organisierte sich in Berufsverbänden und in der 1899 gegründeten Arbeiterpartei Finnlands. Die Politisierung der Arbeiterklasse gipfelte 1905 im Generalstreik, aus dem sie als eine bedeutende gesellschaftliche Kraft hervorging.

Es scheint auch, dass die im 19. Jahrhundert durch den Kapitalismus hervorbrachte Lohnarbeiterschaft den Kapitalismus nicht als Bedrohung für ihre Existenz erlebte. Die Arbeiterschaft begann, sich zu organisieren, jedoch vielmehr, um an der bürgerlichen Gesellschaft teilzuhaben, und nicht, um diese zu stürzen. Durch die Teilnahme an der sich formenden Zivilgesellschaft versuchte die Arbeiterschaft, die Ungleichheiten der Ständegesellschaft zu beseitigen. Nach Haapala kann man davon ausgehen, dass die finnische Arbeiterbewegung die Art und Weise zum Ausdruck brachte, wie die Arbeiter sich den Gedanken der Nationalität zu eigen machten und dies in einer Situation, in der die Klassengrenzen der alten Gesellschaft noch sehr lebendig waren und sich sowohl der Nationalstaat als auch die bürgerliche Gesellschaft im finnischen Winkel des russischen Reiches in der Entstehung befanden. Die Gesamtheit dieser Faktoren erklärt die Stärke der finnischen Arbeiterbewegung, nicht der Wandel, den die Industrialisierung mit sich brachte.

JUHANI LOHIKOSKI

## AURA KIISKINEN: GLEICHBERECHTIGUNG VERWIRKLICHEN

**Im April 1907 wurde der finnische Gewerkschaftsverband gegründet. Ausschlaggebend hierfür war auch der Generalstreik von 1905, der die Arbeiterschaft sichtbar in den gesellschaftlichen Mittelpunkt rückte, die Ständegesellschaft abschaffte und das allgemeine und gleiche Wahlrecht erwirkte. Aus den Wahlen im Jahr 1907 gingen die Sozialdemokraten dann als größte Partei mit 37 % der Stimmen hervor.**

**Die gewerkschaftliche Organisation war in den vorangegangenen Jahren rasch vorangeschritten und es bestand Bedarf nach festen Organisationsstrukturen. In den Anfangsjahren war die vorrangige Aufgabe die Streikorganisation. An der Gründungsversammlung nahmen fast 400 Vertreter teil, die Arbeitervereine sowie Ad-hoc-Ausschüsse vertraten.**

**Die Versammlung verabschiedete den Grundsatz der Ebenbürtigkeit der politischen und der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Die Mitgliederzahl des finnischen Gewerkschaftsverbandes stieg gleich im ersten Jahr auf 25 000 an.**

**Aura Kiiskinen war eine der Agitatorinnen des finnischen Gewerkschaftsverbandes. Sie bereiste das Land und sprach unter anderem von der Wichtigkeit der**



Aura  
Kiiskinen

**gewerkschaftlichen Organisation von Frauen. Kiiskinen besuchte die Grundschule in Wyborg und war seit dem 16. Lebensjahr als Dienstmädchen in zahlreichen Haushalten tätig. Sie gehörte der Dienstmädchengewerkschaft an, aus der die Dienstbotengewerkschaft hervorging. Diese Gewerkschaft setzte sich aktiv für den Acht-Stunden-Tag für Dienstpersonal ein.**

**Aura Kiiskinen war bis zum Bürgerkrieg im Jahr 1918 über mehrere Perioden als Abgeordnete tätig. Sie war auch Mitglied im staatlichen Komitee für Arbeitslosigkeit. Kiiskinen vertrat die Rolle der Frau auch bei ihrer Teilnahme am Frauenkongress im Jahr 1910 in Kopenhagen, bei dem der internationale Frauentag seinen Anfang nahm.**

JUHANI LOHIKOSKI

## DAS RECHT AUF KINDERBETREUUNG FÖRDERTE DIE GLEICHBERECHTIGUNG AUF DEN ARBEITSMÄRKTEN

**In Finnland ist die Verstädterung ab 1960 schnell voran geschritten, und gleichzeitig begann der zielstrebige Aufbau des finnischen Wohlfahrtsstaates. Eine der zentralen Neuerungen war in diesem Zusammenhang das zu Beginn der siebziger Jahre verabschiedete „Gesetz über die Kinderbetreuung“.**

In den sechziger Jahren befand sich die finnische Gesellschaft in einem großen Umbruch. Noch zwei Jahrzehnte zuvor war Finnland ein stark von der Landwirtschaft geprägtes Land. Ungefähr die Hälfte aller Finnen arbeitete in der Primärproduktion, und etwa drei Viertel der Bevölkerung unseres Landes wohnte in ländlichen Gebieten.

Wichtige industrielle Bereiche gab es in Forstwirtschaft, Metallverarbeitung und Textilindustrie. Infolge der Verstädterung gab es auch im Bauge-

werbe viele Arbeitsplätze. Im Dienstleistungssektor bestand Bedarf an Arbeitskräften im Transportwesen, im Handel und in der Verwaltung. Der noch bescheidene öffentliche Sektor beschäftigte unter anderem Lehrkräfte, Ärzte und Polizisten. Auch die Bahn war damals ein ausgesprochen großer Arbeitgeber.

Aufgrund der Technisierung in der Land- und Forstwirtschaft sank der Bedarf an Arbeitskräften, viele Kleinbetriebe rentierten sich nicht mehr. Gleichzeitig begann die Industrie, Arbeitskräfte aus dem ländlichen Raum in die Städte abziehen. Mit der Schwächung der Stellung von Kleinbetrieben wanderten junge Menschen auf der Suche nach Arbeit vom Land in die Städte. Im Zeitraum 1950 bis 1960 ging die Bevölkerungszahl auf dem Land in Millionenhöhe zurück. Im Jahr 1970 wohnte weniger als die Hälfte der finnischen Bevölkerung auf dem Land.

1973

### DIE STELLUNG DER FRAU AUF DEM ARBEITSMARKT WIRD GESTÄRKT

Der finnische Wohlfahrtsstaat nahm im Wesentlichen zwischen 1950 und 1970 Gestalt an. In dieser Zeit wurde die Sozialversicherungspflicht eingeführt und auch das Angebot an Sozial- und Gesundheitsdiensten erheblich erweitert.

Hintergrund der Erneuerung war nach einer langjährigen Spaltung die Einigung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung sowie der Wahlsieg der Linksparteien bei den Parlamentswahlen Ende der sechziger Jahre.

In der Folge entstand auch eine der wichtigsten familienpolitischen Neuerungen der siebziger Jahre: das im Jahr 1973 verabschiedete „Gesetz über die Kinderbetreuung“.

Frauen waren bereits seit Beginn der Industrialisierung am Ende des 19. Jahrhunderts am Erwerbsleben beteiligt gewesen.



Demonstration in Helsinki im Jahr 1968 für eine kommunale Kinderbetreuung.

Frauendomänen waren zum Beispiel die Streichholz- und Textilindustrie. In der Anfangsphase der Industrialisierung schieden die Frauen jedoch üblicherweise mit der Familiengründung aus dem Arbeitsleben aus. Gesellschaftliche Umstrukturierung und Verstärkung führten zu einem wachsenden Arbeitskräftebedarf in Dienstleistungs- und Wirtschaftszweigen mit überwiegend weiblichen Beschäftigten sowie im öffentlichen Sektor. Hierdurch entstand der Bedarf, eine Kinderbetreuung einzurichten. Der Zeitraum, in dem Frauen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung standen, musste verlängert werden.

Die politischen Parteien hatten sehr unterschiedliche Vorstellungen zur Organisation der Kinderbetreuung. Häufig drehten sich die Diskussionen um die Streitfrage, wer Anspruch auf die kommunale Kinderbetreuung haben sollte. Einige waren der Meinung, dass die Höhe des Einkommens Einfluss darauf haben sollte, ob die Familien einen Platz in der kommunalen Kinderbetreuung erhalten, andere wieder drängten die Mütter zurück in den Haushalt. Die linksgerichteten Parteien unterstützten vehement eine öffentlich finanzierte Kinderbetreuung, die Zentrumsparterie vertrat ein Kinderbetreuungsgeld für Mütter, die Kinder zu Hause betreuten, und die rechtsgerichtete Sammlungspartei schlug Steuererleichterungen zur Finanzierung einer Haushaltshilfe vor.

Die Organisation der Kinderbetreuung war ein drängendes Problem in den Familien der Arbeiterklasse, wo beide Eltern der Erwerbsarbeit nachgingen und die Mittel der Erziehungsberechtigten für die Bezahlung einer Kinderbetreuung nicht ausreichten. Frauen standen unter dem Druck, wenn irgendwie möglich, zu Hause zu bleiben und die Kinder zu betreuen. Verschiedene Berufszweige und Bürgervereinigungen machten mit unterschiedlichen Petitionen und Demonstration am Ende der sechziger Jahre massiv auf diesen Missstand aufmerksam.

In dieser gesellschaftlichen Situation entstand das Kinderbetreuungssystem. Die Kinderbetreuung wurde zu einer der zentralen gesellschaftspolitischen Maßnahmen, um die Verhältnisse der finnischen Gesellschaft in einem Finnland mit rasch voran-



Protest für ausreichend Kindergartenplätze, 1972

Mit der Gesetzesreform entstand Raum für den neuen Gedanken, dass auch Frauen berechtigt sind, eine berufliche Laufbahn zu wählen, und Kinder ein Recht auf gute, fördernde und hochwertige Betreuung außerhalb der häuslichen Umgebung haben.

schreitender Verstärkung auf eine vernünftiger Basis zu stellen. Die Ideologie hinter der Entstehung der „Dienstleistung Kinderbetreuung“ war stark durch arbeits- und sozialpolitische, aber auch durch Aspekte des Kinderschutzes geprägt.

Vorrangig als Antwort auf die Bedürfnisse der Beschäftigungspolitik konzipiert, beeinflusste die Entstehung des Kinderbetreuungssystems das Wirtschaftswachstum der Gesellschaft sowie insbesondere die Teilnahme der Frauen am Arbeitsleben und die Schaffung von Ausbildungsmöglichkeiten. Es förderte die Gleichberechtigung in der finnischen Gesellschaft.

Vor der Gesetzesreform war die Zahl der Kinderbetreuungsplätze begrenzt gewesen, und dies hatte den Übergang in das Erwerbsleben für Frauen erschwert. Das 1973 in Kraft getretene Gesetz über die Kinderbetreuung verpflichtete die Kommunen dazu, die Verfügbarkeit von Betreuungsplätzen sicherzustellen, wodurch sich in-

nerhalb von wenigen Jahren die Zahl der Betreuungsplätze mehr als verdoppelte.

Das Kinderbetreuungsgesetz beendete auch eine andere Phase in der Geschichte der Früherziehung unseres Landes – die traditionellen Bezeichnungen für die Betreuungseinrichtungen unterschiedlicher Altersgruppen, wie Kindergarten oder Krippe, wurden durch den einheitlichen Begriff „Kindertagesstätte“ (*päiväkoti*) ersetzt. Gleichzeitig verbesserten sich auch die Betreuungsbedingungen, die über lange Zeiträume nicht einheitlich geregelt und von höchst unterschiedlicher Qualität gewesen waren: zum Beispiel wurde die Qualität der privaten Betreuung durch Tageseltern (*perhepäiväkoti*) von keiner amtlichen Stelle überprüft. In der Vergangenheit wurde nur im Kinderschutzgesetz darauf hingewiesen, dass es Aufgabe der Kommunen sei, die Tagesbetreuung bedarfsgerecht zu regeln.

JUHANI LOHIKOSKI

## YHDISTYS 9 FORDERT GLEICHSTELLUNGSDEBATTE

**Die sechziger Jahre sind in Finnland eng mit der lebhaften Diskussion über die Gleichstellung der Geschlechter verbunden.**

*„Im Sommer 1965 hatten Kati Peltola und Ritva Majuri die Absicht, im Restaurant Vanha ein Bier zu trinken. Der Türsteher – Fürst der Eingangstür – kannte seine Anweisungen: Keine Frauen ohne männliche Begleitung! Unzählige weibliche Patrouillen hatten in der letzten Zeit systematisch die Nerven des Berufsstandes getestet, indem sie sich festlich gekleidet und ausgiebig und mit Nachdruck argumentierten. Der Türsteher, Wachhund der Türschwellen, bellte auch jetzt zurück, bis die Frauen schließlich kapitulierten. Jetzt ist für Kati das Maß voll. Etwas muss geschehen. – Eine Vereinigung muss her!“*

Johan von Bonsdorff erzählt in seinen Memoiren\* anschaulich, wie alltäglich die Vorurteile gegenüber Frauen in den sechziger Jahren waren. Obwohl die Welt sich in vielerlei Hinsicht veränderte, überdauerten doch viele altmodische Gedanken und behielten ihre Gültigkeit in den Köpfen der Menschen und vor allem in den Amtsstuben der Behörden. Ihre persönlichen Erfahrungen

motivierten die Frauen zur Gründung einer neuen gesellschaftspolitischen Organisation.

In den Zeitschriften der neuen Linksbewegung wurde angeregt über die Geschlechterrollen debattiert, und im Februar 1966 wurde in einem vollbesetzten Saal die *Yhdistys 9* in Helsinki gegründet.

*Yhdistys 9* forderte die volle gesellschaftliche Gleichstellung von Mann und Frau. Die Vereinigung lehnte die Unterordnung der Frau ab, aber auch besondere Freistellungen oder Vorrechte – die Vorstellung politischer Frauenorganisationen, es gäbe in der Politik spezifische „Frauenangelegenheiten“, wurde entschieden zurückgewiesen. Die traditionellen Frauenorganisationen duldeten wiederum keine Demontage des Muttermythos. Ihrer Meinung nach war das Vorrecht der Mutter in der Kindererziehung unanfechtbar.

Im Zuge der Gleichstellungsdebatte taten sich sowohl die in der Arbeiterbewegung

als auch in der breiteren Zivilgesellschaft gegründeten Frauenorganisationen stark hervor, um auf Verbesserungen in der Gleichstellungsfrage hinzuwirken.

Die neue Linksbewegung diskutierte ausgiebig darüber, ob das Bestehen unterschiedlicher Frauenorganisationen eine gute Sache wäre. Als problematisch wurde die Frage empfunden, wie auch Männer beteiligt werden könnten, die den Wunsch verspürten, sich für die Gleichberichtigung einzusetzen.

*Yhdistys 9* verfolgte von Anfang den Grundsatz, Männer zu beteiligen, und ihre Beteiligung war tatsächlich auch erwünscht. Anfragen wurden positiv aufgenommen. Ein Drittel der Mitglieder der Vereinigung waren dann auch Männer. Im Vorstand fand man sie ebenfalls, und phasenweise übernahmen sie auch die Aufgabe des Vorstandsvorsitzenden.

*Yhdistys 9* hat auch das Arbeitsleben nicht vergessen. Durch eine engere Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften sollten Verbindungen zur organisierten Arbeiterschaft aufgebaut werden. Ziel war es, die Stellung der Frau sowohl im Arbeitsleben als auch in der Gewerkschaftsbewegung zu stärken.

Gleichberechtigung und Fragen des Berufslebens standen im Mittelpunkt, als die Aktiven von *Yhdistys 9* Ende der sechziger Jahre auf einer Demonstration in Helsinki die kommunale Familientagespflege forderten.

*Yhdistys 9* ließ in seiner Tätigkeit etwas nach, als spürbar wurde, dass die eigenen Maßnahmen zum Erfolg führten und die Forderungen in die Parteiprogramme und in die gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse aufgenommen wurden. Viele Aktive der Bewegung begannen, sich in der Parteipolitik zu engagieren. Zeitgleich entstand 1972 zur weiteren Förderung der Gleichberechtigung der staatliche Beraterausschuss für Gleichstellungsfragen.



Auf der Titelseite der finnischen Sozialdemokraten wird der *Yhdistys 9* am 15. Februar 1966 vorgestellt. Der Verein wird auf seiner ersten Pressekonferenz von Kimmo Leppo, Kati Peltola, Ritva Turunen, Klaus Mäkelä und Margaretha Mickwitz vertreten.

\* Bonsdorff, Johan: *Kun Vanha vallattiin*. Tammi, Helsinki 1986, S. 166



Eugène Delacroix:  
Die Freiheit führt das Volk , 1830



## DIE ERKLÄRUNG DER MENSCHEN- UND BÜRGERRECHTE

Die „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“ definiert die großen grundlegenden Rechte, die bis heute die französische Gesetzgebung bestimmen: Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, Brüderlichkeit, Respekt des Eigentums ... Entsprechend der Erklärung von 1789 kann die Einhaltung dieser Rechte nur durch eine Gewaltenteilung (Legislative, Exekutive, Justiz) garantiert werden.



## DAS GESETZ ZUR SONNTAGSRUHE

Nach Einführung des Gesetzes 1814 wird die sonntägliche Arbeitsruhe 1880 außer und schließlich 1906 wieder in Kraft gesetzt.

## DEKRET ZUR ABSCHAFFUNG DER SKLAVEREI IN DEN FRANZÖSISCHEN KOLONIEN

Erst 1870 wird das Verbot der Sklaverei tatsächlich wirksam, aufgrund von Änderungsanträgen zum Gesetz und dessen schlechter Anwendung.

## DAS GESETZ „OLLIVIER“ ZUR ABSCHAFFUNG DES KOALITIONSVERBOTS

Seit dem Gesetz „Le Chapelier“ von 1791 war jegliche Form von Koalition, jegliche Form von Zusammenschluss in der Arbeitswelt verboten – wie Streik, Zunft, Gewerkschaft usw. Das Gesetz „Ollivier“ erkannte offiziell lediglich kurzzeitige Zusammenschlüsse wie Streiks an. In Wirklichkeit aber wurden die gewerkschaftlichen Kammern toleriert und konnten sich entwickeln. Dies Gesetz ist ein erster Schritt hin zum Recht auf gewerkschaftlichen Zusammenschluss.

## GESETZ „FERRY“ ÜBER DIE OBLIGATORISCHE SCHULPFLICHT

Es sieht eine laizistische und kostenlose, obligatorische Erziehung bis zum Alter von 13 Jahren für Mädchen und Jungen vor. Diese Altersgrenze wird 1936 auf 14 Jahre und 1959 auf 16 Jahre angehoben.

## EINRICHTUNG DER ARBEITSAUFSICHT

Durch dieses Gesetz erhalten die Gewerbeaufsichtsbehörden ihre Gestalt wie wir sie heute kennen mit einem Korps von Inspektoren, die staatliche Beamte sind. Tatsächlich wurde die Gewerbeaufsicht bereits 1874 eingerichtet, allerdings hatte dieses Gesetz es nicht erlaubt einen wirklichen Apparat von Inspektoren aufzubauen.

1789

1804

## DAS FRANZÖSISCHE ZIVILGESETZBUCH TRITT IN KRAFT

Das französische Zivilgesetzbuch regelt das Zivilrecht in Frankreich bis heute. Von Napoleon eingesetzt – deswegen auch manchmal als *Code Napoléon* bezeichnet – hat es das juristische System vieler Länder beeinflusst (u.a. das Königreich beider Sizilien, Niederlande, Rumänien, Italien, Portugal, Spanien).

1806

## EINRICHTUNG DES ERSTEN ARBEITSGERICHTS IN LYON

Das erste Arbeitsgerichts in Lyon wurde 1806 eingerichtet, um die Streitigkeiten zwischen den Seidenfabrikanten und den Canuts (so wurden die Seidenarbeiter bezeichnet) zu regeln. 1845 Ein zweiter Schiedsgerichtshof wurde erst 1845 eingerichtet – für die Metallindustrien – und bis 1847 kamen immer mehr hinzu. Dann wurden sie für die gesamte Industrie allgemein etabliert.

1814

1841

## GESETZ ZUM VERBOT DER ARBEIT FÜR KINDER UNTER ACHT JAHREN

Für dieses Gesetz wurde 1841 votiert. Die Abstimmung erfolgt nach den Darlegungen mit dem Titel „Übersicht des physischen und moralischen Zustands der Arbeiter“ von Dr. Villermé, der einen erschreckenden Bericht über die Bedingungen der Kinderarbeit angefertigt hatte. Dies Gesetz begrenzt die tägliche Arbeitszeit für Kinder zwischen acht und zwölf Jahren auf acht Stunden, wie auch die Arbeit in der Nacht. Weitere Gesetze folgen im Laufe des 19. Jahrhunderts, die die Arbeitszeit von Kindern und Frauen beschränken. Als Beispiel: das Gesetz von 1892 begrenzt die tägliche Arbeit der Frau auf elf Stunden und verbietet die Nachtarbeit. Außerdem wird 1841 ein Korps von Aufsichtsbeamten für die Kinderarbeit eingerichtet, um die Anwendung dieses Gesetzes zu kontrollieren – die Geburt der Gewerbeaufsicht.

1848

1864

1881

## GESETZ ÜBER DIE FREIHEIT DER PRESSE

Es erkennt die Freiheit der Presse an, nicht ohne einige Grenzen zu setzen. Zum ersten Mal wird das Aufhetzen zum Rassenhass verboten und bestraft.

1882

1884

## GESETZ „WALDECK-ROUSSEAU“ ÜBER DIE GEWERKSCHAFTEN

Die Gewerkschaften sind von nun an offiziell zugelassen.

1892



Pierre  
Waldeck-Rousseau

### GESETZ „WALDECK-ROUSSEAU“ ÜBER DIE VEREINIGUNGEN

Es besiegelt die Freiheit der Vereinigung und erkennt Assoziationen als juristische Person an.

### FRAUEN ERHALTEN DAS RECHT, ÜBER IHRE EINKÜNFTE ZU VERFÜGEN



Innenraum einer Fabrik,  
Stichwerkstatt, Ende des  
19. Jahrhunderts

### GESETZ ZUM ACHTSTUNDENTAG

Die Dauer der täglichen Arbeit wird auf 8 Stunden begrenzt.

### ANERKENNUNG DES WAHLRECHTS DER FRAUEN

Die Frauen üben zum ersten Mal 1945 das Wahlrecht aus – bei den Gemeinderatswahlen; dann, im selben Jahr bei den Wahlen zur Konstituierenden Versammlung. Diese bereitet die Verfassung der IV. Republik vor, die per Referendum angenommen wird.

### DIE VERFASSUNG DER IV. REPUBLIK

Die Eingangsformel der Verfassung der IV. Republik wird 1958 auch in die Verfassung der V. Republik übernommen werden – der Verfassungsrang wird aber endgültig erst am 16. Juli 1971 juristisch festgeschrieben; sie anerkennt eine ganze Reihe von Rechten: das Streikrecht, die Rechtsgleichheit zwischen Männern und Frauen; das Recht auf Asyl für Fremde; das Recht auf Teilhabe an der Arbeit (und die Pflicht zur Arbeit); das Recht auf existenzsichernde Mittel in angemessenem Umfang durch die Gemeinschaft; den gleichen Zugang zu Erziehung und Schulbildung, beruflicher Ausbildung und Kultur; das Recht auf Schutz der Gesundheit; das Recht auf Teilnahme und gemeinsame Festlegung der Arbeitsbedingungen ebenso wie die Mitbestimmung in den Unternehmen; das Recht auf Erholung und Urlaub ...

### DIE VERFASSUNG DER V. REPUBLIK

Sie greift erneut die Eingangsformel der Verfassung von 1946 sowie die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 auf. Die Verfassung stärkt die exekutive Gewalt (nicht zuletzt wird der Präsident der Republik allgemein und direkt gewählt), um den Instabilitäten der Regierungen, die unter der III. und IV. Republik vorherrschend waren, zu begegnen.

1898

### GESETZ ZUR ÜBERNAHME DER KOSTEN BEI ARBEITSUNFÄLLEN

Erst im Jahr 1919 war dies Gesetz vollendet mit der Übernahme der Kosten bei Berufskrankheiten – mit zwei ersten Einträgen: Schäden infolge von Blei- oder Quecksilber-Exposition.

1901

1905

### GESETZ ZUR TRENNUNG VON KIRCHEN UND STAAT

Es garantiert die Freiheit des Geistes und der freien Ausübung der Kulte. Im Gegenzug bekräftigt das Gesetz, dass die Republik sich zu keiner der Religionen bekennt, diese weder finanziell unterstützt, noch subventioniert. Nur die Region Elsass-Mosel ist – bis heute – diesem Gesetz nicht unterworfen und bleibt unter den Regeln des Konkordats von 1801.

1907

1909

### GESETZ „ENGERAN“ ZUR EINFÜHRUNG DES MUTTERSCHAFTSURLAUBS

Das Recht auf acht Wochen Mutterschaftsurlaub für Frauen wird eingeführt. Allerdings sieht dies Gesetz keinerlei finanzielle Unterstützung während des Mutterschaftsurlaubs vor. Erst 1929 wird die Abgeltung des Mutterschaftsurlaubs für alle Beschäftigten aller Wirtschaftszweige Gesetz.

1919

1936

### DIE ABKOMMEN VON MATIGNON IN FOLGE DES SIEGES DER VOLKSFRONT BEI DEN PARLAMENTSWAHLEN

Diese Abkommen führen die 40-Stunden-Woche und das Prinzip des bezahlten Urlaubs ein. Es handelt sich zunächst um zwei Wochen bezahlten Urlaub. 1956 wird per Gesetz eine dritte, eine vierte 1963 und schließlich 1982 eine fünfte bezahlte Woche beschlossen. Die Abkommen von Matignon sind schließlich die Geburtsstunde der Arbeitsgesetze, auch kollektive Vereinbarungen genannt.

1944

1945

### VERORDNUNGEN ZUR EINFÜHRUNG DER SOZIALVERSICHERUNGEN

Sie führen das System der sozialen Sicherheit in Frankreich ein. Die Sozialversicherung ist in vier Bereiche geteilt, jede deckt ein begrenztes Risiko ab: den Bereich Krankheit (die Übernahme der Pflege- und Gesundheitskosten und bei Krankheit die Übernahme des Lohnausfalls); den Bereich Arbeitsunfall und Berufskrankheiten; den Bereich Alter (Recht auf Rente) und den Bereich Familie (Unterstützung der Familien, Wohnhilfe ...).



1946

1950

### EINFÜHRUNG DES MINDESTLOHNS (SMIG)

Er wird am 2. Januar 1970 umgetauft in SMIC – der „berufsübergreifende wachstumsorientierte Mindestlohn“, aber der Gegenstand bleibt derselbe: einen Mindestlohn für alle beschäftigten Lohnarbeiter zu garantieren.

1958

1965

### REFORM DES EHERECHTS

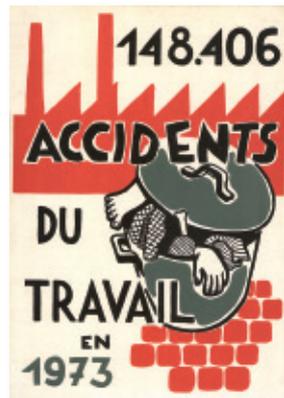
Der Ehemann ist nicht länger „Oberhaupt der Familie“. Die Frau kann von nun an einen Beruf ausüben und ein Bankkonto ohne das Einverständnis des Ehemanns eröffnen.

**DAS GESETZ „VEIL“**

Es erlaubt den Schwangerschaftsabbruch (IVG) unter gewissen Bedingungen. 1982 werden die Kosten des Schwangerschaftsabbruchs durch die Sozialversicherung übernommen.

**REFORM DES EHESCHEIDUNGSGESETZES**

Einführung der Scheidung in beiderseitigem Einvernehmen. Zuvor war eine Scheidung nur bei Verfehlung eines der beiden Partner möglich.



Dass Arbeit nicht töten und krank machen darf war und bleibt eine gewerkschaftliche Kernaufgabe. Die Auseinandersetzung hierzu führen in Frankreich 1982 zur Einführung eines betrieblichen Arbeits-, Gesundheits- und Hygienekomitees mit Arbeitnehmerbeteiligung.

**DIE GESETZE „AUROUX“**

1982 werden vier Gesetze über die Rechte von Beschäftigten in Unternehmen beschlossen. Diese Entwicklungen schreiben sie fest: ein Recht der Beschäftigten über die Bedingungen ihrer Arbeit zu sprechen; die Verpflichtung jährlich über die Einkommen, die Dauer und die Organisation der Arbeit zu verhandeln; das Recht des Beschäftigten im Fall von schwerwiegenden unmittelbaren Gefahren die Arbeit niederzulegen; das Verbot einen Beschäftigten zu bestrafen oder zu entlassen aufgrund von politischer Anschauungen, seiner gewerkschaftlichen Aktivitäten oder religiöser Einstellungen; Zuerkennen finanzieller Mittel für die betrieblichen Komitees; Einführung des CHSCT (Komitee für Hygiene, Sicherheit und Arbeitsbedingungen).

**DAS DELIKT DER SEXUELLEN BELÄSTIGUNG WIRD EINGEFÜHRT**

Das Gesetz wird am 2. November 1992 durch ein Gesetz vervollständigt, das die sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz ächtet. Das Gesetz vom 22. Juli 1992 stellt gleichzeitig verbale Gewalttaten unter Strafe. Opfer in Ehe- oder Lebenspartnerschaften erhalten das Recht, einen erschwerenden Umstand bei Verletzung der Integrität der Person geltend zu machen.

**REFORM DES ERBFOLGRECHTS**

Das außereheliche Kind genießt dieselben Rechte wie das eheliche Kind und stellt es beim Erbrecht gleich.

1975

1975

**DAS GESETZ „HABY“ – DIE GEMEINSAME ERZIEHUNG DER GESCHLECHTER**

Die generell gemeinsame Erziehung von Mädchen und Jungen in den Schulen und Klassen wird in allen Stufen des Erziehungswesens obligatorisch.

1975

1980

**VERGEWALTIGUNG WIRD PER GESETZ ALS STRAFTAT QUALIFIZIERT**

Das Gesetz sieht eine Gefängnisstrafe von bis zu 15 Jahren vor.

1981

**GESETZ „BADINTER“ ZUR ABSCHAFFUNG DER TODESSTRAFE**

Der letzte zum Tode Verurteilte war im September 1977 durch die Guillotine geköpft worden. Die lebenslange Haft wird die Maximalstrafe im französischen Strafrecht.

1982

**VERORDNUNG ÜBER DIE FESTLEGUNG DER 39-STUNDEN-WOCHE**

... und einer fünften bezahlten Woche Urlaub.

1982

**DAS ALTER ZUM ÜBERGANG IN DIE RENTE WIRD AUF 60 JAHRE FESTGESETZT**

Seit der Einführung der Sozialversicherung 1945 und schon vorher war die Altersgrenze zum Renteneintritt bei 65 Jahren. Allerdings verschiebt ein Gesetz von 2010 diese Grenze wieder stufenweise auf 62 Jahre.

1982

1983

**GESETZ „ROUDY“ ÜBER DIE GLEICHHEIT DER GESCHLECHTER AUF DEM ARBEITSMARKT**

Es verbietet jegliche berufliche Diskriminierung aufgrund des Geschlechts.

1988

**EINFÜHRUNG EINER MINDESTSICHERUNG (RMI)**

RMI sichert jedem Bürger eine Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und fehlenden Einkommen zu. Der RMI wird in den Jahren 2007-2009 ersetzt durch den RSA (Einkommen der aktiven Solidarität) mit der Absicht, Personen ohne Beschäftigung zu motivieren, wieder eine Arbeit zu finden.

1992

2000

**GESETZ „AUBRY“ II**

Die Dauer der Arbeit wird auf 35 Stunden pro Woche festgesetzt. Verschiedene Gesetze werden beschlossen, um später die Unternehmen wieder ein wenig zu entlasten. (Beispiel: das Gesetz TEPA von 2007 vereinfacht den Zugriff auf Überstunden, also bei mehr als 35 Stunden).

2001

2013

**DAS EHEGESETZ HEIRAT FÜR ALLE**

Dieses Gesetz erlaubt gleichgeschlechtlichen Paaren die Ehe.

# FREIHEIT DER PRESSE – DAS GESETZ VON 1881 GILT HEUTE NOCH

So wie die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts geprägt war vom Hin und Her zwischen Zensur und Kampf um die Freiheit der Presse, so setzten sich in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts die Auseinandersetzungen fort. 1881 schließlich kam es zu dem weitreichenden bis heute noch gültigen Gesetz.

Unter dem Zweiten Kaiserreich war das Klima überwiegend autoritär, bestimmt vom Misstrauen der Herrschenden gegenüber der Presse. Erneut kam es zu Beschränkungen. Die Kautions wurde als Disziplinierungsmaßnahme wieder eingeführt und eine Verwaltung zur Aufsicht der Presseerzeugnisse eingerichtet. Eine Prozedur der Abmahnung bzw. Verwarnung sah drei Stufen von Sanktionierung vor: als erstes erfolgte eine Ermahnung, die zweite Stufe führte zu einer zeitweiligen Aussetzung des Erscheinens und schließlich wurde drittens das endgültige Verbot der Publikation verfügt, oftmals Anreiz für Journalisten Selbstzensur zu üben.

Dennoch: Der Sieg der französischen Armeen unter Napoleon III. während des Italienischen Krieges 1859 führte zu einer Lockerung und 1860 begann eine neuerliche Blütezeit. Das Pressewesen konnte sich ausdehnen und diversifizieren. Das Tempo an Innovationen begünstigte die Verbreitung – insbesondere die Verbesserungen der Maschinerie und der Technik, aber auch die Entwicklung der Eisenbahn, die Verbesserung der Postdienste und die Einführung des Telegraphen trugen zu dieser Entwicklung bei. Der Rückgang des Analphabetismus spielte eine wichtige Rolle. Berühmte Zeitungen wurden gegründet, wie *Le Monde* (1860), die bis heute noch immer erscheint, oder *Le Temps* (1861). Diese Periode fand ihren Höhepunkt mit dem Gesetz vom 11. Mai 1868, das die Vorabgenehmigung durch eine einfache Erklärung ersetzte und das Mahnverfahren abschaffte.

Die Ereignisse um die Pariser Kommune zwischen dem 18. März und dem 28. Mai 1871 richteten sich gegen die für den Frieden mit Preußen und die Anerkennung des preußischen Sieges (bekannt als „Versailles“)

eintretende Oberschicht des Pariser Westens und gegen die populären Klassen im Osten von Paris, die ihre Waffen nicht abgeben wollten. Die Kommune zeichnete sich durch die Gründung einer selbstverwaltenden politischen Organisation und auch durch eine Explosion der Anzahl an Zeitungen und Zeitschriften aus. In dieser kurzen Zeitspanne entstanden eine Vielzahl von Zeitungen, wenn manche auch nur kurzlebig.

Zu den bekanntesten Zeitungen während der Pariser Kommune gehörten *Le Cri du Peuple* (Der Schrei des Volkes), die wohl berühmteste Publikation; oder *Le Père Duchêne* mit dem Untertitel *La République ou la mort* (Die Republik oder der Tod).

Nach der Pariser Kommune war die Zeit der Rückkehr zu einer gewissen rechtlichen und moralischen Ordnung unter der Regierung Adolphe Thiers. Zur befürchteten Rückkehr zur Monarchie durch die Machtergreifung von MacMahon im Jahre 1873 sollte es aber doch nicht kommen.

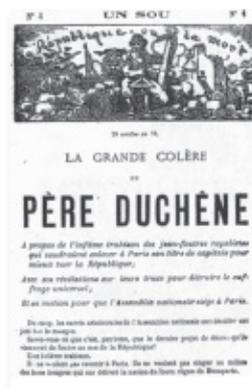
Die Dritte Republik festigte sich durch die Verabschiedung der Verfassungsgesetze 1875. Die Republikaner verstärkten ihren

Einfluss, sie gewannen die Parlamentswahlen 1876. Mit den Wahlen 1879 wurde Jules Ferry zur dominierenden Figur aller folgenden Regierungen bis 1885. Er leitete eine Reihe von Reformen ein, im Schul- und Justizwesen und die wichtigsten republikanischen Freiheiten betreffend, darunter auch die Pressefreiheit. In diesen Jahren erschien *l’Egalité* (1877–1883), herausgegeben von Jules Guesde. Die erste Arbeiterzeitung, die nach der Zerschlagung der Kommune wieder herausgegeben werden konnte, war *l’Egalité*. Sie wird oft als die erste französische marxistische Zeitung betrachtet.

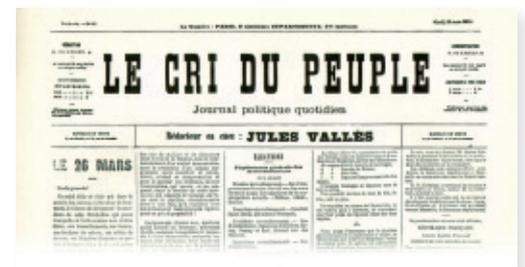
## DAS GESETZ VOM 29. JULI 1881

Fast ein Jahrhundert nach der Erklärung von 1789 wurde das in Frankreich bis heute noch immer gültige Gesetz zur Pressefreiheit am 29. Juli 1881 verabschiedet. Mit diesem Gesetz wurde das System der Vorabgenehmigung endgültig zugunsten von Kontrollen nach dem Erscheinen der Publikation aufgegeben. Nur eine Deklaration zur Herausgabe war nötig, wie es im Kai-

1881



*Le Père Duchêne*, 10. März 1871



*Le Cri du Peuple*, 28. März 1871



Freiheit der Presse –  
Das Gesetz vom 29. Juli 1881

serreich das Gesetz schon 1868 vorgesehen hatte. Die Kautions als Vorbedingung für das Erscheinen einer Zeitung wurde ebenfalls abgeschafft. Und vor allem schützten seit diesem Zeitpunkt zahlreiche Verfahrensgarantien die publizistische Freiheit der Journalisten: die Verjährungsfristen für Pressevergehen wurden verkürzt (zwischen drei Monaten und einem Jahr, je nach Schwere der Straftat), die Ladung vor Gericht musste die Art der Straftat genau bezeichnen und beschreiben. Untersuchungshaft für den Beschuldigten war verboten, Durchsuchungen nur begrenzt erlaubt, und schließlich war für bestimmte Straftaten – wie Beleidigung oder Verleumdung – die Beschwerde des Opfers eine Voraussetzung für die Einleitung eines Gerichtsverfahrens.

Was Pressevergehen betraf, so waren sie genau definiert. Das erste behandelte die Anstiftung zu Verbrechen und Vergehen. Es wurde unterschieden zwischen Delikten, die öffentliche Angelegenheiten betrafen, einschließlich der Veröffentlichung von Falschmeldungen und Straftaten gegen den Präsidenten der Republik (letztere wurde 2015 aufgehoben), und Verbrechen gegen die Person – Straftaten gegen Ehre oder Integrität eines Bürgers wie Verleumdung oder Beleidigung. Es ist interessant festzustellen, dass das Pressefreiheitsgesetz bereits 1881 Rassismus als Straftat behandelte, indem es jede Beleidigung oder

Verleumdung, die sich gegen eine Person oder eine Personengruppe richtet, „aufgrund ihrer Herkunft oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen Gruppe, Nation, Rasse oder Religion“ als rechtswidrig behandelt. Schließlich legte das Gesetz vom 29. Juli 1881 die Kette der Verantwortlichkeiten bei Presseverstößen klar fest: Geschäftsführer und Herausgeber, dann Autoren und Drucker, und letztendlich Verkäufer und Händler.

Abschließend: Wenn das Gesetz vom 29. Juli 1881 ein Höhepunkt in einem Jahrhundert der Veränderung und der sozialen Kämpfe zu sein scheint und auch im 21. Jahrhundert noch immer seine Wirkung entfaltet, so hat es die punktuelle Rückkehr der Zensur zu bestimmten mehr oder weniger kritischen Momenten der Zeitgeschichte nicht verhindert: So sollte es zum Bei-

spiel die „Schurkengesetze“ in den Jahren 1893 und 1894 geben, die als Reaktion auf eine Reihe anarchistischer Attentate verabschiedet wurden. Sie führten eine Zeitlang zum Verschwinden fast aller libertären Presstitel. Der Erste Weltkrieg führte zum Gesetz vom 5. August 1914, das alles verdrängte, was „den Geist der Armee und des Volkes ungünstig beeinflussen könnte“ und entsprechend einschränkende Auswirkungen auf die Pressefreiheit hatte. Zur Zeit der Besetzung und der Vichy-Regierung zwischen 1940 und 1944 wurde wieder die präventive Zensur praktiziert. Und während des Algerienkrieges (1954–1962) zögerte die Regierung nicht, Zeitungen unter dem Vorwand des „moralischen Schadens an der Armee“ zu beschlagnahmen, vor allem, wenn Folterungen gemeldet wurden.

PIERRE-GAEL LOREAL

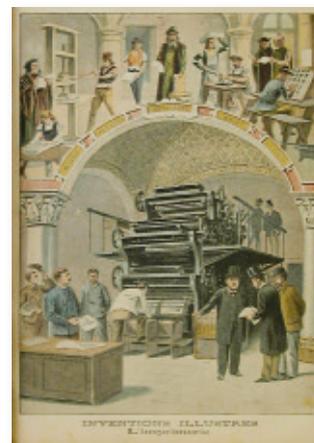
## DIE ENTWICKLUNG VON LITERATUR, PRESSE UND JOURNALISMUS IM FRANKREICH DES 19. JAHRHUNDERT

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts weicht die handwerkliche Herstellung des Buches zunehmend der industriellen Fertigung. Die industrielle Herstellung des Buches trägt auch zum Durchbruch des neuen Mediums bei: der Tagespresse. Auflagen wachsen: bei den Pariser Tageszeitungen steigt die Auflage von etwa 36000 Exemplaren am Anfang auf eine Million zum Ende des 19. Jahrhunderts.

Exakt im Jahr 1800 wird im *Journal des débats* in der unteren Hälfte der Zeitschrift ein Abschnitt durch eine Trennlinie vom Rest der Seite abgehoben und für Artikel über Theater und Belletristik reserviert. Damit ist die Rubrik Feuilleton geboren, sie wird von nahezu allen bedeutenden Zeitungen übernommen und entwickelt sich zum Spiegel unterschiedlichster Facetten des kulturellen und sozialen Lebens. Hier kann auch Kritik der Zensur entzogen werden und Opposition gegen das politische Regime zu Wort kommen.

Zwei 1836 neu gegründete Presseorgane, *La Presse* und *Le Siècle* senken massiv

die Preise der Abonnements auf die Hälfte und führen die schon in England erprobte Ausweitung des Platzes für Werbung und Reklame ein, um eine Ausdehnung ihrer Leserquote zu erreichen. Vor allem aber beginnen die Tageszeitungen im Feuilleton Romane abzudrucken. Fast alle bekannten fran-



Berühmte Erfindungen:  
Die Druckmaschine

# J'ACCUSE! – ICH KLAGE AN!

Emile Zolas offener Brief an Staatspräsident Faure gilt bis heute als eine der größten publizistischen Sensationen des 19. Jahrhunderts.

Der am 13. Januar 1898 in der neuen Literaturzeitschrift *L'Aurore* erschienene Beitrag ist dabei nur der „Endpunkt“ einer ganzen Reihe von Beiträgen in Zeitungen und Broschüren zur „Dreyfus-Affäre“,<sup>1</sup> mit welchen Zola sich gegen den Justizskandal und den zunehmenden Antisemitismus wendete. Innerhalb weniger Stunden wurden 200 000 Exemplare der Zeitung verkauft, innerhalb von zwei Tagen waren es 300 000.

Zola beschreibt in dem langen Artikel ausführlich Personen und Methoden sowie die Verstrickung von Kriegsministerium und

Kriegsgericht, die zur Verurteilung des Alfred Dreyfus' und seiner Verbannung auf die Teufelsinsel führten sowie über den rechtsbeugenden Freispruch für C.M.F. Walsin-Esterházy. Seine präzise Recherche mündet in mutige Anklagen, von denen wir einige zitieren:

*„Ich klage den General Billot an, ... sich dieses Verbrechens schwerer Verletzung der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit schuldig gemacht zu haben ...“*

*„Ich klage das Kriegsministerium an, in der Presse ... eine abscheuliche Kampagne geführt zu haben, um die öffentliche Meinung in die Irre zu führen und seine eigenen Fehler zu verdecken.“*

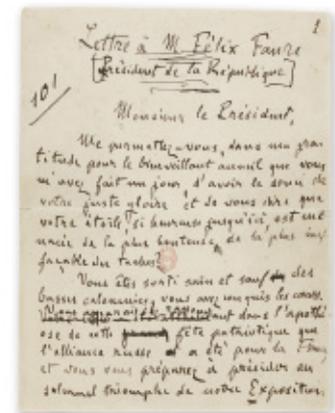
*„Ich klage endlich das erste Kriegsgericht an, das Recht vergewaltigt zu haben, in dem es einen Angeklagten auf ein geheim gebliebenes Schriftstück hin verurteilt, und ich klage das zweite Kriegsgericht an, diese Rechtsverletzung gedeckt zu haben, indem es seinerseits das Rechtsverbrechen beging, wissentlich einen Schuldigen frei zu sprechen.“*

Er schloss den Brief mit den Worten: *„... weiß ich sehr wohl, dass ich mich vor den Artikeln 30 und 31 des Pressegesetzes vom 29. Juli 1881 ... verantwortlich mache ...“*<sup>2</sup> und folgerichtig wurde gegen ihn und den Herausgeber G. Clemenceau ein Gerichtsverfahren eingeleitet, das mit einer Verurteilung endete. Zola floh nach London, kam aber nach knapp einem Jahr aufgrund seiner Begnadigung wieder zurück.

Nicht nur die Unterstützer Dreyfus' nutzten die ausgeprägte Pressefreiheit Frankreichs. Antisemitische, klerikale, monarchistische und militaristische Kräfte nutzen sie zu bewussten Verleumdungen und druckten Sensationsmeldungen auf Kosten der



Ausgabe *L'Aurore* vom 13. Januar 1898



Erste von 32 Seiten aus dem Manuskript von *J'Accuse!*, Januar 1898

Wahrheit. Französische Zeitungen finanzierten sich damals nur zu einem geringen Grad über Werbung, daher waren Sensationsmeldungen der Hebel für hohe Auflagen. Zolas Artikel war ebenfalls eine Sensation, allerdings eine, die auf Fakten beruhte.

Die Mehrheit der Historiker urteilt heute, dass die Presse sowohl zu Beginn der Affäre wie auch am Ende die entscheidende Rolle spielte.<sup>3</sup>

HANNE REINER

**zösischen Schriftsteller der damaligen Zeit schreiben Fortsetzungsromane in den Feuilletons der Tageszeitungen und die Auflagen steigen rasant! Die Geschichte der Presse ist in Frankreich auf besondere Weise mit der Geschichte der Literatur verbunden, die Einführung des Feuilleton und des Romans in den Zeitungen intensiviert und beeinflusst die Beziehungen zwischen Literatur und Presse.**

**Die Tageszeitung wird in Frankreich zum charakteristischen Organ, und der Erscheinungsrhythmus diszipliniert nicht nur Journalisten und Autoren, das tägliche Erscheinen verändert den Zeitrhythmus des ganzen Landes: was bisher an Jahreszeiten und Kirchenjahr orientierte, wird vom Rhythmus der Tageszeitung überlagert. Das tägliche Lesen des Romans im Feuilleton der Zeitung wird zum sozialen Ereignis, ermöglicht auch nicht vermögenden Schichten zu lesen.**

## MATTHIAS PAYKOWSKI

Quellenhinweis: Ausführlich dazu der sehr lesenswerte Aufsatz von Joseph Jurt, *Das Jahrhundert der Presse und der Literatur in Frankreich*. Erschienen in: Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur, Jg. 38 [2] 2013, S.255–280 – Sonderdrucke aus der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Im Internet zu finden: <https://freidok.uni-freiburg.de/dnb/download/9356>

## Anmerkungen und Quellen:

1 Als Dreyfus-Affäre bezeichnet man die Verurteilung des französischen Artillerie-Hauptmanns Alfred Dreyfus 1894 durch ein Kriegsgericht in Paris wegen angeblichen Landesverrats zugunsten des Deutschen Kaiserreichs und die dadurch ausgelösten, sich über Jahre hinziehenden öffentlichen Auseinandersetzungen und weiteren Gerichtsverfahren. Die Verurteilung des aus dem Elsass stammenden jüdischen Offiziers basierte auf rechtswidrigen [teils gefälschten] Beweisen und zweifelhaften Handschriftengutachten. Die Affäre „endete“ erst am 19.9.1899 mit der Begnadigung Dreyfus'. Sie wurde Ausgangspunkt für Philosophen und Literaten wie z.B. Anatole France, Marcel Proust, Franz Kafka, Hannah Arendt und natürlich Emile Zola [\* 1840, † 1902] selbst.

2 Vgl.: Pirntke, Gunter: *Justice oder J'accuse ...! Gerechtigkeit oder Ich klage an!*, Brokatbook Verlag 2015

3 Vgl.: <https://de.wikipedia.org/wiki/Dreyfus-Affäre>

# ABSCHAFFUNG DER TODESSTRAFE

Die Abschaffung der Todesstrafe durch das Gesetz 81.908 vom 9. Oktober 1981 markierte das erfolgreiche Ende eines 190-jährigen Kampfes gegen diese Rechtspraxis in Frankreich.

Nachdem François Mitterand mit dem erklärten Ziel ihrer Abschaffung zum Präsidenten gewählt worden war, wurde dies im September nach aufsehenerregenden Debatten in der Nationalversammlung (mit Dreiviertelmehrheit) und im Senat beschlossen. Federführend und treibende Kraft war der *Garde des Sceaux* (Siegelbewahrer) und Justizminister Robert Badinter, der zuvor als Anwalt bereits viele Jahre gegen die Todesstrafe gekämpft hatte.

Seinen Ursprung hatte die Kritik an der inhumanen Strafpraxis im 18. Jahrhundert in Schriften des Italieners Cesare Beccaria, die u.a. von d'Alembert und Voltaire rezipiert und kommentiert wurden.

In der Debatte der Constituante 1791 trat u.a. Maximilien Robespierre gegen die Todesstrafe auf:

**„Ein Gesetzgeber, der den Tod und grausame Strafen weicheren Mitteln vorzieht, die in seiner Macht liegen, beleidigt das Gefühl des Volkes und schmälert sein moralisches Empfinden.“**

Die Versammlung beschloss jedoch mit großer Mehrheit, diese beizubehalten, sie jedoch einheitlich durch Enthauptung durchzuführen und die Folter abzuschaffen. Der Hinrichtung von Louis XVI. („Bürger Louis Capet“), der auch Robespierre zustimmte, folgte die Periode des Terrors 1793–94, in der über 35 000 Menschen guillotiniert wurden. Am Ende fielen ihr auch Robespierre und St. Just zum Opfer. Danach beschloss der Konvent 1795 erstmalig, die Todesstrafe abzuschaffen, allerdings erst „am Tage, da der allgemeine Frieden verkündet werden würde.“ Diese bedingte Abschaffung wurde in der napoleonischen Gesetzgebung 1810 wieder aufgehoben, ohne jemals eingetreten zu sein.

Nachdem in der Zeit der „Juli-Monarchie“ von 1830–48 zahlreiche Parlamentsinitiativen und Petitionen gegen die Todesstrafe ergebnislos geblieben waren, wurde die Todesstrafe von der Provisorischen Regierung der 2. Republik 1848 für politische Vergehen abgeschafft. Im Herbst desselben Jahres scheiterte eine Initiative für die vollständige Abschaffung, deren Wortführer Victor Hugo war, in der verfassunggebenden Versammlung. Er appellierte an die Versammlung:

**„Sie haben soeben die Unverletzlichkeit der Wohnung proklamiert, wir fordern Sie auf, eine noch höhere und heiligere Unverletzlichkeit zu verkünden: die Unverletzlichkeit des menschlichen Lebens! (...) Seit dem Februar hat das Volk einen großen Gedanken: Am Tage, nachdem es den Thron verbrannt hat, will es auch das Schafott verbrennen!“**

Der spanische Politiker und katholische Royalist Juan Donoso Cortés, der Gesandter seines Landes in Berlin und später in Paris war, fasste die Ansichten der Reaktion zur Todesstrafe zusammen:

**„Überall, wo die Todesstrafe abgeschafft wurde, hat die Gesellschaft aus allen Poren Blut geschwitzt. Ihre Abschaffung im Königreich Sachsen folgten jene großen und erbiterten Maikämpfe, die den Staat bis an den Rand des Todes brachten, bis zu dem Punkt, an dem zu seiner Rettung eine auswärtige Intervention notwendig war.“ (Anm. d. Verf.: Gemeint ist die „Dresdener Mairevolution“ von 1849, die von preußischen Truppen niedergeworfen wurde.)**

**„Ihrer Abschaffung durch die provisorische Regierung der französischen Republik folgten jene furchtbaren Juni-Tage, die mit all ihren Schrecken ewig fortleben werden im Gedächtnis der Menschen, (gemeint ist der Massenaufstand in Paris 1848, der blutig unterdrückt wurde) (...) Nun, wenn eine Sache für mich offenkundig ist, dann die, daß die Abschaffung der einen Todesstrafe (für politische Vergehen) die Abschaffung der anderen in mehr oder minder kurzer Zeit nach sich zieht (...) Wer die Todesstrafe in dem einen wie dem anderen Falle als übertrieben beseitigt, der hebt damit auch jegliche Strafbarkeit für geringere Verbrechen auf.“**

1981



Théodore Géricault verabscheute die Todesstrafe. Seine Porträts von bei Hinrichtungen abgetrennten Köpfen bannen den unwirklichen Moment zwischen Leben und Tod.

[www.schirn.de/magazin/kontext/die\\_koefpe\\_rollen/](http://www.schirn.de/magazin/kontext/die_koefpe_rollen/)



Cesare Beccaria, *Dei delitti e delle pene* (Über Verbrechen und Strafen), 1764, Titelblatt

„Mit Freuden greife auch ich zur Axt, um die Kerbe zu vertiefen, die vor 66 Jahren Beccaria in das Schandgerüst geschlagen hat.“

Victor Hugo

In den Jahren des zweiten Kaiserreichs unter Louis Napoléon werden alle Initiativen und Petitionen gegen die Todesstrafe abgewiesen. Die Abschaffung der Strafe aus politischen Gründen wird jedoch bestätigt. In der Zeit der Dritten Republik (1870-1940) bleiben Gesetzesinitiativen erfolglos. Allerdings begnadigte Präsident Armand Fallières im ersten Jahr seiner Amtszeit (1906-1913) systematisch alle zum Tode Verurteilten. Ein spektakulärer Mordfall und eine heftige Pressekampagne vereitelten den Erfolg der Gesetzesinitiative des Justizministers Aristide Briand, die vom Sozialistenführer Jean Jaurès unterstützt wurde. Haupt-Gegenredner war Maurice Barrés, ein nationalistischer Politiker und Schriftsteller, der in der Kampagne gegen

Dreyfus führend gewesen war. Ab 1909 setzte die Hinrichtungspraxis wieder ein. Nach der Hinrichtung des deutschen Mörders Weidmann im Juni 1939, als es zu Exzessen der Schaulustigen und der Presse kam, wurde die Praxis der öffentlichen Exekutionen beendet.

Zur Zeit des Vichy-Regimes wurden erstmals seit 1887 auch Frauen wieder hingerichtet, darunter solche, die abgetrieben hatten, da General Pétain sie nicht begnadigte. Einer dieser Fälle bildete die Grundlage für den Film „Eine Frauensache“ von Claude Chabrol. Während der Vierten Republik von 1946 bis 1958 bleiben acht Gesetzesinitiativen zur Abschaffung ohne Erfolg. Während der Fünften Republik seit 1958 verstärkte sich die Kritik an der Todesstrafe,

## VICTOR HUGO „DER LETZTE TAG EINES VERURTEILTEN“

1829 veröffentlicht Victor Hugo die Schrift „Der letzte Tag eines Verurteilten“. Sie besteht aus einer Einleitung, die Hugo erst am 15. März 1832 hinzufügt und der Ich-Erzählung des zum Tode Verurteilten.

Über seinen Namen und die Tat erfährt der Leser nichts. Seit mehr als fünf Wochen sitzt er ein in Bicêtre – einem Gefängnis in der Nähe von Paris. Das Zeitgefühl hat er verloren. In der sechsten Woche soll die Hinrichtung erfolgen. So sehen es die Regeln vor. Dramatisch die eindrucksvolle, fesselnde Schilderung, die Gedanken des Verurteilten: die immer wiederkehrenden Hoffnungen auf Umkehr, auf Begnadigung; die Träume und Erinnerungen, die ihn in der Zelle ständig befallen.

In der 1832 verfassten Einleitung schreibt Victor Hugo: „Der letzte Tag eines Verurteilten‘ ist nichts anderes als eine Schrift gegen die Todesstrafe ... Ich kenne kein ehrenvolleres, kein edleres Ziel als dieses, die Abschaffung der Todesstrafe.“ Er bedauert zutiefst, dass die Julirevolution 1830 die Abschaffung der Guillotine nicht durchsetzen konnte. „Der soziale Bau der Vergangenheit ruhte auf drei Säulen: dem Priester, dem König, dem Henker. Schon vor langer Zeit rief eine Stimme: Die Götter gehen davon! Kürzlich rief es: Die Könige gehen davon! Es ist an der Zeit, dass eine dritte Stimme sich erhebt und spricht: Der Henker geht davon!“ Fast eineinhalb Jahrhunderte Auseinandersetzungen mussten noch vergehen bevor die Todesstrafe in Frankreich abgeschafft wurde.

MATTHIAS PAYKOWSKI

konnte aber gegen die Mehrheiten der Gaullisten und konservativen Parteien nicht durchgesetzt werden. Einflussreich war die Schrift „Die Guillotine“ von Albert Camus, in der er die Todesstrafe kritisiert:

„Die Vergeltung gehört in den Bereich der Natur und des Triebs, nicht in den des Gesetzes. Das Gesetz kann seinem Wesen nach nicht den gleichen Regeln gehorchen wie die Natur. Wenn der Mord in der Natur des Menschen liegt, ist das Gesetz nicht dazu da, diese Natur nachzuahmen. Es ist dazu da, sie zu bessern. Die Vergeltung aber beschränkt sich darauf, eine bloße Regung der Natur zu bestätigen und ihr Rechtskraft zu verleihen.“

Nachdem der Anwalt Robert Badinter 1972 miterleben musste, wie sein Mandant Bonnets hingerichtet wurde, obwohl er die ihm und seinem Komplizen zur Last gelegten Morde nicht begangen hatte, wurde er zum entschiedenen Streiter gegen die Todes-



Robert Badinter bei einer Parlamentsrede.

strafe. In einem aufsehenerregenden Prozess gelang es ihm 1977, die Geschworenen davon zu überzeugen, den überführten Kindesmörder Patrick Henry nicht der Guillotine zu überantworten. Nachdem er

weitere Angeklagte vor der Todesstrafe bewahrt hatte, sah er sich wachsenden Anfeindungen, auch antisemitischer Art ausgesetzt. (Sein Vater war während der Besatzungszeit deportiert und 1944 im KZ Sobibor ermordet worden, der Rest der Familie konnte sich retten.) Erst 1981, nach der Wahl Mitterands konnte er als Justizminister der sozialistischen Regierung Mauroys die „Abolition“ endgültig durchsetzen. Frankreich war zu diesem Zeitpunkt nach dem Ende des Franco-Regimes das letzte westeuropäische Land gewesen, in dem die Todesstrafe noch existierte. 2002 unterzeichnete Frankreich das Protokoll Nr. 13 der Europäischen Menschenrechtskonvention bezüglich der bedingungslosen Abschaffung der Todesstrafe. 2005 wurde das Verbot der Todesstrafe in die französische Verfassung aufgenommen.

ULLI JÄCKEL

## KONVENTION ZUM SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE UND GRUNDFREIHEITEN.

### EUROPÄISCHE MENSCHENRECHTSKONVENTION

Am 4. November 1950 beschloss der Europarat mit ausdrücklichem Bezug zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verkündet worden ist, die *Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten*. (Europäische Menschenrechtskonvention). Artikel 2 formuliert das Recht auf Leben, und ab 2002 mit entsprechenden Anpassungen explizit die Abschaffung der Todesstrafe.

„Die Erzählung von der Abschaffung der Todesstrafe funktioniert als Narrativ von der schmerzhaften Wiedergeburt Europas, das seine moralische Führungsrolle zurückerlangt habe und den so leidvoll erworbenen Erkenntnisgewinn niemals aufgeben dürfe,“ führt Armin Heinen in einer Untersuchung aus. „Ihre eigentliche Bedeutung erhielt die Vereinbarung 1989 mit dem Umbruch im Osten Europas. Kein

anderer gesetzgeberischer Akt vermochte die neue Zeit und den Vorrang des Einzelnen gegenüber staatlicher Willkür in ähnlicher Weise auszudrücken wie der Verzicht auf die Todesstrafe.“ „Nach außen symbolisierte der Verzicht auf die Todesstrafe jedenfalls den Bruch mit der totalitären Vergangenheit, die begrenzte Macht des Staates, akzeptierte nun das Rechtssystem die Fehlbarkeit des Menschen, sowohl des Verbrechers wie der Gerichte, und stand das Verbot der Kapitalstrafe für den Willen, Europa zugehören zu wollen.“

EVA DETSCHER

Quelle: Armin Heinen: *Das „neue Europa“ und das „alte Amerika“*. Die Geschichte der Todesstrafe in Deutschland, Frankreich und den USA und die Erfindung der zivilisatorischen Tradition Europas. In: Themenportal Europäische Geschichte [2006], URL: <http://www.europa.clio-online.de/essay/id/artikel-3313>



#### Aus dem Protokoll Nr. 13 über die vollständige Abschaffung der Todesstrafe (2002):

„Die Mitgliedstaaten des Europarats, die dieses Protokoll unterzeichnen (...) haben Folgendes vereinbart:

##### Artikel 1 – Abschaffung der Todesstrafe.

Die Todesstrafe ist abgeschafft. Niemand darf zu dieser Strafe verurteilt oder hingerichtet werden.

##### Artikel 2 – Verbot des Abweichens.

Von diesem Protokoll darf nicht nach Artikel 15 der Konvention abgewichen werden.

##### Artikel 3 – Verbot von Vorbehalten.

Vorbehalte nach Artikel 57 der Konvention zu diesem Protokoll sind nicht zulässig.“

[www.menschenrechtskonvention.eu/protokoll-nr-13-ueber-die-vollstaendige-abschaffung-der-todesstrafe-9281/](http://www.menschenrechtskonvention.eu/protokoll-nr-13-ueber-die-vollstaendige-abschaffung-der-todesstrafe-9281/)

## GEBURTSTUNDE DER MODERNEN GENOSSENSCHAFTSBEWEGUNG

In Deutschland werden 1847 sowohl die Raiffeisenkassen zur Unterstützung der ländlichen Bevölkerung gegründet als auch die liberalen Schulze-Delitzschen Selbsthilfegenossenschaften (1847 die erste „Rohstoffassoziation“ der Tischler und Schumacher), die auf Selbsthilfe und Selbstverwaltung in Produktionsbetrieben zielten. Parallel bilden sich Konsumgenossenschaften, die teils bis heute bestehen. Die Bewegung wird von der sich bildenden sozialistischen Arbeiterbewegung teils euphorisch aufgenommen, teils sehr kritisch gesehen. Genossenschaften spielen, angesiedelt zwischen privater und staatlicher Initiative, auch heute noch und teilweise wieder eine wichtige Rolle im Wirtschaftsleben.

## VERSAMMLUNGSFREIHEIT

Nach der Märzrevolution in Deutschland 1848 verkündet die Frankfurter Nationalversammlung in der Deklaration der Grundrechte des deutschen Volkes: „Die Deutschen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln; einer besonderen Erlaubnis bedarf es nicht. Volksversammlungen unter freiem Himmel können bei dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit verboten werden.“ 1849 wurde das zwar wieder beseitigt, aber es war in der Welt.



Ferdinand Lassalle  
(1825-1864)

## GRÜNDUNG ADAV

Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein wurde am 23. Mai 1863 in Leipzig maßgeblich von Ferdinand Lassalle mitgegründet. Es war die erste Massenorganisation der Arbeiterbewegung.

## BUCHDRUCKER-TARIFVERTRAG ABGESCHLOSSEN

1873 kam es zu dieser ersten reichsweiten Tarifvereinbarung. Bis 1913 kam es zu 10.885 Tarifverträge für knapp 1,4 Millionen Arbeitnehmer.

## GOthaER VEREINIGUNGSPARTEITAG (GRÜNDUNG SAP)

Auf dem Gothaer Vereinigungsparteitag im Mai 1875 vereinigten sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) und der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) zur Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP).

1847



Aufbahrung der Märzgefallenen, Ölbild von Adolph Menzel, 1848

1848

## MÄRZREVOLUTIONEN IN DEN DEUTSCHEN LÄNDERN

Zwischen März 1848 und Juli 1849 gab es im Deutschen Bund Erhebungen gegen die adligen Herrschaftshäuser. Die Aufstände waren Teil der liberalen, bürgerlich-demokratischen und nationalen Einheits- und Unabhängigkeitserhebungen in weiten Teilen Mitteleuropas. Die Forderungen waren u.a. Pressefreiheit, Menschen- und Bürgerrechte, sowie ein deutscher Nationalstaat mit einer Verfassung und einem Nationalparlament. Die Revolution wurde im Juli 1848 von preußischen und österreichischen Truppen militärisch niedergeschlagen.

1848

1849

## ERSTMALIGE DURCHSETZUNG DER PRESSEFREIHEIT

1774 taucht der Begriff „Pressefreiheit“ als Empörung gegen britische Pressepraxis auf. Erstmals wird mit der Deutschen Bundesakte vom 8. Juni 1815, einem völkerrechtlicher Vertrag über die Gründung des Deutschen Bundes, die Pressefreiheit garantiert. 1819 wurde mit den Karlsbader Beschlüssen Zensur wieder eingeführt. In der Revolution von 1848/49 in Deutschland wird dann erneut vehement die Freiheit der Presse eingefordert und die Zensur vorerst nicht wieder eingeführt. 1854 wurde das erste Bundesgesetz zur Pressefreiheit – mit Einschränkungen – erlassen. Das Reichspressegesetz von 1874 garantierte in Deutschland erstmals einheitlich die Pressefreiheit.

1863

1869

## GRÜNDUNG SDAP

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei wurde am 8. August 1869 auf Initiative von August Bebel und Wilhelm Liebknecht in Eisenach gegründet.

1873

1875



August Bebel  
(1840-1913)

**MÜNCHEN STARTET „FACHLICHE OBLIGATORISCHE FORTBILDUNGSSCHULEN“**

Das Gemeinde-Kollegium der bayerischen Landeshauptstadt München beschloss einstimmig, „die bisherige allgemeine obligatorische durch die fachliche obligatorische Fortbildungsschule zu ersetzen“. Dies kann als Beginn der beruflichen Ausbildung mit Schwerpunkt des Erlernens praktischer Fähigkeiten begriffen werden.

**AKTIVES UND PASSIVES WAHLRECHT FÜR FRAUEN IN DEUTSCHLAND**

Nach langem Kampf der sozialdemokratischen sowie der bürgerlichen Frauenbewegung, konnten Frauen zur Wahl der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 zum ersten Mal in Deutschland reichsweit wählen und gewählt werden. 300 Frauen kandidierten. 37 Frauen von insgesamt 423 Abgeordneten wurden gewählt, die meisten von der SPD.

SPD-Wahlplakat, 1919



**SELBSTBEFREIUNG DES KONZENTRATIONSLAGERS BUCHENWALD**

Kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges waren immer noch rund 40.000 Menschen in Buchenwald bei Weimar, einem der größten Konzentrationslager der Nazis, inhaftiert. Mit dem Wissen, dass die amerikanischen Truppen im Anmarsch waren, konnte das illegale Internationale Lagerkomitee die von der SS geplante Evakuierung sabotieren und einen bewaffneten Aufstand durchführen, die Wachtürme zu besetzen und Wachleute gefangen nehmen. Als die amerikanischen Truppen eintrafen, war das Lager befreit.

**TAG DER BEFREIUNG VOM FASCHISMUS (IN ANDEREN EUROPÄISCHEN LÄNDERN ALS VICTORY DAY BEZEICHNET)**

Am 8. Mai 1945 kapitulierte die deutsche Wehrmacht. Zweiter Weltkrieg und Naziherrschaft mit mehr als 55 Millionen Ermordeten durch Naziterror, Holocaust und Vernichtungskrieg waren zu Ende.

**VERABSCHIEDUNG DES TARIFVERTRAGSGESETZES**

Das Tarifvertragsgesetz regelt die Tarifautonomie und stärkt die Rolle der Gewerkschaften in der Gesellschaft und in den Betrieben.

1900

1918

**RÄTEBEWEGUNG IN BAYERN**

Im kaiserlichen Deutschland waren demokratische Ideen und Ziele Sache der Opposition und wurden erst mit dem Untergang des Reichs bestimmend, der zudem plötzlich kam und schnelle politische Antworten erforderte. Es kam zu parlamentarischen Wahlen – Koalitionsfreiheit und Rechte der Frauen waren gesichert.

1919

1920

**ERSTES BETRIEBSRÄTEGESETZ IN DEUTSCHLAND**

Nach der Novemberrevolution 1918 und den Niederlagen der Bewegung für Arbeiter- und Soldatenräte entwickelte sich im Frühjahr 1919 eine Streikbewegung an der Ruhr und in Mitteldeutschland, der die Regierung zur Vorlage des Entwurfs eines Betriebsrätegesetzes veranlasste: Betriebe ab einer Größe von zwanzig Beschäftigten mussten Betriebsräte wählen lassen, Die Beteiligungsrechte blieben noch auf soziale Fragen beschränkt.

1920

**KAPP-LÜTTWITZ-PUTSCH UND RUHRAUFSTAND**

Der Putsch unter General von Lüttwitz und dem ostpreussischen Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp sollte die demokratischen Errungenschaften der Weimarer Republik beseitigen. Die Arbeiter antworteten mit einem Generalstreik. Im Ruhrgebiet bildete sich u.a. eine 50.000 Mann starke Rote Ruhrarmee und „Vollzugsräte“, die in Teilen des Ruhrgebiets die Macht übernahmen. Im April wurde der Aufstand durch die Reichswehr niedergeschlagen, es kam zu Massenerschießungen.

1945



Bewaffnete der Roten Ruhrarmee in Dortmund, 1920

1945

1945

**NÜRNBERGER PROZESSE – ERÖFFNUNG DES HAUPTVERFAHRENS**

Erstmalig in der Weltgeschichte werden führende Repräsentanten eines Staates, die sich persönlich schuldig gemacht haben, vor ein Gericht gestellt: Den ersten von dreizehn Prozessen führten die vier alliierten Siegermächte gemeinsam durch, später die USA allein. 209 Personen aus Militär, Verwaltung, Politik und Wirtschaft wurden angeklagt und verurteilt. Die Prozesse vor dem Vier-Mächte-Tribunal gelten als maßgeblich für die Entwicklung des modernen Völkerstrafrechts und für die Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag.

1949

## GRUNDGESETZ DER BUNDESREPUBLIK

In den drei westlichen Besatzungszonen beriet der Parlamentarische Rat in Bonn neun Monate lang über eine Art Verfassung für dieses neue deutsche Staatsgebilde: das Grundgesetz, das am 8.5. 1949 verabschiedet wurde, zieht Lehren aus dem deutschen Faschismus, stärkt die Rolle des Parlaments gegenüber dem Präsidenten und führt föderalistische und rechtsstaatliche Strukturen ein. Im Mittelpunkt stehen die Würde des Menschen und individuelle Freiheits- und Grundrechte.

## ANERKENNUNG DER DÄNEN ALS MINDERHEIT

Nach Ende des 2. Weltkrieges schafften die „Kieler Erklärung von 1949“ des Schleswig-Holsteinischen Landtages und die „Bonn-Kopenhagener Erklärungen“ von 1955 die Grundlagen für eine kontinuierliche Verbesserung des deutsch-dänischen Verhältnisses. Sie beinhalten das Prinzip der „Bekennnisfreiheit“, also das Recht, sich zu einer nationalen Minderheit zu bekennen, ohne dass dies von Amts wegen nachgeprüft werden darf.

## ERSTER OSTERMARSCH

In der BRD fand der erste Ostermarsch 1960 statt, der sich damit einer internationalen Bewegung anschloss. Höhepunkte waren die Sechziger und die Achtziger Jahre, als Hunderttausende sich an den Märschen beteiligten.



Ostermarsch in Hamburg, 1960

## HOMOSEXUALITÄT WIRD STRAFFREI

Der Paragraph 175 des bundesdeutschen Strafgesetzbuches stellte schwule Liebe unter Strafe, Gefängnis und Aberkennung der Bürgerrechte (Wahlrecht) drohten. Im Zeitraum von 1950 bis 1965 wurden in der Bundesrepublik etwa 45 000 Personen nach Paragraph 175 verurteilt. Auch mit Hilfe der internationalen Bewegung kam es 1994 zur Streichung dieses Paragrafen.

1949



Hans Böckler war erster Vorsitzender der 1949 gegründeten Einheitsgewerkschaft (DGB) und wirkte intensiv für eine gesetzliche Verankerung der Arbeitnehmerbeteiligung in den Betrieben.

1955

1956

## LOHNFORTZAHLUNG BEI KRANKHEIT

18 000 Metallarbeiter in 15 schleswig-holsteinischen Betrieben treten in den Streik – in den gewerkschaftlich gut organisierten Werften und Maschinenfabriken. Während Angestellte schon seit 1861 im Krankheitsfall Anspruch auf Fortzahlung des Gehaltes haben, müssen die Metallarbeiter 114 Tage streiken, um tariflich die Gleichstellung mit den Angestellten zu erreichen. 1957 verabschiedet der Bundestag das „Gesetz zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfall“. Aber erst mit dem „Gesetz über die Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfall“ wird 1970 die 6-wöchige Lohnfortzahlung und die vollständige Gleichstellung mit den angestellten Beschäftigten erreicht.

1960



Kampagnen-Plakat von 1956

1990

## ANERKENNUNG DER SORBEN ALS MINDERHEIT

Mit dem Einigungsvertrag zwischen DDR und Bundesrepublik wurden die Sorben 1990 als Minderheit anerkannt. Die Sorben sind ein slawisches Volk, das in der Lausitz lebt. Zwar wurden die Sorben unter dem Regime der Nationalsozialisten nicht gezielt verfolgt, aber es wurde doch eine klare Assimilierungspolitik durchgesetzt, im Zuge derer jeglicher sorbischer Sprachgebrauch und die Ausübung sorbischer Kultur untersagt und sorbische Vereine und Organisationen verboten wurden.

1994

2000

## ABSCHAFFUNG DER PRÜGELSTRAFE – RECHT AUF GEWALTFREIE ERZIEHUNG

Das „Züchtigungsrecht“ des Ehemannes gegenüber seiner Frau wurde in Deutschland bereits 1928 abgeschafft, aber nicht das Züchtigungsrecht gegenüber Kindern. In der DDR 1949 und in der BRD 1973 wurde das „Züchtigungsrecht“ der Eltern gegenüber ihren Kindern sowie Körperstrafen an den Schulen abgeschafft, aber erst 2000 (BRD) gesetzlich verboten und Kindern das ausdrückliche „Recht auf gewaltfreie Erziehung“ zugesprochen. Zitat: „Körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind unzulässig.“



Zug zum Hambacher Fest. Die Flaggen zeigen die damals so gewählten deutschen Landesfarben Gold-Rot-Schwarz.



# VERSAMMLUNGSFREIHEIT? WICHTIG!

**1848 gefordert – 1849 versagt:  
Die Deutschen haben das Recht,  
sich friedlich und ohne Waffen zu  
versammeln; einer besonderen  
Erlaubnis bedarf es nicht.**

Von der Bedeutung her sind moderne Verfassungen grundlegende Gesetzestexte, auf denen das Rechtssystem eines Staates aufbaut. Ideengeschichtlich entstanden diese Verfassungen in vordemokratischen Zeiten als Schutzanspruch gegenüber den Herrschenden, die über dem Gesetz standen. Eine solche Möglichkeit zur Willkür konnte nur durch ein Gesetz begrenzt werden, an das auch die Herrschenden gebunden wurden.

Damit es soweit kommen konnte, mussten die Untertanen gegen Gesetze verstoßen. Das Freiheitsrecht sich versammeln zu dürfen, wurde von den Herrschenden schließlich nicht immer eingeräumt. Um politische Meinungsbildung und bürgerchaftliche Selbstartikulation zu betreiben, traf man sich gezwungenermaßen im Geheimen und Illegalen.

Es war eine Zeit, in der große Bevölkerungsteile nach politischen und gesellschaftlichen Veränderungen strebten. Da sie keine politische Teilhabe ausüben konn-

ten, insbesondere die Machtlosen, dienten Versammlungen dazu, Auffassungen im kollektiven Zusammenwirken Ausdruck zu verleihen. Sie waren Motoren der Veränderung und damit aus Sicht der Herrschenden auch bedrohlich.

Europaweit fand die Verbreitung des Verfassungsgedankens und der Demokratie, der Kampf um Grundrechte, zur Zeit der Aufklärung mit der Französischen Revolution von 1789 und der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte ihren Ausgang. So brachten die französischen Revolutionstruppen nicht nur politische Ideen, sondern auch Symbole, z.B. Freiheitsbäume zu pflanzen, 1792 nach Deutschland mit.

1848

Wie auch in anderen Gesellschaftsordnungen gab es Möglichkeiten zu selbst organisierten Versammlungen in Deutschland lange vor dem politischen Kampf um die Versammlungsfreiheit und deren rechtlicher Anerkennung. Schon im mittelalterlichen Recht gab es Korporationen zur Selbst-Herrschaft und Selbstversammlung. Eine davon abgeleitete allgemeine Versammlungsfreiheit existierte jedoch nicht. Gab es dies dennoch, reagierten die Herrschenden mit Verboten von Zusammenschlüssen und Vereinigungen. Mit der Reichsexekutionsordnung von 1555 wird die Behandlung solcher Angelegenheiten, wie

---

## DAS HAMBACHER FEST

**Gewissermaßen ein Kristallisationspunkt des Kampfes um den öffentlichen Raum, besser gesagt seiner Neubesetzung in einer dynamischen gesellschaftlichen Umbruchsituation war das Hambacher Fest, auf dem die neuen Gesellschaftsklassen den öffentlichen Raum und symbolträchtige Plätze besetzten.**

**Freiheitsrechte, Nationalstaatsbildung und die Vorstellung eines geeinigten Europa waren tragende Ideen und Ziele der Zeit, aber auch die beginnende geistige und soziale Ausdifferenzierung der bürgerlichen Gesellschaften verlangten nach Ausdrucksformen und neuen Praktiken, die nur durch individuelle Rechte, eben bürgerliche Freiheiten, gesichert werden konnten.**

**20 000 bis 30 000 Männer und Frauen aus allen deutschen Landen und aus anderen Ländern kamen nach Neustadt, um das Fest am 27. Mai 1832 zu feiern.**

ROLF GEHRING



J. W. von Goethe (1792): Freiheitsbaum mit Jakobinermütze in der Mosellandschaft.

## DIE TRADITION DES FREIHEITSBAUMS ALS LEBENDES SYMBOL FÜR INDIVIDUELLE FREIHEIT UND GEGEN TYRANNEI ...

... geht auf eine Bostoner Ulme zurück, die ein Versammlungspunkt für den wachsenden Widerstand gegen die englische Herrschaft kurz vor der amerikanischen Revolution war. Die Tradition kam in Folge auch nach Europa und wurde als Zeichen des Protests und Bekenntnis zu den Idealen der Revolution von der Obrigkeit bestraft. Sie war gewissermaßen das Symbol der Besetzung des (nun) öffentlichen Raumes, das Sichtbarwerden sozialer Gruppe, die öffentliche Präsentation von sozialen Interessen.

THOMAS BIRG

heute noch üblich, in die Hände der zuständigen regionalen Polizeibehörden gegeben.

Außerhalb geschlossener Verbände erhalten Versammlungen im 18. und 19. Jahrhundert als Zusammenkunft zur Diskussion öffentlicher Angelegenheiten zunehmende Bedeutung. Es geht einher mit dem Streben nach gesellschaftlichen Veränderungen und politischer Emanzipation vor dem Hintergrund der Ablösung mittelalterlich geprägter Sozialverbände und den immer stärker zu Tage tretenden sozialen Konflikten.

Die noch weitgehend absolutistisch geprägte Obrigkeit versucht sich dem mit Hilfe des Polizeirechts, als Mittel obrigkeitlicher Gegenwehr, zu widersetzen: „Allem Zusammenlaufe des Volks an ungewöhnlichen Zeiten und Orten, besonders aber nächtlichen Schwärmereyen, und Beunruhigungen der Einwohner eines Orts, soll von der Obrigkeit durch ernstliche Mittel gesteuert werden.“

Auch die Demagogenverfolgung im späteren Deutschen Bund diente der Unterdrückung von Freiheitsbestrebungen. Die Karlsbader Beschlüsse von 1819 zementierten die Überwachung und Bekämpfung nationaler und liberaler Tendenzen und waren Ausdruck der Revolutionsangst an manchen deutschen Fürstenhöfen.

So erklärt sich auch die Reaktion der bayerischen Regierung, die 1832 die erste politische Großveranstaltung der deutschen Demokratiegeschichte verbieten wollte.

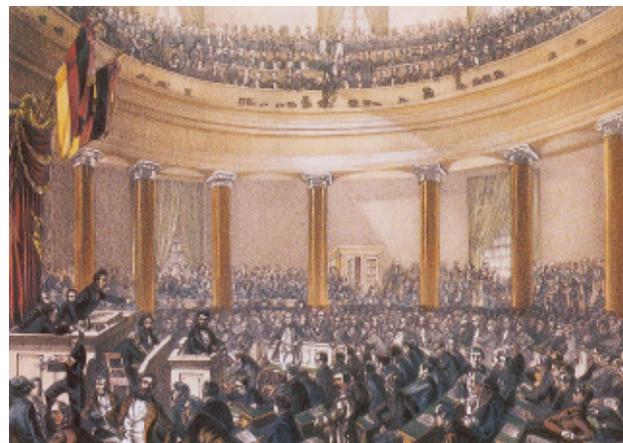
Die Einladung zum Hambacher Fest besaß nach Auffassung der Obrigkeit, einen auf-rührerischen Charakter. Ein großer Protest-sturm zwang die Regierung zur Rücknahme des Verbots.

In Süddeutschland und in einigen mittel-deutschen Staaten werden in Folge erste Verfassungen erlassen, die zugleich im Bürger ein Engagement für den neuen Staat wecken sollen. Einzelne Konstitutio-nen enthalten auch Grundrechte, wie die Verfassung Badens von 1833. Doch insge-samt agierte die Obrigkeit zu langsam und unterdrückend. Der gewaltsame Umsturz und die Befreiung aus der Unterdrückung brach sich in ganz Europa in Revolutionen Bahn.

Nach der Märzrevolution in Deutschland 1848 verkündet die Frankfurter National-versammlung in der Deklaration der Grundrechte des deutschen Volkes:

**„Die Deutschen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln; einer besonderen Erlaubnis bedarf es nicht. Volksversammlungen unter freiem Himmel können bei dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit verboten werden.“**

1849 scheiterte die Märzrevolution, und die Annahme des Entwurfs für die Verfassung des deutschen Reichs wurde vom preußischen König und anderen Fürsten abge-lehnt, die politischen Auseinandersetzung



**DIE FRANKFURTER NATIONALVERSAMMLUNG** in der Paulskirche stritt um eine künftige Verfassung für Deutschland, war aber auch eine politische Auseinandersetzung der verschiedenen sich bildenden politischen Strömungen über die Ausgestaltung demokratischer Strukturen. Die ausgearbeitete Verfassung wurde, von den Landesfürsten torpediert, nicht umgesetzt.

und die praktische Ausübung des Versammlungsrechts blieben auf der Tagesordnung. Erst mit der Weimarer Verfassung von 1919 wurde für Deutschland ein Gesetz umgesetzt, welches einen Grundrechtekatalog enthielt. Mit der Übertragung der Macht auf die Nationalsozialisten und der Reichstagsbrandverordnung von 1933 wurde dieser wieder außer Kraft gesetzt.

Erst durch die Befreiung vom Nationalsozialismus am 8. Mai 1945 wurde der Weg für den Schutz der Beherrschten wieder möglich. Am 23. Mai 1949 erließ der Parlamentarische Rat das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) für die drei westlichen Besatzungszonen und zementierte damit eine Spaltung, die nach 40 Jahren von sich versammelnden Menschen beendet wurde.

Mit dem als Brokdorf-Beschluss bekannt gewordenen Urteil von 1985 bekräftigt das Bundesverfassungsgericht den Stellenwert dieses Freiheitsrechts. Es erkennt die Verzerrungen des demokratischen Willensbildungsprozesses vor dem Hintergrund sozialökonomischer Bedingungen an. Die Bürger sind an der Willensbildung in unterschiedlichem Maß beteiligt. Der ohnmächtige Staatsbürger sieht sich mit einer Übermacht aus großen Verbänden, finanzstarken Geldgebern oder Massenmedien konfrontiert. Neben der organisierten Mitwirkung in Parteien und Verbänden bleibt ihm nur noch die kollektive Einflussnahme durch Nutzung der Versammlungsfreiheit für Demonstrationen.

Mit dieser Begründung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit als unentbehrliches Funktionselement eines demokratischen Gemeinwesens gab das Gericht dem Gesetzgeber vor, dieses Freiheitsrecht beim Erlass grundrechtsbeschränkender Vorschriften zu beachten. Die Vorgabe bezog sich auch auf die Auslegung und Anwendung durch Behörden und Gerichte und schrieb eine „versammlungsfreundliche“ Orientierung vor.

Es lohnt gerade heute wieder daran zu erinnern. Die Auseinandersetzungen um die Waage zwischen Schutz- und Abwehrrecht des Rechtsträgers und der Schutzpflicht des Hoheitsträgers gehen weiter.

THOMAS BIRG

## ROBERT BLUM

Robert Blum wird am 10. November 1807 in Köln geboren. Aus ärmlichen Verhältnissen stammend, aber hochbegabt bildet er sich z.T. autodidaktisch weiter. Nach dem er vom Gymnasium abgehen muss, ergreift er verschiedene Gelegenheitsberufe.

Als Gelbgießer auf der Walz und für die Laternenfabrik Schmitz tätig, siedelt er schließlich nach Berlin über. Er besucht als Nichtstudent Vorlesungen bis zur Einberufung durch das Militär. Wegen angeborener Sehschwäche schnell wieder entlassen, verliert er auch seine Anstellung aufgrund der Wirtschaftslage und zieht zurück nach Köln.

1832 zieht er als Theatersekretär nach Leipzig und wird journalistisch und verlegerisch tätig. Im Vormärz wird er in liberal-demokratischen Vereinigungen politisch aktiv und veröffentlicht Anfang der 40er Jahre die oppositionellen „Sächsischen Vaterlandsblätter“. Nach dem Verbot der Zeitung gibt er die „Constitutionelle Staatsbürgerzeitung“ heraus.

Er kritisiert öffentlich die Kleinstaaten und behördliche Unterdrückungsmaßnahmen. Anfangs noch Anhänger des Liberalismus, entwickelt er sich zum Republikaner und Demokraten und wird 1845 zum Mitbegründer der deutsch-katholischen Bewegung.

1848 als Mitglied des Frankfurter Vorparlaments und der Deutschen Nationalversammlung wird er zum herausragenden Sprecher der linken Abgeordneten und Führer der demokratischen Fraktion im „Deutschen Hof“.

Sein politisches Wirken (Ablehnung der konstitutionellen Monarchie; Emanzipation der Arbeiterklasse durch Bildung und Beteiligung an politischen Entscheidungen; gegen die Vormachtstellung von Nationen und für ein in allen Teilen freies Europa) führt zu Angriffen von liberalen und konservativen Kräften, als Gegner der Gewalt sucht Blum aber immer den politischen Kompromiss.



Robert Blum, Gemälde von August Hunger (zwischen 1845 und 1848)

*„Es hätte nie ein Christentum und nie eine Reformation und keine Staatsrevolution und überhaupt nichts Gutes und Großes gegeben, wenn jeder stets gedacht hätte: Du änderst doch nichts!“*

Brief an seine Schwester, 1844

Die Wiener Revolution am 6. Oktober führt Blum als Leiter einer Delegation vor Ort, und er nimmt an der Verteidigung Wiens teil. Nach dem Sieg der kaiserlichen Truppen verhaftet, wird er trotz bestehender Immunität am 8. November zum Tode verurteilt. Das Urteil wird am nächsten Tag vollstreckt.

*„Der Gedanke der Befreiung und Erlösung der Völker [...] Das Ziel der Verbrüderung des freigewordenen oder freiwerdenden Westens, das ist es, dem ich meine Stimme leihe. Mit der Erreichung dieses Ziels ist die Freiheit und der Friede in Europa gesichert, mit der Erreichung dieses Zieles ist die größte und intelligenteste Abteilung der europäischen Staatenfamilie in einer unbesiegbaren Vereinigung zusammen [...]“*

22. Juli. 1848, Frankfurter Paulskirche

THOMAS BIRG

## ARBEITERGESELLSCHAFT

Erste schriftliche Dokumente über den Unterstützungsverein für Steinmetze in Pest, einer der ältesten Arbeitergesellschaften in Ungarn.

## ERSTE KOLLEKTIVVEREINBARUNG IN UNGARN

Die „Preisbildungsregel“ für Drucker, ausgehandelt zwischen den Eigentümern und der Regierung, kann als erste Kollektivvereinbarung bezeichnet werden.

## ÖSTERREICH-UNGARISCHER AUSGLEICH

Die Epoche des Dualismus beginnt mit einer umfassenden Industrialisierung des Landes. Die Zahl der Industriearbeiter beträgt im Jahre 1873 ca. 560.000, im Jahre 1900 waren es 700.000.

Die maximale tägliche Arbeitszeit sind 16 Stunden, der durchschnittliche Arbeitstag zählt 12 Stunden, und auch an Sonntagen wird oft gearbeitet. Die Arbeiter müssen unter elenden Wohnbedingungen leben.

## ABSCHAFFUNG DER ZÜNFTLE

## MSZDP-KONGRESS

Erster Kongress der MSZDP (Sozialdemokratische Partei Ungarns). Die Partei ist äußerst eng mit der Gewerkschaftsbewegung verbunden. Fast alle Parlamentsmitglieder sind Gewerkschaftsführer.

## GRÜNDUNG DER BAUARBEITERGEWERKSCHAFT

Gründung der MÉMOSZ (Nationaler Verband der ungarischen Bauarbeiter), Vorläufer von ÉFÉDOSZSZ.

## GRÜNDUNG DES ERSTEN UNGARISCHEN ARBEITERINNENVEREINS

Ein Abonnement der neu herausgegebenen Zeitschrift für Arbeiterinnen begründet die Mitgliedschaft.

1818

1848-

1849

1848

1862

1867

1868

1869

1872

1874

1890

1899

1903

1903

1904

## REVOLUTION UND UNABHÄNGIGKEITSKRIEG

Nach dem Aufstand in Ungarn wird die erste konstitutionell-demokratische Verfassung erlassen. Im Zuge der Staatsreformen wird das individuelle relative Mehrheitswahlrecht mit einem Wahlgang eingeführt, wobei aber nur ungarische Männer über 20 Jahre stimmberechtigt sind, die über ein bestimmtes Vermögen verfügen (ca. 6% der Bevölkerung). Die Revolution wird von den Habsburgern mit Hilfe zaristischer Truppen niedergeschlagen und die Monarchie wiederhergestellt.

## ENTSTEHUNG DER GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

Gründung der ersten ungarischen Gewerkschaft der Drucker.

## ARBEITNEHMERVEREINIGUNG

Gründung der Allgemeinen Arbeitervereinigung, der ersten sozialdemokratischen Organisation für ungarische Arbeiter.

## ERSTE ARBEITERZEITUNG

*Typographia*, die erste Gewerkschaftszeitung der Druckergewerkschaft, wird publiziert. Sie erscheint bis zum heutigen Tag.

## WAHLRECHT

Änderung des Wahlsystems, Einführung eines Steuerzensus und offener Wahlen. Dieses System bleibt bis 1938 bestehen.

## ERSTER LANDESWEITER GEWERKSCHAFTSKONGRESS



Industriebetrieb in den frühen 1900er Jahren.

## STREIKS WERDEN LEGAL

## UNIVERSELLES WAHLRECHT

„Blutiger Donnerstag“ – Massendemonstration für das allgemeine Wahlrecht und bessere Lebensbedingungen.

## ÖSTERREICH-UNGARN STELLT SERBIEN EIN ULTIMATUM, BEGINN DES ERSTEN WELTKRIEGES

## ASTERRENOLEKATION

Revolte von Soldaten und Bürgern, die die sofortige Beendigung des Krieges fordern. Der Aufstand beginnt mit Demonstrationen auf den Straßen, Märschen und Streiks in Budapest und in den Großstädten.

Die siegreiche Revolution führte dazu, dass sich Ungarn von der Österreich-Ungarischen Monarchie löst und eine Republik wird.

## SOZIALISTISCHE REPUBLIK

Aufgrund von Gebietsforderungen der Entente tritt die Zivilregierung zurück. Die Kommunisten ergreifen die Macht und errichten eine 133 Tage währende Sowjetrepublik des „roten Terrors“, umfassende Sozialreformen, militärische Intervention ausländischer Truppen.

## KONTERREVOLUTION

Miklós Horthy besetzt Budapest, die Konterrevolution gewinnt. Der „weiße Terror“ beginnt, gekennzeichnet durch Vergeltungsaktionen gegen Sozialisten, Gewerkschaften und Liberale. Ungarn ist ein Königreich ohne König, Horthy wird als Reichsverweser eingesetzt.

## VERTRAG VON TRIANON

Ungarns Territorium schrumpft von 288.000 km<sup>2</sup> auf 93.000 km<sup>2</sup>, die Bevölkerung von 18,2 auf 7,6 Millionen. Der Vertrag hat langfristige Auswirkungen auf die Innen- und Außenpolitik des Landes.

## BERGARBEITERSTREIK

Die Bergarbeiter streiken neun Wochen lang für einen Achtstunden-Arbeitstag.

## GROSSDEMONSTRATION

Zusammenstöße mit der Polizei, ein demonstrierender Bauarbeiter erleidet tödliche Verletzungen.



Demonstration und Aufstand am 1. September 1930

1912

1914

1918

1919

1919

1919

1920

1920

1921

1925

1930

1937



Die Tageszeitung Népszava war das Organ der Sozialdemokratischen Partei. Diese Ausgabe würdigt das Ausrufen der Republik in 1918.

## GEWERKSCHAFTSREGIERUNG

Eine kurzlebige sozialdemokratische Regierung versucht, die Republik zu konsolidieren, wird aber von der Konterrevolution abgesetzt.

## FRAUENWAHLRECHT

Zum ersten Mal nehmen Frauen an Parlamentswahlen teil.

## GEWERKSCHAFTEN WERDEN ALS GESELLSCHAFTLICHE KRAFT ANERKANNT

Bethlen-Peyer-Pakt zwischen Regierung und Gewerkschaften. Die MSZDP darf keine Beamten und Bahn- und Postarbeiter organisieren, keine großen Streiks durchführen und muss von republikanischer Propaganda gegen die Regierung Abstand nehmen. Auf dieser Grundlage wird die Partei legalisiert, und die Gewerkschaften können erneut mit ihrer Organisationsarbeit beginnen. Die MSZDP darf an National- und Kommunalwahlen teilnehmen, mehr als 10 Prozent der Sitze im Parlament werden ihr jedoch nicht zugestanden.

**NEUE GESETZE** legen die Wochenarbeitszeit auf 48 Stunden fest; Überstunden müssen bezahlt werden; Einführung des bezahlten Jahresurlaubs, einer Mittagspause von 15 Minuten und des Kinderbetreuungsgeldes.

**HORTHYS VERSUCH, DEN KRIEG FÜR UNGARN ZU BEENDEN, MISLINGT**

Die Deutschen zwingen ihn zum Rücktritt und setzen eine faschistische Marionettenregierung ein.

**„BEFREIUNG“ DES LANDES DURCH DIE SOWJETUNION**

Sowjetische Truppen bleiben „vorübergehend“ in Ungarn.

**VERSTAATLICHUNG VON UNTERNEHMEN**



Aktivisten der 1956er Aufstände in den Straßen von Budapest.

**REVOLUTION UND UNABHÄNGIGKEITSKRIEG**

Die Revolution und der Unabhängigkeitskrieg für die Demokratisierung der Innenpolitik und für nationale Unabhängigkeit sind ein Kampf zwischen unterschiedlichen Strategien für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Am 1. November verkündet Imre Nagy den Austritt seines Landes aus dem Warschauer Pakt.

Am 4. November ruft János Kádár die Ungarische Revolutionäre Arbeiter-Bauern-Regierung aus und holt sowjetische Streitkräfte ins Land. Die Revolution wird niedergeschlagen, und es folgt ein beispielloser blutiger Rachefeldzug.

**UNGARN IST WIEDER EINE REPUBLIK**

**DIE SOWJETISCHEN TRUPPEN VERLASSEN DAS LAND**

**ERSTE FREIE WAHLEN**

Vom 25. März bis zum 8. April finden die ersten freien Wahlen statt.

**UNGARN WIRD EU-MITGLIED**

1941

**UNGARN TRITT MIT EINER KRIEGSERKLÄRUNG AN DIE SOWJETUNION IN DEN ZWEITEN WELTKRIEG EIN**

1944



Manifestation am 1. Mai 1950.

1945

1948

**EINPARTEIENSYSTEM UND KOMMUNISTISCHE DIKTATUR**

Das „Jahr der Wende“, Zusammenschluss der Sozialdemokratischen Partei mit der Kommunistischen Partei, Beginn der stalinistischen Regierungszeit. Die Gewerkschaften werden verstaatlicht und verlieren ihre politische Rolle, die Mitgliedschaft wird im Prinzip verpflichtend. Es findet eine starke Zentralisierung statt, und das Hauptziel ist nicht länger die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen, sondern das nationale wirtschaftliche Interesse.

1948

1950

**ZENTRALE KONTROLLE DER GEWERKSCHAFTEN**

Entsprechend der Zentralisierungsinitiative muss sich MÉMOSZ mit der Holzarbeitergewerkschaft zusammenschließen, und das Präsidium des nationalen Dachverbandes (SZOT) beschließt eine Namensänderung und heißt zukünftig *Építő-, Fa- és Építőanyagipari Dolgozók Szakszervezete* (ÉFÉDOSZ).

1956

1981

**KÜRZERE ARBEITSZEITEN**

Freie Samstage, Fünftage-Arbeitswoche mit 42 Stunden, 1984 weitere Kürzung auf 40 Stunden.

1984

1987

**NEUER AUFTRIEB FÜR DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG**

Beginn der Gründung neuer unabhängiger Gewerkschaften. Die Gewerkschaften fordern echte Unabhängigkeit und den Schutz der wahren Interessen ihrer Mitglieder. Den Anfang machen die Akademiker, und diese Graswurzelbewegung kann von den alten Gewerkschaftseliten nicht ignoriert werden. In den nächsten Jahren werden neue Gewerkschaften, Verbände und Bünde gegründet, die zu der bis heute fragmentierten Struktur führen.

1989

1990

1990



Parade am 1. Mai 1983.

2004



Erntefest der Bauarbeiter in Debrecen, 1923

## DIE UNGARISCHEN GEWERKSCHAFTEN ZWISCHEN DEN WELTKRIEGEN

**A**nfang der 1920er Jahre waren die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung in Ungarn in einer verzweifelten Lage. Die tragische Niederlage im Ersten Weltkrieg, das demütigende Friedensdiktat gefolgt von der Besetzung weiter Teile des Landes durch fremde Truppen, die Niederschlagung der republikanischen Revolution und die entstehende Sowjetrepublik des Proletariats führten letztlich zur Einsetzung einer neuen Regierung unter Miklós Horthy, der als Reichsverweser zum Staatsoberhaupt eines Königreichs ohne König wurde. Er selbst bezeichnete sein Regime als „konterrevolutionär“, die Opposition bezeichnete es als „weißen Terror“. Die politischen Parteien des linken Spektrums, Sozialdemokraten und Kommunisten gleichermaßen, wurden verboten, und die Arbeiterbewegung hatte keine Möglichkeit mehr, sich legal zu organisieren, da zahlreiche Gewerkschaften und vor allem die Beamten- und Arbeitergewerkschaften zerschlagen wurden.

Die Volkswirtschaft des Landes lag danieder, und die meisten Rohstoffe des Landes

wurden von benachbarten Ländern konfisziert. Arbeitslosigkeit und Inflation stiegen steil an. So erreichte die Inflation im Juli 1923 mit 98% innerhalb eines Monats ihren höchsten Wert.

Die Gewerkschaften erklärten, dass ihre Existenz eine „historische Notwendigkeit“ sei, und begannen mit gewerkschaftlichen Hilfsprogrammen. In den 1920er Jahren waren die größten Probleme die steigende Arbeitslosigkeit und die Verarmung der Arbeiterklasse. Für viele Familien war diese gewerkschaftliche finanzielle Unterstützung die einzige Einkommensquelle; diese Maßnahmen stärkten daher die Solidarität, vermittelten ein Zugehörigkeitsgefühl und erhöhten die Popularität der Arbeiterbewegung in den ärmeren Bevölkerungsschichten.

Versuche allerdings, die MSZDP – die Ungarische Sozialdemokratische Partei – zum Schweigen zu bringen, scheiterten voll und ganz, denn die Partei war bei den Fabrikarbeitern, Gewerkschaften und Beamten wie Postboten und Eisenbahnern sehr beliebt,

und diese Gesellschaftsschicht bildete eine zuverlässige Basis für die Sozialdemokratie in Ungarn. Mit der zunehmenden Stärke der Gewerkschaften in der Partei veränderte sich auch ihre Rolle. Sieben von elf Mitgliedern des MSZDP-Führungszirkels waren Gewerkschaftsführer. Trotz des politischen Gegenwindes nahm die Anzahl der Mitglieder nicht ab, und die Gewerkschaftsspitze setzte auf eine konstruktive, an der Praxis orientierte Auseinandersetzung und auf eine Taktik wohlüberlegter Schritte mit Streiks und Demonstrationen.

In dieser Situation wurde im April 1921 Graf István Bethlen zum Ministerpräsidenten ernannt, der die Konsolidierung Ungarns vorantrieb. Aufgrund seiner konservativen Politik befand er sich schließlich in einer an zwei Fronten zu führenden Auseinandersetzung mit der extremen Rechten und den sozialdemokratischen und liberalen Oppositionsparteien.

Die geheimen Gespräche zwischen der Regierung und den Gewerkschaftsführern begannen am 8. Dezember 1921, und zwei

1921

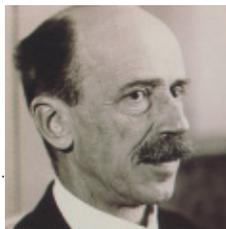


Selbstbewusste Arbeiter und Bürger – Wählen Sie die Sozialdemokraten!

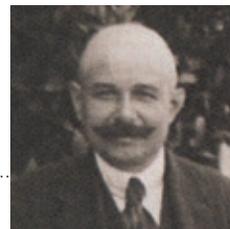
Wochen später, am 22. Dezember, unterzeichneten sie eine geheime „Versöhnungsvereinbarung“, den so genannten Bethlen-Peyer-Pakt. Die MSZDP und die Gewerkschaften wurden legalisiert, und die Gewerkschaften konnten wieder mit ihrer Organisationsarbeit beginnen. Die MSZDP durfte an National- und Kommunalwahlen teilnehmen, mehr als zehn Prozent der Sitze im Parlament wurde ihnen jedoch nicht zugestanden.

Der sozialdemokratische Parteivorsitzende Peyer musste allerdings einen hohen Preis für diesen Pakt bezahlen – die Gewerkschaften durften keine Beamten und Landarbeiter organisieren, und daraus folgte, dass die Effektivität der Gewerkschaften und der Streik als wirksamste Waffe der Partei ebenfalls beträchtlich eingeschränkt wurden. Sie mussten sich verpflichten, keine neuen Organisationen für die Landarbeiter zu gründen, auf radikale republikani-

sche Propaganda gegen die Regierung zu verzichten und Kritik gegen die offiziellen Außenpolitik zu unterlassen. Als Gegenleistung gab die Regierung Bethlen der sozialdemokratischen Partei die Möglichkeit, sich umfassend am politischen Leben Ungarns zu beteiligen, so dass die Sozialdemokraten bei den Wahlen 1922 antreten konnten und im Rahmen des Paktes bis 1944 im Parlament vertreten waren. Ihr Sitzanteil im Parlament war allerdings auf zehn Prozent beschränkt. Zu den weiteren wichtigen Bestimmungen des Paktes gehörten die Wiedereinführung der Versammlungsfreiheit, die Freigabe der Bankguthaben der Gewerkschaften und der weitgehende Verzicht auf die offizielle Überwachung der sozialdemokratischen Partei. Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass der Ministerpräsident sich ebenfalls auf die Herstellung stabiler Lebensbedingungen für die Arbeitnehmer verpflichtete und ein Gesetz für die Versorgung von Alten, Witwen und Waisen



István Bethlen



Károly Peyer

## BETHLEN UND PEYER

Infolge der Weltwirtschaftskrise wurde die gesamte Arbeit, die Bethlen in den fast zehn Jahren davor geleistet hatte, zunichte gemacht. Die Wirtschaft lag in Trümmern, die Einheitspartei und Bethlen mussten 1931 abdanken, wobei der Politiker aber weiterhin als prominentes Mitglied der Regierungspartei und später als Berater Horthys eine wichtige Rolle spielte. Nach den Wiener Schiedssprüchen sprach er sich weiterhin gegen die einseitige Orientierung in Richtung Deutschland und gegen die Aussetzung der Beziehungen zu den angelsächsischen Ländern aus. Die Teilnahme am Zweiten Weltkrieg hielt er für einen Fehler, und er verurteilte die Judengesetze. 1943–44 unterstützte er Bemühungen, aus dem Krieg auszusteigen, und unternahm mehrere Versuche, einen Separatfrieden mit Großbritannien und den USA zu schließen.

Während der deutschen Besetzung tauchte er in die Illegalität ab und erlitt während seiner Zeit im Untergrund zwei Schlaganfälle. Im Dezember 1944 wurde er von den Russen ergriffen und in die Sowjetunion verschleppt, um ihn daran zu hindern, die antikommunistischen Kräfte zu vereinen. Er starb am 5. Oktober 1946 im Moskauer Butirsky-Gefängnis-Krankenhaus an einem Herzschlag. Im Juni 1994 wurden seine sterblichen Überreste in Budapest auf dem Kerepesi-Friedhof bestattet.

Károly Peyer war von 1922 bis 1944 Mitglied des Parlaments. Ab 1931 war er Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion und ab 1927 Generalsekretär des Gewerkschaftsrates. Er war ebenfalls einer der Delegierten auf der Internationalen Arbeitskonferenz.

Nach dem Zweiten Weltkrieg sprach er sich

gegen ein Bündnis mit der im Herbst 1944 neu gegründeten Kommunistischen Partei Ungarns aus, so dass er im Sommer 1947 aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen wurde. Er wurde daraufhin Mitglied der Nationalen Radikalen Partei und emigrierte kurz danach in die USA. In Abwesenheit wurde er am 16. Februar 1948 vom Volksgerichtshof wegen Spionage zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, dieses Urteil wurde aber am 14. Dezember 1989, 33 Jahre nach seinem Tod, vom Präsidentenrat des Obersten Gerichts aufgehoben, da kein Straftatbestand vorlag.

Am 25. Oktober 1956, zwei Tage nach Beginn des Volksaufstandes, starb Peyer an einem Herzinfarkt, während er die Nachrichten im Radio verfolgte.

GYULA PALLAGI



Hauptquartier des Bauarbeiterstreiks, 1935

sowie eine Invalidenversicherung auf den Weg brachte. Der Inhalt des Paktes blieb bis Ende 1923 geheim.

Die Sozialdemokraten betrachteten diesen Pakt als einen großen taktischen Erfolg, da er ihnen die parlamentarische Vertretung ab der Wahl 1922 bis 1944 ermöglichte und sie damit innerhalb eines ruhigen, geordneten und legalen Umfeldes arbeiten konnten, während die nach wie vor verbotenen und illegalen Kommunisten den Pakt als eine Versöhnung zwischen „Arbeiteraristokratie“ und Kapitalisten an den Pranger stellten und die Gewerkschaftsführer als Verräter bezeichneten.

In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre wurde die steigende Arbeitslosigkeit sogar für diejenigen bedrohlich, die eine Arbeit hatten, denn die Arbeitgeber wollten Lohnkürzungen durchsetzen und attackierten die bestehenden Arbeitsgesetze. Mit der weiter steigenden Arbeitslosigkeit nahm die Zahl der Streiks und Lohnkämpfe signifikant ab. Die zum Ende des Jahrzehnts heraufziehende Wirtschaftskrise zwang die Gewerkschaftsführungen und die sozialdemokratische Partei, sich immer stärker für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu engagieren. Sie forderten Arbeitslosenunterstützung, die Regulierung der Arbeitszeit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, Versammlungsfreiheit für alle und ein sofortiges Ende der polizeilichen Übergriffe. Diese Forderungen erhielten durch Streiks, Hungermärsche und Demonstrationen zusätzlichen Nachdruck. Die Parole lautete: Arbeit und Brot! Das waren die wichtigsten Ziele der Arbeiterbewegung.

Im Frühjahr und im Sommer 1930 unternahm die Regierung und die Behörden nichts gegen die Arbeitslosigkeit. Vorbereitungen für einen mehrstündigen Streik und eine Demonstration auf den Straßen von Budapest begannen Anfang August. Am 11. August 1930 entschloss sich das Gewerkschaftskomitee, am 1. September eine Demonstration zu veranstalten. An diesem Montag blieben die Werkstore geschlossen. GYOSZ (Ungarischer Industriellenverband) ordnete einen freien Tag an, so dass nicht genau festgestellt werden konnte, wie viele Menschen dem Aufruf der Gewerkschaften folgten. Das war jedoch keine gute Idee. Gegen 10:00 Uhr schlossen sich der Demonstration zwischen der Nagykörút- und der Andrassy-Straße immer mehr Teilnehmer an, und als der Zug gegen Mittag den Heldenplatz erreichte, kam es zu Zusammenstößen mit der berittenen Polizei, die die Menschenmenge bedrängte.

Ein Demonstrant warf den ersten Stein – und in den nächsten Sekunden musste sich die Polizei eines wahren Hagels von Pflastersteinen erwehren. Vor der Vajdahunyad-Burg rissen die Protestierenden die Polizisten von ihren Pferden. „Zielt auf die Menge! Feuer!“ So lautete der Befehl des Polizeikommandanten Károly Nagy an seine Reiterstaffel. Danach lag der arbeitslose Bauarbeiter János Darnyik tot vor den Herrscherstandbildern auf dem Platz. Dreizehn Menschen mussten wegen ihrer Verletzungen im Krankenhaus versorgt werden. Rund 150.000 Menschen nahmen an dieser Demonstration teil. Außerhalb der Hauptstadt kam es ebenfalls in ländlichen Industriezentren und größeren Städten zu

Demonstrationen, Zusammenstößen mit der Staatsmacht und Verhaftungen.

Im Jahr darauf veranstaltete der Gewerkschaftsrat einen außerordentlichen Kongress, auf dem Peyer feststellte, dass mehr als eine Million Menschen aufgrund der falschen Wirtschaftspolitik der Regierung in Armut lebten. Die hoffnungslose Wirtschaftslage trieb immer mehr Menschen in die Verzweiflung, und es gab eine Reihe von Hungermärschen. Auf diesen Demonstrationen erhob die verbotene Kommunistische Partei immer vernehmlicher ihre Stimme. Einige der Branchengewerkschaften – Bergarbeiter, Bauarbeiter, Schuhmacher – freunden sich mit den radikaleren Methoden der Kommunisten an, was innerhalb der Bewegung zu steigenden Spannungen führte.

Ab 1933 ging die Arbeitslosigkeit zurück, und die industrielle Produktion legte zu. Diese langsame wirtschaftliche Entwicklung hatte auch positive Auswirkungen auf die gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen. Die Gewerkschaften verlagerten den Schwerpunkt ihrer Arbeit und passten sich an die neuen Umstände an. Lohnforderungen wurden ein zentraler Punkt, aber auch die Organisationsfreiheit und das Streikrecht gewannen an Bedeutung. Die Streikbewegung der Bauarbeiter erreichte 1935 ihren Höhepunkt. Die Regierung musste ihre Politik ändern und erließ 1937 eine Verordnung über die Beschäftigungsverhältnisse, für die Gewerkschaften ein großartiger Sieg. Die immer weiter nach extrem rechts abdriftende Regierung hatte aber nie den Gedanken aufgegeben, die Gewerkschaften durch ein korporatistisches System mit staatlich kontrollierten Arbeiterkammern sowie Sport- und Freizeitvereinen für die Arbeiter zu ersetzen. Dazu sollte es jedoch aufgrund des Beginns des Zweiten Weltkriegs nicht kommen. Zu diesem Zeitpunkt orientierten sich die ungarische Arbeiterbewegung und auch die Arbeitsgesetzgebung weitgehend an westeuropäischen Vorbildern. Aber die Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und die nachfolgende sowjetische Besetzung griffen in das Schicksal des Landes ein, und die Gewerkschaften entwickelten sich auf eine völlig andere Weise weiter.

GYULA PALLAGI

Erinnerungsfoto einer Sektion der 1886 gegründeten Mailänder „Vereinigung auf Gegenseitigkeit der Maurer, der Bergleute, der Tagelöhner und der Bauhelfer“ zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen.



## ENTSTEHEN DER „WIDERSTANDSBÜNDE“ UND DER BRANCHENVERBÄNDE

Am Anfang dieses Jahrzehnts steht die Gründung zweier wichtiger Einrichtungen für die Organisation und Vertretung von Arbeiter\*innen nach Berufen: die Widerstandsbünde (zunächst auf territorialer Ebene strukturiert), die bessere Löhne, Arbeitszeiten und Gesetze fordern und zur Durchsetzung dieser Ziele, falls erforderlich, auch streiken, und die Branchenverbände (z. B. für die Beschäftigten in der Bauindustrie, der typographischen Industrie und der Textilindustrie), die einheitliche Arbeitsbedingungen durch Kollektivvereinbarungen für alle Arbeiter\*innen in diesen Sektoren durchsetzen wollen.

## ABSCHAFFUNG DER TODESSTRAFE

Das neue Strafgesetzbuch wird vom italienischen Parlament verabschiedet. Es schafft im gesamten Königreich Italien die Todesstrafe ab (die Faschisten werden sie 1926 für die Zivilbevölkerung wieder einführen, bevor sie dann endgültig 1947 für alle in Friedenszeiten begangenen militärischen und zivilen Straftaten abgeschafft wird).

## EINFÜHRUNG DER GESETZLICHEN VERSICHERUNG GEGEN ARBEITSUNFÄLLE

Das erste Unfallversicherungsgesetz ist zwar nur auf wenige Produktionssektoren beschränkt, führt aber eine grundlegende soziale Absicherung ein und ist eine Antwort auf die steigende Zahl der Arbeitsunfälle in der Industrie.

## VERABSCHIEDUNG DES GESETZES ZUM SCHUTZ ITALIENISCHER AUSWANDERER\*INNEN

Das erste Organgesetz zum Schutz von Emigranten\*innen wird verabschiedet und sieht eine einheitliche Aufsichtsbehörde für alle Fragen im Zusammenhang mit der Auswanderung aus Italien vor, ebenfalls Kommissionen zur Überprüfung der Hygienezustände auf Schiffen sowie Schiedskommissionen im Fall von Streitigkeiten mit dem Auswanderungsland. Dieser gesamte Rechtsrahmen wird später durch das konsolidierte Gesetz von 1919 neu gefasst. Damit wird offiziell die Massenauswanderung beendet, die nach der Vereinigung Italiens begonnen hatte und in deren Verlauf Millionen von Italienern\*innen auf der Suche nach besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen ihr Glück in anderen Ländern gesucht hatten.

1840<sup>er</sup>

## ENTSTEHUNG VON GESELLSCHAFTEN AUF GEGENSEITIGKEIT

Nach Auflösung der früheren Gilden oder Zünfte (*corporazioni di arti e mestieri*) schließen sich Handwerker in einer großen Solidaritätsbewegung zusammen, in deren Mittelpunkt die wechselseitigen Hilfsgesellschaften (*società operaie di mutuo soccorso* – SOMS) stehen. Der Hauptzweck dieser Organisationen, deren Zahl im Lauf dieses Jahrzehnts beständig zunimmt, sind finanzielle Hilfen für kranke, invalide oder arbeitslose Mitglieder.

1866

## VERABSCHIEDUNG VON GESETZEN ÜBER MINDESTGRENZEN FÜR KINDERARBEIT

Das erste Organgesetz des italienischen Staates wird verabschiedet und führt Mindestgrenzen für Kinderarbeit ein. Das bisherige Mindestalter von 9 Jahren bleibt bestehen, wird aber auf 10 Jahre für Arbeit in Steinbrüchen und Bergwerken und auf 15 Jahre für ungesunde oder gefährliche Arbeiten angehoben.

1870<sup>er</sup>

## VERABSCHIEDUNG DES GESETZES ÜBER DIE ALLGEMEINE SCHULPFLICHT

Das Coppino-Gesetz verlängert den Schulbesuch auf fünf Volksschuljahre, von denen die ersten drei Jahre Pflicht sind. 1904 sorgt das Orlando-Gesetz für eine Erweiterung der Schulpflicht bis zum zwölften Lebensjahr durch Einführung des *corso popolare*, eines Volksunterrichts in der fünften und sechsten Klasse, der in das Schulsystem integriert wird und sich unmittelbar an die Elementarschule anschließt. Auf diese Weise soll den Schüler\*innen ebenfalls eine grundlegende berufliche Ausbildung zukommen.

1877

1889

## GRÜNDUNG DER ERSTEN „ARBEITERKAMMERN“ UND ENTSTEHUNG DER KATHOLISCHEN GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

Die ersten Arbeiterkammern werden gegründet. Dabei handelt es sich um territoriale und sektorübergreifende Organisationen, die sich um Arbeitsvermittlung und berufliche Ausbildung kümmern, ihre Mitglieder unterstützen und Streitigkeiten zwischen Belegschaften und Arbeitgebern schlichten. In diesem Jahr fordert die Enzyklika *Rerum Novarum* die Verbreitung der katholischen Bewegung und die Entstehung von Vereinigungen für den Schutz der Arbeiter\*innen, zum Beispiel „weiße“ katholische Gewerkschaften, die in erster Linie im ländlichen Raum tätig sind, und soziale Unterstützungseinrichtungen wie ländliche Sparkassen.

1891

1898

1901



Der Streikredner, Emilio Longoni, 1891

## AUFRUF ZUM ERSTEN GENERALSTREIK

Der erste Generalstreik italienischer Arbeiter\*innen wird ausgerufen. Sie protestieren damit gegen die Unterdrückung und Ermordung von Arbeiter\*innen während des Arbeiteraufstandes in diesem Jahr und fordern bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne.

## ERSTE WAHLEN MIT ERWEITERTEM WAHLRECHT FÜR MÄNNER

Es finden die ersten Wahlen statt, an denen alle Männer über 30 und auch alle Männer über 21 teilnehmen dürfen, die über einen bestimmten Bildungsstand oder ein bestimmtes Vermögen verfügen. Das allgemeine Wahlrecht für alle Männer gilt ab 1918.

## NEUGRÜNDUNG DEMOKRATISCHER GEWERKSCHAFTEN

Nach zwei Jahrzehnten faschistischer Herrschaft werden erneut demokratische Gewerkschaften gegründet, und die größten Gewerkschaftsbewegungen (kommunistisch, christlich-demokratisch und sozialistisch) bilden einen einzigen Gewerkschaftsbund, um die Arbeitnehmer\*innen zu vertreten. Der Allgemeine Italienische Gewerkschaftsbund (*Confederazione Generale Italiana del Lavoro* oder CGIL) löst sich vier Jahre später vor dem Hintergrund des herrschenden Kalten Krieges und der damit einhergehenden politischen Spaltung Italiens auf. 1950 werden der italienische Gewerkschaftsbund *Confederazione Italiana Sindacati Lavoratori* (oder CISL) und die Italienische Arbeiterunion *Unione Italiana del Lavoro* (oder UIL) gegründet.



Plakat für einen besseren Arbeitsschutz und eine bessere Präventionskultur.

## GESETZ ÜBER GESUNDHEIT UND SICHERHEIT AM ARBEITSPLATZ

Der erste Rechtsrahmen für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz wird veröffentlicht. Normen und Merkmale sicherer Arbeitsumgebungen werden festgelegt, ebenfalls eine Reihe verbindlicher Verpflichtungen für Arbeitgeber. Diese betreffen besonders die Umsetzung von Arbeitsschutzmaßnahmen, die Pflicht gegenüber den Arbeitnehmer\*innen zur Unterrichtung über Risiken, die Bereitstellung von Schutzausrüstungen und die Pflicht zu überprüfen, ob die einzelnen Arbeitnehmer\*innen die vorgesehenen Arbeitsschutzmaßnahmen befolgen. Dieser Rechtsrahmen gilt bis 2008. Danach passt die konsolidierte Arbeitsschutz-Gesetzgebung die früheren Vorschriften in diesem Bereich an die technologische Entwicklung und die veränderte Arbeitsorganisation an.

1904

1906

1918

1913

1919

1944

1946

1948

1950

1955-

1956

1963

## GRÜNDUNG EINES SOZIALISTISCHEN UND EINES CHRISTLICHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES

Die Verbreitung und Entwicklung repräsentativer, einheitlicher Strukturen führt zur Gründung eines Gewerkschaftsbundes, der sich auf einen reformistischen Sozialismus bezieht: der *Confederazione Generale del Lavoro* (Allgemeiner Gewerkschaftsbund Italiens) oder CGdL. 1918 folgt vor dem Hintergrund der Verbreitung katholischer Gewerkschaften die Gründung eines Gewerkschaftsbundes mit christlichen Wurzeln: des katholischen Gewerkschaftsbundes *Confederazione Italiana dei Lavoratori* oder CIL.

## EINFÜHRUNG DER GESETZLICHEN INVALIDITÄTS- UND RENTENVERSICHERUNG

Gesetzliche Invaliditäts- und Rentenversicherung für alle Arbeitnehmer\*innen; Leistungsansprüche bestehen ab 65 Jahre und nach einer Erwerbstätigkeit von mindestens zwölf Jahren.

## EINFÜHRUNG DES FRAUENWAHLRECHTS

Zum ersten Mal nehmen Frauen an Wahlen teil (zunächst an Kommunalwahlen, dann an Parlamentswahlen und später auch an dem Referendum, das über die Abschaffung der Monarchie und die Einführung der Republik entscheidet). Rund 2.000 Frauen werden in Stadt- und Gemeinderäte gewählt, 21 in die verfassungsgebende Versammlung der neu gegründeten italienischen Republik.

## ITALIENISCHE VERFASSUNG TRITT IN KRAFT

Die Verfassung der Italienischen Republik tritt in Kraft und verankert den Grundsatz der Gleichheit aller Bürger\*innen vor dem Gesetz ungeachtet des Geschlechts, der ethnischen Zugehörigkeit, der Sprache, der Religion, politischer Ansichten oder persönlicher oder sozialer Lebensumstände. Arbeit ist das Fundament der neuen Republik, und in der Tat übernimmt die Verfassung den Grundsatz der gewerkschaftlichen Freiheit und der Festlegung der industriellen Arbeitsbeziehungen durch kollektive, von den Gewerkschaften festgelegte Vereinbarungen.

## GESETZ ZUM SCHUTZ ERWERBSTÄTIGER MÜTTER

Diese erste rechtsetzende Maßnahme für den körperlichen und wirtschaftlichen Schutz erwerbstätiger Mütter hat einen umfassenden Geltungsbereich als die ersten Gesetze von 1902 und 1934 und weitet das Verbot schwerer körperlicher Arbeit für stillende Arbeitnehmerinnen oder den Kündigungsschutz für Arbeitnehmerinnen während der Schwangerschaft oder des Mutterschutzes aus.

## ABSCHAFUNG DER ‚ZÖLIBATSKLAUSEL‘ UND FREIER ZUGANG VON FRAUEN ZU ALLEN BERUFEN

Gesetz Nr. 7 bedeutet, dass eine Heirat kein zulässiger Grund mehr ist, eine Frau zu entlassen. In diesem Jahr wird ebenfalls Gesetz Nr. 66 eingeführt, das Frauen den Zugang zu allen öffentlichen Ämtern und Tätigkeiten sowie die Beschäftigung im öffentlichen Sektor erlaubt (auch im Gerichtswesen) und ihnen den Zugang zu allen Aufgaben, Berufslaufbahnen und Berufskategorien eröffnet.

### GESETZ GEGEN DIE BESCHÄFTIGUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN

Das neue Gesetz setzt Grenzen für die Arbeit von Kindern und Jugendlichen und legt 15 Jahre als Mindestalter für die Aufnahme einer Arbeit fest. Arbeitsrechtlich werden Minderjährige und Frauen getrennt behandelt (bisher vor dem Gesetz als eine Gruppe behandelt).

### EINFÜHRUNG DER 40 STUNDEN-WOCHE

Nach einem mit aller Härte geführten Kampf der Arbeitnehmer\*innen und ihrer Gewerkschaften wird mit dem neu verhandelten Kollektivverträgen 1969 und 1970 die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Wochen in praktisch allen Sektoren eingeführt.

### EINFÜHRUNG DES RECHTS AUF SCHEIDUNG UND VON FRAUENRECHTEN

Nach einem langen Kampf radikaler und kirchenferner Befürworter\*innen für das Recht auf Scheidung tritt dieses Gesetz in Italien in Kraft. Dieses Jahrzehnt kann auf einige großartige Errungenschaften als Ergebnis des Kampfes für die Emanzipation der Frau zurückschauen: Schutz erwerbstätiger Mütter (1971) mit der Verabschiedung legislativer, wirtschaftlicher und sozialstaatlicher Lösungen, die erwerbstätigen Frauen die Erwerbstätigkeit ermöglichen, ohne dass die Kinderbetreuung darunter leidet; die Gründung kommunaler Kindergärten (1971); die Reform des Familienrechts (1975) und damit der Abschied von den in Italien vorherrschenden hierarchischen Vorstellungen von Familien und von der ungerechten Unterscheidung zwischen ehelichen und unehelichen Kindern und die Einführung der Gleichbehandlung am Arbeitsplatz (1977). Weiterhin wird 1978 die Abtreibung legalisiert.



„Das Sterben auf den Baustellen muss aufhören.“ Demonstration für besseren Arbeitsschutz am 15. April 1973.

### GESETZ ÜBER ZUWANDERUNG AUS DEM AUSLAND

Das so genannte Turco-Napolitano-Gesetz regelt die Zuwanderung aus dem Ausland, fördert die legale Immigration und soll abschreckend auf irreguläre Zuwanderung wirken. Legale Zuwanderer\*innen werden mit italienischen Staatsangehörigen gleichgestellt, erhalten Bürger- und Familienrechte und haben das Recht auf medizinische Behandlung und Bildung. Dieses Gesetz (eingebettet in den konsolidierten Text der Bestimmungen über die Zuwanderung und die Vorschriften über den gesetzlichen Status von Ausländer\*innen) ersetzt das bisher geltende Martelli-Gesetz aus dem Jahre 1990, das aufgrund der damals kritischen Lage im Land der erste Rechtsrahmen für den Umgang mit Flüchtlingen war.

1967



Vier Tage lang streiken Bauarbeiter für einen nationalen Tarifvertrag. Es geht um Arbeitszeiten, konstruktive Verhandlungen, Anerkennung von Qualifikationen und Gewerkschaftsrechte, September 1969.

1969

1970

### ARBEITNEHMERSTATUT

Im ‚Heißen Herbst‘ des Jahres 1969, in denen in Streiks die Neuverhandlung von Kollektivverträgen gefordert wird, finden die Forderungen von Arbeitnehmer\*innen in ihren Betrieben und andere politische Forderungen eine breite öffentliche Resonanz, und es folgt die Veröffentlichung der „Bestimmungen zum Schutz der Freiheit und der Würde der Arbeitnehmer, der Gewerkschaftsfreiheit und der gewerkschaftlichen Betätigung an den Arbeitsplätzen sowie Bestimmungen für die Arbeitsvermittlung“, bekannt als ‚Arbeitnehmerstatut‘. Das Arbeitnehmerstatut verankert einige der Grundrechte der Arbeitnehmer\*innen (Meinungsfreiheit, Schutz vor Kontrollen, Regelungen für Disziplinarmaßnahmen, Aufgaben der Arbeitnehmer\*innen, Regelungen für Versetzung) und unterstützt und fördert die gewerkschaftliche Aktivität in den Betrieben.

1970<sub>er</sub>

1973

### RECHT DER ARBEITNEHMER\*INNEN AUF 150 STUNDEN BEZAHLTEN BILDUNGSURLAUB

Die nationale Kollektivvereinbarung in der Metallindustrie eröffnet den Arbeitnehmer\*innen die Möglichkeit, 150 Stunden bezahlten Bildungsurlaub in Anspruch zu nehmen. Die Kursinhalte müssen nicht zwingend einen Bezug zum Job haben, sondern können auch zum Erwerb eines Bildungsabschlusses dienen. Durch Kollektivverhandlungen ist dieses Recht auf Weiterbildung schnell auch in anderen Sektoren akzeptiert worden.

1978

### EINFÜHRUNG DES STAATLICHEN ITALIENISCHEN GESUNDHEITSSYSTEMS

Das Gesetz zur Reform des Gesundheitswesens wird verabschiedet und führt in Italien zur Einführung einer staatlichen Gesundheitsversorgung mit der Aufgabe, die Bürger\*innen vor Krankheiten zu schützen und für ihre Behandlung und Genesung zu sorgen. Die Reform bringt Italien ein System, das auf den Grundsätzen von Gleichheit und Universalität der Behandlung für die gesamte Bevölkerung beruht.

1998

2016

### GESETZ ÜBER ARBEITSKRÄFTE-VERMITTLER (GANGMASTERS)

Das Gesetz zur Bekämpfung der illegalen Arbeitskräftevermittler (auch Gangmasters genannt), die Arbeitnehmer\*innen ausbeuten, wird verabschiedet und ist jetzt ein Straftatbestand. Diese Verbrechen sind besonders in der Landwirtschaft und im Baugewerbe weit verbreitet. Das Gesetz Nr. 199/2016 zieht nicht nur die Gangmasters zur Verantwortung und stellt ihre Vergehen unter Strafe, sondern ebenfalls die Arbeitgeber, die diese illegal vermittelten Arbeiter\*innen einstellen. Es führt außerdem neue strafrechtliche Maßnahmen wie die Konfiszierung von Waren und vorläufige Festnahmen ohne richterliche Anordnung ein (auch bei wiederholten Verstößen gegen nationale Kollektivvereinbarungen).

# GEBURTSTUNDE DER PRÄVENTION AM ARBEITSPLATZ

In den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts versuchen in Italien Beschäftigte, Arbeitsmediziner, Aktivisten und Gewerkschafter einen Ansatz zu entwickeln und in den Betrieben umzusetzen, schlechte Arbeitsbedingungen nicht mehr mit Geld zu kompensieren, sondern die Arbeitsbedingungen selbst zu ändern, zu verbessern.

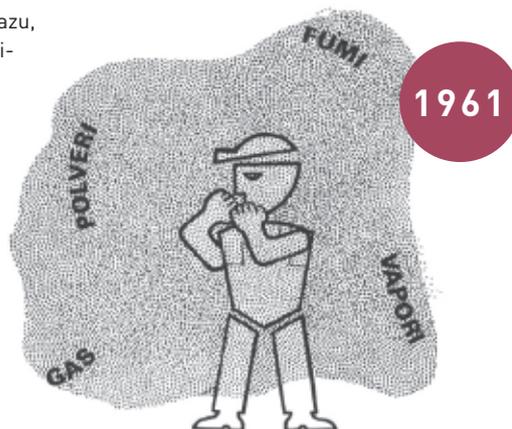
Eine schwunghafte Industrialisierung, schwerpunktmäßig in den Regionen um Mailand und Turin, führte zu einem enormen Ansaugen von Arbeitskräften, die zu großen Teilen aus den ländlichen Regionen des Südens stammen und in die Massenproduktion der Automobil- und anderer Industrien gespült werden. Eine soziale Zusammensetzung der Belegschaften entsteht, die in vielerlei Hinsicht sehr heterogen ist. Gerade die Arbeiter aus dem Süden haben traditionell keine Bindungen zu Gewerkschaften und oft wenig Interesse sich zu organisieren, sind aber auch nicht an die konkrete Arbeit oder gar Betriebe gebunden. Ihr Widerstandspotential ist stark und sicher auch einer der Gründe, warum sich in Italien in dieser Zeit viele gewerkschaftsunabhängige und autonome Strukturen („Basiskomitees“) bilden, die oft von der „68er-Bewegung“ geprägt sind.

Bei *Farmitalia* in Settimo Turinese, nahe Turin, einer Fabrik, die pharmazeutische Produkte herstellt, entstehen Anfang der 60er heftige Auseinandersetzungen um die Arbeitsbedingungen, konkret über die Exposition gegenüber gefährlichen Arbeitsstoffen. Beschäftigte, Arbeitsmediziner und Gewerkschaften beginnen daraufhin eine Untersuchung der konkreten Gefährdungen, erstellen eine Liste der im Umlauf befindlichen Gefahrstoffe und fordern ihren Ersatz durch unbedenkliche Ersatzstoffe. Die konkrete Beschäftigung mit den Arbeitsbedingungen führte aber auch dazu, Einflussmöglichkeiten bei der Beurteilung von Gefährdungen und der Gestaltung der Arbeitsbedingungen einzufordern. Traditionell war die Beurteilung von Gefährdungen Sache der Arbeitgeber oder staatlicher Einrichtungen. Die Beschäftigten fordern nun, bei der Beurteilung der Gefährdungen am Arbeitsplatz, aber auch bei der

Gestaltung der Arbeitsorganisation einbezogen zu werden, die sie als Ursache für Belastungen und Gefährdungen sehen. Dieser Ansatz wird von anderen Belegschaften aufgegriffen, unter anderem bei Fiat-Mirafiori in Turin, bald aber auch in vielen anderen Regionen Italiens. Im September 1961 findet eine Konferenz in Settimo Turinese statt, auf der die Untersuchungen und die Forderungen der Beschäftigten bei *Farmitalia* vorgestellt werden – gewissermaßen die Geburtsstunde des präventiven Arbeitsschutzes. Die Verbreitung dieses Ansatzes beginnt.

Das Modell findet viel Zustimmung und praktische Unterstützung auch bei Prominenten, wie etwa dem Arbeitspsychologen Ivar Oddone, und wird von diesen aktiv unterstützt. Es wird folgend auch in anderen Ländern aufgegriffen und dient als Orientierung und Bezugspunkt für die jeweilige Forderungsbildung. Die erste Parole „*La salute non si vende*“ (sinngemäß: Die Gesundheit ist nicht zu verkaufen) ist wohl in der einen oder anderen Form in fast allen europäischen Ländern bekannt.

In den Auseinandersetzungen bei Fiat entsteht ein Leitfaden zur Untersuchung der Arbeitsbedingungen, der so gestaltet ist, dass die Beschäftigten ohne viel Vorkenntnis ihre Arbeitsbedingungen selbst beurteilen können. Jede Gefährdung wird



Handbuch der Branchenverbände der drei etablierten Gewerkschaftsbünde in Italien (FIM – FIOM – UILM) – Sinngemäß: „Die Arbeitsumgebung darf kein gesundheits-schädlicher Faktor sein“.



„Gefährdungen Gruppe 1: Temperatur, Lärm, Beleuchtung, Feuchtigkeit, Raumluft“



„Gefährdungen Gruppe 4: Erschöpfender Arbeitsrhythmus, Monotonie, repetitive Tätigkeiten – ängstigende Verantwortung – andere ermüdende Effekte“

mit Illustrationen dargestellt, berücksichtigend, dass Teile der aus dem Süden kommenden Beschäftigten fast Analphabeten sind. Dieser Leitfaden wird 1969 zuerst von CGIL-FIOM veröffentlicht, aber zwei Jahre später als gemeinsames Dokument aller drei etablierten Gewerkschaftsverbände genutzt und wird in der Folge mehr als 130000 Mal verbreitet. 1972 treffen sich 3000 Menschen in Rimini, um über Bedingungen der Fabrikarbeit, arbeitsbedingte Risiken und Wege zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu sprechen. Allein 1971 werden in 4567 Unternehmen Vereinbarungen abgeschlossen, die etwa 50% der Industribeschäftigten abdecken. Dass die Beschäftigten selbst ihre Arbeitsbedingungen beurteilen ist zentral und weist auf das emanzipatorische Bemühen hin. Die zweite Parole lautete: „Gesundheit kann nicht delegiert werden“.

Als direkte Folge dieser Bewegung kann sicher auch das neue Arbeitsgesetz gesehen werden, das am 20. Mai 1970 von der Regierung verabschiedet wird. Artikel 9 gibt den Beschäftigten das Recht, die Einhaltung von Arbeitsschutzvorgaben am Arbeitsplatz zu überprüfen. In Artikel 18 wird ein weitreichender Kündigungsschutz für die Beschäftigten verankert, und das neue Gesetz garantiert die freie Meinungsäußerung der Beschäftigten, kein Beschäftigter darf bei der Wahl einer Tätigkeit und im Beschäftigungsverhältnis aufgrund seiner religiösen oder politischen Anschauung diskriminiert werden. Im folgenden Jahr wird ein Gesetz erlassen, das werdende Mütter schützen soll. Es beinhaltet unter anderem das Verbot der Kündigung während der Schwangerschaft und die Freistellung von der Arbeit zwei Monate vor und drei Monate nach der Niederkunft.

Letztlich haben die Konzepte der Prävention und der direkten Beteiligung über die vergangenen Jahrzehnte die Praxis des Arbeitsschutzes in wohl allen europäischen Ländern nachhaltig verändert.

ROLF GEHRING, LAURENT VOGEL

Material zum Thema findet sich in englischer Sprache unter folgendem Link – Material eines Seminars vom Februar 2016: <https://www.etui.org/Topics/Health-Safety-working-conditions/News-list/The-struggle-for-health-at-work-the-Italian-workers-model-of-the-1970s-as-a-source-of-inspiration>

**Die Kritik an rücksichtslosem Raubbau und fehlender Sicherheit in industriellen Arbeitsprozessen führt 1982 zu einer der ersten EU-Initiativen im Arbeitsschutz, der sogenannten Seveso-I-Richtlinie, die Standards für die Vermeidung von schweren Unfällen festlegt (82/501/EWG).**

**EINIGE DER GROSSEN CHEMIEKATASTROPHEN**

**21. September 1921. Deutschland:**

Explosion des Oppauer Stickstoffwerkes mit mindestens 561 Toten.

**28. Juli 1948. Deutschland:**

Kesselwagenexplosion in der BASF mit mindestens 207 Toten.

**10. Juli 1976. Italien:**

Seveso-Katastrophe – eine unkontrollierte chemische Reaktion setzt ungeheure Mengen Dioxin frei.

**19. November 1984. Mexico:**

In Mexico-City sterben mehr als 400 Menschen (manche Schätzungen sagen 5-600) nach einer Kette von Gasexplosionen (San Juanico

disaster). Ein explodierender Tanklastzug löst eine Reihe von Explosionen aus. Tausende erleiden Verbrennungen.

**3. Dezember 1984. Indien:**

Katastrophe von Bophal – Methylisocyanat wird in einer unkontrollierten chemischen Reaktion freigesetzt, mindestens 3.800 Menschen sterben.

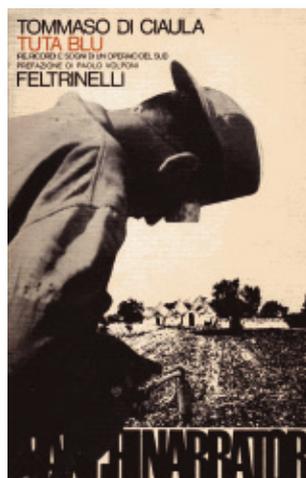
**23. Oktober 1989. USA:**

im Phillips Chemiekomplex nahe des Huston Schiffskanals wird nach Explosion und Brand Polyethylen freigesetzt, mindestens 23 Menschen sterben und 314 werden verletzt.

**21. September 2001. Frankreich:**

In Toulouse sterben 31 Menschen nach einer Explosion, bei der Ammoniak freigesetzt wird.

**TUTA BLU – „TAGEBUCH EINES SÜDITALIENISCHEN BAUERNSOHNS, DER UNTER DIE ARBEITER FIEL“**



1978 hat Tommaso die Ciaula (geb. 1941 in Adelfia bei Bari/Apulien) *Tuta blu* („Blau-mann“), das „Tagebuch eines süditalienischen Bauernsohns, der unter die Arbeiter fiel“ veröffentlicht. – Der deutsche Titel: „Der Fabrikaffe und die Bäume“ bezieht sich auf eine Textstelle: „Worauf warten wir noch, warum stellen wir keine Affen an die Maschinen? Das würde ich Agnelli vorschlagen: die Affen in die Fabrik und die Arbeiter auf die Bäume. Manchmal kommt es mir so vor, als wären wir noch blöder als die Affen.“ Die dargestellte schwere Arbeit, der Zynismus der Fabrikhierarchie, die Streiks und Generalstreiks dieser Zeit, die Reflexionen über die Gewerkschafts- und politischen Bewegungen, Erinnerungen an den Großvater, das Leben auf dem Land, das Licht, das Meer, die Luft außerhalb der Fabrik liefern ein lebendiges Bild aus der Zeit und auch aus der Region Calabrien – jeder, der dort schon einmal die Betonwüsten gesehen hat, fühlt sich durch Ciaulas Beschreibung dort hin versetzt. Der Bauer muss in die Fabrik, die Fabriken werden wie Fremdkörper in Landschaften hineingesetzt, die Arbeitsbe-

**25. Dezember 2003. Volksrepublik China:**

In Chuangdonbei werden Erdgas und Schwefelwasserstoff bei einer Gasbohrloch-Explosion freigesetzt, mindestens 191 Menschen sterben.

**12. August 2015. Volksrepublik China:**

Explosionen in Tianjin setzten Natriumcyanid, Calciumcarbid und eventuell weitere Stoffe frei, mindestens 173 Menschen sterben, 797 werden verletzt.

**5. November 2015. Brasilien:**

Der Dammbruch von Bento Rodrigues setzt eine Schlammlawine in Gang, die schwermetallhaltigen Schlamm aus dem Rückhaltebecken eines Erztagebergwerkes in die Flüsse leitet. Mindestens 16 Menschen sterben und ein Fischsterben im Rio Doce setzt ein.

ROLF GEHRING

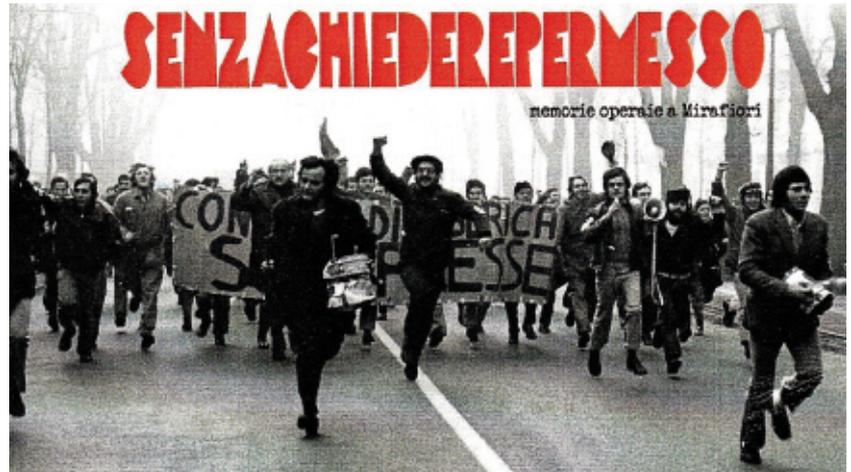
**dingungen würdigen die Menschen herab. Ciaula macht mehr: wie die Menschen ihren Alltag leben und sich nicht als nur Arbeiter begreifen: sie sind mehr als das!**

**Ciaulo selbst ist dieser tagebuchschreibende Arbeiter – der Enkel von Bauern, der Sohn eines Carabinieri. Ciaulas Aufzeichnungen in *Tuta Blu* umfassen mehr als den Arbeitsalltag. Es muss sich was ändern, das spricht aus jeder Zeile. Ciaula schreibt sich seinen Zorn über vieles von der Seele, man begreift vieles über die sozialen Verhältnisse in Südtalien.**

**Die Verfilmung (1987) durch F. Furtwängler mit A. Haber in der Titelrolle wird von Claudius Seidl damals in der „Zeit“ besprochen: „Tommaso Blu‘ schwafelt nicht nur von der Freiheit – er lässt sie auch seinen Zuschauern: die Freiheit, sich selbst ein Bild zu machen.“ Dies trifft auch für das Buch zu.**

EVA DETSCHER

Neuere Besprechungen in Italienisch:  
<https://rebstein.wordpress.com/2009/01/16/per-il-trentennale-di-tuta-blu-omaggio-a-tommaso-di-ciaula/>



**SENZA CHIEDERE PERMESSO!  
(WIR BRAUCHEN KEINE ERLAUBNIS!)**

In mehreren Städten der Bundesrepublik Deutschland wurde Ende Januar 2017 der Dokumentarfilm *Senza chiedere permesso!* über die Arbeitskämpfe bei Fiat gezeigt. Fiat-Mirafiori war 1969 die größte Fabrik Europas mit 60 000 ArbeiterInnen.

Anwesend waren die Filmemacher Pier Milanese und Pietro Perroti. Letzterer arbeitete von 1969 bis 1985 als Zuständiger für Heizungs- und Belüftungsanlagen bei Fiat und hatte damit Zugang zu allen Fabrikhallen, die über ein Gelände von 32 km verstreut waren.

Der Film erzählt die bewegende Geschichte der sozialen Kämpfe um die Fiatfabrik in Italien von 1969 bis zum Ende des 35-Tage-Streiks bei Fiat 1980, der das Ende eines über 10 Jahre andauernden Kampfzyklus bedeutete. Der Streik richtete sich gegen die von Fiat angeordnete Kurzarbeit zu null Stunden für 24 000 ArbeiterInnen. Der Streik endete mit einem von der Gewerkschaft ausgehandelten Kompromiss, den die ArbeiterInnen als große Niederlage erlebten.

Der Film berichtet von kreativen und widerspenstigen Kommunikationsmitteln und Kämpfen und spontanen Streiks.

Protagonist des Films ist Pietro Perroti, der als junger Arbeiter nach Turin zieht, um bei Fiat zu arbeiten und politisch aktiv zu werden. Er kauft sich eine kleine Kamera,

die er in die Fabrik schmuggelt, um dort den Arbeitsalltag in Bild und Ton festzuhalten. Er produzierte aussagekräftige Dokumente der Demonstrationen, der Streiks sowie der Streikposten vor den Werkstoren. Er unterstützte die Kämpfe mit kreativen, künstlerischen Beiträgen. – Der Dokumentarfilm erzählt vom Klima dieser Jahre; der massenhaften Beteiligung in der Fabrik, der Unterstützung der Kämpfe durch die Studentenbewegung, der Strahlkraft der Kämpfe hinein in die Gesellschaft und den Alltag, aber auch von den Konflikten mit Institutionen und Presse.

EDITH BERGMANN

# DIE „HUNDERTFÜNFZIG STUNDEN“ – EINE EINZIGARTIGE ITALIENISCHE BESONDERHEIT

Zu den Errungenschaften aus erfolgreichen Kämpfen der Arbeiterbewegung Ende der 1960er und 70er Jahre in Italien gehören die so genannten „Hundertfünfzig Stunden“ – 150 Ore, eine Freistellung zwecks (Weiter)bildung, etwas, was es zu dieser Zeit im kapitalistischen Westen nur in Italien gab.

Dabei handelt sich nicht einfach um ein hart erkämpftes Arbeiterrecht, sondern um einen außerordentlichen Durchbruch der Arbeiterbewegung, die zu einem neuen Bewusstsein der Arbeiter über deren Rolle in der kapitalistischen Gesellschaft und zu einer nachhaltigen Veränderung der Gesellschaft führte. Außerdem brachte dies eine tiefe Veränderung der Bildungsinstitutionen und deren Rolle bei der Umsetzung von Grundrechten mit sich, die in der italienischen Verfassung verankert sind.

Am 19. April 1973 setzten die italienischen Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL im flächendeckenden Tarifvertrag – zuerst für den Metallbereich und dann für alle Bereiche (zwischen Juni 1973 und Oktober 1974) – das Recht auf Bildung für alle Arbeiter\*innen durch. Dieses bestand aus bezahlten 150 Stunden innerhalb von drei Jahren (einklagbar auch in einem einzigen Jahr) kombiniert mit 150 Stunden der eigenen Freizeit. Damals hatten über zwei Drittel der Arbeiter\*innen noch keinen Schulabschluss, insbesondere keinen Realschulabschluss (Pflichtschule bis zur 8. Klasse). Was am Anfang eine zweitrangige Forderung schien, stellte sich als ein echter Durchbruch heraus, dem sich die Arbeitgeberverbände heftig, aber vergebens widersetzen. Bis dahin waren nur „Erleichterungen“ für arbeitende Schüler\*innen bzw. Studierende vorgesehen. Diese bestanden lediglich in einer Freistellung, damit sie ihre Klausuren bzw. Prüfungen vorbereiten bzw. durchführen konnten.

„Zum ersten Mal in der Geschichte der Gewerkschaften sind die Betriebe und die öffentliche Schule zu gemeinsamen Zielorten einer und derselben Kampfstrategie geworden.“<sup>1</sup> Das heißt, zum ersten Mal wurde die Ambition der kulturellen Hege- monie von Seiten der subalternen Klassen

1973

in der kapitalistischen Gesellschaft in einem Tarifvertrag konkretisiert. Auf diese Weise sollte die Fortbildung der Arbeitnehmer\*innen nicht mehr nach den Interessen der Wirtschaft bzw. nach der „Produktionslogik des Kapitals“ erfolgen, sondern nach eigenen Interessen. Es handelte sich um das Recht aufs unabhängige Lernen, das anerkannt und im Tarifvertrag verankert wurde. Die Arbeitgeber versuchten vergebens auf die „Absurdität“ der Forderung mit der Frage hinzuweisen, ob die Arbeiter jetzt auch noch das Recht auf Cembalounterricht hätten (siehe Bild). Selbstverständlich!, lautete die Antwort der Gewerkschaften.<sup>2</sup>



Das haben die Arbeitgeber dann davon gehabt. Ihre Äußerung „sollen wir den Arbeitern jetzt auch noch Cembalounterricht bezahlen“ wurde zu einer Metapher für die erfolgreiche Etablierung einer Facette des Rechts auf einen Zugang zu Bildung. Titelbild einer Spezialausgabe der Zeitschriften *Inchiesta* und *Fabbrica e Stato* vom Juli/August 1973

*Più polvere in casa –  
Meno polvere nel cervello.  
(Mehr Staub zuhause,  
weniger Staub im Kopf.)*

Lozung einer Hausfrau in einem Flugblatt.

Hunderttausende Arbeiter nutzten dieses Recht auf Zugang zu Bildung. Neben der Nachholung des Schulabschlusses war das „kulturelle Wachstum der Arbeiterklasse und ihre Geschlossenheit“ das Hauptziel. „Ich wollte nicht durch den Schulabschluss Lohngewinne erreichen oder Abteilungsleiter werden“, meint einer der Betroffenen, „sondern ich hatte ein kulturelles Bedürfnis, das ich wegen Mangel an finanziellen Mitteln nicht befriedigen konnte, denn ich komme aus einer Arbeiterfamilie.“ Dann wird den Arbeitern klar, dass sie selbst Akteure der Bildung seien, denn die traditionelle Lehre vertrete die herrschende Klasse, wie eine Lehrerin betont. Sie wollten aus ihrer eigenen konkreten Erfahrung ausgehen, um zu verstehen, wie die Realität bzw. die kapitalistische Gesellschaft funktioniert. Dadurch entsteht eine wechselseitige Beziehung mit den Lehrern und den Bildungsinstitutionen, deren Rolle und Programme in Frage gestellt werden. „Die Fabrik und die kapitalistische Organisation werden zum Schulfach der Arbeiter, die durch die Aneignung von Kenntnissen die Bindung zwischen Wissenschaft und technischer Aufteilung der Arbeit brechen.“

Bildungsinstitutionen und Gebietskörperschaften standen in der Pflicht, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, in den öffentlichen Schulgebäuden Kurse zu organisieren. Zusätzliche Lehrer wurden eingestellt. Die Inhalte der Kurse wurden durch die Teilnehmenden mitbestimmt. Für diese war es wichtig, unter anderem etwas über die gesundheitlichen Gefahren ihrer Arbeit zu erfahren und möglichst Mediziner als

Verbündete im Kampf für ihre Rechte zu gewinnen.

Das Recht auf die 150 Stunden stellt eine Brücke zwischen Arbeit und Schule dar. Das führte zu einer neuen Vorstellung des Wissens und der Überwindung der Trennung zwischen formal und nicht formal erworbenem Wissen. Durch die Demokratisierung des Zugangs zur Bildung kam es zu einem Gesellschaftswandel. Intellektuelle und Uniprofessoren selbst öffneten ihre Kurse den Arbeitern und liebten Gewerkschaften unterrichten. Ehemalige Studierende, die früher mit den Arbeitern auf Demos marschiert waren, wurden selbst Lehrer der 150-Stunden-Kurse. „Die 150 Stunden waren eine Arbeiterschule, deren Protagonisten zuerst die Arbeiter und dann die Frauen wurden, gemeinsam mit den Avantgarden der Studierenden und der Feminis-

tinnen (...). Es handelte sich dabei nicht um Bildung für Erwachsene nach angelsächsischem Muster. Es war ein kulturelles Experiment der Gewerkschaftsavantgarden.“<sup>3</sup>

Wichtige Voraussetzungen der 150 Stunden waren einerseits die einheitliche Tarifeinstufung (*inquadramento unico* durch die Metallgewerkschaften 1972) bzw. Abschaffung der Trennung zwischen Arbeitern und Angestellten (und sogenannten Technikern) und andererseits dezentrale Tarifverhandlungen. Die erste stellte die hierarchische Arbeitsorganisation in Frage. Letztere ermöglichte Gewerkschaftern und Unternehmen die gemeinsame Planung der Arbeitsorganisation vor Ort (Schichten usw.), um das individuelle Arbeiterrecht auf die 150 Stunden zu gewährleisten.

PAOLA GIACULLI



**DIE FEMINISTIN LEA MELANDRI** (selbst Lehrerin der *150 ore*) erzählt von ihrem Erstaunen darüber, dass, als sie in einer Klasse in der Vorstadt Mailands ankam, nur Frauen – Hausfrauen! – auffand! Das Recht auf Zugang zu Bildung war eigentlich nur für Beschäftigte vorgesehen, aber da die Kurse für alle offen waren, waren plötzlich auch Hausfrauen dabei. Fotos eines 150-Stunden-Kurses (Lea Melandri)

1 Zitate aus dem Dokumentationsfilm *Le 150 ore* (1974) zu den Tarifverhandlungen mit Dialogen und Interviews mit Gewerkschaftern und Arbeitern, Erfahrungen im Austausch (in ital. Sprache) <http://patrimonio.aamod.it/aamod-web/film/detail/IL8600001490/22/le-150-ore.html?startPage=0&idFondo=>

2 Die Zeitschriften *Fabbrica e Stato – Inchiesta* titelte (Juli-August 1973) ironisch: „150 ore – Suonata per i padroni“, „150 Stunden, eine Sonate für die Bosse“ – Wortspiel für: die Bosse in die Pfanne hauen.

3 Paola Melchiori, *Le 150 ore, un esperimento di vita e di cultura*, [http://www.universitadelledonne.it/le\\_150\\_ore.htm](http://www.universitadelledonne.it/le_150_ore.htm)

## ÖFFNUNG DES THEATERS

PIER PAOLO PASOLINI hinterließ ein umfangreiches Oeuvre, das zuallererst mit seinem filmischen Schaffen verbunden wird. Seine Auseinandersetzung mit den Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft, den sie beherbergenden Charakteren, dem Zerfall gesellschaftlicher Strukturen, den er im Italien der sechziger und siebziger Jahre sah oder seine Auseinandersetzung mit faschistoiden Tendenzen, die er als eine neue Form sah, gerichtet auf die Auslöschung des Andersseins und der kulturellen Differenzen, vor allem aber seine Befassung mit dem harten Leben am Rande der Gesellschaft, finden sich allerdings sowohl in seinem literarischem Schaffen, dem filmischen, aber auch dem Theaterschaffen.

Ende der sechziger Jahre skizzierte er eine ganze Reihe von Theaterstücken und legte einen Ansatz für eine neue Form von Theater vor, das sich, anders als Buch oder Film, nicht von den Massenmedien vereinnahmen

ließ. 1968 legt er ein 43 Punkte umfassendes Manifest für ein neues Theater vor. Interessant dabei ist, dass er dem Theater seine (durchaus elitäre) Funktion in der Gesellschaft lässt, sie aber neu ausdeutet. Theater könne ein Austausch zwischen Intellektuellen und der Arbeiterschaft sein, Theaterstücke könnten in Fabriken, Schulen oder Kulturzirkeln aufgeführt werden. Es brauche ein Theater der Worte (*teatro di parola*), das keine Lösungen anbiete, sondern die Probleme erschließe. Das Szenische solle zurücktreten und das Für und Wider, also die Auseinandersetzung in den Vordergrund treten. Didaktisch gewissermaßen Theater als Diskussionsforum oder doch zumindest als Anregung fürs eigene Weiterdenken, aus der eigenen Position heraus.

Unabhängig davon, ob man Pasolinis theoretische Ableitungen nachvollziehen mag, hat er ein weiteres Tor geöffnet, das Bildungszugänge in gesellschaftlichen Bereichen



Pier Paolo Pasolini (Geboren am 5. März 1922 in Bologna; ermordet am 2. November 1975 in Ostia)

öffnete, die vormalig eher geschlossen waren. Ohne das Theater sozusagen aufzuheben sollte auch dieses Medium für die einfachen Menschen zugänglich werden. Der 150 Stunden Tarifvertrag wurde dann gewissermaßen eine der erschwinglichen Eintrittskarten.

ROLF GEHRING

Quelle: Italienisches Theater des 20. Jahrhunderts in Einzelinterpretationen. Berlin 2008

## SCHULPFLICHT

Schulbildung bis zum Alter von 14 Jahren wird obligatorisch. In jedem Dorf wurden Schulen eröffnet und es wurde kostenloser Unterricht auf Basis des britischen Modells eingerichtet.

## GRÜNDUNG DES ARBEITSAMTES

Das Fehlen eines Rechtsrahmens für Tarifverhandlungen und die Arbeitslosigkeit veranlassten das Ministerium für Post, Landwirtschaft, Arbeit und Einwanderung, eine vergleichende Studie über die Situation durchzuführen. Diese Studie führte zur Einrichtung des Arbeitsamtes.

## ARBEITNEHMERVERGÜTUNGSGESETZ

Dieses Gesetz gewährte den Arbeitnehmern, die bei der Arbeit verletzt wurden, eine Entschädigung. Die Beiträge zu diesem System waren obligatorisch und wurden von drei Seiten geleistet, wobei Arbeitgeber, Arbeitnehmer und der Staat jeweils einen gleichen Anteil am Fonds beisteuerten, so dass das System funktionsfähig blieb. Damit wurde erstmalig das Konzept der Sozialversicherung in Malta eingeführt.



Die erste große Zusammenkunft der GWU unter freiem Himmel.

## DER ALLGEMEINE GEWERKSCHAFTSBUND

Die Gründung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (GWU) mit rund 22.000 Mitgliedern, die innerhalb eines Jahres der GWU beigetreten sind. Reggie Miller, ein Angestellter in den Trockendocks der Admiralität, überzeugte erfolgreich eine kleine Gruppe von Arbeitern, eine starke Gewerkschaft zu gründen. Tatsächlich wird dieser Verband die jüngere Geschichte des Landes prägen.

1846

1885

## ERSTMALIGE STAATLICHE SOZIALLEISTUNG

Die ersten Begünstigten waren die Mitglieder der maltesischen Polizei, für die ein Pensionssystem eingerichtet wurde. Als nächsten folgten die maltesischen Beamten.

1920

1927

## HILFE FÜR WITWEN UND WAISENKINDER

Ein neues Gesetz sah die Gewährung von Renten für Witwen und Kinder verstorbener Beamter vor.

1929

1929

## VERWENDUNG DER MALTESISCHEN SPRACHE

Dieses neue Gesetz ermöglichte es, zu beantragen, dass Fälle in Zivil- als auch in Strafsachen auf Maltesisch behandelt werden.

1933

## DAS ARBEITSAMT WIRD ZUR ARBEITSDIENSTSTELLE

Dank der Arbeitsdienststelle sind Arbeitsrechte wie das Gesetz von 1933 über die wöchentliche Ruhezeit (Bäcker und Friseure), die Arbeitszeitverordnung von 1936, die Verordnung von 1939 über Schiffsbelader und Hafendarbeiter und die Betriebsverordnung von 1940 in Kraft getreten.

1940

## FABRIKVERORDNUNG

Basierend auf dem *British Factories Act* von 1937 führte dieses Gesetz Gesundheit und Sicherheitsschutz in den Werken ein, aber leider wurden mehrere Arbeitsplätze ausgenommen, da sie nicht unter den strengen Auslegungen der Begriffe „Fabrik“ und „Arbeitsplatz“ fielen.

1943

1945

## VERORDNUNG ÜBER GEWERKSCHAFTEN UND ARBEITSKONFLIKTE

Dieses Gesetz ist auf Antrag von Reggie Miller, dem Sekretär der GWU, zustande gekommen. Dies war eine wichtige Errungenschaft für die Mechanismen der Arbeitsbeziehungen in Malta, da die Gewerkschaften in Malta Immunität für mögliche Straftaten genießen, die bei der Prüfung oder Einleitung eines Arbeitskampfes begangen werden.

### VERORDNUNG ZUR SCHULPFLICHT

Mit der Verordnung wurde die Schulpflicht für Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren eingeführt.

### GESETZ ZUR ALTERSVERSORGUNG

Das Gesetz über die Altersrente trat in Kraft und sah die Zahlung von Renten an Personen über 60 Jahre vor. Im Gegensatz zum Arbeitnehmerschutzgesetz basierte dieses Gesetz nicht auf Beiträgen, sondern auf einer Prüfung der finanziellen Lage des Antragstellers. Zusammen mit diesem Gesetz führte die Labour-Regierung eine Einkommenssteuer zur Finanzierung dieser Renten ein.

### EINFÜHRUNG DER SONDERSCHULEN

Die ersten Sonderschulen für Blinde, Gehörlose und geistig Behinderte wurden 1956 eröffnet. Bis 1955 wurden die Behinderten zu Hause versteckt gehalten und wagten sich kaum aus den Häusern.

### GENERALSTREIK UND UNRUHEN

Die *General Workers Union* rief einen nationalen Streik aus, der mit Unruhen und Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern, Polizei und britischen Soldaten endete. Die Arbeiter waren über die Art und Weise aufgebracht, wie die britische Kolonialregierung mit dem Land und Fragen der Arbeitsbedingungen umging. Die Drohung der Entlassung von Angestellten und die Schließung der Werft, die mehr als 12.000 Menschen beschäftigte, waren ausschlaggebend, die Arbeitnehmer zusammenzubringen und sich der Arroganz der Herrschenden zu stellen. Nach dem Generalstreik trat Dom Mintoff als Premierminister zurück und Dr. Giorgio Borg Olivier weigerte sich, eine alternative Regierung zu bilden. Der Kolonialgouverneur übernahm daraufhin die direkte Leitung der Regierung, ausgeführt nach britischem Recht. Dies war der Startpunkt für die Bewegung für die Unabhängigkeit vom Britischen Empire.

### ABSCHEFFUNG DER TODESSTRAFE

Die Todesstrafe für Mord wurde in Malta abgeschafft, blieb aber im Militärkodex des Landes, bis sie am 21. März 2000 vollständig abgeschafft wurde.

### ALTERSVERSORGUNG BEI ARBEITSUNFÄHIGKEIT

Es wurde eine beitragsfreie Berufsunfähigkeitsrente eingeführt.

1945

### FRAUEN-STIMMRECHTE UND ABSCHAFFUNG DES MEHRFACHSTIMMRECHTS

Das Mehrfachstimmrecht wurde abgeschafft und das Konzept „ein Bürger eine Stimme“ wurde eingeführt. 1945 erhielten Frauen unterstützt durch die Arbeiterbewegung das Wahlrecht. Die ersten Wahlen, bei denen Frauen wählen durften, fanden im Oktober 1947 statt. Agatha Barbara war die erste Frau, die bei diesen Wahlen in das maltesische Parlament gewählt wurde. 1982 wurde Agatha Barbara die erste Präsidentin der Republik Malta.



Agatha Barbara: die erste Frau, die 1982 zur Präsidentin Maltsas gewählt wird.

1946

1948

### GESETZ ÜBER DIE ARBEITSBEDINGUNGEN

Das Inkrafttreten des Gesetzes über die Arbeitsbedingungen von 1952 (CERA), das die Gewerkschafts- und Arbeitskonfliktregelung von 1945 ersetzte. Das CERA-Gesetz sah die Absicherung von Löhnen, Urlaub und gegen ungerechtfertigte Entlassungen vor. Das CERA-Gesetz sah auch die Einrichtung von Lohnausschüssen vor.

1952

1956

### NATIONALES UNTERSTÜTZUNGSGESETZ

Das Nationale Unterstützungsgesetz wurde verabschiedet. Dabei handelte es sich um soziale und medizinische Hilfe (sowohl in Form von Geld als auch in Form von Sachleistungen) für arbeitslose Haushaltsvorstände, die auf der Suche nach Arbeit waren oder wegen einer bestimmten Krankheit nicht arbeiten konnten, sofern die finanziellen Mittel ihrer Familie unter einem bestimmten Niveau lagen.

1956

1958



Feierlichkeiten zum Unabhängigkeitstag, 1964

1964

### UNABHÄNGIGKEITSTAG

Malta wurde die Unabhängigkeit gewährt. Nach der Unabhängigkeit diente Malta noch immer als Militärbasis für britische und NATO-Streitkräfte. Die britische Königin blieb das Staatsoberhaupt.

1971

1973

### ENTKRIMINALISIERUNG DES GLEICHGESCHLECHTLICHEN GESCHLECHTSVERKEHRS

Die Entkriminalisierung des gleichgeschlechtlichen Geschlechtsverkehrs markierte den Beginn des langen Weges der LGBT-Rechte.

1974

**MINDESTLOHN**

Der Mindestlohn von 23,29 Euro pro Woche wurde durch das Arbeitsbedingungen-Gesetz (Verordnung) eingeführt. Heute liegt der Mindestlohn bei 175,84 Euro pro Woche.

**GESETZ ÜBER DIE ARBEITSBEZIEHUNGEN**

Dieses Gesetz sah Vereinigungsfreiheit, Tarifverhandlungen und Arbeitsbeziehungen vor. Es garantierte auch das Streikrecht.

**LOHNGLEICHHEIT FÜR FRAUEN**

Im Parlament wurden Rechtsvorschriften angenommen, um geschlechtsspezifische Lohnunterschiede zu beseitigen. Nach diesem Gesetz erhielten Männer und Frauen gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

**DIE ZWEIDRITTELRENTE**

Einführung eines neuen Beitragssystems für die Zahlung einer lohn- und einkommensabhängigen Altersrente. Einrichtung einer Witwenrente auf der Grundlage des Lohnes/ Einkommens des verstorbenen Ehepartners und einer nationalen Mindestrente.

Mit der Einführung sozialer Leistungen gewinnen die älteren Menschen Lebensqualität für ihre späten Jahre.



**EINFÜHRUNG EINES MUTTERSCHAFTSGELDES**

Schwangere Frauen erhalten 13 Wochen bezahlten Urlaub. Diese Leistung wurde an alle schwangeren Frauen gezahlt und die Leistung umfasst die letzten 8 Wochen vor der Geburt und die ersten 5 Wochen nach der Entbindung.

**GRÜNDUNG DES MALTESISCHEN RATES FÜR WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE ENTWICKLUNG**

Der Maltesische Rat für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (MCESD) ist ein paritätisches Gremium mit Vertretern der Regierung, der Gewerkschaften und der Arbeitgeberorganisationen. Der MCESD hat sich ständig bemüht, den sozialen und zivilen Dialog in Malta zu verbessern.

**GESETZ ÜBER DAS RECHTLICHE ZUSAMMENLEBEN**

Dieses Gesetz ermöglichte das rechtliche Zusammenleben von gleichgeschlechtlichen und heterosexuellen Paaren und gab ihnen die gleichen Rechte, Verantwortung und Pflichten, einschließlich des Rechts auf gemeinsame Adoption.

1974

1974

1976

1976

1979

1979

1980er

1981

2001

2011

2014

2017

**REPUBLIK MALTA**

Malta wurde zur Republik. Die britische Königin war nicht mehr das Staatsoberhaupt der maltesischen Inseln. Zum ersten Mal in seiner Geschichte hat Malta ein maltesisches Staatsoberhaupt. Sir Anthony Mamo wurde zum ersten Präsidenten der Republik Malta ernannt.



Tag der Republik, 13. Dezember 1974, mit Vizepremier Anton Buttigieg, erster Präsident von Malta, seine Excellenz Sir Anthony Mamo und Premierminister Duminku Mintoff (von links nach rechts).

**TAG DER FREIHEIT**

Die letzten britischen Streitkräfte verlassen Malta. Dies war das erste Mal in der Geschichte Malts, dass es auf den Inseln keine Ausländer in einer verantwortlichen Position mehr gab.

**NATIONALER GESUNDHEITSDIENST**

Der Nationale Gesundheitsdienst Malts in seiner jetzigen Form wurde Anfang der 80er Jahre gegründet und ist ein umfassender Gesundheitsdienst, der mit Steuergeldern finanziert wird und der für maltesische und EU-Staatsangehörige kostenlos ist.



Pressekonferenz für das Recht auf Scheidung während des Referendums.

**EINFÜHRUNG EINES EHESCHEIDUNGSRECHTS**

In Malta wurde das Ehescheidungsrecht eingeführt, nachdem eine überwältigende Mehrheit in einem Referendum im Mai 2011 für die Möglichkeit der legalen Scheidung gestimmt hatte. Malta war eines von nur drei Ländern auf der Welt, in denen eine Ehescheidung nicht erlaubt war.

**GESETZ ÜBER GLEICHGESCHLECHTLICHE EHEN**

Die gleichgeschlechtliche Ehe wird nach der Verabschiedung der entsprechenden Gesetze im maltesischen Parlament legal.

# DIE GEBURT DER GENERAL WORKERS' UNION

Nach dem Ende der Belagerung Maltas während des Zweiten Weltkriegs sahen sich die Malteser 1942 mit hohen Lebenshaltungskosten und Nahrungsmangel konfrontiert. Viele Lebensmittel blieben knapp oder waren von minderwertiger Qualität. Der Frieden führte zu Arbeitslosigkeit in den Werften. Maltesische Arbeitnehmer erhielten nicht einmal den gleichen Lohn wie ihre britischen Kollegen für die gleiche Arbeit auf der Werft oder bei den britischen Behörden. All dies führte zu großer Unzufriedenheit bei den Maltesern. Während die Briten ein menschenwürdiges Leben führen konnten, lebten die Malteser in Armut in ihrem eigenen Land, nachdem sie während des Krieges die gleichen Härten erlitten hatten wie die Briten. Malta wurde seit 1800 von den Briten regiert und wurde ab 1814 zu einer Kolonie des British Empire.

Gegen Ende 1942 überzeugte Reggie Miller, Beamter auf der britischen Marinewerft, eine kleine Gruppe von Arbeitern, eine starke Gewerkschaft zu gründen. Die erste Sitzung dieser Gewerkschaft fand im März 1943 statt. Bei diesem sehr gut besuchten Treffen wurde Reggie Miller zum Generalsekretär ernannt. Es wurde auch ein Interimsausschuss gewählt, um die Satzung der neuen Gewerkschaft auszuarbeiten, die einige Tage später verabschiedet wurde. Weitere Treffen fanden in ganz Malta statt, um mehr Arbeitnehmer für den Beitritt zur Gewerkschaft zu gewinnen. Die ersten Mitglieder registrierten sich am 1. Juli 1943. Im ersten Jahr des Bestehens der Gewerkschaft waren 22.000 Mitglieder beigetreten. Die Allgemeine Arbeitergewerkschaft (GWU) wurde am 5. Oktober 1943 offiziell gegründet. Dieser Moment in der maltesischen Geschichte führte zu einer Vereinigung der Arbeitnehmer wie nie zuvor. Durch ihre Einheit innerhalb der GWU begannen die Arbeitnehmer Rechte zu erwerben, von denen sie nur träumen und hoffen konnten.

1943



Monument am Haus  
des allgemeinen maltesischen  
Gewerkschaftsbundes.

Die GWU forderte die Annahme von gewerkschaftlichen Rechtsvorschriften. Diese Forderung wurde im März 1945 mit der Verabschiedung der Verordnung über Gewerkschaften und Arbeitskonflikte erfüllt. Dieses Gesetz sah die obligatorische Registrierung von Gewerkschaften und die Er-

ennung eines Gewerkschaftssekretärs vor. Es war eine wichtige Errungenschaft für die Mechanismen der Arbeitsbeziehungen in Malta, da die Gewerkschaften in Malta Immunität für alle Straftaten genießen, die im Falle eines Arbeitskampfes begangen werden.

Die Gewerkschaft spielte auch eine wichtige Rolle bei der Verabschiedung des Gesetzes von 1952 über die Arbeitsbedingungen (CERA). Nach diesem Gesetz wurden Lohnausschüsse gebildet, die Arbeitnehmer, die die gleiche Arbeit verrichten, gleichberechtigt behandelten. Es wurden Maßnahmen zum Schutz älterer Menschen und Menschen mit Behinderungen am Arbeitsplatz eingeführt. Der maltesische Arbeitnehmer sah, dass seine Arbeitsbedingungen denen der am weitesten entwickelten Länder und den von der Internationalen Arbeitsorganisation festgelegten Rechten angenähert wurden. Dieses Gesetz war für die Arbeitnehmer des Privatsektors sehr vorteilhaft. Die Arbeitnehmer in diesem Sektor litten unter ungünstigen Arbeitsbedingungen aufgrund fehlender zeitgemäßer Rechtsvorschriften. Die Verordnung VII von 1868 galt noch immer für Arbeitnehmer des privaten Sektors.

Leider entsprach das CERA-Gesetz von 1952 nicht den Anforderungen von weiblichen Beschäftigten. Frauen erhielten nicht den gleichen Lohn wie Männer; das Recht zu heiraten und weiterzuarbeiten wurde nicht gewährt, und es gab keinen Schutz während der Schwangerschaft. Diese Ungerechtigkeit wurde schließlich 1976 behoben, als den weiblichen Arbeitnehmern gleicher Lohn und gleiche Rechte wie ihren männlichen Kollegen gewährt wurden. Die Gewerkschaft setzte um, was sie predigte: Die ersten Arbeitnehmerinnen, die 1945 der Gewerkschaft beitraten, erhielten die gleichen Rechte und Bezüge wie ihre männlichen Kollegen. Diese Frauen waren nicht gezwungen, zu kündigen, wenn sie heirateten.



### REGGIE MILLER 1898 – 1970

Reggie Miller wurde am 1. November 1898 im Badeort Sliema geboren. Im Alter von 16 Jahren ging Miller zur Universität, aber wegen finanzieller Probleme in seiner Familie beendete er sein Studium nicht. Im Februar 1917 begann er als Angestellter auf der Marinewerft der Admiralität zu arbeiten. Miller war bei den Unruhen vom 7. Juni 1919 dabei. An diesem Tag schossen britische Truppen in die Menge und töteten vier Malteser.

1930 nahm Miller an seinem ersten Gewerkschaftstreffen teil. Organisiert wurde dieses von der *Civil Service Clerical Association*. Im Jahr 1931 wurde er zum Sekretär dieser Gewerkschaft gewählt. Miller war der Ansicht, dass zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen alle Kategorien von Arbeitnehmern vereint werden sollten. Die hohen Lebenshaltungskosten durch den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zwangen die maltesischen Gewerkschaften, einen Kriegsbonus zu verlangen. Miller wurde gewählt, um als Sekretär des Komitees zu fungieren, um diese Kriegsentschädigung zu diskutieren. Zu dieser Zeit entwickelte Miller die Idee einer Allgemeinen Arbeitergewerkschaft. Sein Traum wurde am 5. Oktober 1943 mit der Gründung der *General Workers' Union* Wirklichkeit. Nach seinem Rückzug aus der GWU zog Miller nach England, wo er am 21. Juli 1970 starb.

JESMOND MARSHALL

Die GWU übernahm durch Reggie Miller, den Generalsekretär, zwischen Januar 1945 und dem 3. März 1947 eine wichtige Rolle in der Nationalversammlung. Reggie Miller wurde später zum Sekretär dieser Versammlung gewählt. Während der Diskussionen über eine neue Verfassung schlug die GWU zusammen mit der Maltesischen Arbeiterpartei vor, das Mehrfachstimmrecht abzuschaffen. Es sollte der Grundsatz „ein Mann oder eine Frau – eine Stimme“ eingeführt werden. Eine Mehrheit in der Versammlung stimmte zu, dass allen Männern ab 21 Jahren das Stimmrecht gewährt wird. Die Kirche und andere konservative Kreise waren gegen das Frauenwahlrecht. Schließlich beschloss die Nationalversammlung 1945, dass Frauen das aktive und passive Wahlrecht haben sollten. Die Frauen wählten zum ersten Mal im Jahr 1947.

Von Anfang an legte die Gewerkschaft großen Wert auf das Problem der Lebenshaltungskosten und des Lebensstandards. Bei den ersten Treffen mit den Behörden forderte die Gewerkschaft Lohnerhöhungen, damit die Arbeitnehmer ein menschenwürdiges Leben führen konnten. Die GWU wollte sicherstellen, dass die Arbeitnehmer bei fehlenden adäquaten Sozialschutz für Notfallsituationen, wie z.B. bei Krankheit, Ruhestand oder Arbeitslosigkeit, ausreichend Geld verdienen würden.

Am 5. Januar 1946, nachdem die Diskussionen über Lohnerhöhungen und andere noch offene Fragen wie das Recht auf ein Schiedsverfahren gescheitert waren, rief die Gewerkschaft zu einem nationalen Protest auf, der zu einem Generalstreik



führte. Dieser Streik lähmte das ganze Land. Die Geschäfte blieben geschlossen, die öffentlichen Verkehrsmittel fuhren nicht, und alle, vom Facharbeiter bis zum Arbeiter, blieben nach dem GWU-Aufruf, nicht zur Arbeit zu gehen, zu Hause. Es gab keine Berichte über Vorfälle während des Tages. Dieser Protesttag auf Anforderung der GWU gilt als der erste Generalstreik in der Geschichte Maltas, der von einer Gewerkschaft ausgerufen wurde. Im Laufe ihrer Geschichte rief die Gewerkschaft zwei weitere Generalstreiks aus, einen am 28. April 1958 und den anderen am 25. Oktober 1994.

Nach mehreren Sitzungen und dem Generalstreik vom Januar 1946 gaben die britischen Behörden nach und akzeptierten die von der *General Workers' Union* vorgeschlagene Lohnerhöhung. Der Mindestlohn für die Beschäftigten der britischen Behörden und Werften sollte drei maltesische Lira (7,00 EUR) pro Woche betragen. Damals stützte sich der Privatsektor bei seiner Lohnerhöhung auf die Löhne, die an die Beschäftigten der britischen Behörden und Werften gezahlt wurden. Arbeitnehmerinnen erhielten nur 75% dieses Lohns, was für die Gewerkschaft unannehmbar war.

Auf einem GWU-Treffen 1943 sagte Reggie Miller, dass die einzige Lösung für maltesische Arbeitnehmer, die gleichen Bedingungen und Lebensstandards wie britische Arbeitnehmer zu erhalten, die staatliche Integration in Großbritannien sei. Malta war seit 1800 unter britischer Herrschaft. In ihrem Wahlprogramm von 1955 schlug die Arbeiterpartei zwei Alternativen zu den Beziehungen Maltas zu Großbritannien vor: Integration oder Selbstbestimmung (Unab-



Auseinandersetzungen  
am 28. April 1958



hängigkeit). Die GWU ermutigte ihre Mitglieder, die Labour Party bei dieser Wahl zu unterstützen. Nach dem Wahlsieg führte die Labour-Regierung ein Referendum durch, bei dem die maltesische Regierung das maltesische Volk entscheiden ließ, ob es eine Integration in Großbritannien wünschte. Die GWU unterstützte den Aufruf zur Integration. 75% stimmten für die Aufnahme in das Vereinigte Königreich, aber der Plan der maltesischen Regierung scheiterte, weil die britische Regierung nie beabsichtigt hatte, den Maltesern die gleichen Rechte wie den Briten zu geben. Nachdem der Integrationsplan gescheitert war, gründete die GWU zusammen mit der Maltesischen Arbeiterpartei die Freiheitsbewegung. Malta wurde am 21. September 1964 unabhängig, am 14. Dezember 1974 wurde es zur Republik und am 31. März 1979 wurde es völlig frei und souverän. Während der offiziellen Feier am 31. März 1979 entzündeten Premierminister Dom Mintoff und George Agius, der Generalsekretär der GWU, gemeinsam die Fackel der Freiheit.

Was in den frühen 1940er Jahren als Traum für einige wenige Werftarbeiter begann, wurde zur wichtigsten Gewerkschaftsbewegung Maltas. Mit mehr als 40.000 Mitgliedern sind 10% der maltesischen Bevölkerung Mitglied der GWU. Mit dieser Gewerkschaftsbewegung haben die Malteser große Fortschritte gemacht, nicht nur in Bezug auf die Arbeitsbedingungen, sondern auch in Bezug auf die bürgerlichen Freiheiten. Die GWU stand bei den Minderheitenrechten immer an vorderster Front. Unter dem Motto „Die Zukunft ist jetzt“ feierte die GWU 2018 ihr 75. Gründungsjahr.

JESMOND MARSHALL



## 31. MÄRZ 1979, DER TAG DER FREIHEIT

Bis 1979 war Malta stark genug geworden, um allein zurechtzukommen, ohne das Land an ausländische Mächte für Militärbasen zu vermieten. Der britische Militärstützpunkt wurde geschlossen, nachdem die britische Regierung sich weigerte, die 1979 an Malta geschuldete Miete zu zahlen.

Am 31. März 1979, um Mitternacht, fand eine Gedenkfeier an dem Denkmal statt, das eigens für diesen Anlass am Seedeich von Vittoriosa errichtet worden war. Die britische Flagge wurde gesenkt und die maltesische Flagge gehisst. Premierminister Duminku Mintoff und George Agius, Generalsekretär der GWU, entzündeten die Fackel der Freiheit. Überall in Malta und Gozo wurden große Feste gefeiert.

Am 1. April salutierte der Präsident der Republik, Dr. Anton Buttigieg, die HMS London, das letzte britische Kriegsschiff, das den Grand Harbour im Hafen von Valletta verließ. Der jahrhundertelange Traum der maltesischen Patrioten war Wirklichkeit geworden. Nach Jahrhunderten des Dienstes an einer fremden Macht nach der anderen hatten die Malteser nun die volle Souveränität in ihrem eigenen Land. Der Tag der Freiheit ist einer der fünf gesetzlichen Feiertage in Malta. Die anderen Tage sind der Unabhängigkeitstag, der 7. Juni, zum Gedenken an die Unruhen von 1919, der Tag des Sieges und der Tag der Republik.

JESMOND MARSHALL



Ministerpräsident Mintoff und GWU-Sekretär Agius entzündeten die Fackel der Freiheit.



1. April 1979: Das letzte englische Kriegsschiff verlässt die Insel.



Das Gemälde von Jan Matejko aus dem Jahr 1891 zeigt einen Marsch der Abgeordneten des königlichen Schlosses, um den am 3. Mai 1791 vom polnischen Parlament mit dem König verabschiedeten Verfassungstext zu beschwören.

### DIE VERFASSUNG VOM 3. MAI

war die erste Verfassung in Europa und die zweite auf der Welt (nach der US-amerikanischen Verfassung von 1787). Sie führte die Gleichberechtigung des Bürgertums und Adels ein und nahm Bauern in staatliche Obhut. Die Verfassung vom 3. Mai trat praktisch nie in Kraft, weil das Gebiet Polens kurz danach von Russland, Preußen und Österreich besetzt wurde.

### DAS PREUBISCHE GEBIET

Die Leibeigenschaft wurde durch die Edikte aus den Jahren 1811-1850 abgeschafft.

### DAS ÖSTERREICHISCHE GEBIET

Die Leibeigenschaft wurde durch eine Verordnung vom 17. April 1848 abgeschafft.

### DAS RUSSISCHE GEBIET

Die Leibeigenschaft wurde im Königreich Polen abgeschafft. Die Streitigkeiten bezüglich des Landbesitzes wurden erst 1944 beigelegt.

### 8 STUNDEN ARBEIT

Dekret über einen 8-stündigen Arbeitstag und eine 46-stündige Arbeitswoche inkl. 6 Arbeitsstunden samstags. 1933 wurde die Arbeitswoche auf 48 Stunden verlängert.

1791

1808

**DER CODE NAPOLÉON** galt seit 1808 (und auch später) u.A. im Herzogtum Warschau und Königreich Polen (das formell unabhängig war; zwischen 1807 und 1815 in Abhängigkeit von Frankreich). Die letzten Regelungen vom Code Napoléon wurden in Polen 1946 abgeschafft.

1811

### DIE ABSCHAFFUNG DER LEIBEIGENSCHAFT

Leibeigenschaft ist eine Form feudaler Rente, die eine unentgeltliche Zwangsarbeit von Bauern für ihren Leiblehnen voraussetzt. Es ist eine Form der Halbsklaverei. Leibeigenschaft wurde erst von den Staaten abgeschafft, die die Teilungen Polens durchführten.

1848

1861

1918

### DIE WIEDERERLANGUNG DER UNABHÄNGIGKEIT

Das unabhängige Polen baut Institutionen und demokratische Strukturen auf Grundlage der Rechtssysteme der drei Teilmächte neu auf. Am Anfang wurden eine Reihe fortschrittlicher Reformen durchgeführt. Nach dem Putsch von 1926 wurde jedoch die Demokratie eingeschränkt. Im polnischen Vielvölkerstaat nahmen soziale und nationale Konflikte zu.

1918

1918

### DAS WAHLRECHT FÜR FRAUEN

Durch ein Dekret des „provisorischen Staatsoberhaupts“ Józef Piłsudski wurde ein aktives und passives Frauenwahlrecht eingeführt.

### DIE STAATLICHE ARBEITSINSPEKTION (PIP)

wurde durch ein Dekret des Staatschefs Józef Piłsudski ins Leben gerufen. Dieses Dekret wies der Inspektion weitgehende Zuständigkeiten zu.

### TARIFVERTRÄGE

Zwei Gesetze von 1919 über die Beilegung kollektiver Konflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Eine umfassende Regelung von Tarifverträgen trat am 14. April 1937 in Kraft.

### SOZIALE VERSICHERUNGEN

Am 19. Mai 1920 wurde ein Gesetz über eine Pflichtversicherung im Krankheitsfall veröffentlicht. 1934 tritt ein Gesetz über die Sozialversicherung in Kraft. Ebenfalls wurde die allgemeine Rentenversicherung geregelt.

### DER URLAUBSANSPRUCH

Ein Gesetz zum Urlaubsanspruch für Angestellte in der Industrie und im Handel. Ein Monat Urlaub für Angestellte, die überwiegend geistige Tätigkeiten ausübten, und acht bis 15 Tage für Arbeiter, die körperliche Arbeit ausführten. 1933 wurde das Urlaubsrecht eingeschränkt.

### SOZIALE FRAUENRECHTE

Dieses Gesetz aus dem Jahr 1924 betraf Angestellte in der Industrie und im Handel. Es verbot eine Beschäftigung von Frauen bei Arbeiten unter Tag sowie bei gefährlichen, schädlichen oder nächtlichen Arbeiten. Das Verbot für Frauen zur Nachtarbeit und zur Arbeit unter Tage wurde 1951 aufgehoben. Es wurde ein Beschäftigungsschutz für Schwangere und ein Kündigungsschutz eingeführt.

### ARBEITSGERICHE

Am 22. März 1928 wurden Arbeitsgerichte ins Leben gerufen. Urteile wurden durch einen Berufsrichter und zwei Schöffen ausgesprochen, die Arbeitnehmer und -geber vertraten.



Aktivistinnen bei der Mitte-Links-Kundgebung 1930. Die demokratischen Parteien demonstrierten gegen die „Sanierung“ durch die autoritäre Herrschaft Józef Piłsudskis. In der Mitte Justyna Budzińska-Tylicka, polnische sozialistische und feministische Aktivistin, Mitglied der Polnischen Sozialistischen Partei und Mitglied des Warschauer Rates.

1919

### DEKRET DES STAATSCHEFS ZU VORÜBERGEHENDEN VORSCHRIFTEN FÜR ARBEITNEHMERGEWERKSCHAFTEN

Erste Gewerkschaften wurden auf polnischen Gebieten Ende des 19. Jahrhunderts gegründet (in den Staaten der Teilungsmächte). Eine dieser Gewerkschaften war die Vereinigung der Bauarbeiter in Galizien und Teschener Schlesien, der Vorgänger der Bauvereinigung *Budowlani* (Bauarbeiter).

1919

1919



Beginn der organisierten Gewerkschaftsbewegung der Bauarbeiter.

1920

1921

### DIE MÄRZ-VERFASSUNG (VERFASSUNG DER REPUBLIK POLEN VOM 17. MÄRZ 1921)

galt bis zum 23. April 1935. Es war die erste moderne polnische Verfassung. Sie führte eine egalitäre demokratische Republik mit einer Mischung aus parlamentarischem System und Kabinettsystem ein. Alle Bürger waren gleichberechtigt, hatten ein Recht auf Privateigentum, Lebensschutz, Freiheit, Briefgeheimnis und Freiheit von Zensur.

1922

1924

### VERBOT DER KINDERARBEIT

Das polnische Arbeitsrecht in der Zwischenkriegszeit führte 1918 ein Verbot der Kinderarbeit ein. Das Gesetz von 1924 verbot eine Beschäftigung von Jugendlichen unter dem 15. Lebensjahr.

1924



1928

1928

### DIE ARBEITSVERTRÄGE IN DER ZWEITEN POLNISCHEN REPUBLIK

Zwei Verordnungen zu Arbeitsverträgen von manuell Arbeitenden und geistig Arbeitenden führten viele Schutzrechte ein. Diese betrafen allerdings nicht Bauern, Lehrer und Erzieher oder Hausangestellte.

1932

### DAS ABTREIBUNGSRECHT

Bis 1932 war Abtreibung ausnahmslos strafbar. Das Strafgesetzbuch von 1932 sah Ausnahmefälle vor, zum Beispiel bei medizinischer Indikation, bei Vergewaltigung, Inzest oder Geschlechtsverkehr mit einer Minderjährigen unter dem 15. Lebensjahr.

**DER ARBEITSFONDS**

organisierte groß angelegte öffentliche Bauaufträge. Als Hilfe bekamen die Arbeitslosen eine Sozialhilfe und Unterstützung seitens der Behörden.

**EINSCHRÄNKUNG DER PRESSEFREIHEIT**

Es wurde eine Präventivzensur eingeführt.



**DAS MANIFEST DES POLNISCHEN KOMITEES DER NATIONALEN BEFREIUNG (PKWN)**

Ein Aufruf der UdSSR-nahen, vorübergehenden Regierung. Das Manifest sah die Einführung des Mindestlohns, den Ausbau des auf Selbstverwaltung basierenden Sozialversicherungssystems sowie eine Regelung der Wohnungsfrage vor. Man versprach auch die Einführung eines unentgeltlichen, allgemeinen Bildungssystems auf allen Niveaus.

**DIE PRÄVENTIVZENSUR**

Das Dekret zur Gründung der Hauptüberwachungsbehörde für die Presse, Veröffentlichungen und Aufführungen. 1990 wurde die Präventivzensur abgeschafft.

**DIE VERFASSUNG DER POLNISCHEN VOLKSREPUBLIK**

vom 22. Juli 1952, geändert am 31. Dezember 1989 und zu „Verfassung der Republik Polen“ umbenannt. Sie enthielt offiziell alle Grundfreiheiten und -Rechte für das „arbeitende Volk der Städte und Dörfer“. In der Praxis wurde aber die Verfassung von der regierenden Gruppierung ausgelegt.

**DAS „TAUWETTER“**

Ende des Stalinismus. In diesen Jahren wurden die demokratischen Rechte erweitert, zusammen mit einer sehr beschränkten Meinungsfreiheit. Die „Demokratisierung“ wurde schnell beendet.

1934

**POLNISCHER „VERPFLICHTUNGSKODEX“**

Die Arbeitsbeziehungen, d.h. Pflichten der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite, Entlohnungsregeln sowie ein Verbot unentgeltlicher Arbeit wurden umfassend reguliert.

1934

1935

**DIE VERFASSUNG VOM APRIL 1935**

Es wurde ein autoritäres Präsidialsystem in Polen eingeführt.

1938

1939-

**DER KRIEG UND DIE BESATZUNG**

1944

Es wurden alle polnischen Staatsinstitutionen abgeschafft, inklusive sozialer, kultureller Infrastruktur und Bildungsinfrastruktur. Es ist die Zeit der Massenvernichtungen durch die Nazis, vor allem des Genozids am jüdischem Volk.

1944-

**DER MACHTKAMPF**

1948

Die Stalin-Anhänger lösen allmählich oppositionelle Gruppierungen auf. Es findet eine planmäßige Restrukturierung der Gesellschaft statt, um die Stimmen der Arbeiterklasse und der meisten Bauern für die Regierung zu gewinnen.



Bodenreform nach dem zweiten Weltkrieg.

1944

**DIE AGRARREFORM**

Dekret über die Durchführung einer Agrarreform. Die Agrarreform verbesserte beträchtlich die ökonomische und soziale Lage der armen Bauern und somit konnte die neue polnische, UdSSR-nahe Regierung deren Unterstützung für sich gewinnen.

1944

1946

**DER STALINISMUS**

Das war die Zeit des Totalitarismus, der Repressionen und einer Regierung, die die Opposition rücksichtslos bekämpfte. In dieser Zeit führte die Regierung die zentrale Planwirtschaft ein, machte große Investitionen in der Industrie, verfolgte eine Politik der Aufwertung der Rolle von Arbeitern und Bauern und versuchte, „neue sozialistische Intelligenz“ zu schaffen.

1948-

1956

1952

1956

**EIN ERWEITERTES ABTREIBUNGSRECHT**

Das Gesetz vom 27. April 1956 zu den zulässigen Bedingungen eines Schwangerschaftsabbruchs führte die Abtreibung auf Wunsch ein. Dieses Gesetz wurde 1993 geändert, indem das Abtreibungsrecht nur auf bestimmte Fälle beschränkt wurde: z.B. Gefährdung der Gesundheit der Frau, wahrscheinliche Behinderung des Fötus und Schwangerschaft, der eine Straftat zugrunde liegt. Das polnische Abtreibungsgesetz ist eines der strengsten in ganz Europa.

1956-

1958

## MÄRZ 1968

Eine sich weiter verschlechternde Wirtschaftssituation, innere Machtkämpfe innerhalb der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) und die Enttäuschung der Intelligenz über den Abbruch der Demokratisierung führten zu Protesten. Als Antwort organisierte die Regierung zwischen 1967 und 1968 eine antisemitische Kampagne und eine Kampagne gegen die Intelligenz. Das Jahr 1968 gilt als die Entstehung der ersten oppositionellen Gruppierungen in Polen.

## DAS ARBEITSGESETZBUCH TRAT AM 1. JANUAR 1975 IN KRAFT

Es enthielt eine Reihe guter und vorteilhafter Vorschriften für die Arbeiterklasse. Nach 1989 wurde das Arbeitsgesetzbuch an die Bedingungen der Marktwirtschaft angepasst und fast 80 Mal novelliert. Nach 2000 wurden allmählich Regelungen eingeführt, die die Arbeitnehmerrechte beschränkten.

## DAS KRIEGSRECHT

Ein Ausnahmezustand, der am 13. Dezember 1981 eingeführt wurde. Die Bürgerrechte wurden aufgehoben. Die Existenz aller Gewerkschaften wurde verboten und sie wurden enteignet.



Kriegsrecht 1981

**DER BALCEROWICZ-PLAN** sollte einen Übergang von einer zentralen Planwirtschaft in die Marktwirtschaft ermöglichen. Er half, die Krise in den Griff zu bekommen, führte allerdings auch zu einer zunehmenden sozialen Kluft.

## 40 STUNDEN ARBEIT

Eine Gesetzesänderung zum Arbeitsgesetzbuch vom 1. März 2001 kürzte die wöchentliche Arbeitszeit, indem eine 40-stündige 5-Tage-Arbeitswoche eingeführt wurde.

## DIE RECHTE VON MINDERHEITEN

Gesetz vom 6. Januar 2005 zu nationalen und ethnischen Minderheiten und zu Regionalsprachen.

1968

1971-

1980

1974

1980

1981-

1983

1989

1990

1997

2001

2003

2005

2015

## ZEHN JAHRE VON GIEREK

Eine politische Gruppe in der PVAP, die von Edward Gierek angeführt wird, entmachtet Władysław Gomułka. Seitdem führt Polen eine mutige, aber auch riskante Investitionspolitik durch. In diesem Jahrzehnt kommt es zu großen Migrationsbewegungen aus den Dörfern in die Städte (als Ergebnis der Industrie- und Wohnungspolitik).

## UNABHÄNGIGE GEWERKSCHAFTLICHE BEWEGUNG

Nach vielen Arbeiterstreiks stimmte der Staat zu, den Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaftsbund *Solidarność* zu legalisieren. *Solidarność* war eine Gewerkschaft und eine soziale Bewegung sowie eine der größten Organisationen in der Polnischen Volksrepublik (PRL). Die Gruppierung zählte etwa zehn Mio. Mitglieder.

## DER RUNDE TISCH

Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Regierung, demokratischer Opposition und der Kirche, die zu den teilweise freien Parlamentswahlen in Juni 1989 und zur politischen Transformation in Polen führten.



Runder Tisch und Systemwechsel 1989

## DIE VERFASSUNG DER REPUBLIK POLEN

Polen ist ein Rechtsstaat, der die Regeln der sozialen Gerechtigkeit und sozialen Marktwirtschaft berücksichtigt.

## EIN ERWEITERTES DISKRIMINIERUNGSVERBOT IN ARBEITSBEZIEHUNGEN

Eine Änderung des Arbeitsgesetzbuches vom November 2003 führt ein Verbot der Diskriminierung in Bezug auf Rasse, Ethnie, Religion, Konfession, Behinderung, Alter und sexuelle Orientierung ein (ebenfalls ein Verbot der sexuellen Belästigung).

## DER RAT FÜR DEN SOZIALEN DIALOG

Die Aufgabe dieser tripartistischen Behörde besteht darin, einen sozialen Dialog zu führen. Sie soll auch den Grundsatz der Teilhabe und der sozialen Solidarität in Arbeits- und Beschäftigungsbeziehungen umsetzen. Der Rat ersetzte die seit 1994 existierende „Tripartistische Kommission für Soziales und Wirtschaft“, die von Gewerkschaften und Arbeitgebern kritisiert worden war.

# 100 JAHRE POLNISCHE ARBEITSINSPEKTION

Die Arbeitsinspektion in Polen spielte schon immer eine besondere Rolle. Am 3. Januar 1919, ein paar Monate nachdem Polen seine Unabhängigkeit nach über 120 Jahren wiedererlangt hatte, erließ Józef Pilsudski ein provisorisches Dekret über die Einrichtung und Tätigkeit der Arbeitsinspektion. So wurde eine Inspektionsbehörde ins Leben gerufen, die ein breites Spektrum an Kompetenzen hatte und die als Teil der Regierungsadministration fungierte.



Das Staatsoberhaupt Józef Pilsudski unterschreibt das Dekret über die Einrichtung der Arbeitsinspektoren 1919.

Józef Pilsudski, der ursprünglich ein radikaler Sozialist war, hatte in seiner frühen Phase der politischen Tätigkeit sehr fortschrittliche Ansichten. Diese Ansichten änderten sich erst in der 2. Hälfte der Zwanzigerjahre, als er nach dem Putsch 1926 anfang, sein autoritäres Regime aufzubauen. Er unterstützte stets die Arbeitsinspektion, die in der Zwischenkriegszeit wichtig für die Gestaltung eines arbeiterfreundlichen Arbeitsmarktes war. Am 14. Juli 1927 erließ der Präsident der Republik Polen eine Verordnung über die Arbeitsinspektion, die ihr noch weitere Kompetenzen zuwies.

Die Arbeitsinspektion agierte bis Anfang des Zweiten Weltkriegs 1939. Viele Mitarbeiter der Inspektion sind den Besatzern im Laufe der Aktion zum Opfer gefallen, die die Entfernung aller Beamten zum Ziel hatte. Als eine besondere Persönlichkeit der polnischen Arbeitsinspektion gilt Halina Kraheńska. Kurz vor ihrem Tod im KZ Ravensbrück erarbeitete sie 1945 „Die Richtlinien zur Gestaltung der Arbeitsinspektion im unabhängigen Polen nach dem Zweiten Weltkrieg“. Viele Ihrer Empfehlungen wur-

den bei der Neugestaltung der Arbeitsinspektion nach dem Zweiten Weltkrieg berücksichtigt. Der Halina-Kraheńska-Preis gilt heute als die wichtigste Auszeichnung im Bereich des Arbeitsschutzes.

1946 wurde das Ministerium für Arbeit und Soziales mit sämtlichen Angelegenheiten bezüglich der Sicherheit, Hygiene und des Arbeitsschutzes beauftragt. Es wurde auch eine Ministerien übergreifende Zentrale Kommission zur Arbeitssicherheit und zum Arbeitsschutz gegründet. Ebenfalls wurden ihre Pendanten in 20 Arbeitsbereichen ins Leben gerufen. Sie war u.a. für die Durchführung von Kontrollen in Hochrisikobetrieben zuständig. Ab 20. März 1950 unterlag die Arbeitsinspektion den Nationalräten, was durch das Gesetz über territoriale Einrichtungen der einheitlichen Staatsgewalt bestimmt wurde. 1950 wurde ein Schulungszentrum der Staatlichen Arbeitsinspektion in Breslau gegründet, das später eine wichtige Rolle bei den Schulungen und der Forschung sowie bei der Standardisierung der Tätigkeit der Arbeitsinspektion spielte. In der Zeit des Stalinismus wurde

die Tätigkeit der Inspektion in Polen eingeschränkt. Die Prioritäten für die kommunistisch ausgerichteten Behörden waren: Die Steigerung der Produktion, der Aufbau des Landes und ein gegenseitiger Wettbewerb, der sehr oft auf Kosten der Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter stattfand. In dieser Situation verfügte die Arbeitsinspektion nur theoretisch über breite Kompetenzen. In der Praxis hatte sie aber beschränkte Handlungsmöglichkeiten.

Am 10. November 1954, durch das „Dekret zur Übernahme der Aufgaben im Bereich der Ausführung der Gesetze zum Arbeitsschutz und zur Arbeitssicherheit durch die Gewerkschaften“, wurde die Arbeitsinspektion in die gewerkschaftliche Strukturen einbezogen. Die bisher territoriale Arbeitsinspektion wurde in eine industrieabhängige, technische Arbeitsinspektion umgewandelt. Die scheinbare Abstufung der Inspektion stärkte in Wirklichkeit deren mögliches Potenzial. Die politisch von der Regierung unabhängigen Gewerkschaften verfügen über eine große Handlungsautonomie in Betrieben, was eine effiziente Arbeitsweise der Inspektion ermöglichte. Nach den Streiks 1980 und Gründung einer unabhängigen, gewerkschaftlichen Bewegung, wurde am 6. März 1981 ein Gesetz über die Staatliche Arbeitsinspektion (PIP) verabschiedet, die die Ausführung des Arbeitsrechts, insbesondere der Arbeitssicherheit, überwachen sollte. Die Regierung wollte die Arbeitsinspektion „übernehmen“ und den Einfluss der Gewerkschaften auf sie unterbinden. Seitdem unterlag die Inspektion dem Nationalrat. Am 29. Mai 1989, im Laufe der politischen Transformation, wird die Staatliche Arbeitsinspektion dem polnischen Parlament (Sejm) untergeordnet. Diese außergewöhnliche Lösung gilt bis heute, obwohl die Regierung mehrmals versucht hat, auf die Inspektion Einfluss zu nehmen.

1990 wurde der Rat für Arbeitsschutz ins Leben gerufen, der die Arbeitsbedingungen und die Staatliche Arbeitsinspektion überwacht. Er ist ein Beratungsorgan des polnischen Parlamentspräsidenten. Im Rat sitzen Parlamentsmitglieder, Vertreter der Regierung, Vertreter der Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen sowie Vertreter sozialer Einrichtungen, die sich mit dem Arbeitsschutz befassen. Zum Rat werden auch Experten und Wissenschaftler berufen.

Nach dem 1. Mai 2004, nach Polens Beitritt zur Europäischen Union, wurde die Staatliche Arbeitsinspektion (PIP) zum vollwertigen Mitglied des Komitees der Hohen Arbeitsinspektoren.

Am 13. April 2007 wurde ein neues Gesetz über die Staatliche Arbeitsinspektion verabschiedet, das u.a. die Kontrolle der legalen Beschäftigungsbedingungen zu deren Kompetenzen hinzufügte. Die Staatliche Arbeitsinspektion in Polen hat sehr vielfältige Kompetenzen und Zuständigkeiten. Sie überwacht jegliche Arbeitsbedingungen (nicht nur bezüglich der Sicherheit und Gesundheit), agiert als Verbindungsstelle in Fragen der Arbeitnehmerentsendung, überwacht die Nutzung gefährlicher Substanzen in der Wirtschaft und kontrolliert, ob Personen mit Migrationshintergrund legal beschäftigt werden. Obwohl die Regierung auf die Wahl des Hauptinspektors einen Einfluss ausübt, ist die Institution in großem Maße regierungsunabhängig. Da das System der Tarifverträge in Polen nur schwach etabliert ist, fungiert die Inspektion als natürliche Verbündete der Gewerkschaften. Sowohl auf nationalem als auch auf lokalem Niveau besteht die Inspektion aus industriebezogenen Arbeitssicherheitsräten (u.a. im Bauwesen und in der Landwirtschaft), die als Foren des bürgerlichen Dialogs agieren. Beschwerden seitens der Arbeitnehmer bezüglich einer nicht neutralen Arbeitsweise der Inspektion kommen relativ selten vor.

Abgesehen von Streiks sind die Interventionen der Arbeitsinspektion das einzige wirksame Instrument für die Arbeitnehmer im Falle schwieriger Konflikte mit Arbeitgebern.

JAKUB KUS

## ARBEITSGESETZBUCH ODER TARIFVERTRÄGE? – DAS DILEMMA DER POLNISCHEN INDUSTRIELLEN BEZIEHUNGEN

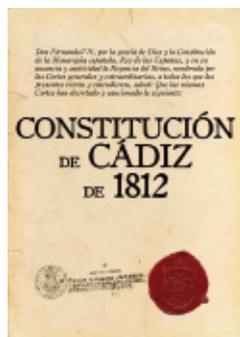
**POLEN** ist seit vielen Jahren ein „weißer Fleck“ auf der Karte der Branchen-Tarifverträge in Europa. Durch die Branchen-Tarifverträge sind nur einige wenige Arbeitnehmergruppen erfasst. Durch betriebsübergreifende Tarifverträge sind u.a.: manche Arbeitnehmer der Selbstverwaltung, Arbeitnehmer der staatlichen Budget-Sphäre (Militär, Waldwirtschaft, Meereswirtschaft) sowie der Energiebranche und des Braunkohlebergbaus erfasst. Warum so wenige?

Es gibt viele Gründe. Unter anderem werden die geringe Zahl der Mitglieder der Berufsverbände und die Schwäche der Arbeitgeberverbände als Gründe genannt. Das ist u.a. der fehlenden Möglichkeit eines effektiven Handelns der Verbände in kleinen Firmen und der fehlenden Attraktivität des Zusammenschlusses zu Arbeitgeberverbänden zuzuschreiben. Es fehlt an repräsentativen Arbeitgeberorganisationen in vielen Sektoren. Das Recht in Polen regt nicht dazu an, industrielle Beziehungen auf Tarifverträge zu stützen. Deren Zahl nimmt langsam ab – auch auf Betriebsebene. Ein Tarifvertrag ist sehr schwierig abzuschließen und lässt sich sehr leicht kündigen. Er ist schwierig abzuschließen, weil ein Tarifvertrag vorteilhaftere Lösungen für die Arbeitnehmer enthalten muss als das Arbeitsgesetzbuch. Und das Arbeitsgesetzbuch ist sehr ausführlich. Das ist ein interessanter Rechtsakt. Er wurde 1974 – in der Zeit des „realen Sozialismus“ verabschiedet, und er hat sich insofern als gut erwiesen, als man ihn ganz einfach an die neue Gesellschaftsform und Marktwirtschaft nach 1989 anpassen konnte. Allerdings wurde er bis heute etwa 80 Mal novelliert. Vor kurzem wurde die Arbeit an einem neuen Arbeitsgesetzbuch eingestellt. Die neuen gesellschaftlichen Akteure konnten sich nicht auf seinen Inhalt einigen und die Regierung ist nicht das Risiko des Forcierens eines Rechtsprojekts ohne ihr Einverständnis eingegangen. Man sagt, dass die Berufsverbände, als sie in den 90ern des 20. Jahrhunderts einen sehr großen

Einfluss auf den Prozess der Entwicklung des Rechts hatten, einen Fehler begingen – indem sie auf sehr ausführliche und stark arbeitnehmerfreundliche Rechtslösungen setzten und nicht die Lösungen stützten, die den autonomen und dreiseitigen Dialog stärken. Das hat bei ungünstigen Gesetzen über die Berufsverbände und Arbeitgeberverbände zu einer Hemmung der Entwicklung der Tarifverhandlungen geführt. Ob dem wirklich so war – ist schwierig zu sagen. Fakt ist, dass gegenwärtig die Tarifverträge in den Firmen sich kaum von den Bestimmungen des Arbeitsgesetzbuches unterscheiden und oft nicht die Tarifordnung zur Lohnregelung enthalten. Heute setzen die Berufsverbände in Unternehmen oft mehr auf die Möglichkeit der Verhandlung der Arbeitsordnungen, die durch den Arbeitgeber in Firmen mit mehr als 50 Beschäftigten eingeführt werden müssen, als auf Tarifverträge. Die erste Arbeitsordnung führt der Arbeitgeber nach einer Beratung mit den Berufsverbänden ein. Aber in jede weitere Änderung der Arbeitsordnung müssen dann die Berufsverbände schon einwilligen. Das öffnet den Raum für Verhandlungen. Die Berufsverbände und Arbeitgeber-Organisationen treffen in Polen andere Vereinbarungen, die keine Tarifverträge sind und vielmehr Empfehlungen für die Sektor-Arbeitsmärkte darstellen.

Bestimmte Hoffnungen werden in die Bildung der Sektor-Räte für Qualifikationsfragen gesetzt. Diese definieren die Qualifikationsrahmen der Branchen, mit denen indirekt Einfluss auf die Lohnregelungen bzw. die Lohnhöhe genommen werden kann. Das könnte ein neues Kapitel im Dialog der Branchen sein. Aber es führt noch ein sehr weiter Weg zu wirklichen Veränderungen.

JAKUB KUS



Die spanische Verfassung von 1812  
– bekannt als *La Pepa*.

## ERSTE SPANISCHE VERFASSUNG

Diese Verfassung wurde von der Verfassungsgebenden Versammlung in Cádiz verkündet. Zum ersten Mal wird hier offiziell die nationale Souveränität Spaniens erklärt. Die Verfassung von Cádiz war eine der liberalsten ihrer Zeit und garantierte die Druckfreiheit und die Unabhängigkeit der Gerichte.

## ERSTER GENERALSTREIK IN SPANIEN

Dieser Streik richtete sich gegen das Verbot von Arbeitnehmerverbänden und fand in erster Linie in Katalonien statt. Er endete mit einem Gesetz, das die Forderungen der Arbeitnehmer\*innen nicht berücksichtigte.

## LEY BENOT

Das „Ley Benot“ war der Beginn der spanischen Arbeitsgesetzgebung. Das Gesetz schützte Kinder vor ausbeuterischen Arbeitsbedingungen und hatte gleichzeitig eine Pionierfunktion im Bereich Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz.



Kinderarbeit

## VEREINIGUNGSRECHT

Zum ersten Mal wird das Vereinigungsrecht kodifiziert. Dieses Gesetz erkennt religiöse, politische und wissenschaftliche Vereinigungen sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände an.

## ARBEITSUNFALLVERSICHERUNGSGESETZ

Der wichtigste Beitrag dieses Gesetzes (Ley Dato) bestand darin, berufliche Risiken abzudecken und vor Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten zu schützen.

1812



Foto der Arbeiter und der Eigner der Barcelona-Mataró Linie, 1848

1844

## KÖNIGLICHE VERORDNUNG ZUM BAU VON EISENBAHNEN

Erste Eisenbahnstrecke: Barcelona-Mataró 1848, gefolgt von Madrid-Aranjuez und Gijón-Langreo. Der Bau dieser Eisenbahnstrecken bedeutete nicht nur die Verbesserung des Transports von Gütern und den wirtschaftlichen Aufschwung der Regionen, durch die diese Strecken verliefen, sondern war auch die Grundlage für die Verbindung dieser Landesteile mit der Eisenbahn.

1855

1857

## ERSTES SPANISCHES SCHULGESETZ

Mit diesem neuen Gesetz (Ley Moyano) gelang die systematische Strukturierung des spanischen Bildungswesens sowie die Reglementierung des öffentlichen und privaten Bildungswesens und des Zugangs zu öffentlichem Lehrmaterial.



Claudio Moyano –  
Bildungsminister

1873

1876

## INSTITUCIÓN LIBRE DE ENSEÑANZA (FREIE LEHRANSTALT)

Diese neue Institution wurde von einer Gruppe Hochschulprofessoren nach dem politisch begründeten Verlust ihrer Lehrstühle ins Leben gerufen. Die Professoren hatten ihre akademische Freiheit verteidigt und sich geweigert, ihre Lehre den offiziellen Dogmen in religiösen, politischen und moralischen Fragen zu unterwerfen.

1887

1890

## EINFÜHRUNG DES ALLGEMEINEN WAHLRECHTS FÜR MÄNNER

Gesetzlich und theoretisch wurde Spanien in diesem Jahr zu einer demokratischen Monarchie.

1900



Das Bulletin der modernen Schule (*Boletín de la Escuela Moderna*) vom 31. Dezember 1905. Es erschien zum ersten Mal im Oktober 1901 und wurde von Francisco Ferrer bearbeitet.

### **MODERNE SCHULE IN BARCELONA**

Diese Moderne Schule (*Escuela Moderna*), gegründet von Ferrer Guardia, war einem Unterricht verpflichtet, der das freie Denken fördert und die Koedukation der Geschlechter und sozialen Klassen beinhaltet. Diese Schule stellte einen revolutionären Bruch mit den traditionellen Methoden dar.

### **ARBEITSGESETZ**

Prüfung, Zusammenstellung und Neufassung des Arbeitsrechts durch eine systematische Gruppierung von Themen.



### **SPANISCHE VERFASSUNG**

Diese Verfassung bedeutete einen Fortschritt für die Verteidigung der Menschenrechte: Anerkennung des Frauenwahlrechts, formelle Anerkennung der Gleichstellung von Mann und Frau, Übertragung der Legislative an das Volk, die Staatsgewalt geht nicht von der Monarchie aus.

### **GESETZ ÜBER ARBEITSBEZIEHUNGEN**

Festlegung umfassender individueller Arbeitsrechte (Einstellung, Kündigung...). Eine Verbesserung kollektiver Rechte war nicht möglich, aufgrund der nicht gewährten Koalitionsfreiheit.

### **GESETZ ÜBER DAS GEWERKSCHAFTLICHE VEREINIGUNGSRECHT**

Zulassung der Interessenvertretungen von Arbeitnehmer\*innen und Arbeitgebern in allen Sektoren.

### **KÖNIGLICHER ERLASS ÜBER ARBEITSBEZIEHUNGEN**

Anerkennung des Streikrechts. Streiks werden verrechtlicht, ebenfalls Aussperrungen.

1901

1918

### **GRÜNDUNG DER NATIONALEN SPANISCHEN FRAUENVEREINIGUNG**

Ziel dieser Vereinigung war die Förderung von Frauenrechten und hier in erster Linie des Wahlrechts, sie setzten sich aber auch für Initiativen im Rechts-, Bildungs- und Sozialwesen ein.

1919

### **STREIK VON LA CANADIENSE**

*La Canadiense* war ein Unternehmen der *Barcelona Traction, Light and Power Company*. Der Streik dauerte 44 Tage und weitete sich zu einem Generalstreik aus. Nach langen und erbitterten Auseinandersetzungen führte der Streik zur gesetzlichen Einführung des Achtstundentages.

1926

### **EINFÜHRUNG DER GESETZLICHEN MUTTERSCHAFTSVERSICHERUNG**

Diese Versicherung trat 1931 in Kraft und war der Auftakt für weitere Sozialversicherungen und die Gründung wohltätiger öffentlicher Fonds und die Einführung umfassender Änderungen in der spanischen Gesetzgebung.

1929

1931

### **ARBEITSVERTRAGSRECHT**

Einführung verpflichtender Standards für Arbeitsverträge und Reglementierung von Kollektivvereinbarungen.

1931

1932

### **SCHEIDUNGSRECHT**

Verabschiedet in der Zeit der Zweiten Spanischen Republik, war dies das erste Gesetz, das Scheidungen in Spanien regelte.

1976

1977



Wahllokal in Toledo am 15. Juni 1977

1977

1977

### **ERSTE FREIE PARLAMENTSWAHLEN SEIT DER ZWEITEN REPUBLIK**

Ziel war die Vollendung des politischen Reformprozesses durch Ausarbeitung einer Verfassung, die schließlich 1978 angenommen wurde.

**LEGALISIERUNG VON GEWERKSCHAFTEN UND LINKSPARTEIEN**

Die Parteien PSOE (Spanische Sozialistische Arbeiterpartei) und PCE (Kommunistische Partei Spaniens) sowie die Gewerkschaftern UGT (Arbeitergewerkschaft) und CCOO (Arbeiterkommissionen – *Comisiones Obreras*) wurden legalisiert.



Abschlussfeier der ersten Zusammenkunft der Kommunistischen Partei Spaniens, die 1977 in der Casa de Campo in Madrid stattfand.

**ARBEITNEHMERSTATUT**

Regelt individuelle Arbeitsbeziehungen, das Versammlungsrecht und die Arbeitnehmervertretung innerhalb von Unternehmen sowie die Verhandlung von Kollektivvereinbarungen.

**SCHEIDUNGSRECHT**

Das erste Scheidungsrecht Spaniens wurde 1939 abgeschafft. Mit dem Gesetz von 1981 sind Scheidungen wieder möglich.



Unterstützungsdemonstration von Feministinnen für die Mitglieder der demokratischen Frauenvereinigung (ADM).

**ALLGEMEINES GESUNDHEITSGESETZ**

Alle spanischen Bürger\*innen und alle Ausländer\*innen haben das Recht auf eine öffentliche Gesundheitsversorgung.

**ORGANGESETZ ÜBER UMFASSENDEN SCHUTZ VON GESCHLECHTSSPEZIFISCHER GEWALT**

Das Gesetz ist ein umfassender Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt und will diese verhindern, bestrafen und beseitigen. Es sind Hilfsmaßnahmen für die Opfer vorgesehen, so gibt es besondere Regelungen, damit die Frauen nicht weitere Nachteile hinnehmen müssen, beispielsweise durch Lohnausfall oder Kündigung aufgrund häufiger Fehlzeiten.

**FRISTENREGELUNG (ABTREIBUNGSGESETZ)**

Straffreiheit bei freiwilliger Beendigung der Schwangerschaft während der ersten 14 Wochen.

1977

1977

**PAKT VON MONCLOA**

Vereinbarung zwischen der spanischen Regierung und den wichtigsten Parteiführer\*innen im Abgeordnetenhaus mit Unterstützung von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften über wirtschaftliche Regelungen. Dieser Pakt war für Spanien die Voraussetzung für einen Modernisierungsprozess, der schließlich zum Beitritt des Landes zur Europäischen Gemeinschaft führte.

1978

**SPANISCHE VERFASSUNG**

Das neue Verfassungsgesetz bedeutete die Anerkennung verschiedener Rechte und Freiheiten: Bildung, Gesundheitsversorgung, Sozialschutz usw. Im Bereich des Arbeitsrechts wurden in der Verfassung das Recht auf Kollektivverhandlungen, die Vereinigungsfreiheit und das Streikrecht verankert.



Erste Seite der spanischen Verfassung von 1978.

1980

1981

**NEUES ABTREIBUNGSGESETZ**

Straffreiheit der Abtreibung in drei Fällen: Vergewaltigung, Gefahr für die körperliche und seelische Gesundheit der Mutter und Gefahr der Missbildung des Fötus.

1985

1985

**ORGANGESETZ ÜBER VEREINIGUNGSFREIHEIT**

Regelt und schützt die Vereinigungsfreiheit und gewerkschaftliche Aktionen.

1986



Menschen feiern im März 2005 den Pride Day und das neue Gesetz zur Anerkennung gleichgeschlechtlicher Ehen.

2004

2005

**ANERKENNUNG GLEICHGESCHLECHTLICHER EHEN**

Das Gesetz wird mit absoluter Mehrheit angenommen und gilt als wegweisend, da es auch die Adoption von Kindern erlaubt.

2007

**GESETZ ZUR EFFEKTIVEN GLEICHSTELLUNG VON MANN UND FRAU**

Ziel des Gesetzes ist die Bekämpfung jeder Form von direkter oder indirekter Diskriminierung aufgrund des Geschlechts sowie die Förderung echter Gleichheit zwischen Frauen und Männern. Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten müssen Gleichstellungspläne aufstellen.

2010

# DURCHSETZUNG DES 8-STUNDEN-TAGES IN SPANIEN ALS DEM ERSTEN LAND DER WELT

Im Jahr 1919 erreichte der Kampf der Arbeiter von *La Canadiense*, der größten Elektrizitätsgesellschaft in Barcelona, die Festschreibung des 8-Stunden-Arbeitstages. Damit war Spanien das erste Land der Welt, das dieses Recht gesetzlich verankerte.

Spanien erlebte am Ende des Ersten Weltkriegs eine schwere Wirtschaftskrise, die sich wie folgt zusammenfassen lässt: Rückgang der Nachfrage mit der Schließung von Unternehmen, Anstieg der Arbeitslosigkeit und vermehrte Lohnkürzungen. Dies führte zur Eskalation sozialer Konflikte, die Russische Revolution war im Gange. Mit dem Ende des Krieges 1918 kam es zu einem drastischen Produktionseinbruch, die sozialen und arbeitsrechtlichen Bedingungen der Arbeiter verschlechterten sich weiter. Es gab weniger Arbeit, gleichermaßen niedrige Löhne und quälende Schufferei, gleichzeitig aber auch eine enthusiastische Begeisterung für europäische Bewegungen und die Konsolidierung des bolschewistischen Triumphes. Die Gewerkschaften UGT (*Unión General de Trabajadores*, allgemeine Arbeitergewerkschaft) und CNT (*Confederación Nacional del Trabajo*, nationale Arbeiterkonföderation) griffen die Unzufriedenheit der Arbeiter auf und verstärkten sie durch Ausweitung ihrer Aktionen auf dem Land, in Industriegebieten und Großstädten.

In Barcelona kam es zwischen 1919 und 1923 zu sehr gewalttätigen Auseinandersetzungen: eine starke CNT traf auf harte Reaktionen der Arbeitgeber. Dabei spielte eine Rolle, dass das Arbeitgeberlager gespalten war: zum einen die Textilindustrie, deren Besitzer eher dazu neigten, mit den

1919



Schlangestehen für Kohle während der Streiks bei *La Canadiense*, die zum Ausfall der Lieferungen geführt haben.

Gewerkschaften zu verhandeln und sich offen für Arbeitsreformen zeigten; zum anderen die Bauwirtschaft, deren Unternehmer eine harte Reaktion vertraten. Die Führer der beiden Industriezweige trafen sich mit dem Regierungschef in Madrid, dem Grafen von Romanones, noch bevor die Aktionen und Streiks an Umfang zunahmen. Der Regierungschef, der eigentlich bei dem Konflikt neutral bleiben wollte, gab den Forderungen von Milans de Bosch, dem

Generalkapitän von Katalonien, und des Zivilgouverneurs González Rothwos nach. Sie forderten die Aufhebung der Verfassungsgarantien in der Stadt, bis sich die Situation entspannt hätte und die aufrührerische Fernwirkung der deutschen Spartakistenrevolte vorbei wäre. Am 16. Januar 1919 trat der Ausnahmezustand in Kraft. Warum ihn wieder beenden? Örtliche Arbeiter wurden in der Folge in großer Zahl verhaftet und weggesperrt.



Bild des *Somatén*, der bewaffneten Organisation der Arbeitgeber.



Auseinandersetzungen während des *Canadiense*-Streiks.



Das Militär zündet die Straßenbeleuchtung an den Ramblas während des Streiks.

Zu diesem Zeitpunkt war die Auseinandersetzung bei *La Canadiense* der beherrschende Konflikt in Barcelona. Der Konflikt entstand, als die Arbeiter beschlossen, sich zu organisieren. Der Manager des Unternehmens fühlte sich provoziert und wollte Arbeiter entlassen. An der Gründung der Gewerkschaft Beteiligte wurden gefeuert.

Das Unternehmen wird dann ab dem 5. Februar 1919 bestreikt, in Solidarität mit acht drei Tage zuvor Entlassenen. Bald streikt die gesamte Belegschaft. Sie gehen auf die Straße, sprechen mit dem Gouverneur. Der wiederum verspricht zu intervenieren. Als sie aber zu ihrem Arbeitsplätzen zurückkehren, sehen sie sich der Polizei gegenüber, die sie am Zugang zum Betrieb hindert. Diese Ereignisse lösen in Barcelona eine Kettenreaktion aus. Am 21. Februar wird der Streik in allen Unternehmen der Gruppe unterstützt, und am 27. Februar schließen sich Arbeitnehmer aus dem gesamten Elektrizitätssektor und einer Vielzahl anderer Sektoren an, 70 % der Industrie in Katalonien werden lahmgelegt.

Der Streik bringt Straßenbahnen zum Stillstand, Zeitungen erscheinen nicht, die Wasserverteilung ist blockiert u.v.m.

Der Generalkapitän Milans del Bosch erläßt daraufhin ein Dekret, dass die Armee die Fabriken kontrollieren sollte, „um die Versorgung wiederherzustellen“. Als der Befehl erteilt wird, unternimmt jedoch keiner der Arbeiter und Angestellten in Uniform einen Schritt, ihn auszuführen. Zwischen achthundert und fünftausend werden verhaftet, dreitausend Arbeiter werden inhaftiert. Mitte März wird der Kriegszustand erklärt und die Medien unter die Kontrolle der Regierung gebracht. Der Widerstand erlahmt jedoch nicht.

Nach 44 Tagen endet der Streik mit einer Vereinbarung, die die Freilassung der Häftlinge, die Wiedereinsetzung der Entlassenen, den 8-Stunden-Arbeitstag, die Erhöhung der Gehälter und die Zahlung der Hälfte der durch den Streik verlorenen Tage vorsieht. Dieser Erfolg war der berechtigten Furcht vor einem Generalstreik im ganzen Land geschuldet, der drohte, wenn der



Die *Canadiense*-Anlage, mit ihren drei charakteristischen Schornsteinen.

Barcelona-Konflikt nicht gelöst werden könnte. Sobald alle inhaftierten Arbeiter freigelassen waren und nachdem die Vereinbarung 20.000 Arbeitern durch Gewerkschaftsführer Salvador Seguí am 19. März 1919 vorgelesen worden war, galt die Vereinbarung als angenommen.

Am 3. April 1919 unterzeichnete der Graf von Romanones das Dekret, das ab Oktober desselben Jahres den achtstündigen Arbeitstag für alle spanischen Arbeiter vor-

## BARCELONA NACH DEM STREIK VON LA CANADIENSE

DER KONFLIKT in *La Canadiense* polarisierte, es gab keine Zwischenpositionen. Die Patronale Föderation von Barcelona, die die industrielle Elite vertrat, hatte ein Bündnis mit den extremsten Teilen der Armee in der Region geschlossen. Auf Anregung des Arbeitgeberverbandes weigerte sich der



Das Militär kontrolliert die Arbeit des Elektrizitätsdienstes.

damalige Generalkapitän von Barcelona, Joaquin Milans del Bosch, die CNT-Mitglieder aus der Militärhaft zu entlassen. Er wollte das Abkommen von *La Canadiense* zu Fall bringen und eine Konfrontation mit den Gewerkschaften provozieren.

Das Jahr 1919 zeigte, wie Fragen im Zusammenhang mit der Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen von einem großen Teil der Behörden als Problem der öffentlichen Ordnung behandelt wurden. Jeder Versuch der Republikaner und Sozialisten, der ablehnenden Haltung der Geschäftsleute gegen die internationalen Übereinkommen, wie sie von der ILO beschlossen waren, entgegenzuwirken, scheiterte an deren Feindseligkeit gegenüber Interventionen des Staates in die Industrie sowie an den autoritären Positionen der reaktionärsten Gruppen der spanischen Gesellschaft.

Die Stadt wurde militarisiert, Ausgangssperre nach 23 Uhr verhängt und fast 10.000 mit Gewehren bewaffnete Männer, die *Somatén*, jagten Gewerkschafter. Es entwickelte sich

der umfangreichste Streik in der Geschichte der Stadt – von Straßenbahnfahrern über Dockarbeiter bis hin zu Fabrikarbeitern, Bestattern, Händlern und Hotelkellnern. Am Ende jedoch waren die Arbeiter erschöpft, sie kehrten an ihre Arbeitsstellen zurück.

Die Arbeitgeber fühlten sich legitimiert, den Druck zu verstärken und begannen mit Aussperrungen und Unternehmensschließungen. Zwischen 150.000 und 300.000 Arbeiter wurden aufgrund dieser Taktik der Arbeitgeber im Dezember 1919 wochenlang arbeitslos. In den folgenden Jahren führte diese Verhärtung der Fronten zu gewaltsamen Angriffen beider Seiten. Sie forderten bis 1923, dem Jahr des Beginns der Diktatur des Primo de Rivera in Spanien, mehr als 250 Todesopfer.

MARÍA ÁNGELES ROMERO CAMBRA

Spanische Quelle:

*La efectividad de la acción directa: la huelga de La Canadiense y sus consecuencias.*  
<https://www.elsaltodiario.com/anarcosindicalismo/efectividad-accion-directa-huelga-canadiense>

sah. Er trat zurück, nachdem er seine Unterschrift unter das Dokument gesetzt hatte. Der Streik von *La Canadiense* wird als großer Triumph der Arbeiterklasse und als Organisationsmodell für die Gewerkschaftsbewegung in Erinnerung bleiben. Spanien war somit das erste Land der Welt, das per Gesetz den achtstündigen Arbeitstag einführte.

### Aber wie ging die Entwicklung des achtstündigen Arbeitstages weiter?

Die Festsetzung von acht Stunden Tagesarbeit in Spanien war der Höhepunkt einer globalen Bewegung, die sich seit Jahrzehnten entwickelt hatte. Aber es stellt sich die Frage, ob die Begrenzungen des Arbeitstages tatsächlich in die Praxis umgesetzt worden sind und ob dies bis heute unverändert geblieben ist? Die Antwort von Antonio Rivera, Professor für Geschichte an der Universität des Baskenlandes lautet: Auf dem Papier, ja. Auch während der Diktatur von Primo de Rivera noch unter Franco wurde sie nicht abgeschafft. Es wurde jedoch im Zuge der Umsetzung des Dekrets diskutiert, welche Unternehmen und Branchen von Ausnahmen profitieren und wie mit Überstunden umgegangen werden sollte. Tatsächlich war die Frage der Dauer des Arbeitstages vom gewerkschaftlichen Druck abhängig. Nach Ansicht des Professors: „So wie heute“. Es steht und fällt mit der Stärke und den Fähigkeiten der Organisation, dass die Arbeiter am Ende nicht 10 oder 12 Stunden arbeiten müssen, obwohl auf dem Papier nur acht vorgesehen sind.

MARÍA ÁNGELES ROMERO CAMBRA

Spanische Quellen:

[http://escuelasindical.ccoo.es/noticia:359933--Lucha\\_por\\_las\\_8\\_horas\\_de\\_trabajo](http://escuelasindical.ccoo.es/noticia:359933--Lucha_por_las_8_horas_de_trabajo)

[https://www.elconfidencial.com/cultura/2019-01-19/jornada-ocho-horas-huelga-canadiense-centenario\\_1767114/](https://www.elconfidencial.com/cultura/2019-01-19/jornada-ocho-horas-huelga-canadiense-centenario_1767114/)

<https://www.nuevatribuna.es/articulo/historia/huelga-canadiense/20160216195450125464.html>

[https://www.eldiario.es/catalunya/huelga-Canadiense-consiguio-jornada-laboral\\_0\\_863014014.html](https://www.eldiario.es/catalunya/huelga-Canadiense-consiguio-jornada-laboral_0_863014014.html)

<https://anarquismoanarcosindicalismoyotrotemas.wordpress.com/2015/07/06/el-pistolismo-y-el-terrorismo-patronal-en-la-rosa-de-foc/>

Video des Streiks (in spanischer Sprache):

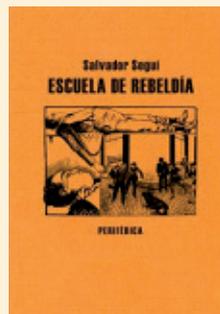
<https://www.youtube.com/watch?v=xDTeR93w8kU>

## SALVADOR SEGUÍ



Salvador Seguí Rubinat (geb. Tornabous, 23. Dezember 1886 – ermordet in Barcelona, 10. März 1923) war einer der wichtigsten Führer der Nationalen Konföderation der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft in Katalonien während des frühen 20. Jahrhunderts.

Seguí war einer der herausragenden Köpfe, was das Erreichen der Ergebnisse des *Canadiense*-Streiks anbelangt. Geboren wurde Salvador Seguí 1886 in der Provinz Lleida in einer bäuerlichen Familie, die im folgenden Jahr nach Barcelona emigrierte. Der *noi del sucre* (der Zuckerknabe) verließ die Schule im Alter von 12 Jahren, um das Handwerk des Malers zu erlernen, mit dem er bis zum Ende seiner Tage seinen Lebensunterhalt verdiente. Kulturell konnte er das riesige Netzwerk liberaler Bibliotheken und der Universität, das damals mit vielen Standorten die Landkarte von Barcelona überzog, für seine Ausbildung nutzen, so dass er ein ausgezeichnete und scharfzüngiger Redner und Autor mehrerer Werke über das Gewerkschaftsleben wurde, einen kurzen Roman (*Schule der Rebellion*) schrieb und unzählige Artikel in Publikationen unterschiedlicher Provenienz veröffentlichte.



Die beiden Ideen – Kultur als Hebel für die persönliche Befreiung und die Organisation als Werkzeug der kollektiven Befreiung – prägten Seguí's Auffassungen, und die Früchte seiner Arbeit ließen nicht lange auf sich warten. Er schlug die Abschaffung von handwerklichen Verbänden und die Schaffung einheitlicher Gewerkschaften vor, um alle Beschäftigten eines produktiven Zweiges zusammenzufassen. Dies ermöglichte es dem Arbeiteranarchismus, sich von einer Strategie des Widerstands zu lösen und sich für eine Gesellschaft einzusetzen, die ausschließlich auf Gewerkschaften basierte, welche in der Lage seien, alle Aspekte der wirtschaftlichen Produktion und des sozialen Lebens zu organisieren.

Seguí spielte in vielen wichtigen Vorgängen in Barcelona eine Rolle, bis er 1923, initiiert von der Arbeitgebervereinigung *Fomento del Trabajo Nacional* (Förderung der nationalen Arbeit), von Bewaffneten ermordet wurde. Das wohl wichtigste Vermächtnis von Seguí bleibt jedoch das Gewerkschaftsnetzwerk, das er ins Leben gerufen hatte.

MARÍA ÁNGELES ROMERO CAMBRA

Spanische Quellen:

*¿Sabes por qué trabajas 8 horas? Los 44 días que cambiaron la historia de España.* [https://www.elconfidencial.com/cultura/2019-01-19/jornada-ocho-horas-huelga-canadiense-centenario\\_1767114/](https://www.elconfidencial.com/cultura/2019-01-19/jornada-ocho-horas-huelga-canadiense-centenario_1767114/)

*Salvador Seguí, el chico que hizo madurar al sindicalismo.* <https://www.elsaltodiario.com/anarcosindicalismo/quien-fue-salvador-segui-noi-sucre>

## GRÜNDUNG DES SCHWEIZERISCHEN BUNDESSTAATS

Die Schweiz erhält die erste Bundesverfassung, in welcher die Grundwerte der französischen Revolution, wie Rechtsgleichheit, Gewaltenteilung und Freiheitsrechte Eingang fanden. Damit gab es mitten in einem Europa der Monarchien und gescheiterten Revolutionen einen demokratischen Staat mit Wahlrecht, einem Parlament mit zwei Kammern und Grundrechten. Erst mit der Revision von 1874 entstand jedoch die heutige „moderne“ Schweizer Verfassung mit einer Erweiterung der Grundrechte, unter anderem mit dem Recht zur Verfassungsinitiative (Volksreferendum).

## ERSTES FABRIKGESETZ DURCH VOLKSABSTIMMUNG

Nach 1848 folgten noch einige weitere Kantone dem Beispiel des Kantons Glarus bis schliesslich der Arbeitsschutz auch auf nationaler Ebene gesetzlich verankert wurde. In einer Volksabstimmung wurde das erste eidgenössische Fabrikgesetz (Arbeitsgesetz) knapp und gegen den Widerstand der Industrie angenommen. Es enthielt unter anderem das Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren, von Frauen vor- und nach der Niederkunft, den 11-Stunden-Tag sowie das Verbot von Nacht- und Sonntagsarbeit.

## GRÜNDUNG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DER SCHWEIZ

Bevor es zur Gründung der nationalen Sozialdemokratischen Partei kam, wurden im 19. Jahrhundert verschiedene Arbeiterorganisationen, so zum Beispiel der Grütliverein, der Schweizerische Gewerkschaftsbund und mehrere regionale sozialdemokratische Parteien in der Schweiz gegründet. Diese Arbeiterparteien hatten aber meist nur kurz Bestand. Das Parteiprogramm bekannte sich zur Demokratie, lehnte revolutionäre Bestrebungen ab und strebte demokratischen Lösungen zur Verbesserung der sozialen Bedingungen an.

## BASLER KONGRESS DER II. INTERNATIONALE (FRIEDENSKONGRESS)

Der ausserordentliche Kongress der Sozialisten von 1912 in Basel hatte zum Ziel, mit allen Mitteln den Krieg zu verhindern und dies gegenüber der Öffentlichkeit zu demonstrieren. Der Kongress fand vor dem Hintergrund der Balkankriege 1912/13 und der wachsenden Furcht vor einer militärischen Auseinandersetzung der Grossmächte in Europa statt.

Plakat zum Friedenskongress



Original der Bundesverfassung 1848

1848

1848

## VERBOT DER KINDERARBEIT UNTER 12 JAHREN

Im Kanton Glarus hatten sich früh Betriebe der Textilindustrie angesiedelt, mit den typischen Problemen der Frühindustrialisierung, wie Kinderarbeit, überlange Arbeitszeiten und Unfallgefahren. In diesem Jahr wurde dort eines der ersten Arbeitsschutzgesetze Europas erlassen, das nicht nur ein Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren enthielt, sondern auch Höchstarbeitszeiten für die Tagesarbeit und Schichtarbeit.

1877

1880

## GRÜNDUNG DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES

Da der bisherige Zusammenschluss diverser Arbeiterorganisationen, der Arbeiterbund, nach erfolgreichem Kampf für das Arbeitsgesetz zu zerfallen drohte, wurde in Olten der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB neu gegründet. 1907 folgte dann ein Zusammenschluss der christlich ausgerichteten Verbände zum christlich-sozialen Gewerkschaftsbund. 1920 waren rund 10 Prozent der werktätigen Bevölkerung gewerkschaftlich organisiert.

1888

1890

## UNFALL- UND KRANKENVERSICHERUNG

Schaffung einer Grundlage auf Verfassungsstufe für eine Unfall- und Krankenversicherung. Die Ausdehnung der Lohnarbeit erhöhte auch die damit verbundenen Risiken eines Lohnausfalls, welche in der Schweiz vornehmlich mit Versicherungen abgedeckt werden. Allerdings dauerte es noch mehr als 20 Jahre, bis ein entsprechendes Gesetz angenommen wurde (1912).

1912



Generalstreik, Demonstration in Winterthur am 31. August 1918

1918

## LANDESSTREIK

Am 11. November ruft das sogenannte Oltener Komitee, Bindeglied zwischen SPS und Gewerkschaften, den Generalstreik aus. Die Forderungen: Proporzwahlrecht, Frauenstimmrecht, max. Wochenarbeitszeit, Alters- und Invalidenversicherung. Unter enormem Druck wird der Streik nach drei Tagen abgebrochen. Der Streikabbruch war einerseits eine Niederlage, hatte aber andererseits eine erfolgreiche Wirkung, indem 1919 das Proporzwahlrecht für den Nationalrat eingeführt und 1925 die Verfassungsgrundlage für die Alters- und Invalidenversicherung geschaffen wurde.

## FRIEDENSABKOMMEN IN DER METALL-, MASCHINEN- UND UHRENINDUSTRIE

Dieser erste, landesweite Kollektivvertrag ist noch eine Art Stillhalteabkommen mit Streikverzicht, ohne normative Regelungen wie Tariflöhne. 1938 folgte dann der erste landesweite Tarifvertrag für das Baugewerbe mit Mindestlohn- und Arbeitszeitregelungen. Bis zum Beginn der 1950er Jahre erfolgten grössere Streikbewegungen, vor allem im Baugewerbe und in der Chemieindustrie. In der Folge entstehen zahlreiche neue Kollektivverträge.

## ERSTE AUSZAHLUNG STAATLICHER ALTERSRENTEN

Nachdem 1925 die Verfassungsgrundlage für ein System der Altersrenten geschaffen worden war, scheiterte die Gesetzesvorlage 1931; erst im zweiten Anlauf nahm eine Mehrheit der stimmberechtigten Männer dieses Gesetz 1947 an. In verschiedenen Revisionen wurden die Leistungen ausgebaut, so dass die AHV die Grundlage der Existenzsicherung nach Abschluss der Erwerbsarbeit bildet. 1966 erfolgt dann eine Verbesserung der Existenzsicherung: Um Altersarmut zu reduzieren, wurde ein Recht auf Ergänzungsleistungen eingeräumt.

## FREMDENFENDLICHER RÜCKSCHLAG WIRD KNAPP VERHINDERT

Nachdem bereits seit den 1960er Jahren vermehrt Stimmung gegen Immigranten gemacht wurde, formierte sich eine rechtsnationale Allianz, die eine Volksinitiative zur Abstimmung bringen konnte. Diese erste fremdenfeindliche Initiative, benannt nach dem Initianten James Schwarzenbach, wurde mit 54 Prozent abgelehnt. Eine Annahme hätte die Zwangsausweisung von mehreren hunderttausend Menschen bedeutet.

## EINE NEUE STREIKWELLE

Im Gefolge eines wirtschaftlichen Einbruchs nehmen Streiks zu. Mit Ausnahme des Gipserstreiks von 1963 gab es in der Schweiz während der Jahrzehnte der Nachkriegskonjunktur praktisch keine Streiks mehr. 1976 fanden als Folge des ersten massiven Wirtschaftseinbruchs erstmals wieder grössere betriebliche Streikbewegungen statt. Es zeigte sich, dass mit diesem ultimativen Protest Kritik geübt und Veränderungen durchgesetzt werden können.

## GLEICHSTELLUNGSARTIKEL IN DER BUNDESVERFASSUNG

Nach dem Wahl- und Stimmrecht für Frauen wurde damit ein weiterer dringend notwendiger Schritt verfassungsrechtlich abgesichert. Vorhanden ist damit ein individuelles Recht für gleichen Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit. Allerdings ist auch mit diesem Grundsatz (und dem späteren Gesetz) die Lohngleichheit noch bei weitem nicht realisiert.

1937

1938

1948

1968

1970

1971

1976

1981

1981

## RÄTOROMANISCH WIRD VIERTE LANDESSPRACHE

Am 20. Februar nimmt das Schweizer Volk mit 91,6 Prozent der Stimmen das Rätoromanische als vierte Landessprache in die Verfassung auf. Im Umfeld von deutschem und italienischem Faschismus war das eine eindrucksvolle Bestätigung des demokratischen Modells der Schweiz mit ihrer Vielfalt von Sprachen und Kulturen.

## SOZIALKULTURELLER AUFBRUCH

Die Jahre um und nach 1968 symbolisieren auch in der Schweiz einen Ausbruch aus konservativen Werten und einen Aufbruch für eine andere Gesellschaftsordnung. Rockkonzerte und viele Demonstrationen fanden in grösseren Städten statt. Es bildete sich eine „Neue Linke“ heraus, welche teilweise mit massivem Polizeieinsatz bekämpft wurde. Neue Parteien entstanden und soziale Bewegungen erhielten verstärkt Zulauf.

## EINFÜHRUNG DES FRAUENWAHL- UND STIMMRECHTS

Als eines der letzten Länder führt die Schweiz das Frauenwahlrecht ein. Der lange Kampf der Frauenbewegung brachte schliesslich eine Zustimmung der männlichen Stimmbürger für diese grundsätzlichen demokratischen Rechte von Bürgerinnen.



„Wollt Ihr solche Frauen? Frauenstimmrecht NEIN.“ Ein Jubiläumspublikum zitiert eine Kampagne gegen das Frauenstimmrecht aus den 1920er Jahren.

## EINFÜHRUNG EINER OBLIGATORISCHEN UNFALLVERSICHERUNG

Die gesamte arbeitnehmende Bevölkerung wird endlich gegen Berufsunfälle und Berufskrankheiten obligatorisch versichert. Wer mehr als acht Stunden wöchentlich arbeitet, ist auch gegen Nichtbetriebsunfälle versichert. Üblicherweise werden die Prämien für Nichtbetriebsunfälle den Arbeitnehmenden aufgebürdet, die Unfallversicherung trägt der Arbeitgeber.

## FRAUEN MACHEN DRUCK

Wegen der äusserst zögerlichen Umsetzung des Gleichstellungsartikels beteiligen sich über eine halbe Million Frauen an einem landesweiten Protest- und Streiktag. Als Motto galt: „Wenn Frau will, steht alles still“. Folge dieses denkwürdigen Tages war, dass es beim Gleichstellungsgesetz vorwärts ging. Dieses trat per 1.1.1996 in Kraft und verbietet insbesondere jede Art von Diskriminierung von Männern und Frauen.

## RECHT AUF EXISTENZSICHERUNG

Dieses kann nun als Kerngehalt der schweizerischen Grundrechte betrachtet werden. In Artikel 12 heisst es, dass Menschen, die nicht für sich sorgen können oder in Not geraten sind, einen „Anspruch auf Hilfe und Betreuung und auf die Mittel, die für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlich sind“, haben. Damit sind offensichtlich alle Menschen gemeint, die sich auf dem schweizerischen Staatsgebiet aufhalten.

## BILATERALES ABKOMMEN MIT DER EU

In einem Referendum wird das Bilaterale Abkommen I mit der EU deutlich angenommen und tritt 2002 in Kraft. Es umfasst neben anderen Bereichen vor allem auch die Personenfreizügigkeit. Als Massnahme gegen Diskriminierung und Lohnunterbietung entsteht ein Entsendegesetz zur besseren Kontrolle von Mindestarbeitsbestimmungen. Damit gelang es das im europäischen Vergleich hohe Lohnniveau in der Schweiz zu halten. In den kommenden Jahren wird das bilaterale Abkommen erweitert und auch für die mittel- und osteuropäischen EU-Länder übernommen.

## ZUSAMMENSCHLUSS DREIER GROSSER GEWERKSCHAFTEN

Die Gewerkschaften des SGB im Maschinen- und Metallbereich (SMUV), im Bau- und Chemiesektor (GBI) und der Dienstleistungen (VHTL) schliessen sich mit einigen kleineren Verbänden zur neuen Grossgewerkschaft UNIA zusammen. Damit sollte der gesamtarbeitsvertragliche, aber auch der politische Einfluss von Gewerkschaften vor allem im Dienstleistungsbereich gestärkt werden.



Über 500.000 Frauen beteiligen sich am Frauenstreik 2019, hier Kinderwagen-Demo in Bern.

## FRAUENSTREIK AM 14. JUNI

Nach den jährlichen Protesttagen der Frauenbewegung wurde versucht, einen Schritt weiter zu gehen und nach dem Vorbild in anderen europäischen Staaten einen veritablen Streiktag zu organisieren. Die Mobilisierungen waren erfolgreich, und es hat sich gezeigt, dass die soziale Bewegung der Frauen weiterhin an Gewicht gewinnt und Erfolge verbuchen kann.

1991

1992

## ANPASSUNG AN EU-SOZIALRECHT?

Der Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum EWR wird in einem Referendum ganz knapp abgelehnt. Die Schweiz nimmt Verhandlungen auf für ein eigenes, bilaterales Abkommen mit der EU. In der sog. *Swisslex*-Vorlage werden dann diverse Richtlinien und Verordnungen der EU „autonom“ nachvollzogen. Das Arbeitsgesetz wird bezüglich Information/Konsultation der Arbeitnehmenden und im Arbeits- und Gesundheitsschutz nachgebessert und dem (damaligen) EU-Standard angepasst.



Stand der rechtsnationalen SVP gegen den EWR-Beitritt 1992.

2000

2003

## DURCHSETZUNG DER RENTE MIT 60 AM BAU

Flexibler Altersrücktritt ab 60 Jahren im Bereich des Gesamtarbeitsvertrages für das Baugewerbe: Dies dürfte der grösste gewerkschaftliche Erfolg der Nachkriegszeit sein. Nach zähen Verhandlungen und einem landesweiten Streik auf Baustellen und Autobahnblockaden einigten sich Arbeitgeber und Gewerkschaften auf eine Herabsetzung des Pensionsalters für alle Bauleute. Garantiert sind 65 Prozent des letzten Grundlohnes bei einem Maximum von CHF 5'688 (Stand 2019).

2004

2005

## BEZAHLTER MUTTERSCHAFTSURLAUB

Einführung eines Mutterschaftsurlaubs von 14 Wochen bei 80 Prozent des vorherigen Lohnes. Der Schutz der Mutterschaft geht auf die Fabrikgesetzgebung im 19. Jahrhundert zurück, 1904 wurde eine erste Petition lanciert. 1945 gelang der Frauenbewegung die Verfassungsintegration. Ein längerer Elternurlaub oder ein Vaterschaftsurlaub analog der EU ist immer noch nicht gesetzlich gesichert.

2019



Darstellung zur Erinnerung an das Inkrafttreten der ersten Bundesverfassung am 12. September 1848.

## DIE SCHWEIZERISCHE BUNDESVERFASSUNG VON 1848

**1848 entstand mit der schweizerischen Bundesverfassung die moderne Schweiz. Aus dem vormaligen losen Staatenbund wurde ein demokratischer Bundesstaat. Dies war nicht nur ein Markstein für die Eidgenossenschaft, sondern auch im internationalen und europäischen Kontext bemerkenswert.**

Das „Revolutionäre“ an der Verfassung von 1848 war, dass inmitten eines Europas der Monarchien und nach der niedergeschlagenen Revolution in Deutschland tatsächlich ein demokratischer Staat mit Wahlrecht, Parlament, Personenfreizügigkeit, Niederlassungsfreiheit usw. entstand. Heute sind sich die HistorikerInnen einig, dass eigentlich 1848 die Schweiz als Staat gegründet wurde und keineswegs beim Rütlichschwur 1291, wie das bis heute in einigen Schulbüchern als nationaler Mythos erhalten geblieben ist.

Beeinflusst von der bis 1803 dauernden französischen Besetzung, unter der die Kantone schon einmal zu einer zentralisierten „helvetischen Republik“ zusammengefasst wurden, fanden die Grundwerte der französischen Revolution wie Rechtsgleichheit, Gewaltenteilung und Freiheitsrechte Eingang in die Verfassung. Von der US-Verfassung wurde unter anderem das Zweikammersystem übernommen. Die Verfassung war allerdings ein Kompromiss, der auf die konservativen Kantone Rücksicht nehmen musste: Die liberal-fortschrittlichen Kantone hatten sich zwar im Sonderbundskrieg gegen die

1848

ländlich-konservativen Kräfte durchgesetzt. Der Text der Verfassung musste trotzdem so vorsichtig formuliert werden, damit schliesslich eine Mehrheit der Kantone dahinter stehen konnte. „Den konsequenten Radikalen war ihr Gehalt zu flau, den Konservativen zu revolutionär“, kommentiert der Historiker Peter Dürrenmatt diese knappe Abstimmung. So galt beispielsweise die Niederlassungsfreiheit nur für Christen. Die jüdische Bevölkerung durfte nur in einigen Regionen wohnen und tätig werden. Erst in der revidierten Verfassung von 1874 wurden diese Freiheitsrechte auf alle Bürgerinnen und Bürger des Landes ausgedehnt.

„Art. 2. Der Bund hat zum Zweck: Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen Außen, Handhabung von Ruhe und Ordnung im Inneren, Schutz der Freiheit und der Rechte der Eidgenossen und Beförderung ihrer gemeinsamen Wohlfahrt.“

Aus der Bundesverfassung von 1848

„Art. 90. Der Bundesrath (...) erstattet der Bundesversammlung ...  
Rechenschaft über seine Verrichtungen, sowie Bericht über den Zustand  
der Eidgenossenschaft im Inneren als nach Außen, und wird  
ihrer Aufmerksamkeit diejenigen Maßregeln treffen, welche er zur  
Beförderung gemeinsamer Wohlfahrt für dienlich erachtet.“

Aus der Bundesverfassung von 1848

Robert Grimm, der Organisator der berühmten Zimmerwald-Konferenz im Jahr 1915 und Führer des Landesstreiks von 1918, schreibt über die Verfassung von 1848, sie sei „im Vergleich zu früheren Zuständen ein grosser Schritt“ aber „im innersten Wesen ein bedächtiges und konservatives Verfassungswerk“. Und weiter: „Während sonst Verfassungen revolutionärer Zeiten der geschichtlichen Entwicklung auf Jahrzehnte hinaus vorarbeiten und in kühnem Wurf den Rahmen spannen, worin sich das staatliche und gesellschaftliche Leben vollziehen soll, hütet sich die neue Bundesverfassung, über die dringenden Notwendigkeiten hinauszugehen.“

Die Verfassung garantierte zwar die Grundrechte. Als Sozialziel im engeren Sinn war

aber einzig die „Beförderung der gemeinsamen Wohlfahrt“ durch den Bund erwähnt.

Erst bei der Verfassungsrevision 1874 wurde dann der Art. 41, der die Grundrechte umschreibt, ergänzt durch die Kompetenz des Bundes, auch im Bereich des Arbeitsschutzes und der Sozialpolitik aktiv zu werden. Einzelne liberale Kantone gingen auch in den Jahren vor 1874 schon weiter. Bereits 1848, im Jahr der Bundesstaatsgründung, wurde im Kanton Glarus Sozialgeschichte geschrieben. In dieser Region hatten sich früh Textilbetriebe angesiedelt, mit den typischen Problemen der Frühindustrialisierung, wie Kinderarbeit, überlange Arbeitszeiten und Unfallgefahren. 1848 wurde dort eines der ersten Fabrikgesetze Europas erlassen, das nicht nur ein Verbot

der Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren enthielt, sondern auch Höchstarbeitszeiten für die Tagesarbeit und Schichtarbeit. In den folgenden Jahrzehnten folgten noch einige weitere Kantone diesem Beispiel bis dann schliesslich der Arbeitsschutz auch in die Bundesverfassung aufgenommen wurde.

Ein grosser Befürworter einer unabhängigen und demokratischen Schweiz war damals der Dichter Gottfried Keller, der mit seinen literarischen Werken (z.B. in *Fähnlein der sieben Aufrechten*) aber auch in politischen Schriften, wie dem Mai-Manifest von 1848, die Verfassungsdiskussion beeinflusste. Keller amtierte sogar als zweiter Sekretär des Verfassungsrates und konnte sich so direkt in die Diskussion über die Verfassungstexte einmischen. Er spielte auch bei der folgenden Verfassungsrevision eine wichtige Rolle als Verfechter der direkten Demokratie als Gegenmacht zum wachsenden Einfluss von Industrie und Banken.

Der 1838 gegründete Grütliverein, eine Vorläuferorganisation der späteren Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, hatte offenbar bis 1848 keinen grossen Einfluss auf die Verfassungsdiskussion. Der Grütliverein war damals ein braver, eher kleinbürgerlich geprägter Verein mit sozialreformerischen Ideen, der nur Schweizern offen stand. Kämpferischer und eigentliche Vorläufer der Gewerkschaften waren in den 1840er Jahren die deutschen Arbeiter- und Bildungsvereine, angeführt von Migranten, die als Revolutionäre aus Deutschland flüchten mussten. Diese frühen Arbeiterorganisationen scheinen erst nach 1848 Einfluss auf die Verfassungsdiskussion genommen zu haben, hatten aber sicher Einfluss auf die Ausgestaltung der Arbeitsschutzgesetze in den Kantonen.

Die direkte Demokratie mit den Volksabstimmungen, die heute als typisch für die Schweiz gilt, ist in der 1848er-Verfassung noch nicht enthalten, ausser in dem einen Punkt, dass die Verfassung auch durch das Volk revidiert werden kann. Die direkte Demokratie war allerdings in den meisten Kantonsverfassungen verankert. In den Jahren danach setzten sich dann die politischen Kräfte durch, die auch auf Bundesebene in Richtung Volksrechte tendierten, gegenüber jenen, die eine repräsentative

Die  
Bundesverfassung  
von 1848



Demokratie bevorzugten. Eine große Rolle spielte dabei die Kritik an dem „System Escher“. Der spätere Grossindustrielle Alfred Escher beteiligte sich früh an der Verfassungsdiskussion und wurde bei den erstmals durchgeführten Parlamentswahlen 1848 in den neuen Nationalrat gewählt. Nach seinem wirtschaftlichen Aufstieg (Eisenbahnbau, Gründung der Kreditanstalt, der heutigen *Credit Suisse*) bezeichnete man ihn als „König Alfred I.“ oder „Prin- ceps“, weil er seine ökonomische Macht mit politischer in plutokratischer Manier verknüpfte. Die Kritik daran führte dann zu einer erheblichen Ausweitung der direkten Demokratie in der Verfassungsrevision von 1874.

HANS BAUMANN

Literatur:

Peter Dürrenmatt: Schweizer Geschichte, Zürich 1963

Arbeitsgruppe für Geschichte der Arbeiterbewegung  
Zürich: Schweizerische Arbeiterbewegung, Zürich 1975

Robert Grimm: Geschichte der Schweiz in  
Klassenkämpfen, Zürich 1976

Ulrich Häfelin, Walter Haller, Helen Keller:  
Schweizerisches Bundesstaatsrecht,  
Zürich-Basel-Genf 2008

**DIE FOLGENDE ZITATENSAMMLUNG aus Dokumenten, Literatur und Archiven soll einige Aspekte des Vorlaufs (Tagsatzung nach dem Wiener Kongress) der Verfassung und ihrer Wirkungen (soziale Rechte in der Verfassung von Glarus, Asyl für Flüchtlinge) zugänglich machen und zur weiteren Beschäftigung anregen.**

ROLF GEHRING

#### DIE TAGSATZUNG (1814–1848)

„Unter dem Druck der Siegermächte beendete die Tagsatzung am 29. Dezember 1813 die Mediation. Ein am 7. August 1815 geschlossenes eidgenössisches Bündnis und die Neutralität der Schweiz wurden vom Wiener Kongress anerkannt. Der Bundesvertrag stellte die Rückkehr zur Selbstbestimmung der Kantone sicher, das Kantonsbürgerrecht wurde wiedereingeführt. Die einzige staatlich-zentralisierte Struktur war die Versammlung der kantonalen Abgeordneten, die sogenannte Tagsatzung. Dort wurden Entscheide über militärische Angelegenheiten und Aussenpolitik gefällt.“

Quelle: Schweizer Bundesarchiv –  
<https://www.bar.admin.ch/bar/de/home/recherche/suchen/themen/die-moderne-schweiz/epoche-des-wandels--die-schweiz-zwischen-1798-und-1848.html>  
– Hier findet sich Zugang zu einer umfangreichen Dokumentensammlung zur Geschichte der Schweiz

#### AUS DER VERFASSUNG VON

**GLARUS** (*Anders als die Bundesverfassung hat die Staatsverfassung des Kantons Glarus von 1842 die Gewerbfreiheit etabliert – R.G*)

§ 3. Alle Landleute stehen unter dem gleichen Gesetze und üben die gleichen politischen Rechte aus, vorbehalten die im § 25 bestimmten Ausnahmen. Es gibt sonach im Kanton keine Vorrechte der Konfession, des Orts, der Geburt, des Standes, der Familie und des Vermögens.

§ 9. Handel und Gewerbe sind frei. Die Regalien und gesetzlichen Bestimmungen, welche das Gemeinwohl erforderlich macht, vorbehalten. Gleiche Gewerbefreiheit genießen auch die Angehörigen anderer Kantone und auswärtiger Staaten, in welchen dem Glarner das Gegenrecht zugesichert ist.

[www.verfassungen.de/ch/glarus/verf42-i.htm](http://www.verfassungen.de/ch/glarus/verf42-i.htm)



Fahne des  
Grütlivereins Arosa,  
1897

**„DIE FLÜCHTLINGSPOLITIK DER SCHWEIZ** war nach dem allgemeinen Scheitern der 1848er-Revolution (in Europa, R.G.) großzügig: Tausende von nationalliberalen Deutschen und Italienern oder republikanischen Franzosen strömten ins Land, ... Dagegen übten die Nachbarstaaten auch mit Truppen an der Grenze Druck aus. Rhetorisch verteidigte der Bundesrat das liberale Asylrecht entschieden, wies aber Flüchtlinge nach England oder Amerika aus, wenn sie den politischen Kampf gegen die Regierung in ihrer Heimat von der Schweiz aus fortsetzen wollten und damit die ‚innere oder äußere Sicherheit der Eidgenossenschaft‘ gefährdeten.“

Thomas Maissen: Geschichte der Schweiz

„Der Grütli-Verein bezweckt aber ... insonderheit die Entwicklung, welche den Schweizer zur kräftigen und gedeihlichen Theilnahme am Staatsleben befähigt ...“

Aus der Satzung des Grütli-Vereins

## LEKTÜREEMPFEHLUNG

Eine reiche literarische Produktion begleitet die Schweizer Geschichte. Zum Datum der 1848er-Jahre empfehlen wir *Uli der Knecht* / *Uli der Pächter des konservativen Parteigängers und protestantischen Pfarrers Jeremias Gotthelf* sowie aus *Züricher Novellen des freisinnigen-liberalen Literaten und Politikers Gottfried Keller* das *Fähnlein der sieben Aufrechten*.

## EINE GABE FÜR MEISTERLEUTE UND IHRE DIENSTE

Ausgerechnet der konservative Pfarrer Gotthelf handelt von den diesseitigen Aussichten eines Hoffnungslosen: Uli, der Knecht hat nichts, kein Land, kein Geld, nichts zu erben. Schulbildung: notdürftig Lesen von Gedrucktem, Zusammenzählen und Abziehen, religiöse Gebote. Immerhin, Uli ist gesund, in harter Arbeit geübt und mit einem scharfen Blick fürs Praktische begabt. Er verdingt sich. Beim Bodenbauern wird gut gearbeitet, er kann etwas lernen. Der Meister hat über den Hof hinaus Geschäfte, ein verständiger Knecht wäre ihm nützlich. So verschiebt sich das vormoderne Verhältnis von „Herr“ und „Knecht“ zu einer freieren Vertrags- und Verhandlungssituation zwischen „Meisterleuten“ und „Diensten“. Im Haushalt laufen die Fäden ländlichen Lebens zusammen, Arbeitsalltag, Geschäftliches, Menschliches,



Hans Bachmann (1852-1917): Illustration *Uli der Knecht*

Geburt und Tod: die Hausfrau weiß und sorgt sich um alles. So eröffnet die Meistersfrau die Geschichte: Habenichts Uli soll kein Taugenichts werden, man muss mit ihm reden. Schließlich: auch ein „armes Bürschli“ kann etwas werden, wenn es arbeiten und Arbeitsprozesse leiten lernt sowie geschäftlich und persönlich gute Sitten pflegt. Denn im Erbgang der bäuerlichen Anwesen kommt es zu Verwerfungen. Ein rechtlich denkender, arbeitstüchtiger Mann und eine kluge und gute Frau können als Pächter „Meisterleute“ werden, Eigentümer und reich, allerdings nur, wenn ein Wunder geschieht.

## FREUNDSCHAFT IN DER FREIHEIT

Im *Fähnlein der sieben Aufrechten* malt Gottfried Keller ein Bild der ganzen Schweiz, im Vordergrund die städtische Gesellschaft, deren Figuren – ob ohne Vermögen oder reich – eint, dass der Tüchtige im neu gegründeten Bund sein Glück suchen und finden solle durch Arbeit und Leistung und Einsatz für öffentliche Angelegenheiten. Das „Fähnlein“ besteht aus Parteigängern, die für eine freiheitliche Verfassung „unermüdlich bei der Spritze (waren) und Tag und Nacht bereit, für die Partei Gänge und Geschäfte zu tun, welche man keinen bezahlten Leuten, sondern nur ganz Zuverlässigen anvertrauen konnte“. Inzwischen steht das Gewehr im Schrank. Zwischen zwei konträren Lebensentwürfen – Schneidermeister Hediger will von seiner Hände Arbeit leben



und als Mensch und Bürger gelten, der Sägewerksbetreiber und Bauunternehmer Frymann will durch Immobilienentwicklung immer reicher werden – sucht und findet sich gegen Willen und Pläne der Alten die nächste Generation. Für die Verbindung von Tüchtigkeit und Besitz sorgen kluge Frauen, so wie schon bei Gotthelf durch Besinnung aufs Gute, brechen sie hier Doktrinarismus und Bereicherungstrieb durch Weltklugheit und Blick fürs Reale. Die Geschichte endet beim Schützenfest, wo sich Hedigers Karl als tüchtig und beredt erweist; die Väter stimmen endlich einer Heirat zu. Der Dialog am Ende ist von gebrochenem Optimismus. Karl sagt zu Hermine: „.... aber wie steht es nun mit dem Regiment? Willst Du mich wirklich unter den Pantoffel kriegen?“ Sie: „So sehr ich kann! Er wird sich indessen schon ein Recht und eine Verfassung zwischen uns ausbilden, und sie wird gut sein, wie sie ist!“

Obwohl in verschiedenen Milieus und aus verschiedener weltanschaulicher Ausrichtung verbindet beide Werke eine Vorstellung vom guten Leben, die nicht auf zugespitzte Verwirklichung eines Ideals und das Streben nach Führungspositionen oder Herrschaft gipfelt. Die Entwicklung der Gestalten findet ihren Ruhepunkt in der Achtung der Mitbürgerinnen und Mitbürger. Moderne Stichworte dafür wären: Fähigkeit des Menschen zur Kooperation und zur Verständigung im fairen Vertrag.

MARTIN FOCHLER, ALFRED KÜSTLER

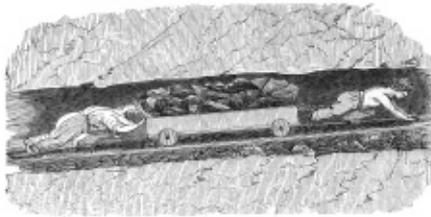
## GESUNDHEITS- UND SITTICHKEITSGESETZ FÜR AUSZUBILDENDE (HEALTH AND MORALS OF APPRENTICES ACT)

Mit diesem Gesetz konnte der Kinderarbeit in der Baumwollindustrie zum Teil Einhalt geboten werden. Es wurden ebenfalls Minimalvorschriften für Heizung, Beleuchtung und Belüftung erlassen.

Die Arbeitszeit wurde auf zwölf Stunden pro Tag begrenzt. Die Schlafquartiere für Jungen und Mädchen wurden getrennt, ein Mindestmaß an Schulbildung wurde verpflichtend.

## UNTERSUCHUNG DER KINDERARBEIT

Die *Royal Commission* ernannte Inspektoren, die die Kinderarbeit in den Fabriken untersuchen sollten. Dies war eine Reaktion auf die Forderungen der Reformer. Zunächst wurden vier Fabrikinspektoren bestellt, da die Gerichte es versäumt hatten, erste Gesetze durchzusetzen und die Arbeitszeiten von Kindern zu kontrollieren. Für diejenigen im Alter von 13–18 wurde der Zehnstundentag eingeführt. Die neuen Gesetze galten jetzt für Leinen- und Wollwebereien und auch für Baumwollspinnereien. Fabriken außerhalb der Textilindustrie waren von diesen Gesetzen ausgenommen.



## GRÜNDUNG DES TRADES UNION CONGRESS (TUC)

In den 1860er Jahren waren in zahlreichen Industriestädten örtliche Gewerkschaftsräte entstanden, deren Vorsitzende sich in Manchester trafen und über die Gründung einer Organisation berieten, die als einheitliche Stimme die Verteidigung der Gewerkschaftsrechte übernehmen sollte. Die 34 Delegierten beschlossen die Gründung des TUC und die Organisation einer Konferenz einmal im Jahr, um für die Arbeiterbewegung wichtige Fragen zu erörtern.

## ARBEITGEBERHAFTUNGSGESETZ (EMPLOYERS LIABILITY ACT)

Das Arbeitgeberhaftungsgesetz in Verbindung mit dem Grundsatz des *Common Law* führte dazu, dass der/die von einem Arbeitsunfall betroffene Arbeitnehmer\*in Schadenersatz erstreiten und dabei den Nachweis erbringen musste, dass eine Nachlässigkeit des Arbeitgebers mitverursachend für den Unfall war. Im Anschluss daran wurden in den Jahren 1897 bis 1945 diverse Entschädigungsgesetze (*Workmens' Compensation Acts*) verabschiedet.

1802

1832

## ERWEITERTES WAHLRECHT (ENLARGED RIGHT TO VOTE)

Dieses Reformgesetz sollte den Kreis der wahlberechtigten Personen erweitern, aber das Wahlrecht blieb auf Männer mit Grundbesitz und Vermögen beschränkt, so dass nur einer von sieben erwachsenen Männern wählen durfte. Bei einer Bevölkerung von 14 Millionen stellten diese 650.000 Wahlberechtigten nur eine kleine Minderheit dar.

1833

1842

## BERGWERKSGESETZ (MINES REGULATION ACT)

Die Grubenbesitzer durften unter Tage keine Frauen und Kinder mehr beschäftigen.

1848

## KÜRZERE ARBEITSZEITEN

Die Höchstarbeitszeit für Frauen und Kinder wurde auf 10 Stunden festgesetzt.

1867

## REFORM DES MASTER & SERVANT ACTS

Die Gewerkschaften waren unzufrieden mit den Gesetzen, die nur ein restriktives Recht auf die Verhandlung von Löhnen und Arbeitsbedingungen vorsahen. Nach der Reform des *Master & Servant Acts* stellten Streiks jetzt nur noch in schweren Fällen einen Vertragsbruch dar.

1868

1871

## GESETZLICHER STATUS VON GEWERKSCHAFTEN

Der *Trade Union Act* sorgte dafür, dass Gewerkschaften nicht mehr illegal waren. Der Zusammenschluss zu einer Vereinigung wurde nicht mehr als Verschwörung angesehen; Gewerkschaften wurden vom Verdikt der laut *Common Law* verbotenen Beschränkung wirtschaftlicher Tätigkeit ausgenommen, und ihnen wurde ein umfassender Schutz ihres Vermögens und sonstigen Eigentums zugesagt.

1880



Emblem und Mitgliedsurkunde der National Amalgamated Union of Labour, 1895

**BESSERE SICHERHEIT UND GESUNDHEITSSCHUTZ**

*Factories & Workshops Consolidation Act:* Zum ersten Mal gab es ein umfassendes Arbeitsschutzgesetz. Dies war von Gewerkschaften besonders in der Bergbau- und Baumwollindustrie gemeinsam mit radikalen Reformkräften durchgesetzt worden und war eine Reaktion auf Vorschläge der Regierung, die zu einer Entschärfung der gesetzlich vorgeschriebenen Inspektionen geführt hätte.

**SCHADENSERSATZ BEI BERUFSKRANKHEITEN**

Die Entschädigungsgesetze gelten jetzt auch bei einigen Berufskrankheiten und Arbeitsunfällen.

**UNIVERSELLES WAHLRECHT**

Jetzt konnten alle Frauen über 21 wählen. Fünf Millionen Frauen waren damit stimmberechtigt und mit einem Anteil von 52% bei den Wahlen 1929 stellten sie die Mehrheit der Wählerschaft, allerdings auch deshalb, weil viele Männer im Ersten Weltkrieg gefallen waren.

**INDUSTRIEPOLITIK FÜR SOZIALE BEDÜRFNISSE**

Das Verstaatlichungs- und Planungsprogramm der neu gewählten Labour-Regierung stellte die Bank of England 1946 unter staatliche Kontrolle. Die Kohle-, Gas- und Elektrizitätswirtschaft wurden 1947 verstaatlicht, damit wurden rund 20% der Volkswirtschaft und zwei Millionen Beschäftigte staatlicher Kontrolle unterworfen.

**NATIONALER GESUNDHEITSDIENST (NATIONAL HEALTH SERVICE)**

Mit dem *National Health Service Act* wurde ein umfassender Gesundheitsdienst für alle Bürger\*innen eingeführt, der kostenfrei jede erforderliche medizinische und chirurgische Behandlung übernimmt und ebenfalls eine Teil der zahn- und augenärztlichen Versorgung bezahlt. Dies war das langfristige Ziel der Labour-Partei und des *Trades Union Congress* (TUC): eine umfassende Sozialversicherung von der „Wiege bis zum Grab“, bis heute der Eckpunkt der Sozialpolitik in Großbritannien.



Informationsbroschüre, 1948

**GESETZ ÜBER ABFINDUNGSZAHLUNGEN (REDUNDANCY PAYMENTS ACT)**

Das Gesetz sieht vor, dass die im Betrieb vertretenen Gewerkschaften rechtzeitig vor der Kündigung von Arbeitsverhältnissen angehört werden müssen. Die Arbeitnehmer\*innen erhielten das Recht, rechtzeitig über die Kündigung informiert zu werden und eine Abfindung für den Verlust ihres Arbeitsplatzes zu erhalten.

1901

1906

**TRADES DISPUTES ACT**

Nach den Parlamentswahlen von 1908 verabschiedete die neue Regierung ein Gesetz, das die Gewerkschaften gegen Schadensersatzansprüche für Verluste infolge von Streiks ihrer Mitglieder immunisierte.

1907

1918

**FRAUENWAHLRECHT (QUALIFICATION OF WOMEN ACT)**

Dieses Gesetz gab Frauen nur teilweise das Wahlrecht, denn es galt nur für Frauen über 30 Jahre, falls sie selbst oder ihre Ehegatten das an Besitz gebundene kommunale Stimmrecht besaßen, wenn ihr Besitz ihnen eine hohe Jahresrente einbrachte oder wenn sie Absolventinnen einer britischen Universität waren.



Annie Kenney und Christabel Pankhurst setzen sich für das Frauenwahlrecht ein, 1905

1928

1945

1946

**ENTSCHÄDIGUNGSZAHLUNGEN FÜR ARBEITSUNFÄLLE/BERUFSKRANKHEITEN**

Das Nationalversicherungsgesetz (*National Insurance Act* oder *Industrial Injuries Act*) war eine Neuauflage des Entschädigungsgesetzes von 1907 und stand für ein völlig neues Konzept von Entschädigungszahlungen für Opfer von Arbeitsunfällen und einer Reihe von Berufskrankheiten. Zum ersten Mal galt dieser Versicherungsschutz auch für Frauen. Diese neue Art der Absicherung wurde vom Staat verwaltet. Die Leistungsansprüche auf Arbeitsunfallgeld infolge eines Arbeitsunfalls oder einer anerkannten Berufskrankheit werden aus einer „Steuer“ in Form einer nationalen Versicherungsabgabe finanziert, die von den Arbeitnehmer\*innen und den Arbeitgebern bezahlt wird.

1947

1963

**GESETZ ÜBER ARBEITSVERTRÄGE UND KÜNDIGUNGSFRISTEN (CONTRACTS OF EMPLOYMENT ACT)**

Nach diesem neuen Gesetz konnten Arbeitnehmer\*innen schriftliche Arbeitsverträge und gesetzliche Mindest-Kündigungsfristen bei Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses verlangen.

1965

1968

**GESETZ GEGEN DISKRIMINIERUNG (RACE RELATIONS ACT)**

Dieses neue Gesetz und später das Gleichberechtigungsgesetz (*Sex Discrimination Act*, 1975) waren die Grundlage für das positive Recht aller Männer und Frauen auf Gleichbehandlung am Arbeitsplatz unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit.



„Willkommen zu Miniröcken, aber nicht zu Minilöhnen“, Poster, 1968

### LOHNGLEICHSTELLUNG

Der *Equal Pay Act* verpflichtete die Arbeitgeber dazu, Frauen bei gleichwertiger Arbeit den gleichen Lohn zu zahlen wie Männern.

### GROSSBRITANNIEN WIRD MITGLIED DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT

In der Folge wurde Europa und nicht die britische Regierung der Urheber der meisten Arbeitsgesetze.

### MITGLIEDSCHAFT IN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT

1975 fand ein Referendum im Vereinigten Königreich über den Verbleib in der EWG statt. 67,2 Prozent der Teilnehmer\*innen der Volksbefragung stimmten für die weitere Mitgliedschaft in der EWG, 32,8 Prozent dagegen.

### ARBEITSSCHUTZBEAUFTRAGTE DER GEWERKSCHAFTEN

Arbeitsschutzbeauftragte und Arbeitsschutzausschüsse Regelwerke für den Arbeitsschutz hatten beträchtliche Auswirkungen auf die Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz durch die Arbeitsschutzbeauftragten der Gewerkschaften und die gemeinsamen Arbeitsschutzausschüsse. In den zwei Jahren bis zur Umsetzung im Oktober 1978 haben die dem TUC angeschlossenen Gewerkschaften 70.000 neue Arbeitsschutzbeauftragte ausgebildet.

### GESETZ ÜBER MINDESTLÖHNE (NATIONAL MINIMUM WAGE ACT)

Dieses Gesetz gehörte zur Vorzeigepolitik der neu gewählten Labour-Regierung und führte zur finanziellen Besserstellung von mindestens 1,5 Millionen Arbeitskräften im Niedriglohnssektor. Dieser Mindestlohn wird jedes Jahr neu festgesetzt, zurzeit (2019) beträgt er £8,21 (9,50 Euro). Arbeitskräfte unter 25 Jahre beziehen einen geringeren Mindestlohn.

### ANTIDISKRIMINIERUNGSGESETZ

Dieses Gleichstellungsgesetz hat 116 einzelne Rechtsvorschriften zu einem einzigen Gesetz zusammengefasst. Damit gab es einen neuen Rechtsrahmen für Gleichstellung, gegen Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts, der ethnischen Zugehörigkeit und wegen Behinderung und für gleiche Beschäftigungschancen ungeachtet der Religion oder des Glaubens oder der sexuellen Orientierung.

### GESETZ ÜBER GLEICHGESCHLECHTLICHE EHEN

Mit dem *Freedom of Marriage Act* ist in England, Wales und Schottland ab 2014 die Heirat gleichgeschlechtlicher Paare möglich. Da die Umsetzung des Gesetzes eine Angelegenheit der regionalen Parlamente ist, wurde es in Nordirland noch nicht verabschiedet.

1969

### WAHLRECHT FÜR JUNGE ERWACHSENE

Der *Representation of the People Act* senkte das Wahlalter von 21 auf 18 Jahre.

1970

### GEWERKSCHAFTSRECHTE

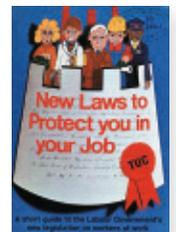
Der *Industrial Relations Act* (Gesetz über industrielle Arbeitsbeziehungen) sollte die Rechte der Gewerkschaften drastisch einschränken, führte aber auch einen rechtlichen Schutz gegen ungerechtfertigte Kündigungen ein.

1973

1974

### ARBEITSSCHUTZGESETZ (HEALTH & SAFETY AT WORK ACT)

Dieses Gesetz brachte umfassende Änderungen der bisher geltenden Rechtsvorschriften mit sich. Für alle Wirtschaftszweige und Dienstleistungen galten jetzt die gleichen Vorschriften. Damit wurden auch fünf Millionen Beschäftigte außerhalb des Geltungsbereichs der bis dahin geltenden Gesetze erfasst. Zu den neuen Bestimmungen gehörten die Befugnis von Arbeitsinspektoren, Verbesserungsvorschläge zur Beseitigung unsicherer Zustände vorzulegen, und es konnten sofortige Betriebsstilllegungen angeordnet werden, falls die dort ausgeübte Arbeit eine ernsthafte Verletzungsgefahr mit sich brachte. Gewerkschaftliche Arbeitsschutzvertreter\*innen wurden aus der Mitte der Belegschaften bestellt.



„Neue Gesetze zum Arbeitsschutz“ – TUC-Broschüre, 1976

1975

1978

1998

### ARBEITSZEITVERORDNUNG

Die neue Verordnung legt die maximale Länge einer Arbeitswoche, gemittelt über 17 Wochen, mit 48 Stunden fest, ebenfalls eine tägliche Mindestruhezeit außerhalb des Arbeitsplatzes sowie Pausen während der Arbeitszeit. Arbeitskräfte unter 18 Jahre werden besonders geschützt.

1998

2004

### GESETZ ÜBER GLEICHGESCHLECHTLICHE LEBENSPARTNERSCHAFTEN (CIVIL PARTNERSHIP ACT)

Mit diesem Gesetz haben gleichgeschlechtliche Paare in Großbritannien alle Rechte und Pflichten einer Ehe. Für Lebenspartner\*innen gelten das gleiche Güterrecht wie für Eheleute und die gleichen Ausnahmen bei der Erbschaftssteuer sowie die gleichen Regeln für die soziale Absicherung und die Altersversorgung. Es kann die elterliche Verantwortung für die Kinder eines Partners bzw. einer Partnerin sowie die Verantwortung für einen angemessenen Unterhalt des Partners bzw. der Partnerin und seiner/ihrer Kinder übernommen werden. Eine Partnerschaft kann formell aufgelöst werden, vergleichbar mit der Scheidung einer Ehe.

2010

2013

# ERSTE ÖFFENTLICHE WASCHKÜCHEN UND BÄDER

1832 tobte die Cholera auf der ganzen Welt, als sie auch in Liverpool ausbrach. In diesem Jahr wurde eine irische Einwandererfrau, die „Frau eines Werk tätigen“, Catherine Kitty Wilkinson, zur „Heiligen der Slums“.

Kitty hatte den einzigen Waschboiler in ihrer Nachbarschaft, also lud sie diejenigen mit infizierter Kleidung oder Wäsche ein, ihn zu benutzen, was viele Leben rettete. Dies war die erste öffentliche Waschanlage der Stadt. Zehn Jahre später, mit öffentlichen Mitteln, führte ihre Arbeit zur Eröffnung einer kombinierten Waschküche und eines öffentlichen Bades, des ersten in Großbritannien.

Heute, mehr als 175 Jahre später, hat eine Gruppe von Frauen in der Stadt einen kooperativen Waschsalon als Hommage an Kitty eingerichtet. *Kitty's Launderette* wird das erste nichtkommerzielle Waschhaus in Liverpool seit vielen Jahrzehnten sein und eine der am stärksten benachteiligten Gemeinden Europas – Everton – versorgen.

## PANDEMIE IM 19. JAHRHUNDERT

Eine Cholera-Epidemie hatte sich 1826 von Bengalen, Indien, herkommend, über Persien (Iran), Afghanistan auf den alten Karawanenrouten nach Südrussland und bis 1830 über ganz Osteuropa ausgebreitet. Von Polen aus erreichte sie Preußen im August 1831, kam dann bis nach Berlin und zu den Ostseehäfen.

Passagiere, die von der Ostsee nach Sunderland im Nordosten Englands kamen, trugen die Krankheit im September 1831

1842

nach Großbritannien, von wo aus sie sich weit und schnell ausbreitete, und ein Jahr später war sie in 431 Städten aufgetreten. 82.528 Menschen waren davon betroffen, 31.376 Briten fielen der Seuche zum Opfer.

Liverpool war Anfang der 1830er Jahre ein wichtiger Hafen. In Irland herrschte große Hungersnot, und viele Iren kam über Liverpool auf der Suche nach Arbeit in die Stadt. In den überfüllten Slums, bei schlechten sanitären Einrichtungen und mangelnder Gemeinschaftshygiene war die Ausbreitung der Krankheit nur eine Frage der Zeit.

Der erste Cholera-Fall der Stadt wurde im Mai 1832 bestätigt. Die Behörden mussten Krankenhäuser einrichten, in denen die Opfer kostenlos behandelt werden konnten, aber die Ärzte hatten keine Ahnung von der Ursache und einer Heilung.

Zudem bestand in der Bevölkerung das Misstrauen, dass Ärzte die Betroffenen absichtlich sterben ließen, um menschliche Körper für die Präparation in ihren anatomischen Labors zu erhalten. Unruhen brachen aus, Ärzte und freiwillige Krankenschwestern flohen vor dem Mob, die Polizeikräfte wurden aufgestockt ... Karren, die Opfer ins Krankenhaus brachten, wurden zerstört und Ärzte daran gehindert, die Häuser der Cholera-Kranken zu betreten. Die Unruhen in der Stadt dauerten fast zwei Wochen lang.

## KAMPAGNE

Es war bekannt, dass Auskochen von Kleidung, Bettwäsche und anderer Haushaltswäsche mit Kalkchlorid die Cholerabakterien tötete. Kitty ergriff die Initiative und bot ihren Nachbarn an, ihren Boiler, ihr Waschhaus und ihren Hof zum Waschen und Trocknen ihrer Kleidung zu einem Preis von einem Penny pro Woche zu nutzen.

Der Erfolg machte bald von sich reden, und die Behörden unterstützten ihre Kampagnenarbeit. Außerdem half wieder die Familie Rathbone (s. Kasten *Eine irische Migrantin*). Überzeugt von der Unverzicht-

**MÜLL, DRECK, EXKREMENTE** auf Schritt und Tritt, Fehlen von Möglichkeiten der Körperpflege, Seuchen – in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wuchs die *Sanitary Movement*. Sie ist verknüpft mit der Entwicklung der *Public Health* durch Straßenhygiene, Kanalisation, Wasserklosetts und Frischwasserversorgung. Edwin Chadwicks Bericht über die sanitären Verhältnisse der arbeitenden Bevölkerung von 1842 gab den Anstoß für den *Public Health of Towns Act* (Gesetz über die öffentliche Gesundheit in den Städten) und den *Public Health Act* (Gesetz über die öffentliche Gesundheit, 1848) sowie die Gründung des *Board of Health* – Sicherung der Hygiene auf lokaler Ebene.

Zitiert nach Wikipedia und Rosen, George (1958) *A History of Public Health*, Johns Hopkins University Press



barkeit von Sauberkeit für die Bekämpfung von Krankheiten, drängte sie auch auf öffentliche Bäder für Arme.

1842 wurde in Liverpool die erste öffentliche Badeanstalt und Waschküche in der Frederick Street eröffnet – die erste in Großbritannien. 1846 wurden die Wilkinsons mit der Führung dieser Badeanstalten betraut. Öffentliche Waschküchen wurden zu einer wichtigen Leistung der Daseinsvorsorge für Arbeiterfamilien. Sie ermöglichten nicht nur sauberere Lebensverhältnisse, sondern stellten auch einen Ort dar, an dem sich Frauen während des Wäschewaschens treffen, ihre Probleme und Sorgen teilen und Gemeinschaftsgeist entwickeln konnten.

Als Anerkennung erhielt Kitty Wilkinson eine silberne Teekanne von Königin Victoria für ihre Leistung als die „Heilige der Slums“.

BILL LAWRENCE, EVA DETSCHER



Das Innere des Waschhauses in der Fredrick Street (1914). Es wurde 1842 erbaut und war das erste öffentliche Waschhaus in Großbritannien.

## EINE IRISCHE MIGRANTIN

**KITTY WILKINSON** wurde 1786 in der Grafschaft Londonderry, Irland, als Catherine Seaward geboren. Sie kam mit neun Jahren gemeinsam mit ihren Eltern nach Liverpool. Vater und Schwester ertranken, als ihr Schiff auf Grund lief.

Im Alter von 12 Jahren wurde sie Lehrling in einer Baumwollfabrik in der Nähe von Preston, Lancashire. Acht Jahre später, nachdem sie ihren Vertrag abgearbeitet hatte, kehrte sie nach Liverpool zurück, wo sie einen französischen Seemann, Emanuel Demontee, heiratete.

Sie hatte zwei Kinder und verlor dann ihren Mann, der auf See ertrank. Sie verdingte sich als Hausmädchen bei Familie Rathbone, Verwandte der Fabrikbesitzer, in deren Fabrik sie als Jugendliche gearbeitet hatte. Diese Familie überließ ihr eine Wäschemangel, mit der sie sich als Waschfrau betätigte.



1823 heiratete Kitty Tom Wilkinson, einen Arbeitskollegen der Baumwollspinnerei. Er war ebenfalls nach Liverpool gezogen, um in einem Lagerhaus zu arbeiten, das ebenfalls mit Familie Rathbone verbunden war.

EVA DETSCHER



### KITTY WILKINSON COMMEMORATIVE BENCH EVERTON PARK

Eine Sitzbank im Everton-Park zeigt drei „heldenhafte“ Bilder: Kitty; Molly Bushell, die berühmt für ihre Süßigkeiten *toffees* ist und dem Premier League Fußballclub Everton FC seinen Spitznamen *The Toffees* gab; als drittes ein Liverpooler Dockarbeiter.

Hinweise für Literatur zum Thema:

Kelly, Michael (2000) *The Life of Kitty Wilkinson*. <http://www.michaelkelly.org.uk/page2.php>

*Kitty Wilkinson Launderette (the new project)* <http://kittyslaunderette.org.uk/>

Pidd, Helen *The Observer* (newspaper) 6th June 2018 *Liverpool community launderette honours the Saint of the Slums*, <http://www.theguardian.com/uk-news-/2018/Jun/16/kitty-wilkinson>

## GEMEINSCHAFTSWASCHSALON EHRT DAS ERBE DER ARBEITERINNEN

Die Tage der öffentlichen Waschküchen und Bäder mögen vorbei sein – die letzten in Liverpool wurden 1995 geschlossen – aber heute gibt es wieder das Bedürfnis danach. Das Erbe von Kitty Wilkinson lebt im neuen *Kitty's Launderette* weiter.

2010 ehrte Liverpool Kitty mit einer Statue in St. George's Hall – die einzige Frau unter den *worthies*, den Wertvollen der Stadt. Die Ärmel hochgerollt, bereit, ihre Hände schmutzig zu machen – während die Männer um sie herum in ihrem Pomp gefangen sind, als ob sie bereit wären, zu predigen oder eine Rede zu halten.

Jetzt soll Kitty verewigt werden, nicht in Stein, sondern in Seifenlauge, mit der Eröffnung eines gemeinschaftlichen Waschsalo ns auf ihren Namen.

Die von einer Genossenschaft junger Aktivistinnen und Bürgern der Kommune gegründete *Kitty's Launderette* wird Familien in einer der am stärksten benachteiligten Gemeinden Europas in einer Innenstad tregion helfen, in der fast die Hälfte der Kinder in Armut aufwächst und die durchschnittliche Familie von weniger als £ 17,597 (€ 20 000) pro Jahr lebt. Viele der Familien können sich keine Waschmaschinen leisten und müssen sich zwischen einer gemieteten Haushaltsgerä t ebude oder einem automatisierten Waschsalon in der Hauptstraße entscheiden. Eine Untersuchung der Regierungsbehörde *Financial Conduct Authority* ergab, dass Kunden der Rent-to-Own-Stores mehr als £ 1,500 (€ 1.700) für Geräte zahlen, die anderswo für weniger als £ 300 (€ 350) verkauft werden. Die in gewisser Weise genossenschaftliche Unternehmensgruppe sagt:

„Diese Unternehmen machen das Leben für so viele Menschen unerträglich. Es ist eine der verborgenen Folgen der Austerität, sie fordert ihren Tribut von den armen Familien.“

Der neue Waschsalon will seine Preise niedriger als üblich halten, alle Gewinne werden in die Gemeinschaft zurückgeführt. Außerdem macht die Genossenschaft den Waschsalon zu einem „warmen und einladenden Ort für Kunst und Gesellschaft“ und organisiert Ausstellungen, Aktivitäten für Kinder sowie Filmabende. Die Menschen sollen sich hier aufhalten – ein kleiner Barbereich mit Erfrischungen sowie einem schnellen Internetzugang.

EVA DETSCHER



Die Zeiten und die Technik wandeln sich, das Waschhaus bleibt eine soziale Einrichtung für Hygiene und Kommunikation.

**DIE FRAGE DES WAS UND WIE DER PRODUKTION** zieht sich durch die Geschichte des Wirtschaftens, allerdings in wechselnden Konstellationen. Wo existentielle Not alle Fragen beantwortet und Optionen ausschließt liegt die Sache klar – was zu tun ist, ist nicht hinterfragbar. Wo die Produktivität hoch ist und zentralisierte industrielle Produktion vorliegt, entstehen Optionen. Der GREATER LONDON COUNCIL hat die Einbeziehung der Bürger in Verwaltung und wirtschaftliche Planung ins Zentrum gerückt. LUCAS AEROSPACE folgt einer ähnlichen Inspiration. Die Geschichte der BIRTLEY BELGIANS gräbt etwas tiefer in der Historie, wo der Konversionsgedanke erst nach Ende der beiden Weltkriege Fuß fassen konnte.

---

## ERSTE WAHLEN ZUM GREATER LONDON COUNCIL

Die Einrichtung des Greater London Council (GLC) war eine Strukturreform, die von der konservativen Regierung eingeleitet wurde. Ihr materieller Hintergrund war der Bedarf an einer ganzheitlichen Stadtplanung.

Die parallele politische Erwägung der Konservativen war, Labour aus der Verantwortung zu drängen. Labour war traditionell stark in den zentralen Stadtbezirken, durch die Einbeziehung der äußeren, traditionell konservativ orientierten Stadtteile sollte dieser Einfluss gebrochen werden. Dieser Plan misslang: Labour gewann die ersten Wahlen zum GLC.<sup>1</sup> Jeder Stadtbezirk Londons entsandte zwei Mitglieder in den GLC. Wegebau, Verkehrsplanung, Wohnungsbau, Naherholung und öffentlicher Nahverkehr wurden vom GLC operativ koordiniert, es entstanden Pläne für das wachsende Gesamt-London mit dem Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung. Der GLC bestand von 1965 bis 1986, die konservative Regierung unter M. Thatcher schaffte ihn und die anderen Greater Councils im Lande ab.<sup>2</sup>

Der GLC war nicht einfach eine weitere Verwaltungseinheit, sondern ein Gremium, das Wissen aus anderen gesellschaftlichen Subsystemen erschließen musste. Insofern musste er auch offen sein für neue Formen der Bürgerbeteiligung. Das einschneidende Ereignis hierfür waren die Kommunalwahlen vom Mai 1981. Labour gewann diese Wahlen und wählte Ken Livingstone zum Vorsitzenden des GLC, der zuvor bei Labour aus der Minderheit agierte und das offizielle Wahlprogramm nicht unterstützte. Er saß dem Gremium mit einer kurzen Unterbrechung von 1981 bis zu seiner Abschaffung im Jahr 1986 vor.

Neben populären Maßnahmen wie einer 25%-igen Reduzierung der Preise für den öffentlichen Nahverkehr waren es die programmatischen Ziele und vor allem die Beteiligungsformen, die verändernd auf die traditionellen Praktiken wirkten. Programmatisch verfolgte der GLC in dieser Zeit eine Politik der Anerkennung von Minderheiten, der Antidiskriminierung von Schwulen und Lesben und einer Orientierung auf sozial nützliche Produktion. Unter anderem wurde London zur atomwaffenfreien Zone erklärt.

Bürgerbeteiligung war für die Akteure eine Voraussetzung für die Erfolge von Planungsprozessen. Unter dem Begriff des *Popular Planning* wurden dafür Programme aufgelegt, auch pädagogische und organisatorische Unterstützung wurde dafür geleistet.

Gerade vor dem Hintergrund der Strukturkrisen der englischen Wirtschaft fokussierten die Maßnahmen auf eine Revitalisierung von lokalen ökonomischen Strukturen, die nicht auf Dienstleistungen beschränkt waren, sondern auch die Güterherstellung umfassten. Finanzielle Unterstützung wurde an lokale Beschäftigungsinitiativen zur Wiederbelebung lokaler Wirtschaftsstrukturen, aber auch für Untersuchungsprojekte zu Bedarfsanalysen oder für die Weiterbildung im Bereich „ökonomische Prozesse“ gegeben. Es sollte von den vorhandenen Kompetenzen der Menschen ausgehen und der Orientierung „soziale Güter für soziale Bedarfe“ folgen.

Hierfür wurden auch Kooperationen mit der Wissenschaft aufgebaut (siehe auch den Artikel zu Lucas Aerospace).

Der im Rahmen des GLC entwickelte Ansatz zur Beteiligung und Befähigung von Menschen, sich an lokalen Entwicklungsprozessen aktiv zu beteiligen und hierfür auch die formalen und administrativen Strukturen zur Verfügung zu stellen, fand in ganz England Widerhall. An verschiedenen Orten, unter anderem auch im Gebiet Tyne & Wear, wo die nebenstehende Geschichte der *Birtley Belgians* spielt, wurden die *Greater Councils* etabliert, wie auch gewerkschaftliche Strukturen, die sich die regionale und lokale Entwicklung ebenfalls zu eigen machten. Auch in anderen Ländern Europas entstanden Konzepte nach dem Vorbild des *Popular Planning* und der Orientierung auf regionale/lokale Entwicklungsperspektiven.

ROLF GEHRING

1 In der weiteren Geschichte wechselten Konservative und Labour sich als Wahlgewinner ab, meist konträr zur Zentralregierung des Landes.

2 1999 wurde unter Labour nach einer Volksabstimmung als übergreifende Verwaltungsbehörde für London die *Greater London Authority* gebildet.

Quellen:

*The rise and fall of the GLC* – BBC News: <http://www.bbc.com/news/uk-england-london-35716693>

Titus Alexander. *Werte für Menschen – Erwachsenenbildung und Popular Planning*; Veröffentlichungsreihe Lokale Ökonomie, Nr. 13, Technologie-Netzwerk Berlin 1992

1964



Eine Straße in Elizabethville, Birtley, zwischen 1916 und 1918

Artillerie und Munitionsfabrik



## DIE BIRTLEY BELGIANS – EINE LANGE VERSCHOLLENE GESCHICHTE

**Während im Sommer 1914 die Großmächte den Krieg planten, plädierten Sozialisten und Arbeiter für den Frieden. Darunter die „Jungs von Seraing“.**

Seraing ist sowohl eine Stadt an der Maas bei Lüttich wie auch der Name eines Kraftwerks des belgischen Schwermaschinen- und Stahlkonzerns Cockerill. Die Industrialisierung Walloniens hatte in den 1820er Jahren mit der Verfügbarkeit von billiger Kohle begonnen. Diese billige Energiequelle zog etliche Unternehmer an, unter ihnen der in England geborene John Cockerill, der Ende des 19. Jahrhunderts in der Waffen- und Artillerieproduktion mit Deutschlands Krupp und Britanniens Armstrong konkurrierte.

Die belgischen Gewerkschaften wurden 1866 gesetzlich zugelassen. Ein Streik im Werk Cockerill im April 1869 wurde von der Garde Civique brutal niedergeworfen und

dabei viele Arbeiter erschossen. Im darauf folgenden Monat schrieb Karl Marx: „Es gibt nur ein Land auf der Welt, in dem jeder Streik eifrig und freudig zu einem Vorwand für das offizielle Massaker an der Arbeiterklasse gemacht wird. Dieses Land der Seligkeit ist Belgien.“ In den nächsten dreißig Jahren wurde in Wallonien auch für Forderungen nach politischen Reformen gestreikt, mehr als 90 belgische Streikende wurden dabei erschossen. Der Kampfgeist der Arbeiter von Seraing war legendär: eine europaweit beachtete Friedenskundgebung Mitte Juli 1914 mit namhaften Rednern ehrte das Andenken der getöteten Arbeiter. Der deutsche Kommunist Karl Liebknecht schuf den Begriff: „Das Schlachthaus von Seraing“.

Drei Wochen später erklärte Deutschland Serbien den Krieg, die Briten traten Tage später der gegnerischen Front bei und kämpften auch auf belgischem Gebiet, nach drei Wochen zogen sich die Einheiten der

britische Armee nach der „Schlacht von Mons“ zurück. Damit begann auch eine Abwanderung belgischer Flüchtlinge. Tausende Menschen flohen vom Antwerpener Hafen aus über das Meer nach England, bald darauf folgten verletzte Soldaten, darunter „Die Jungs von Seraing“ – der Name der Cockerill-Ingenieure. Sie gingen zu einer neu errichteten Rüstungsfabrik am Fluss Tyne, im Nordosten Englands im Ort Birtley.

Die Fabrik und ihre Gemeinde Elisabethville – ein neues Dorf, das nach der belgischen Königin benannt wurde – war von Frühjahr 1916 bis Kriegsende Heimat und Arbeitsstätte von 7 000 Belgiern. Einzigartig unter belgischer ziviler und militärischer Verwaltung, mit einer Fabrik, die von belgischen Ingenieuren geleitet wird. Diese kriegsmüden Menschen produzierten 2,75 Mio. Granaten mit einer Produktionsrate, die höher war als die jeder anderen Fabrik in Großbritannien. Die Belgier brachten nicht nur ihr

Können mit, sondern auch ihren Kampfeswillen.

Die Gewerkschaften waren in Elisabethville trotz des *Defence of the Realm Act* (ein für ganz Großbritannien geltendes Gesetz zur Sicherung der Verteidigungsfähigkeit), der auch alle Gewerkschaftsaktivitäten in Großbritannien erschwerte, sehr aktiv. Die Belgier haben ihrem Gastgeberland besondere Zugeständnisse abgerungen. Die Birtley-Arbeiter waren so gut organisiert, dass auf dem Gewerkschaftskongress in London 1917 und 1918 geschrieben stand: *Birtley was the strongest of them all in GB*. (Von allen Arbeitern waren die von Birtley die stärksten, hartnäckigsten, überzeugendsten“).

Die Rückführung nach Belgien setzte bereits wenige Tage nach Kriegsende ein. Der letzte Belgier verließ Elisabethville am 5. Februar 1919. Ihre Geschichte erschien 1919 mit dreisprachigem Vorwort als *Nos „Hors-Combat“ à Elisabethville Birtley* von Camille Fabry in der Reihe *Les Pages Héroïques de la Grande Guerre*. Fabry war später Delegierter der Wallonischen Nationalversammlung, Präsident des Kriegsveteranenverbandes und Rekrutierungsoffizier für den Widerstand des Zweiten Weltkriegs, deren Untergrund-Presseeditor und Saboteur. Mit einem weiteren Essay von 1920 hat er auch Karl Liebknecht und seinem Friedensaufruf für die belgischen Arbeiter von Seraing einen Platz in der Geschichte gegeben.

Einige Jahre lang in den 1920ern wurde die Fabrik zur Autoherstellung genutzt. Allerdings nicht erfolgreich. Bis in die späten 1930er Jahre lag die Fabrik still und wurde dann wieder zur Waffenproduktion genutzt. Auf unterschiedliche Weise blieb die Fabrik Produktionsstätte, bis 2012 ein neues Werk gebaut wurde. Die „historische“ Anlage wurde dann für den Bau von Wohnungen abgerissen.

BILL LAWRENCE

Anm.: Die Geschichte der *Birtley Belgians* war über achtzig Jahre in Vergessenheit geraten, aber *The Boys of Seraing* leben heute wieder – Bill Lawrence plant ein Buch darüber herauszugeben; außerdem gibt es ein Musical, das in Belgien aufgeführt wird.

## DER KONVERSIONSPLAN FÜR LUCAS AEROSPACE

Im Januar 1976 präsentierten Beschäftigte von Lucas Aerospace in Großbritannien einen Konversionsplan für das gesamte Unternehmen, der auf eine Umstellung von Rüstungs- auf zivile Produktion zielte.

Das in den 1850er Jahren von Joseph Lucas gegründete Unternehmen, das in der Anfangszeit Öllampen und später elektrische Komponenten für die Automobilindustrie produzierte, hatte sich immer mehr zu einem Rüstungskonzern entwickelt. Vor dem Hintergrund dieser Ausrichtung und der Ankündigung des Managements, Tausende Beschäftigte zu entlassen, taten sich Beschäftigte aus allen Belegschaftsgruppen und quer zu den bestehenden gewerkschaftlichen Strukturen zusammen, um alternative Produkte und Produktionskonzepte zu entwickeln.

Der Cheftwickler der Unternehmens, Mike Cooley, war eine treibende Kraft dieser innerbetrieblichen Bewegung. Ein Jahr wurde auch mit externer Expertise an Konzepten gearbeitet. Unter anderem beteiligte sich die Britische Gesellschaft für soziale Verantwortung in der Wissenschaft (*British Society for Social Responsibility in Science*, [https://en.wikipedia.org/wiki/British\\_Society\\_for\\_Social\\_Responsibility\\_in\\_Science](https://en.wikipedia.org/wiki/British_Society_for_Social_Responsibility_in_Science)) an den Arbeiten.



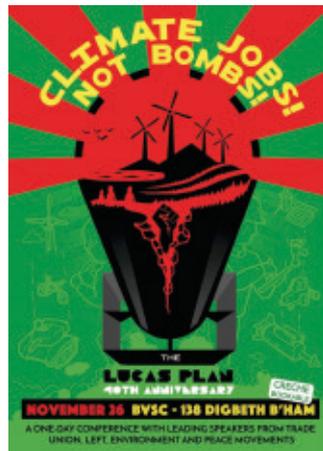
Arbeiter bei Lucas Industries, Shaftmoor Lane branch, Birmingham, 1970

Am Ende wurden die Arbeiten in sechs Bänden mit insgesamt etwa 1000 Seiten vorgestellt. 150 alternative Produkte, die mit den vorhandenen Qualifikationen der Beschäftigten und der vorhandenen technischen Infrastruktur hätten gefertigt werden können, waren entwickelt worden. Die Belegschaftsinitiative wählte 12 Produkte aus, die dem Management vorgestellt wurden. Dieses lehnte jedoch jegliche Vorschläge ab.

Das bei Lucas Aerospace entwickelte Konzept wurde dennoch von diversen regionalen Gewerkschaftsräten und dem *Greater London Council* aufgenommen. Auch in vielen europäischen Ländern wurde dieses Konzept aufgegriffen. Soziale Produkte für soziale Bedürfnisse, Rüstungskonversion, Beteiligung der Beschäftigten bei der Produktentwicklung sind die Schlagworte, die hiermit im Zusammenhang stehen. Der Ansatz hat sich zu einem bleibenden Bezugspunkt in Sachen Produktkritik, Beteiligung der Beschäftigten und Selbstorganisation entwickelt. 2016 fand in Birmingham eine Konferenz statt, die den 40. Jahrestag für einen Rückblick und eine Bestandsaufnahme nutzte.

ROLF GEHRING

Quelle: <http://lucasplan.org.uk/>



Flyer für die Konferenz zu einem Alternativenplan für Lucas, die am 26. November 2016 im BVSC in Birmingham stattfand.



## DAS INSTITUT DES EUROPÄISCHEN BETRIEBSRATS WIRD GESETZLICH VERANKERT

**D**er französische Soziologe Robert Castel hat in einer Schrift\* die Anerkennung der Anliegen der Arbeiterschaft als eine Voraussetzung für ihre Anerkennung als Vollbürger (Wahlrecht) beschrieben: Erringung von Würde und Emanzipation gelingt über gesetzliche Verankerung von Schutzrechten, Durchsetzung von Tarifverträgen und schließlich mit Verankerung von Vertretungsorganen. – Das erste Betriebsrätegesetz in Deutschland wird nicht zufällig im Zuge der Novemberrevolution erlassen.

Vergleichbar haben sich in allen europäischen Staaten Systeme der industriellen Arbeitbeziehungen herausgeschält, die die Vertretung und die Beteiligung der Beschäftigten in wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten der Unternehmen regeln. Ihre Funktionsweisen und Rechte sind sehr buntscheckig, die betriebliche Praxis ist dies ebenfalls. Die zu bearbeitenden materiellen Gegenstände sind allerdings vergleichbar. Der Zuwachs von international agierenden Unternehmen, die komplexe internationale Arbeitsteilung, mehrfach grenzüberschreitende Lieferketten, der Ausbau des europäischen Binnenmarktes, aber auch gewerkschaftliche Kooperationen über Ländergrenzen hinweg haben eine Atmosphäre geschaffen, in der ein wachsendes Bedürfnis nach länderübergreifenden Vertretungsstrukturen und Vereinbarungen entsteht. Damit soll ermöglicht werden, auf Entwicklung von Strategien, in immer kürzeren Zyklen stattfindende Unternehmensumstrukturierungen, Schließungen von Werken und andere Maßnahmen reagieren zu können. In den achtziger und neunziger Jahren werden erste Vereinbarungen zu länderübergreifenden Interessenvertretungsstrukturen durchgesetzt.

Am 22.9.1994 wird mit der Europäischen „Richtlinie zur Unterrichtung und Anhörung der Belegschaften in multinationalen Unternehmen“ eine allgemeine Rechtsgrundlage in Europa geschaffen. In Betrieben mit mehr als 1000 Beschäftigten (mindestens zwei Länder müssen mindestens 150 Beschäftigte haben) können diese Gremien eingerichtet werden.

Viele Gremien für EBRs entstehen trotz großer Schwierigkeiten: 2015 weist der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) eine Zahl von 1071 Gremien aus. Die Richtlinie ermöglicht neue Formen der Kooperation zwischen den Belegschaften, aber auch den Gewerkschaften. Die wenn auch nur seltene, aber regelmäßige Zusammenkunft der Belegschaftsvertreter weckt das Interesse an den anderen Ländern, ihren industriellen Beziehungen und den dortigen konkreten Arbeitsbedingungen.

Was können die EBRs inhaltlich bearbeiten? Die in Anhang 1 der Richtlinie aufgelisteten subsidiären Bestimmungen sind das Mindestmaß an Zuständigkeiten, im Wesentlichen wirtschaftliche Angelegenheiten, es können aber auch andere Gegenstände aufgenommen werden. 2015 weisen 28% der Vereinbarungen die Möglichkeit der Ausweitung ausdrücklich aus. Häufig zu finden sind heute der betriebliche Arbeits- und Gesundheitsschutz, Weiterbildung, Umweltschutz und Gleichbehandlung oder personelle Angelegenheiten.

Mit den EBRs ist auch das neue Rechtsinstitut der transnationalen Unternehmensvereinbarungen entstanden. Waren diese Art von Vereinbarungen vor dem Jahr 2000 nahezu unbekannt, haben sie seither eine enorme Ausweitung erfahren. Eine Unter-

1994

suchung des EGB weist für das Jahr 2011 insgesamt 244 solcher Vereinbarungen aus, je zur Hälfte mit einem europäischen und einem weltweiten Geltungsbereich. In einer Übersicht der Europäischen Kommission (Stand April 2015) werden schon 282 Vereinbarungen gelistet. Diese Vereinbarungen können sich in vielen Bereichen auf ILO-Konventionen stützen, setzen aber ein eigenes Fundament: Befassung, Anspruchsbildung, Verhandlung und Vertrag. Sie sind gewissermaßen nah am Menschen. In den Gewerkschaften wird zwar kritisch diskutiert, dass Unternehmensvereinbarungen die Funktion von Tarifverträgen unterlaufen können, letztlich wird aber wesentlich darauf gepocht, dass sie nicht ohne Gewerkschaften stattfinden dürfen. Damit entwickelt sich (potentiell) eine Praxis, Standards, Ansprüche und Rechte der Beschäftigten europäisch oder auch weltweit und in Vereinbarungen festzuschreiben und umzusetzen. Eine weitere Tendenz: 2% der EBRs arbeiten heute als Weltbetriebsräte.

ROLF GEHRING

Quellen:

Datenbank der Europäischen Kommission:  
<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=978>

*European Works Councils and SE Work Councils in 2015 – Facts and figures*; ETUI, Brüssel 2015 – div. Sprachen  
<https://www.etui.org/Publications2/Books/European-Works-Councils-and-SE-Works-Councils-in-2015.-Facts-and-figures>

\* Robert Castel: *Die Krise der Arbeit*.



Der Betriebsrat, 1927, von Jakob Steinhardt

## DIE RÄTEBEWEGUNG UND DAS ENDE DES DEUTSCHEN OBRIGKEITSSTAATES

Die Menschenrechte sind verkündet und die Arbeiterbewegung präsent. Trotzdem lebt der Mensch im 1870 gegründeten Deutschen Reich zuallererst als Untertan. Oben und Unten, Befehl und Gehorsam, Ordnungsprinzipien des absolutistischen Staates überlebten im Militär, bewährten sich bei dessen Technisierung und wurden von den Großorganisationen der Wirtschaft und des Staates aufgegriffen. Schlachtschiffe, Eisenbahnen, Hüttenwerke – alles ließ sich durch Befehlsketten führen. Schon zum Start der neuen Zeit wurde prägend gedichtet: „Dass sich das größte Werk vollende genügt ein Geist für tausend Hände.“ (Goethe, Faust II). Ideal trifft sich mit General.

Im Oktober 1918 erfahren die Matrosen, dass die kaiserliche Flotte zu einer letzten Schlacht in Richtung England auslaufen soll. Die Befehlskette bricht. Es werden Vertrauensleute bestimmt und Friedenspolitik eingefordert. Die Räte sind als politische Kraft in der Welt.

In den großen Ballungszentren war die Bevölkerung kriegsmüde und friedenshungrig. So kam es in München am 6. November 1918 nach einer riesigen, von einem breiten Parteienspektrum organisierten Friedenskundgebung zu hauptsächlich von der USPD und – heute würde man sagen – linken Milieus getragenen Aktionen vor den Kasernen. Es kam zur Verbrüderung. Soldatenräte wurden gebildet. Vor den alten Gesetzen galt dies als Meuterei, auf die Standrecht und schimpflicher Tod folgen. Schon deswegen musste eine neue politische Ordnung her. Noch in der gleichen Nacht führten Verhandlungen zwischen den Räten und den verschiedenen oppositionellen Strömungen zur Regierungsbildung, Ministerpräsident wurde

Kurt Eisner, USPD. Die neue Regierung kombinierte rechtliche geordnete, repräsentative Demokratie mit der Rätemacht. Die Fachbeamten – vom delegitimierten und entwaffneten König ihres Eids entbunden – konnten so auf Basis der geltenden Gesetze weiter amtieren und unter Aufsicht der Räte zur Erledigung dringender Aufgaben – Demobilisierung, Versorgung, ... – angehalten werden.

Es waren vor allem Rechte auf Information und Anhörung, die den Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten nach ihren von der neuen Regierung beschlossenen Satzungen zustanden. Eisner unterstrich bei vielen Gelegenheiten, dass auf diesem Wege die Massenbewegung Einblick gewinnen und die Handhabung der öffentlichen Angelegenheiten erlernen werde.

Die schon im Januar 1919 nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht abgehaltenen Landtagswahlen verschoben die Machtgewichte allerdings weg von den Räten hin zur repräsentativen Demokratie. Nach

Eisners Auffassung war der revolutionäre Prozess damit aber nicht erledigt. Er sah die Chance für ein Zusammenspiel von Räteinstitutionen, Massenmobilisierung und parlamentarischer Oppositionsarbeit und war auch persönlich bereit, diese Strategie im Landtag als einfacher Abgeordneter zu vertreten.\*

Als Kurt Eisner am 21. Februar 1919 auf dem Weg in den Landtag ermordet wurde, verlor die revolutionäre Bewegung jede Hoffnung auf Anerkennung, von Vernichtung bedroht griff man zu den Waffen, beanspruchte dabei unvermeidlich die ganze Macht und wurde von einem Bündnis aus extremen Reaktionären und Vertretern der repräsentativen Demokratie geschlagen. Am 1. Mai 1919 rückten Freischärler und Regierungstruppen in München ein und wüteten grausam.

Das politische Konzept der Rätebewegung – institutionalisierter Gegenpol zu wirtschaftlicher und politischer Macht – ließ sich aber nicht mehr aus der Welt schaffen (siehe Weimarer Reichsverfassung, Art. 165). Erst die Nationalsozialisten ordneten die Gesellschaft dann doch noch einmal als Befehlskette („Führer befiehlt – wir folgen“) und konnten so sämtliche Einrichtungen des Staates als Werkzeug vorher unvorstellbarer Verbrechen verwenden.

Heute gelten – auch aufgrund dieser Erfahrung – Organisationsrechte in den Betrieben und im zivilen Leben als Selbstverständlichkeit.

Ohne Gesetze, die z.B. die Mitwirkung im Unternehmen und die Auskunftspflicht von Behörden fixieren, blieben Transparenz und Partizipation leere Worte, und so wäre es auch, wenn in den wirtschaftlichen Belangen im Konflikt nicht das Recht zum Streik und in zivilen Bereich nicht das Recht zum Plebiszit hinzukämen, die der Arroganz der Mächtigen etwas entgegensetzen können.

MARTIN FOCHLER

Eine wichtige Quellensammlung: Franz J. Bauer, Die Regierung Eisner 1918/1919, Ministerratsprotokolle und Dokumente, S. 444

\* Rede Eisners vor dem Kongress der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte Bayern am 20. Februar 1919.

## STANDORTKONKURRENZ VERHINDERN: DIE ARBEIT DES EBR BEI DER JUNGHEINRICH AG

**DIE JUNGHEINRICH AG** zählt unter den Gabelstaplerherstellern zu den Top 3 weltweit und ist in über 30 Ländern mit Direktvertrieb vertreten. Vor der Umsetzung der EBR-Richtlinie von 1996 war kein fadenscheiniger Grund dumm genug, um nicht von Seiten des Managements dafür herzuhalten, jeglichen Informationsaustausch der Jungheinrich-Interessenvertretungen im europäischen Ausland zu verhindern: Das Werk in der Normandie sei verkehrstechnisch schwer zu erreichen, die kommunistische CGT wolle ohnehin nicht mit IG Metallern sprechen und dergleichen. Inzwischen ist es selbstverständliche betriebsrätliche Praxis, dass sich die KollegInnen aus den europäischen Ländern treffen und beraten.

Neben den gesetzlich verbrieften Informationsrechten des EBR ist es für die Jungheinrich-Interessenvertretung besonders wichtig gewesen, Standortkonkurrenz zu verhindern und die Interessen der gesamten Konzern-Belegschaft zu vertreten, obgleich diese bezüglich Arbeitsbedingungen, Qualifikation und Tätigkeit sehr ausdifferenziert ist. Alle haben sie eine Menge gemeinsamer Interessen: Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen, Übernahme nach der Ausbildung; über die Grenzen hinweg besteht das Interesse an guten, vielseitigen Arbeitsinhalten und – dafür arbeitet man ja – an einem guten, hohen Einkommen sowie an stabilen Sozialleistungen. Hinzu kommt der An-

spruch auf demokratische Rechte im Betrieb: als Mensch geachtet zu werden und dass man ungehindert gewerkschaftlich aktiv sein kann. Dies zu sichern, war das Anliegen des EBR bei Jungheinrich.

Aber das funktioniert nur, wenn die Unterschiedlichkeit der einzelnen Belegschaften, Beschäftigtengruppen und Kulturen im Auge behalten wird. Das gelang in offiziellem und persönlichem Bereich über Jahre hinweg vornehmlich in der Zusammenarbeit der deutschen, französischen und britischen KollegInnen. – Aber das wurde in den Jahren 2003 und 2004 auf eine harte Probe gestellt. Gleich zweimal hatte der EBR sich mit der Schließung eines Jungheinrich-Werkes im Ausland zu befassen. Einmal mit der Absicht des Vorstandes, eine Fertigungslinie von Leighton Buzzard, nördlich von London, nach Moosburg bei München zu verlagern. Und dann das Vorhaben, das Werk der MIC in Argentan in der Normandie zu schließen. Die Fertigung sollte künftig in China sein.

Die Vernichtung des französischen Standortes war für die französischen KollegInnen mit besonderer Dramatik verbunden. Die MIC gehörte seit 30 Jahren zu Jungheinrich und war zu diesem Zeitpunkt noch der weltgrößte Hersteller von Handgabelhubwagen. Wut und Trauer erfasste die KollegInnen und BetriebsrätInnen. Denn sie wurden durch die Drohung, die MIC in die Insolvenz gehen zu lassen, massiv unter Druck gesetzt. Aufgrund starker konzernweiter europäischer Proteste mussten die Jungheinrich-Kapitalisten Verhandlungen aufnehmen. Das Werk wurde zwar geschlossen. Der Sozialplan aber lag wenigstens erheblich über dem, was vergleichbar in Frankreich hätte gezahlt werden müssen.

KARL-HELMUT LECHNER



Im Januar 2004 konnte eine Jungheinrich-Delegation von Arbeitnehmerinnen unter der Struktur des EBR die KollegInnen der mic in Argentan unterstützen. Gemeinsam brachten sie ihren Protest und ihre solidarische Verbundenheit zum Ausdruck.

# EU-ANTIDISKRIMINIERUNGSRICHTLINIEN – RECHTSBEISTAND IM KAMPF GEGEN DISKRIMINIERUNG

Die Europäische Geschichte ist auch eine Geschichte von Wanderungen kriegerischer und ökonomischer Natur, in deren Folge sich unterschiedliche Kulturen, Bräuche, Verfahren, Gewohnheiten begegneten. Eingewanderte, wenn nicht als Sieger im Krieg (aber wohl auch dann) mussten als Minderheiten um die Anerkennung ihrer „Art“ kämpfen, um die Anerkennung von Lebensstilen und Andersartigkeit.

Jede Wanderungsbewegung wie z. B. diejenige der polnischen Arbeiter in den Bergbau des Ruhrgebietes oder die in Europa häufig stattfindende Wanderung von der Landarbeit

in die Industriearbeit, produziert somit potentiell Anpassungs- und Anerkennungsprozesse und Diskriminierung. Die durch weltweite Arbeitsteilung geprägte Industriegesellschaft hat soziale Differenzen und gleichzeitig Räume für neue Lebens- und Gestaltungsstile geschaffen, beides auch Momente möglicher Ausgrenzung und Diskriminierung.

Die Ausdifferenzierung von Lebensstilen oder tradierter Rollenzuschreibungen können zu schroffen Auseinandersetzungen und Unterdrückung durch die Mehrheit führen. So hat z.B. die Schwulenbewegung mehr als ein Jahrhundert gebraucht, um eine fragile Anerkennung in der Gesellschaft zu erlangen oder dauert der Kampf um die Lohngleichheit für Frauen bereits Jahrzehnte. Die Europäische Antidiskriminierungspolitik, Bewegungen und Formen der Aktionen haben starke Impulse aus den USA erhalten. Ihre Aktionsformen haben auch die europäischen Bewegungen gegen Diskriminierung geprägt. Die breite und starke Mobilisierung der schwarzen Bevölkerung in den USA hat 1964 zum „Bürgerrechtsgesetz“ geführt, das Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund von Hautfarbe, Herkunft, Religion oder Geschlecht untersagt – eigentlich Kernthemen der amerika-



nischen Verfassung. Dabei ging es nicht nur um Gleichberechtigung am Arbeitsplatz, sondern auch um gleiche Rechte im öffentlichen Raum.

## IMPLEMENTIERUNG IN EU-RECHT

1957 wurde „Diskriminierung am Arbeitsplatz“ als Thema in den Europäischen Verträgen verankert. Seit 1975 (Richtlinie 75/117/EWG) sind die Mitgliedsstaaten rechtlich verpflichtet, alle Bestimmungen aus Rechts- und Verwaltungsvorschriften zu löschen, die Lohndiskriminierung zur Folge haben und Maßnahmen zu treffen, um Diskriminierungen in Tarifverträgen, Lohn- und Gehaltstabellen usw. für nichtig zu erklären. Treibende Kraft war damals vor allem Frankreich.

In der im Jahre 2000 vom Rat der EU unterzeichneten Europäischen Charta der Grund-

Im Februar 1966 treten in der Fabrik National in Herstal – nahe Liège (Belgien) – 3000 beschäftigte Frauen in den Streik. Sie fordern entsprechend den Römischen Verträgen von 1957: *À travail égal, salaire égal.* (Bei gleicher Arbeit gleichen Lohn!) Zwölf lange Wochen dauert ihr Streik – ein Markstein in der europäischen Geschichte des Kampfes für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit und für die Gleichberechtigung der Geschlechter.

MATTHIAS PAYKOWSKI

## DER KAMPF GEGEN DIE SCHWULEN-DISKRIMINIERUNG IN DEUTSCHLAND

DER PARAGRAPH 175 (Strafverfolgung von Homosexualität) des bundesdeutschen Strafgesetzbuches stammte aus dem Jahre 1872. Verurteilungen konnten auch zur Aberkennung der Bürgerrechte (Wahlrecht) führen.

Der Kampf um seine Abschaffung dauerte fast 100 Jahre. Bekämpft wurde er von Beginn an. Einer der Vorreiter der Gleichbehandlung von Schwulen war der Arzt und Sexualforscher Magnus Hirschfeld. 1897 gründete er das Wissenschaftlich-humanitäre Komitee, das sich für die Rechte Homosexueller einsetzte. Schon damals kam es mehrmals zu Petitionen für die Abschaffung des Paragraphen, ohne Erfolg.

Noch im Zeitraum von 1950 bis 1965 wurden in der Bundesrepublik Deutschland etwa 45 000 Personen nach Paragraph 175 verurteilt. Eine erste Strafrechtsreform 1969 und zweite 1973 setzten lediglich das Alter für „Unzucht“ zwischen Männern herab, erst 1994 wurde der § 175 Strafgesetzbuch gestrichen.



Der rechtliche Schutz der freien sexuellen Orientierung bewirkt nicht automatisch ihre gesellschaftliche Anerkennung. Hier spielt der öffentliche Raum eine besondere Rolle. Daher

sind nicht zuletzt die schrillen *Christopher Street Days* von besonderer Bedeutung. Der Anstoß zu dieser Art Besetzung des öffentlichen Raumes kam aus den USA. Erstmals am 28. Juni 1969 wehrten sich Schwule in der Bar Stonewall Inn an der Christopher Street in New York gegen die üblichen schikanösen Razzien und Übergriffe durch die Polizei. Die Bundesrepublik erlebt ihre erste Schwulendemo 1972 in Münster.

ROLF GEHRING



In der Schwulenbewegung der Bundesrepublik verbinden sich der Kampf um Feiheitsrechte und Kapitalismuskritik, erste Homosexuellen-Demo, 1972 in Münster.

rechte findet sich eine Reihe von Bürger- und individuellen Grundrechten, darunter der Artikel 21, der das Recht auf Nichtdiskriminierung formuliert und vielfältige Aspekte von Differenz aufzählt („Diskriminierungen insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung“). In der Folge verabschiedeten die europäischen Institutionen in den Jahren 2000, 2002 und 2004 vier Richtlinien, die dieses allgemeine Recht in konkrete Vorschriften umsetzen. Dies war möglich, da mit dem Vertrag von Amsterdam (1997) die Zuständigkeit der Gemeinschaft auf den Bereich der Antidiskriminierung ausgeweitet wurde.

2004 wurde die Richtlinie zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern (2004/113/EG) in Bereichen ausserhalb des Arbeitsmarktes verabschiedet, wobei es um den Zugang zu Gütern und Dienstleistungen, die auf den Märkten zu haben sind, geht (einschliesslich von Wohnraum). Zwar ist damit das EU-Antidiskriminierungsrecht auf bestimmte Bereiche beschränkt, aber es greift ins nationalstaatliche Vertragsrecht ein (Grundrecht der Vertragsfreiheit, freie Wahl der Vertragspartner), setzt diesem einen Rahmen. Die Richtlinien verpflichten zu („abschreckenden“) Sanktionen, aber

auch zu positiven Maßnahmen um Diskriminierungen zu verhindern oder auszugleichen. Eine geteilte Beweislast wird in allen Richtlinien verankert. Auch Einrichtungen und Verbände können für Opfer die Klage führen.

Die nationale Umsetzung der europäischen Antidiskriminierungsrichtlinien hat Spielräume eröffnet. Für die Anerkennung in der Gesellschaft und ihrer Praktiken ist dies eine Voraussetzung. Der Kampf um Antidiskriminierung bleibt ein beständiger, da im historischen Verlauf auch neue Formen der Diskriminierungen praktiziert werden. In diesem Zusammenhang spielen auch die Institutionen zur Unterstützung der Antidiskriminierung und der Europäische Gerichtshof (EuGH) eine wichtige Rolle. Der EuGH wehrte Klagen gegen „die Quote“, also gegen Frauenförderung bei gleicher Qualifikation ab und entwickelte die Rechtsfigur der mittelbaren Diskriminierung, die in die EU-Richtlinien eingegangen ist.

ROLF GEHRING

Von 2000 bis 15. März 2017 hat der EuGH zu folgenden Bereichen jeweils in einer Anzahl von Fällen geurteilt:  
 Alter: 22, Behinderung: 5, Ethnische Herkunft: 2, Sexuelle Ausrichtung: 5, Geschlecht / Schwangerschaft: 12, Religion Weltanschauung: 1

## ANTIDISKRIMINIERUNG – INSTITUTIONELLE VERANKERUNG IN DER EU

### AGENTUR DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR GRUNDRECHTE (FRA).

Die 2007 gegründete Agentur mit Sitz in Wien soll „unabhängige faktengestützte Grundrechtsberatung“ geben. „Die FRA trägt dazu bei, dass der Schutz der Grundrechte von in der EU lebenden Menschen gewährleistet wird.“

Wesentliche Aktivitäten der FRA: – Erhebung und Analyse von Daten zu Grundrechtsfragen;  
– Vernetzung mit Partnerorganisationen und Verbreitung der Forschungsergebnisse damit diese die relevanten Akteure erreichen;  
– Übermittlung ihrer Empfehlungen an Partnerorganisationen und die breite Öffentlichkeit.

**DAS EUROPÄISCHE ANTIRASSISMUS-NETZWERK (ENAR).** ENAR fördert die Gleichstellung aller Menschen und die Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Anti-Rassismus-Akteuren. Die Organisation wurde 1998 mit dem Ziel gegründet, auf europäischer Ebene rechtliche Änderungen und in allen EU-Mitgliedstaaten entscheidende Fortschritte in Richtung Gleichbehandlung der Ethnien zu erreichen.

**EU-KAMPAGN: FOR DIVERSITY – AGAINST DISCRIMINATION.** Auf europäischer Ebene sind inzwischen verschiedene Aktivitäten und Programme umgesetzt worden. Dazu gehört z.B. die Initiative „Für Vielfalt gegen Diskriminierung“ der Europäischen Kommission. U. a. wurde eine Publikationsreihe (*European Anti-Discrimination Review*) teils in mehreren Sprachen herausgegeben, die die Gesetzgebung und Rechtsprechung der Mitgliedsstaaten untersucht, aber auch z.B. Beiträge zur Situation betroffener Gruppen enthält.

ROLF GEHRING



Menschenrechtsmarsch 1963 in Washington, D. C., der Autor James Baldwin mit den Schauspielern Marlon Brando und Charlton Heston.

### FILMEMPFEHLUNG: *I AM NOT YOUR NEGRO*

Der Schriftsteller James Baldwin (geb. 1924, gest. 1987) begann Ende der 70er Jahre in Erinnerung an seine drei ermordeten Freunde, den Menschenrechtsanwalt Medgar Evers (ermordet 1963), Malcolm X (ermordet 1965) und Martin Luther King jr. (ermordet 1968) und vor allem auf Grund seiner eigenen leidvollen Erfahrungen die Orte aufzusuchen, die für die Bewegung gegen den Rassismus, die Bürgerrechtsbewegung, in den USA bedeutungsvoll waren. Das Manuskript dieser Reise: *Remember This House* konnte er nicht zu Ende schreiben. Der haitianische Regisseur Raoul Peck hat dieses Manuskript in einen besonderen Film verwandelt: eine Collage aus Archivbildern, Filmausschnitten und Nachrichtenclips, „das fulminante und dringend notwendige Gegenbild zum amerikanischen Traum des weißen Mainstream“,

„Es geht nicht darum, was mit den schwarzen Menschen passiert. Die eigentliche Frage ist, was passiert mit diesem Land.“

James Baldwin, 1968

so Max Mohr in der ARD-Sendung *Titel, Thesen, Temperamente*.

„Raoul Peck und seine Schnittmeisterin Alexandra Strauss haben in dieser Form aufgehoben, dass die Geschichte der Schwarzen in Wiederholungen der immer selben Urszenarien seit ihrer Verschleppung ab dem siebzehnten Jahrhundert verläuft. Gerade so, wie Baldwin es beschrieben hat und deshalb zu dem Schluss kam, es gebe keinen Grund zur Hoffnung. Nicht nur für die Schwarzen in Amerika nicht, sondern für die gesamte Menschheit nicht. Und der dabei doch eine Leidenschaft fürs Leben ebenso wie gegen die Ungerechtigkeit, Schlechtigkeit, gegen Mord, Apartheid und weißen Suprematismus verströmte. Eine Leidenschaft, die jeden seiner Sätze grundierte, so oder so.“ (Verena Lueken in der FAZ vom 1.4.2017)

EVA DETSCHER

**EU ANTIDISKRIMINIERUNGSRICHTLINIEN – Die Links führen zur Datenbank des Europarechts, wo die Richtlinien in den europäischen Amtssprachen verfügbar sind**

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A32000L0043> – Richtlinie: 2000/43/EG vom 29. Juni 2000

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A32000L0078> – Richtlinie: 2000/78/EG vom 27. November 2000

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A32002L0073> – Richtlinie: 2002/73/EG vom 23. September 2002

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A32004L0113> – Richtlinie: 2004/113/EG vom 13. Dezember 2004

## BILDNACHWEIS

- 1 Teaching situation in Thyborøn  
<https://www.berlingske.dk/samfund/skolen-er-en-forslaaet-foedselar-med-en-lugt-af-sure-sokker>
- 1 Procession to the Hambach Festival  
 Historisches Museum der Pfalz, Speyer / Peter Haag-Kirchner, HMP Speyer [CC BY-NC-SA]
- 1 Demonstration Italy  
 Cisl, "Conquiste del lavoro", nn. 34-35, September 1969.
- 1 Hungary 1958  
 Archives of the General Workers' Union
- 1 Poster International Socialist Congress  
 Genossenschafts-Buchdruckerei Basel
- 1 Demonstration Finland 1968  
 Finnish National Archives
- 1 Painting Eugène Delacroix  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Eugène\\_Delacroix\\_-\\_Le\\_28\\_Juillet\\_La\\_Liberté\\_guidant\\_le\\_peuple.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Eugène_Delacroix_-_Le_28_Juillet_La_Liberté_guidant_le_peuple.jpg)
- 1 Women workers 1914  
 Trade union movement in Bulgaria 1878–1974, Publishing house "Profizdat", 1976.
- 1 Women activists 1930  
 Trade Union Budowlani Archive
- 1 Hungarian newspaper cover page  
 fortepan.hu
- 1 Painting Hans Tegner  
 Hans Tegner ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Page\\_405\\_of\\_Fairy\\_tales\\_and\\_stories\\_\(Andersen,\\_Tegner\).png](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Page_405_of_Fairy_tales_and_stories_(Andersen,_Tegner).png))
- 1 Child labour  
 Nowy Kurjer / 18.04.1934 / Poznań / Year 45, No. 88: „Żyrardów is hell for a Polish worker”
- 1 Coron du Grand-Hornu  
 caracascom.com
- 1 Gay pride 2005  
 (Original uploader= Raystorm) ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gay\\_March\\_celebrating\\_2005\\_Pride\\_Day\\_and\\_Same-Sex\\_Marriage\\_Law\\_in\\_Spain.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gay_March_celebrating_2005_Pride_Day_and_Same-Sex_Marriage_Law_in_Spain.jpg)), „Gay March celebrating 2005 Pride Day and Same-Sex Marriage Law in Spain”, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>
- 1 Frederick Street wash house  
 Berdwin ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:1914\\_INTERIOR\\_OF\\_UPPER\\_FREDERICK\\_STREET\\_WASH\\_HOUSE.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:1914_INTERIOR_OF_UPPER_FREDERICK_STREET_WASH_HOUSE.jpg)), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>
- 1 Poster workplace safety  
 Filca-Cisl Historical Archive
- 2/3 Europe  
 iStock/denys
- 4 Grand-Hornu  
 caracascom.com
- 4 150-hours course  
<http://www.hotpotatoes.it/2018/04/25/piu-polvere-in-casa-meno-polvere-nel-cervello-di-marcella-toscani/>
- 4 L'Aurore 1898  
<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:J'accuse.jpg>
- 4 Poster International Socialist Congress  
 Genossenschafts-Buchdruckerei Basel
- 4 1936 strike  
 Carhop, [www.carhop.be](http://www.carhop.be)
- 5 Il Quarto Stato, Giuseppe Pellizza da Volpedo, 1901  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Quarto\\_Stato.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Quarto_Stato.jpg)
- 5 Demonstration Finland 1972  
 The People's Archives, Helsinki
- 5 TUC Pamphlet cover  
[http://www.unionhistory.info/timeline/1960\\_2000.php](http://www.unionhistory.info/timeline/1960_2000.php)
- 5 Pram march in Bern  
 Regula Bühlmann / SGB | USS, <https://photos.sgb-uss.ch/alben/frauenstreik-greve-des-femmes-2019/inhalte/kinderwagen-demo-in-bern/>
- 5 2017 Same Sex marriage  
 GWU Archive, photographer Roger Azzopardi
- 6 Painting Robert Koehler  
 Robert Koehler artist QS:P170,Q1799631 ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Der\\_Streik\\_von\\_Robert\\_Koehler.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Der_Streik_von_Robert_Koehler.jpg))
- 7 Rerum Novarum  
 KADOC
- 7 Poster eight hour working day
- 8 1936 strike  
 Carhop, [www.carhop.be](http://www.carhop.be)
- 8 Trade union action  
 KADOC
- 9 Women's rights  
 ACV bouw - industrie & energie, 125 Jahre ACV
- 9 Antidiscrimination  
 KADOC
- 10 Sculpture Constantin Meunier
- 12 Grand-Hornu complex  
 caracascom.com
- 12 Grand-Hornu postcard  
 caracascom.com
- 12 UNESCO World Heritage  
 caracascom.com
- 13 1 May celebration  
 Trade union movement in Bulgaria 1878–1974, Publishing house "Profizdat", 1976
- 13 Child labour  
 Trade union movement in Bulgaria 1878–1974, Publishing house "Profizdat", 1976
- 13 Union congress delegates  
 Trade union movement in Bulgaria 1878 – 1974, Publishing house "Profizdat", 1976
- 15 Strikes in Bulgaria (1901–1903)  
 Trade union movement in Bulgaria 1878–1974, Publishing house "Profizdat", 1976
- 15 Trade union flag  
 Trade union movement in Bulgaria 1878–1974, Publishing house "Profizdat", 1976
- 16 Strike Bulgaria 1906  
 Trade union movement in Bulgaria 1878–1974, Publishing house "Profizdat", 1976
- 16 Stamp  
 Trade union movement in Bulgaria 1878 – 1974, Publishing house "Profizdat", 1976
- 16 Women delegates  
 Trade union movement in Bulgaria 1878 – 1974, Publishing house "Profizdat", 1976
- 17 National strike 2004  
 25 years CITUB – history and assessment, CITUB, 2015
- 17 Teachers' strike 2007  
 25 years CITUB – history and assessment, CITUB, 2015
- 18 Painting Erik Henningsen  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:En\\_agitator\\_\(Henningsen\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:En_agitator_(Henningsen).jpg)
- 18 M. C. Lyngsie  
 Arbejdermuseet, The Workers Museum, Copenhagen
- 18 Cartoon  
 Arbejdermuseet, The Workers Museum, Copenhagen
- 18 Photo International Workers' Congress  
 Arbejdermuseet, The Workers Museum, Copenhagen
- 19 Karl Kristian Steinke  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Karl\\_Kristian\\_Steincke.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Karl_Kristian_Steincke.jpg)
- 19 Carlsberg workers  
 Arbejdermuseet, The Workers Museum, Copenhagen
- 20 Workers in Ulvedalene  
 Arbejdermuseet, The Workers Museum, Copenhagen
- 20 Bricklayers  
 Arbejdermuseet, The Workers Museum, Copenhagen
- 21 Facsimile Overenskomst  
 Arbejdermuseet, The Workers Museum, Copenhagen
- 21 Søren Kierkegaard  
<http://www.kb.dk/en/nb/tema/webudstillinger/sk-mss/sk-portraetter/marstrand.html>
- 22 Illustration Hans Tegner  
 Hans Tegner ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Page\\_405\\_of\\_Fairy\\_tales\\_and\\_stories\\_\(Andersen,\\_Tegner\).png](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Page_405_of_Fairy_tales_and_stories_(Andersen,_Tegner).png))
- 23 Teaching situation in Thyborøn  
<https://www.berlingske.dk/samfund/skolen-er-en-forslaaet-foedselar-med-en-lugt-af-sure-sokker>
- 25 N. S. F. Grundtvig  
<http://www.kb.dk/images/billed/2010/okt/billeder/subject2251/da/>
- 26 First female members of parliament 1907  
 Workers Archive Werstas, Tampere
- 26 General Strike Committee, Tampere 1905  
 Finnish Labour Museum Werstas, Tampere
- 27 Protest Helsinki 1917  
 Workers Archive Werstas, Tampere
- 27 Poster 40 years of women's suffrage  
 The People's Archives, Helsinki
- 27 Poster workplace safety  
 The People's Archives, Helsinki
- 28 Strike 1991  
 Finnish Labour Museum Werstas, Tampere
- 28 Poster north pride  
 Finnish Labour Museum Werstas, Tampere
- 29 General strike 1905  
 The People's Archives, Helsinki
- 30 The Red Declaration  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Punainen\\_julistus.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Punainen_julistus.jpg)

The list of references has been carefully prepared. However, we have not been able to find a source for all the individual illustrations. If we made a mistake while searching for the source, we kindly ask you to contact us.

- 31 Striking textile workers  
Workers Archive Werstas, Tampere
- 31 Aura Kiiskinen  
The People's Archives, Helsinki
- 32 Demonstration in Helsinki 1968  
Finnish National Archives
- 33 Demonstration in Finland 1972  
The People's Archives, Helsinki
- 34 Newspaper front page  
Workers Archive Werstas, Tampere
- 35 Painting Eugène Delacroix  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Eugène\\_Delacroix\\_-\\_Le\\_28\\_Juillet,\\_La\\_Liberté\\_guidant\\_le\\_peuple.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Eugène_Delacroix_-_Le_28_Juillet,_La_Liberté_guidant_le_peuple.jpg)
- 36 Declaration of Human Rights  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Le\\_Barbier\\_Dichiarazione\\_dei\\_diritti\\_dell'uomo.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Le_Barbier_Dichiarazione_dei_diritti_dell'uomo.jpg)
- 36 Civil Code  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Code\\_civil\\_des\\_Français.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Code_civil_des_Français.jpg)
- 36 Pierre Waldeck-Rousseau  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Pierre\\_Waldeck-Rousseau\\_by\\_Nadar.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Pierre_Waldeck-Rousseau_by_Nadar.jpg)
- 37 Factory interior  
Archives départementales de Loir-et-Cher, Fonds Borner. - 24 Fi 50. AD41
- 37 Sécurité sociale  
<http://www.communcommune.com/2017/06/une-autre-histoire-de-la-securite-sociale-par-bernard-friot-et-christine-jakse.html>
- 38 Poster Occupational safety  
Poster, Occupational safety, IISG, International Institute of Social History, Amsterdam – BG D38/986
- 39 Le Père Duchêne, 10 March 1871  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:PereDuchene1871\\_4\\_1a.png](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:PereDuchene1871_4_1a.png)
- 39 Le Cri du peuple, 28 Mars 1871  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Le\\_Cri\\_du\\_Peuple.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Le_Cri_du_Peuple.jpg)
- 40 Freedom of press  
Source gallica.bnf.fr / Bibliothèque nationale de France <https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/bpt6k5657561d.textelimage>
- 40 Famous inventions  
Private archive Rolf Gehring
- 41 L'Aurore, 13 January 1898  
<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:J'accuse.jpg>
- 41 Facsimile, J'Accuse!, January 1898  
Source gallica.bnf.fr / Bibliothèque nationale de France <https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/bt1b8451622d/f13.image>
- 42 Théodore Géricault  
Théodore Géricault, Quatre études de têtes coupées, inv. 2157, © Besançon, musée des beaux-arts et d'archéologie – Photographie P. Guenat
- 43 Cesare Beccaria cover  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Beccaria\\_-\\_Dei\\_delitti\\_e\\_delle\\_pene\\_-\\_6043967\\_A.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Beccaria_-_Dei_delitti_e_delle_pene_-_6043967_A.jpg)
- 44 Robert Badinter  
<http://abracadablog.canalblog.com/archives/2015/09/17/32639892.html>
- 45 Painting Adolph Menzel  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Adolf\\_Friedrich\\_Erdmann\\_von\\_Menzel\\_005.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Adolf_Friedrich_Erdmann_von_Menzel_005.jpg)
- 45 Ferdinand Lassalle  
([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv\\_Bild\\_183-R66693,\\_Ferdinand\\_Lassalle.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_183-R66693,_Ferdinand_Lassalle.jpg)), „Bundesarchiv Bild 183-R66693, Ferdinand Lassalle“, als gemeinfrei gekennzeichnet, Details auf Wikimedia Commons: <https://commons.wikimedia.org/wiki/Template:PD-old>
- 45 August Bebel  
Bundesarchiv, Bild 183-14077-0005 / CC-BY-SA 3.0 ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv\\_Bild\\_183-14077-0005,\\_August\\_Bebel.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_183-14077-0005,_August_Bebel.jpg)), „Bundesarchiv Bild 183-14077-0005, August Bebel“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legalcode>
- 46 Poster  
Fritz Gottfried Kirchbach [1888-1942], ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:SPD-Plakat\\_1919.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:SPD-Plakat_1919.jpg))
- 46 Red Ruhr Army  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Rote\\_Ruhrarmee\\_1920.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Rote_Ruhrarmee_1920.jpg)
- 47 Hans Böckler  
[www.boeckler.de](http://www.boeckler.de)
- 47 Campaign poster  
DGB
- 47 Easter March  
Konrad Tempel ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Ostermarsch\\_1960.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Ostermarsch_1960.jpg))
- 48 Procession to the Hambach Festival  
Historisches Museum der Pfalz, Speyer/Peter Haag-Kirchner, HMP Speyer [CC BY-NC-SA]
- 50 J. W. von Goethe: Tree of liberty  
<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Freiheitsbaum.jpg>
- 50 Frankfurt National Assembly  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Frankfurt\\_Nationalversammlung\\_1848.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Frankfurt_Nationalversammlung_1848.jpg)
- 51 Robert Blum  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Portrait\\_of\\_Robert\\_Blum\\_by\\_August\\_Hunger.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Portrait_of_Robert_Blum_by_August_Hunger.jpg)
- 52 Factory in the early 1900s  
fortepan.hu
- 53 Demonstration 1930  
fortepan.hu
- 53 Newspaper cover page  
fortepan.hu
- 54 Demonstration, 1 May 1950  
fortepan.hu
- 54 Activists 1956  
fortepan.hu
- 54 Parade, 1 May 1983  
fortepan.hu
- 55 Construction workers in Debrecen  
EFEDOSZSZ
- 56 Poster  
Politikátörténeti és Szakszervezeti Levéltár [Archives of Political History and Trade Unions]
- 56 Károly Peyer  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Peyer\\_Károly.png](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Peyer_Károly.png)
- 56 Bethlen István  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bethlen\\_István\\_1930s.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bethlen_István_1930s.jpg)
- 57 Strike headquarters  
EFEDOSZSZ
- 58 Photo Bricklayers from Milan  
Filca-Cisl Lombardia, De Vecchi G., Treu C., The construction workers' organizations in Lombardy 1860-1914, Nuove edizioni operaie, 1979
- 58 Painting Emilio Longoni  
Collection: Banca di Credito Cooperativo di Bartassina
- 59 Poster workplace safety  
Filca-Cisl Historical Archive
- 60 Construction workers' strike 1969  
Photo Ravagli, Fillea Cgil Archive
- 60 Demonstration 1973  
Photo Ravagli, Fillea Cgil Archive
- 61 Manual „L'ambiente di lavoro“  
<https://www.etui.org/Topics/Health-Safety-working-conditions/News-list/The-struggle-for-health-at-work-the-Italian-workers-model-of-the-1970s-as-a-source-of-inspiration>
- 64 Fabbrica e stato – Inchiesta  
inchiestaonline.it
- 65 Photos 150-hours course  
<http://www.hotpotatoes.it/2018/04/25/piu-polvere-in-casa-meno-polvere-nel-cervello-di-marcella-toscani/>
- 65 Pier Paolo Pasolini  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Pier\\_Paolo\\_Pasolini.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Pier_Paolo_Pasolini.jpg)
- 66 GWU Manifestation  
Archives of the General Workers' Union
- 67 Agatha Barbara  
Archives of the General Workers' Union
- 67 Independence Day celebrations  
Archives of the General Workers' Union
- 68 Republic Day  
Archives of the General Workers' Union
- 68 Improved social services  
GWU Archive, photographer Roger Azzopardi
- 68 Divorce referendum  
Archives of the General Workers' Union
- 69 General Workers' Union Building Monument  
Ethan Doyle White ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Memorial\\_of\\_the\\_General\\_Workers'\\_Union\\_in\\_Valletta.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Memorial_of_the_General_Workers'_Union_in_Valletta.jpg)), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>
- 70 Reggie Miller  
Archives of the General Workers' Union
- 70/71 Clashes 1958  
Archives of the General Workers' Union
- 71 Freedom torch  
Archives of the General Workers' Union
- 71 Last warship leaves  
The National Archives of Malta, [https://www.flickr.com/photos/national\\_archives\\_malta/4278176773](https://www.flickr.com/photos/national_archives_malta/4278176773)

## B I L D N A C H W E I S

- 72 Painting Jan Matejko  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Konstytucja\\_3\\_Maja.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Konstytucja_3_Maja.jpg)
- 73 Beginnings of Trade Unions  
 Trade Union Budowlani Archive
- 73 Child labour  
 Nowy Kurjer / 18.04.1934 / Poznań / Year 45, No. 88: „Zyrardów is hell for a Polish worker”
- 73 Women activists 1930  
 Trade Union Budowlani Archive
- 74 Facsimile  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:PKWN\\_Manifest.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:PKWN_Manifest.jpg)
- 74 Land reform  
 Polish Press Agency/Central Photo Agency
- 75 Martial law 1981
- 75 Round table 1989  
 Wikimedia Commons
- 76 Józef Piłsudski  
 Wikimedia Commons
- 78 Spanish constitution 1812
- 78 Barcelona-Mataró line 1848  
<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:ImpulsorsTrenMataro.jpg>
- 78 Child labour  
[https://guillermoaramayona.wordpress.com/2011/06/18/trabajo\\_infantil/](https://guillermoaramayona.wordpress.com/2011/06/18/trabajo_infantil/)
- 78 Claudio Moyano  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Claudio\\_Moyano\\_en\\_La\\_Ilustración\\_Española\\_y\\_Americana.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Claudio_Moyano_en_La_Ilustración_Española_y_Americana.jpg)
- 79 Facsimile Boletín de la Escuela Moderna  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Escuela\\_Moderna.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Escuela_Moderna.jpg)
- 79 Allegory of the republic  
<https://www.flickr.com/photos/antoniomarinsegovia/19480195181>
- 79 Polling station 1977  
 Magica (<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:ToledoElecciones15Jun77.jpg>), „ToledoElecciones15Jun77”, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>
- 80 Closing ceremony 1977  
 Nemo ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Fiesta\\_del\\_PCE\\_003.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Fiesta_del_PCE_003.jpg)), „Fiesta del PCE 003”, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>
- 80 Facsimile Spanish Constitution of 1978  
 Infinauta ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Primera\\_página\\_de\\_la\\_Constitución\\_española\\_de\\_1978\\_con\\_escudo\\_de\\_1981.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Primera_página_de_la_Constitución_española_de_1978_con_escudo_de_1981.jpg))
- 80 Feminist demonstration
- 80 Celebration march 2005  
 (Original uploader= Raystorm) ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gay\\_March\\_celebrating\\_2005\\_Pride\\_Day\\_and\\_Same-Sex\\_Marriage\\_Law\\_in\\_Spain.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gay_March_celebrating_2005_Pride_Day_and_Same-Sex_Marriage_Law_in_Spain.jpg)), „Gay March celebrating 2005 Pride Day and Same-Sex Marriage Law in Spain”, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>
- 81 Queuing for coal  
 Fondo Brangulí, Arxiu Nacional de Catalunya (ANC)
- 81 Employers’ militia  
 Fondo Josep Maria Sagarra i Plana, Arxiu Nacional de Catalunya (ANC)
- 81 Canadiense strike clashes  
 Fondo Josep Maria Sagarra i Plana, Arxiu Nacional de Catalunya (ANC)
- 81 Military on the Ramblas  
 Fondo Josep Maria Sagarra i Plana, Arxiu Nacional de Catalunya (ANC)
- 82 Military action  
 Fondo Josep Maria Sagarra i Plana, Arxiu Nacional de Catalunya (ANC)
- 82 Canadiense plant  
 Fondo Brangulí, Arxiu Nacional de Catalunya (ANC)
- 83 Salvador Seguí Rubinat  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Salvador\\_Seguí\\_\(CNT\).JPG](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Salvador_Seguí_(CNT).JPG)
- 84 Facsimile Swiss Federal Constitution 1848  
 Swiss Federal Archives, [https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/c/c5/Bundesverfassung\\_1848\\_-\\_CH-BAR\\_-\\_3529242.pdf](https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/c/c5/Bundesverfassung_1848_-_CH-BAR_-_3529242.pdf)
- 84 Poster International Socialist Congress  
 Genossenschafts-Buchdruckerei Basel
- 84 General strike 1918  
 Schweizerisches Sozialarchiv, F-Fb-0016-41
- 85 Poster anti-women’s suffrage  
 Schweizerisches Sozialarchiv, F-Pe-1594
- 86 SVP stand  
 keystone-SDA
- 86 Pram march in Bern  
 Regula Bühlmann / SGB | USS, <https://photos.sgb-uss.ch/alben/frauenstreik-greve-des-femmes-2019/inhalte/kinderwagen-demo-in-bern/>
- 87 Swiss 1848 Confederal Constitution  
 Burgerbibliothek Bern, GR.D.63
- 88 Facsimile Swiss Federal Constitution 1848  
 Swiss Federal Archives, [https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/c/c5/Bundesverfassung\\_1848\\_-\\_CH-BAR\\_-\\_3529242.pdf](https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/c/c5/Bundesverfassung_1848_-_CH-BAR_-_3529242.pdf)
- 89 Banner Arosa Grütli Association  
 Adrian Michael ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Grütliverein\\_Fahne.JPG](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Grütliverein_Fahne.JPG)), „Grütliverein Fahne”, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>
- 90 Illustration Hans Bachmann  
 Burgerbibliothek Bern, GR.C.780
- 91 The Condition and Treatment of the Children employed in the Mines and Colliers of the United Kingdom  
<https://www.bl.uk/romantics-and-victorians/articles/child-labour>
- 91 Emblem and membership certificate  
[http://www.unionhistory.info/timeline/1850\\_1880.php](http://www.unionhistory.info/timeline/1850_1880.php)
- 92 Annie Kenney and Christabel Pankhurst  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Annie\\_Kenney\\_and\\_Christabel\\_Pankhurst.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Annie_Kenney_and_Christabel_Pankhurst.jpg)
- 92 Leaflet National Health Service  
<http://museum.hackney.gov.uk/object9232>
- 93 Poster Welcome  
[http://www.unionhistory.info/timeline/1960\\_2000.php](http://www.unionhistory.info/timeline/1960_2000.php)
- 93 TUC pamphlet cover  
[http://www.unionhistory.info/timeline/1960\\_2000.php](http://www.unionhistory.info/timeline/1960_2000.php)
- 94/95 Frederick Street wash house  
 Berdwin ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:1914\\_INTERIOR\\_OF\\_UPPER\\_FREDERICK\\_STREET\\_WASH\\_HOUSE.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:1914_INTERIOR_OF_UPPER_FREDERICK_STREET_WASH_HOUSE.jpg)), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>
- 95 Kitty Wilkinson  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Kitty\\_Wilkinson.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Kitty_Wilkinson.jpg)
- 95 Bench in Everton Park  
 Photo: James Ward
- 96 Kitty Wilkinson wash salon today  
<https://kittyslaundrette.org.uk/>
- 98 Street in Elizabethville  
 Dirk Musschoot
- 98 Factory  
 Dirk Musschoot
- 99 Flyer Lucas Plan Conference  
[lucasplan.org.uk](http://lucasplan.org.uk)
- 99 Lucas workers  
[lucasmemories.co.uk](http://lucasmemories.co.uk).
- 101 Painting Jakob Steinhart  
 The Israel Museum, Jerusalem
- 102 European Works Council at Jungheinrich  
 Private archive Helmut Lechner
- 103 Female strike in Herstal/Belgium  
 Carhop, [www.carhop.be](http://www.carhop.be)
- 104 Gay rights march  
 Rosa Geschichten. Schwul-lesbisches Archiv Münster.
- 105 Civil rights march on Washington  
 U.S. Information Agency, Press and Publications Service. (ca. 1953 - ca. 1978) ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Heston\\_Baldwin\\_Brando\\_Civil\\_Rights\\_March\\_1963.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Heston_Baldwin_Brando_Civil_Rights_March_1963.jpg))

**THE COMPLETION OF THIS BOOK** would not have been possible without the active support of many people and institutions. We would especially like to thank archives, editors, museums, the (German) Association for Political Education, Left Criticism and Communication other institutions and supporters who helped us by providing material and approving the printing of illustrations.

**FRAGEN** der Gerechtigkeit, der Freiheit und der Gleichberechtigung beschäftigen die Menschen schon seit dem Entstehen ihrer frühesten sozialen Gemeinschaften. Wege und Schritte in Richtung dieser allgemeinen Ziele sind so vielfältig wie die jeweiligen Orte und Akteure. Man könnte zusammenfassen: Es gibt keinen Blueprint für den sozialen Fortschritt.

Bewegungen in Europa, die zu sozial besseren Verhältnissen führen und geführt haben, speisen sich aus vielen Momenten und Richtungen. Humanismus, Aufklärung, Arbeiter-, Frauen- oder allgemeine Bürgerrechtsbewegung, internationale Friedensbewegung sowie unzählige kleine und größere Strömungen und Initiativen haben ihren Anteil an sozialem Fortschritt und Emanzipation in den europäischen Ländern: Gleiche Ziele – eigene Wege!

Das vorliegende Lesebuch will anhand von Beispielen aus dreizehn europäischen Ländern zu einem besseren Verständnis der Entwicklung in diesen Ländern beitragen. Sie soll das Lernen voneinander fördern und zur weiteren Beschäftigung mit den spezifischen Historien des sozialen Fortschritts in Europa anregen. Dies war und ist der Wunsch aller an diesem Projekt Beteiligten. Denn das Erkennen und Akzeptieren von Gemeinsamkeiten und Unterschieden ist eine der notwendigen Voraussetzungen, in und für Europa tragfähige Vorstellungen und Programme für ein soziales, gerechtes und friedfertiges Leben zu entwickeln.

European Federation  
of Building  
and Woodworkers



EFBH  
Europäische Föderation  
der Bau-und Holzarbeiter  
Rue Royale 45  
1000 Brüssel  
Belgien  
Tel. +32 2 227 10 40  
info@efbww.eu  
www.efbww.eu